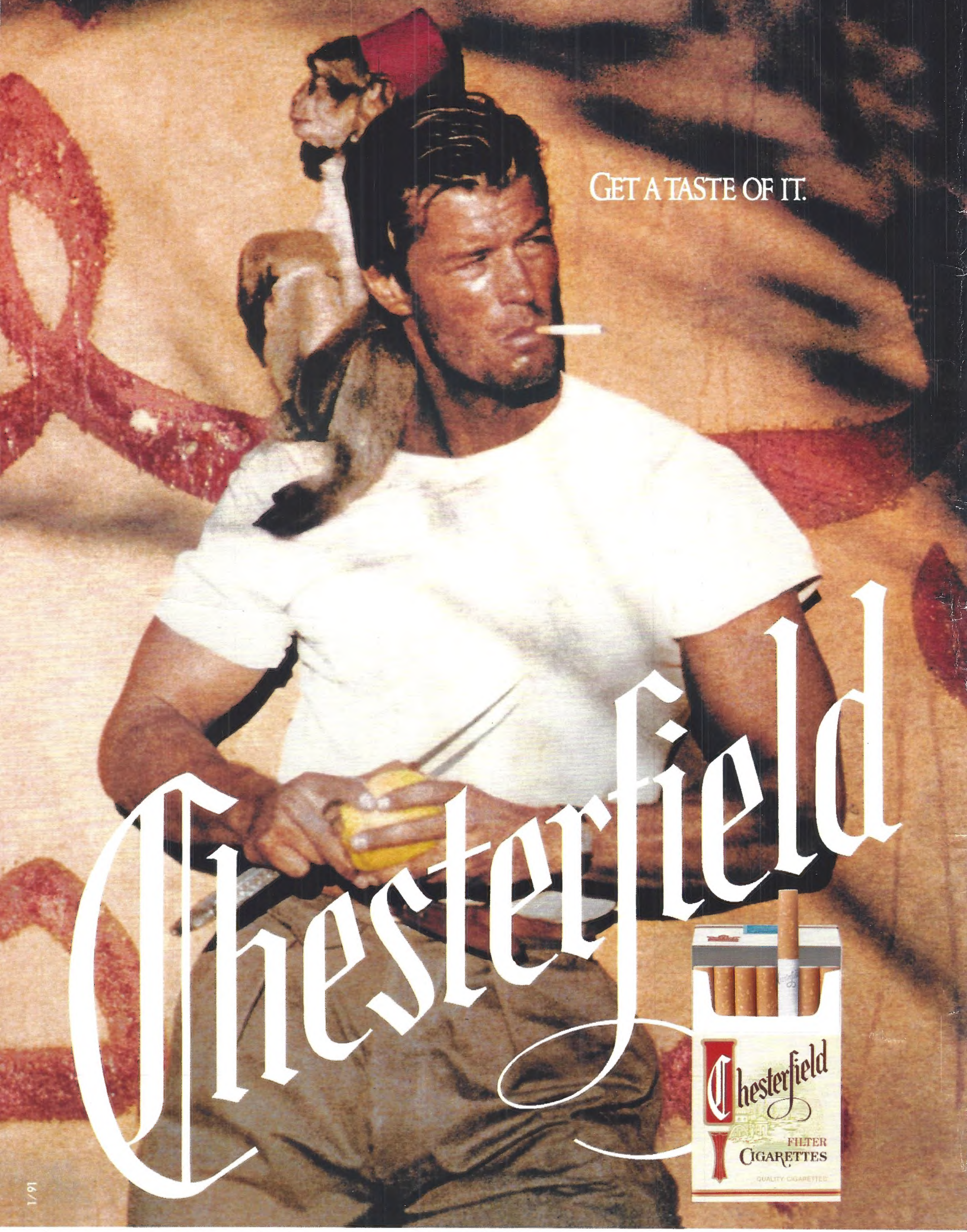
DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 4 / 45. Jahrgang
21. Januar 1991
4,50 DM



Ägypten	£E	11,—	Bras. (SAO/RIO/BH)	CR$	2000,—	Finnland	Fmk	20,—	Indien	IR	90,—	Israel	NIS	11,50	Kanada	kan$	7,50	Marokko	DH	41,—	Österreich	S	36,—	Schweden (inkl. moms)	skr	29,—	Südafrika/Post	R	9,50	Ungarn	Ft	205,—
Argentinien	D-Mark	9,52	Chile	Peso	2500,—	Frankreich	FF	20,—	Indonesien (exkl. PPN)	Rp.	1000,—	Italien	Lit	4500,—	Kenia	K.Sh.	145,—	Mexiko	Peso	15100,—	Pakistan	pR	120,—	Schweiz	sfr	4,80	Taiwan (ROC)	NT$	180,—	USA	US-$	4,75
Australien/Post	$A	6,60	China	RMB ¥	28,—	Griechenland	Dr.	700,—	Iran	Rl.	425,—	Japan (exkl. tax)	Yen	1350,—	Kolumbien	US-$	4,75	Nepal	NR	205,—	Philippinen	Peso	150,—	Singapur	S$	10,50	Thailand	Baht	140,—	Venezuela	D-Mark	9,—
Belgien	bfr	110,—	Dänemark	dkr	21,50	Großbritannien	£	2,40	Irland (inkl. VAT)	Ir£	3,52	Jordanien	JD.	3,—	Korea (Süd)	Won	4700,—	Niederlande	hfl	6,25	Portugal/Festland	Esc	650,—	Spanien (inkl. VAT)	Pta	450,—	Türkei	TL.	17000,—	Zypern	Z£	2,20
Brasilien	CR$	2100,—	Elfenbeinküste	F.C.F.A.	1690,—	Hongkong	HK$	35,—	Island	Ikr	345,—	Jugoslawien	Din	60,—	Luxemburg (inkl. TVA)	lfr	112,—	Norwegen	nkr	23,—	Saudi-Arabien	S.Rl.	18,—	Spanien/Kanaren	Pta	475,—	Tunesien	tD	3,200	Printed in Germany		


GET A TASTE OF IT.
Chesterfield
Chesterfield
FILTER
CIGARETTES
1/91

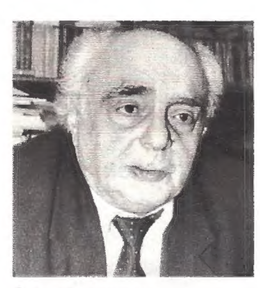
DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: Sowjet-Krise

Der eine hat Gorbatschow beraten, der andere ist einer seiner engsten Berater. Der eine vergleicht Stalins Baltikum-Okkupation mit der Aggression Saddam Husseins gegen Kuweit und rät Gorbatschow, den baltischen Republiken "das volle Selbstbestimmungsrecht" zu gewähren; der andere sagt, Gorbatschow habe vom Militäreinsatz in Litauen "nichts gewußt", kritisiert aber "die kurzsichtige Politik der litauischen Führung" – Wjatscheslaw Daschitschew und Georgij Schachnasarow in zwei SPIEGEL-Gesprächen.


Daschitschew

Mit Daschitschew sprach Fritjof Meyer letzte Woche in Berlin, wo der Perestroika-Politologe an der Freien Universität Gastvorlesungen hält. Den Juristen Schachnasarow, "Gehilfe" im Küchenkabinett des Parteichefs, interviewte Jörg R. Mettke in Moskau. Beide Gespräche beleuchten die tiefe Krise, in der Gorbatschow und seine Reformpolitik stecken. Schachnasarow, nebenbei Autor von Erzählungen und Theaterstükken ("Schach und Matt"), wirbt um Vertrauen für seinen Chef: Die gegenwärtige Koalition Gorbatschows mit den Regime-Konservativen sei "eine nur zeitweilige Erscheinung": "Es wäre abwegig zu glauben, Gorbatschow würde sich selber verraten" (Seite 131). Daschitschew: In den nächsten Monaten könne Gorbatschow "die begangenen Fehler noch korrigieren"; wenn es aber "noch schlimmer wird, dann erhebt sich das Volk" (Seite 136).


Schachnasarow

+

Woran die Perestroika krankt, warum vor allem die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion stocken, beschreibt der Amerikaner Hedrick Smith, einer der besten Rußlandkenner unter den westlichen Journalisten, in seinem neuen Buch "The New Russians" (demnächst deutsch bei Rowohlt). Auszüge daraus druckt der SPIEGEL in einer Serie, die in diesem Heft beginnt. Pulitzer-Preisträger Smith zeichnet ein tiefenscharfes Porträt des zerrissenen Landes im sechsten Gorbatschow-Jahr. In diesem Heft berichtet er unter anderem über die Reformhindernisse "Schmarotzer-Sozialismus und kollektiver Neid" (Seite 102).


Smith

INHALT

TITEL

SPIEGEL-ESSAY

DEUTSCHLAND

WIRTSCHAFT

SERIE

Probleme ausgeklammert

Seite 21



Koalitionspartner Kohl, Genscher

Nach 27 Verhandlungstagen einigte sich die Bonner Regierungskoalition auf ein Regierungsprogramm und den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die eigentlichen Probleme blieben in der 76seitigen Koalitionsvereinbarung ausgeklammert: nichts Konkretes zum Uno-Einsatz der Bundeswehr, zum Abtreibungsrecht, zur Pflegefallversicherung, zu den finanziellen Risiken der deutschen Einheit in den nächsten vier Jahren. Es gibt kaum neue Gesichter in der Regierung; speziell die Ostdeutschen sind sauer, weil sie im Kabinett kaum bedacht wurden.

Skandal-Land Baden-Württemberg

Seiten 34, 38

CDU-Politiker und ihre Freunde in der Wirtschaft sind von der Landesjustiz bei Mauscheleien jahrelang gedeckt worden. Die Affären, in die der zurückgetretene baden-württembergische Landeschef Lothar Späth verstrickt ist, erbt nun sein Nachfolger Erwin Teufel.



Späth, Teufel

Boykott gegen Rüstungsexporteure

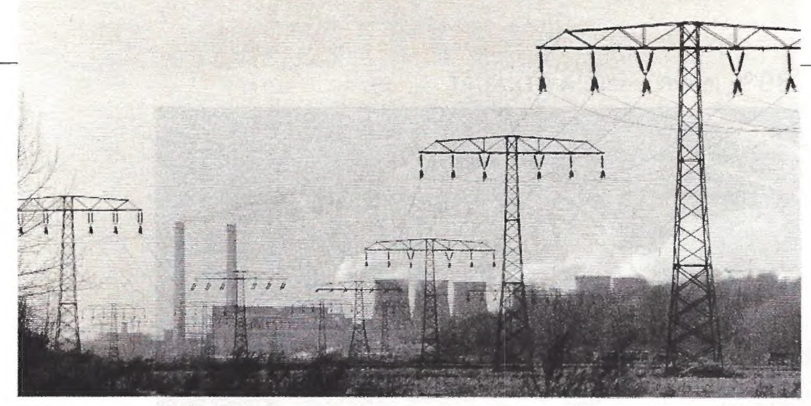
Seite 31

Seit Ausbruch des Golfkrieges geraten die Rüstungslieferanten des Irak zunehmend in Bedrängnis. Verbrauchergruppen rufen zum generellen Boykott der Firmen auf, die Bonner Zollfahndung recherchiert in 80 Fällen wegen illegaler Waffenexporte.

Ost-Universitäten: Alte Kader, neue Posten

Seite 72

An der Ost-Berliner Humboldt-Universität kämpfen Studenten gegen die „Abwicklung" ideologieträchtiger Fächer, während alte SED-Kader immer neue Posten erobern. Humboldt-Rektor Heinrich Fink gesteht: „Wir tragen schwer an unserer Vergangenheit."



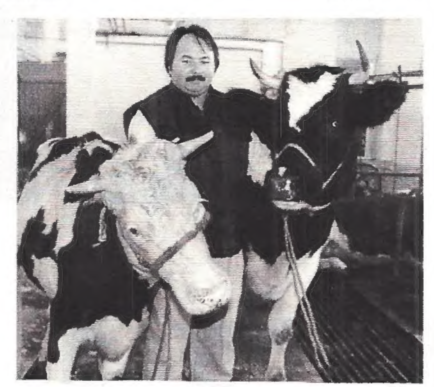
Umweltschädling Braunkohlekraftwerk

„Auf den rechten Weg gezwungen" Seite 85

Mit finanziellen Anreizen und Verordnungen, sagt Umweltminister Klaus Töpfer, wolle die Bundesregierung den sparsamen Umgang mit Energie herbeiführen. „Wir werden durch Fakten auf den rechten Weg gezwungen", so Töpfer in einem SPIEGEL-Gespräch.

Enttäuschung im LPG-Kuhstall Seite 95

Zusammen mit zwei kapitalkräftigen Partnern hat der Niederbayer Georg Nebauer in Ostdeutschland eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) übernommen. Die mitgebrachten Kühe erlitten einen Schock, und auch Nebauer erlebte unangenehme Überraschungen: Kaum sei er draußen, „geht im Kuhstall wieder alles im alten sozialistischen Trott weiter".



Nebauer

PLO: Abu Nidals tödliche Rache Seite 148

Hinter dem Mord an Arafat-Stellvertreter Abu Ijad steckt der berüchtigte Terrorist Abu Nidal, der bei Saddam Hussein Zuflucht gefunden hat. Abu Ijad war der schärfste Kritiker von Arafats Pro-Irak-Kurs.

Laser-Korrektur an der Hornhaut Seite 187

Nicht mit dem Skalpell wie der sowjetische Fließband-Chirurg Swjatoslaw Fjodorow, sondern mit einem Laserstrahl korrigieren deutsche Ärzte die Hornhaut von Fehlsichtigen. Die Erfolge sind ermutigend.

Exotisches aus Norwegen Seite 158

Die neuen Stars des alpinen Ski-Zirkus haben etwas Exotisches: Abfahrer Atle Skaardal und Slalomspezialist Ole-Christian Furuseth sind in Norwegen geboren, wo es nur Abfahrtpisten im Mittelgebirgsformat gibt. Ein wegen Erfolglosigkeit aus Österreich vertriebener Trainer trimmte sie zu Favoriten für die Ski-Weltmeisterschaft.



Furuseth

AUSLAND

SPORT

KULTUR

RUBRIKEN

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

1990 WURDEN 30% MEHR LANCIA GEKAUFT.

Leonhardt & Kern



MILLE GRAZIE!

1990 wurden in Deutschland so viele Lancia gekauft wie nie zuvor – und zwar über 30% mehr als 1989.

Was ist wohl der Grund dafür?

Der Gewinn der 9. Rallye-Weltmeisterschaft 1990?

Die Individualität der Marke, die nur jeder 200. fährt?

Das ausgezeichnete Preis-Leistungs-Verhältnis vom Cityflitzer bis zum Achtzylinder?

Unser Ruf als Hersteller faszinierender Automobile kommt nicht nur von den Fahrzeugen, die im Rallyesport so erfolgreich sind, sondern vor allem von den Kunden, die sich Jahr für Jahr mehr für Lancia entscheiden.

Denn sie fahren Lancia aus Überzeugung, mit Freude und weil sie echte Individualisten sind.

Unsere Lancia-Händler, die sich für unsere Kunden gerne besonders engagieren, haben ebenfalls zu diesem Erfolg beigetragen.

Bei Ihnen allen bedanken wir uns für 1990 – mille grazie.

Es gibt also eine ganze Menge, was wir bei Lancia heute feiern könnten – wir arbeiten aber bereits fleißig weiter an 1991.

LANCIA

LANCIA. DAS GESICHT IN DER MENGE.

„Heiligs Blechle"!

(Nr. 2/1991, Affären: Lothar Späth im Zwielicht; Nr. 3/1991, Affären: Lothar Späth unter Druck)

Wer zu Spät(h) im SPIEGEL steht, den bestraft das Leben.

Düsseldorf ALEXANDER MUSTAR

Bei Späthens dient' auch eine Magd,
die hatt' es immer schon gesagt,
daß Kartenspiel'n und Kegeln
nur halb soviel Vergnügen macht
wie auf dem Südmeer segeln!

Grossgmain (Österreich) DR. RUDOLF O. E. ENDE

Miar Schwaba hent a heiligs Blechle, a paar Cleverle, aber an Haufa Bscheißerle.

Dietlingen (Bad.-Württ.) WILLY SCHWARZ

Ex-Ministerpräsident Lothar Späth
Abgrund von Cleverness

Um ein Wort des Großvaters Konrad abzuwandeln: Man blickt in einen Abgrund von Cleverness.

Spaden (Nieders.) PAUL BERG

Ihr Artikel läßt ein wesentliches Übel unseres demokratischen Rechtsstaats erkennen: Wir sind nicht in der Lage, unseren Politikern ein angemessenes Urlaubsgeld zu finanzieren. Mit dem in Kopie beiliegenden Schreiben habe ich daher Herrn Späth – als Zeichen meines Mitgefühls und zur Unterstützung – einen Verrechnungsscheck über 5 Mark zukommen lassen. Ich bin überzeugt, daß dies eine beispiellose Spendenaktion auslösen wird, die Herrn Späth und seiner Familie auch künftig ungetrübte Urlaubsfreuden ermöglicht.

Karlsruhe LUTZ MERTINS

Nicht für die Bürger in der Sowjetunion müßt Ihr spenden. Denen fehlt es ja nur ein bißchen am Essen. Der wirklich Notleidende ist unser Ministerpräsident Lothar Späth. Nichts kann er sich leisten, kein eigenes Flugzeug, keine eigene Yacht. Helft ihm, greift ihm unter die Arme, spendet für ihn, spendet!

Wiesloch-Baiertal (Bad.-Württ.) RENATE WEISSKIRCHEN

Wenn hier bei uns in der JVA Frauen sitzen mit dreimaligem Diebstahl, dessen Betrag keine 20 Mark ausmacht, Ehe kaputt, Kinder ins Heim, da kräht kein Hahn danach! Sind wir gespannt, was noch so alles ans Tageslicht kommt von unseren Raubrittern!

Aichach (Bayern) GERTRAUD SCHÖRNIG

Mit diesem Artikel haben Sie auf lange Sicht der Nation einen Bärendienst erwiesen. Wer, so frage ich Sie, wird sich zukünftig noch beruflich in der Politik engagieren? Erhebliche Einkommenseinbußen im Vergleich zu einem Managergehalt nimmt ein engagierter Berufspolitiker noch hin, nicht aber die ungerechtfertigte Einmischung in sein Privatleben.

Stuttgart GERHARD CRAMER

Lieber Lothar Späth! Wer möchte nicht lieber durch Glück dümmer als durch Schaden klug werden.

Reidenhausen (Rhld.-Pf.) WILLY SCHIMPF

Nachdem inzwischen einige Coups und Segeltörns aufgedeckt worden sind, zeigt sich Herr Späth nun „menschlich tief enttäuscht". Ich meine, man sollte ihn mit einem flotten Lied wieder aufmuntern: „Nimm uns mit, Lothar Späth, auf die Reise, / Nimm uns mit in die weite, weite Welt, / denn ein Urlaub nach der enthüllten Weise / kostet uns dann wie Dich gar kein Geld!"

Heilbronn DR. ERHARD JÖST

Eine knorke Späth-Lese von allerbester Hanglage mit dem Nachgeschmack von Wandlitz. Cleverle in der Tradition von Harry Tisch und anderen. Wahnsinn!

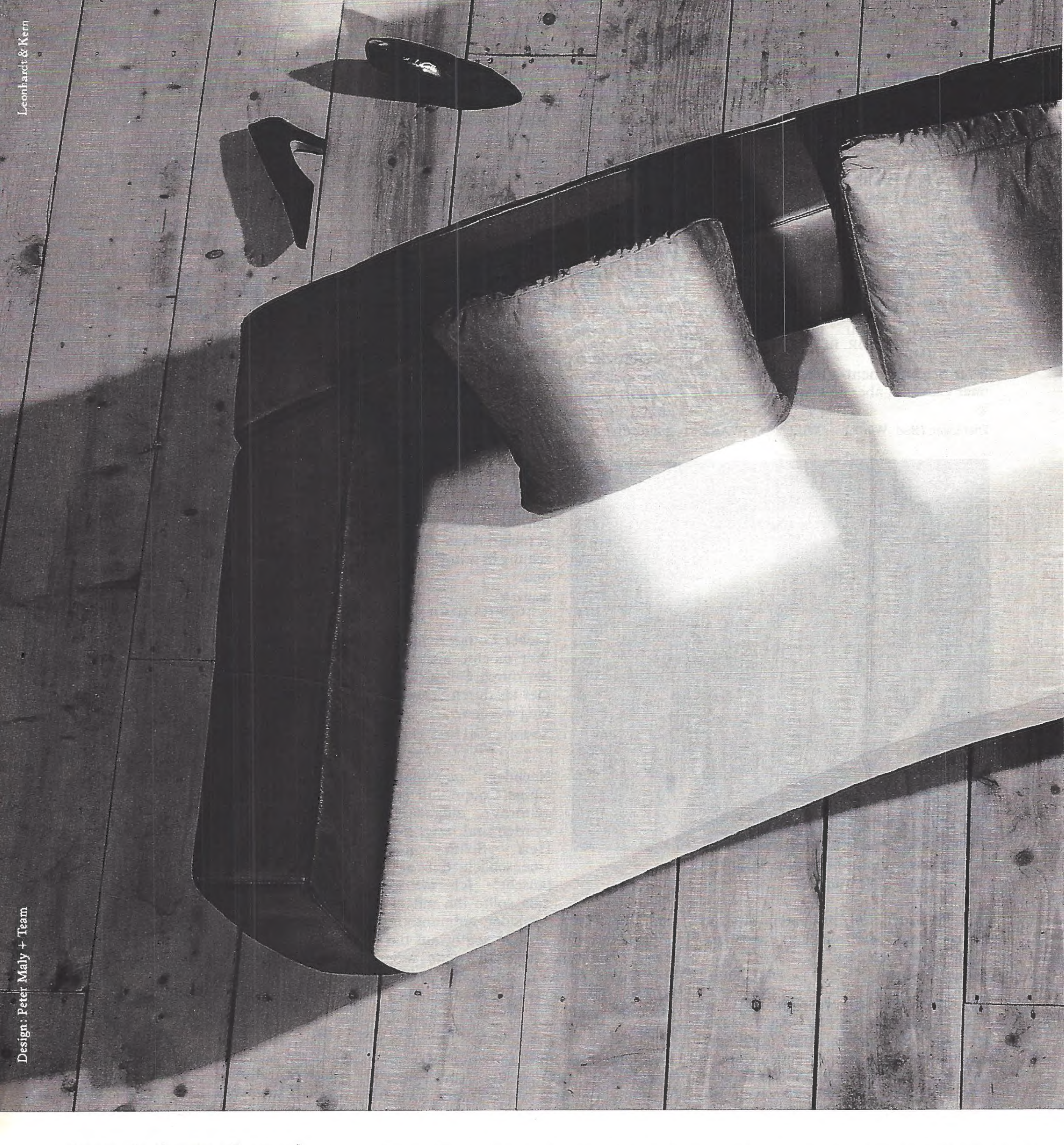
Berlin H. RUDAU

Einig Volk von Individuen

(Nr. 2/1991, Gesellschaft: SPIEGEL-Redakteur Hans Joachim Schöps über den rapiden Zerfall stabiler Beziehungen)

Ihr Artikel ist das Beste, was ich seit langem zu diesem Thema gelesen habe.

Köln HELMUT JÄGER



Gutes Design muß gerade sein? Gerade nicht.

Gutes Design lebt nicht nur vom rechten Winkel und von strengen Linien. Sondern ebenso von der Phantasie und dem Mut, anders zu sein als andere – eigenständig.

Wie Tarbo von COR. Seine Form kommt aus dem Radius, der Tarbo an allen Ecken und Enden ein unverwechselbares Profil gibt. Zu sehen in einer Vielzahl unterschiedlicher Sitzelemente, die Sie wie ein Puzzle kombinieren können. Als Sessel, Couch oder Elementgruppe. Mit asymmetrischen Formen, schwungvollen Bögen und weichen Rundungen. Mit niedrigen



oder schulterhohen Armlehnen zum gemütlichen Anlehnen und mit Sitzflächen in vielen Breiten und Tiefen. Zu der Vielzahl an Formen kommt die Vielzahl an Farben, die Sie für die Wechselbezüge (aus Stoff oder Leder) und für die Kegelfüße wählen können. Tarbo überzeugt auf der ganzen Linie durch seine hohe Qualität bei Material und Verarbeitung. Sehen Sie selbst – auf geradem Weg erhalten Sie Prospekt und Händlernachweis von *COR, SP 4, 4840 Rheda-Wiedenbrück.*

COR
zum Sitzen

Ihre Analyse hätte es eigentlich eher verdient, die Titelseite des SPIEGEL zu schmücken als der (ergänzende?) Beitrag über die „weibliche Begierde"; denn es ist so wichtig, diesen Singularisierungstrend der Gesellschaft aufzuzeigen.

Hamburg MARGRET SAUER-PHILIPPEK

Die Single-Gesellschaft ist ein Weltuntergang lediglich für Zwangsneurotiker und Unterdrücker. Die wahre Freude am Genuß des anderen kann nur empfinden, wer die Beziehung zu diesem anderen in Freiwilligkeit lebt.

Frankfurt GUSTAV THIELEMANN
Dipl.-Soziologe

Vor allem das verantwortliche Bekennen zu eigenen individuellen Anteilen für Konflikte schafft den Raum für eine konstruktive Entwicklung einer Beziehung – ohne permanentes Beziehungsgequatsche. Es ist allerdings oft mühsam, schmerzhaft und nicht so praktisch wie eine „Supermarktmoral" à la Courths-Mahler mit heimlicher Lust auf Tutti-Frutti.

Stegaurach (Bayern) WOLFGANG EBERS
Diplom-Psychologe

Warum eigentlich all dieser Wirbel über den rapiden Zerfall stabiler Beziehungen? Dauerbeziehungen sind nichts mehr für Leute, die die Wegwerfgesellschaft von Kind auf geprägt hat.

Northeim (Nieders.)
MANFRED DÖHLINGER

Was die mangelnde Gebärfreudigkeit anbelangt, so kann dies bloß als Fortschritt interpretiert werden; ein natürliches Regulativ (wie in der Tierwelt) als Antwort auf die vernichtende Aussichtslosigkeit auf Zukunft, auf die Zerstörung unseres Lebensraums.

Gundetswil (Schweiz)
INGRID GREGER-ZAHMEL

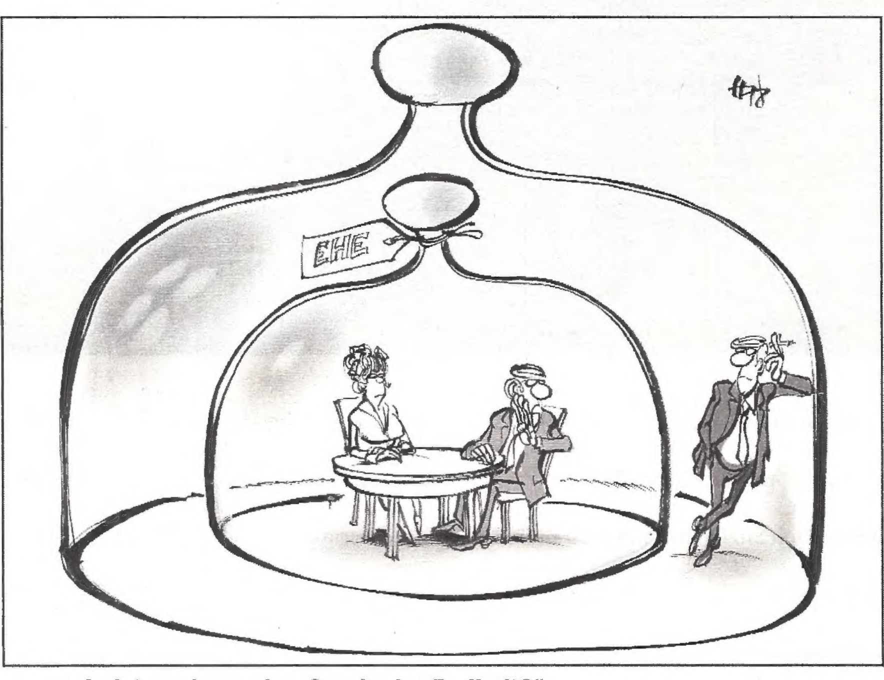
Die Unantastbarkeit der männlichen (Berufs-)Rolle stellt sich immer wieder als wesentliche Barriere für eine neue Qualität des Zusammenlebens von Mann und Frau (und damit auch der potentiellen Familie) dar. Oder wie ist die Tatsache zu erklären, daß in der (alten) Bundesrepublik Deutschland seit 1986 ganze 0,6 Prozent aller Väter den ihnen zustehenden Erziehungsurlaub in Anspruch genommen haben?

Berlin DR. MONIKA SIEVERDING
Diplom-Psychologin

Ich bin es satt, andauernd auch den bei Ihnen zitierten Satz, „daß die aktuellen familialen Veränderungen, zu denen der beobachtete Anstieg der Alleinstehenden in den letzten 15 Jahren gehört, schwerpunktmäßig von Frauen ausgelöst wurden", als die neueste gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis geliefert zu bekommen. Wir haben in unserem Archiv eine abwechslungsreiche Akte mit mehreren Scheidungsfällen aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, und auch damals ging das Scheidungsbegehren fast überwiegend von Frauen aus.

Berlin WILFRIED M. HEIDEMANN
Pfarrer

Ich meine: Die Ökonomie beeinflußt alles. Vielleicht hat Marx doch irgendwo recht. Für die Beseitigung des Hungers, der Not und so weiter ist Ehe, Partnerschaft, Familie bei uns nicht mehr so notwendig. Die Wirtschaft verlangt bei uns gnadenlos Einzelkämpfer, in der Ausbildung, im Konkurrenzkampf im



„. . . wie ist es denn, draußen in der Freiheit?"

Betrieb. Es gibt kein demokratisches Leitbild, nach dem man sich auch im Privaten ausrichten kann.

Berlin GÜNTER GEBLER

So isses: Schöps findet passende Worte für eine Entwicklung, die viel zuwenig ernst genommen wurde und wird. Wir wollen sein ein einig Volk von Individuen – und hoffentlich läßt es sich tatsächlich einfach aussterben. Das wär's denn gewesen, sicherlich ist es gut so.

Tübingen ANDREAS BRAUN

Besondere Umstände

(Nr. 1/1991, Panorama: Anfällig für Betrug)

Ihr Beitrag gibt eine falsche Begründung für den Anstieg der Gerichtskosten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) und erweckt den unzutreffenden Eindruck, seine Forschungsförderung sei anfällig für Betrug. Der Anstieg der Gerichtskosten in 1990 und 1991 erklärt sich hauptsächlich durch besondere Umstände, die nichts mit einem „Mißbrauch bei der Forschungsförderung" zu tun haben: Von den Gerichtskosten in 1990 (109 000 Mark) entfiel ein großer Teil auf ein internationales Schiedsgerichtsverfahren zur Klärung der mit dem internationalen Status einer Organisation zusammenhängenden Steuer- und Abgabenfragen. Hauptgrund für den höheren Titelansatz in 1991 ist eine erwartete vorübergehende Zunahme von Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsverfahren im Zusammenhang mit der deutschen Einheit.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß Prozesse aus einer Vielzahl von Gründen geführt werden, zum Beispiel weil ein Unternehmen gegen einen ablehnenden Förderbescheid klagt oder weil unterschiedliche Auffassungen über Art und Umfang des Abrechnungsverfahrens bestehen. Mit Betrug hat dies nichts zu tun.

Bonn DR. CHRISTIAN PATERMANN
Pressesprecher des Bundesministers für Forschung und Technologie

Generöses Angebot

(Nr. 1/1991, Gesellschaft: SPIEGEL-Autor Peter Brügge über die Symptome der deutschen Luxus-Bewegung; Nr. 3/1991, Leserbrief des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, in dem er dem SPIEGEL seine Armbanduhr zum Kauf anbietet. Die Hälfte des Kaufpreises will Gerhard Schröder für einen wohltätigen Zweck spenden)

Respekt für das generöse Angebot des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, seine wertvolle alte Rolex-Uhr (eine „Prince"?) für 30 000 Mark zum Verkauf anzubieten! Ich schlage ein! Ein Geschäft ist das für ihn eigentlich nicht, deshalb ist sein Angebot ja auch generös. Die Uhr steht bei den einschlägigen Auktionen von Christie's oder Sotheby's tatsächlich doch bei 30 000 (in Worten: dreißigtausend) Mark zu Gebot. Da nenne ich es großzügig, daß er keinen Aufschlag für sich in Anspruch nimmt. Freilich, ich halte es mit Thomas Mann und seinem Settembrini: Placet experiri!

Ich hätte das Objekt zuvor gerne einmal besehen: Schließlich ist zu prüfen, ob es mit dem Sammlerstück alles in allem so seine antiquarische Richtigkeit hat (Zifferblatt, Uhrwerk und so weiter). Den Kauf, schlage ich vor, besprechen wir bei einem guten Glas Lafite Rothschild, sagen wir: 58er. Natürlich nicht 1958, sondern 1858! Das Fläschlein hat vor 15 Jahren bei Christie's ebenfalls einiges gekostet. Generös wie Herr Schröder verzichte ich aber auch auf die Zuwachsrate. Wenn wir uns dann treffen, stehen also, in chrono- und vinologischer Summation, einige Märker zur Debatte.

Ich sammle übrigens nicht nur alte Weine und alte Uhren, sondern auch Autographe. Deshalb hätte ich gerne, wenn der Ministerpräsident einverstanden ist, das Original seines Leserbriefes an den SPIEGEL. Ich garantiere Seltenheitswert – denn wann hat ein Politiker einmal Humor?

Monte Carlo HARDY RODENSTOCK

Uhren- und Weinsammler Rodenstock: „Respekt!"



Schröder-Arm, Rolex-Uhr
„Ein Geschäft ist das nicht"

Gebannt und mitgerissen

(Nr. 52/1990, Nr. 1/1991, SPIEGEL-Autorin Marie-Luise Scherer über den Pariser Frauenmörder Thierry Paulin und seinen Komplizen)

Ich habe am 31. Dezember 1990 in Venedig geheiratet. Zum Standesamt kam ich zu spät, und daran ist Marie-Luise Scherer schuld. Ihre Reportage über Paulin ist ein Meisterwerk.

P.S. Wir wurden dann doch noch getraut.

z.Zt. Venedig
ALEXANDER KRIEGELSTEIN

Ich hatte angefangen, beiläufig in Ihrer SPIEGEL-Serie zu lesen. Ich sage: beiläufig, denn die reißerische Überschrift „Die Bestie von Paris" stieß mich zunächst eher ab, und Marie-Luise Scherer war mir – wen soll ich für diese grob fahrlässige Unterlassung um Vergebung bitten? – kein Begriff. Doch spätestens beim vierten Satz war mir klar, daß diese Zeilen hier meine ganze Aufmerksamkeit erforderten. Satz für Satz packte mich mächtig an, und ich folgte gebannt und mitgerissen dem Bericht über die alten Frauen von Paris, die das Schicksal teilen, Opfer ein und desselben Mörders zu werden: ungewöhnlich einfühlsame Porträts, miniaturenhaft auf das Wesentliche verdichtet. Das ist ein wunderbares, starkes Stück Literatur.

Königswinter (Nrdrh.-Westf.)
DR. LUDWIG ENGSTLER

Ob Paris anziehend oder abstoßend wirkt – glücklich können sich einige europäische Länder schätzen, in deren Hauptstädten es Viertel wie Trastevere, Soho oder Montmartre gibt. Daß wir Deutschen nur davon träumen dürfen, beweist Ihr superber Text.

Pierrefeu (Frankreich) HERBERT VOGT

Ich kann mich nicht entsinnen, im SPIEGEL etwas Ähnliches gelesen zu haben, obwohl ich über 40 Jahre sein getreuer Begleiter bin.

Lüneburg ALBRECHT HENKE

Heftig und hemmungslos

(Nr. 52/1990, Medien: Schleichwerbung der Privatradios)

Ich möchte die Behauptung wagen, daß von derlei Grauzonen-Information nur der kleinste Prozentsatz „privater" Hörer erreicht wird. Der in Ihrem Artikel enthaltene Vorwurf sollte an die realitätsfernen Medienpolitiker gehen, die allen Ernstes einen eigenen Radiosender zum Beispiel für den Märkischen Kreis gewollt haben.

Kiel — HERMANN STÜMPERT
Programmdirektor
Radio Schleswig-Holstein

Erstens erlauben es die Landesmediengesetze nicht, Werbung und Programm miteinander zu vermischen – darüber wachen die Landesmedienanstalten, die durchaus mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten vergleichbar sind. Zweitens, unabhängig vom journalistischen Selbstverständnis in den Privatsendern, ist Schleichwerbung auch aus einem wirtschaftlichen Aspekt nicht vertretbar: Wenn ein Unternehmen von bezahlter Werbung lebt, wird es seinen Kunden sinnvollerweise keine eingeschlichenen, also unbezahlten, Werbeeinblendungen zur Verfügung stellen. Drittens, leider entspricht Ihre Idealvorstellung vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht der Realität, denn beispielsweise bei NDR 2 wird recht heftig und hemmungslos Schleichwerbung betrieben.

Hamburg — RAINER M. CABANIS
Programmdirektor
Radio Hamburg

Größter Verhinderer

(Nr. 50/1990, Trends: FDGB-Reisedienst vor der Pleite)

In meinem Wahlkreis Quedlinburg befinden sich zahlreiche Einrichtungen des FDGB-Feriendienstes mit mehreren hundert Betten. Diese Einrichtungen stehen in der Tat vor der Pleite. Zahlreiche westdeutsche Interessenten bemühen sich seit Monaten um Übernahme verschiedener Projekte und könnten damit viele Arbeitsplätze retten. Größter Verhinderer der Privatisierung ist in meinem Wahlkreis die Treuhandanstalt. Dies hängt damit zusammen, daß in der Treuhandanstalt und in deren Außenstellen die alten roten Seilschaften immer noch das Sagen haben und jegliche Privatinitiative sabotieren. Die Treuhandanstalt müßte dringend von diesen roten Seilschaften gesäubert werden. Erst dann haben private Investoren eine Chance.

Quedlinburg (Sachsen-Anhalt)
KARSTEN KNOLLE
Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag

Nicht viel intelligenter

(Nr. 1/1991, Prisma: Tödliche Farben auf hoher See)

Tributylzinnverbindungen haben wegen ihrer hohen Toxizität gegenüber Fischen, Algen, Bakterien, Wasserflöhen, Schnecken und Pilzen ein breites Einsatzgebiet als Biozide für Holz, Textilien, Leder, Kunststoffe und Farben. In Ihrem Artikel wiesen Sie auf beobachtbare Wirkungen bei Schnecken von zwei Nanogramm pro Liter (ng/l) hin. Zur Erklärung der gemessenen hohen TBT-Gehalte in der Nordsee dürften jedoch nicht ausschließlich die Schiffsanstriche herangezogen werden. Wegen der weiten Verbreitung der zinnorganischen Verbindungen werden auch die Abwassereinleitungen und die immer noch geduldeten Klärschlammverklappungen Großbritanniens an den hohen TBT-Belastungen beteiligt sein. Nach Schweizer Untersuchungen liegt die TBT-Belastung gereinigter Abwässer bei 10 bis 20 ng/l und die Klärschlammbelastung immerhin bei 300 000 bis 6 Millionen ng/l. Die deutsche Variante, den belasteten Klärschlammabfall in der Landwirtschaft zu verteilen, ist in diesem Zusammenhang auch nicht viel intelligenter.

Berlin DR. JÜRGEN HAHN

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein
CHEFREDAKTION
Dr. Werner Funk, Hans Werner Kilz
REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Jan Fleischhauer, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Brigitta Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Uwe Klußmann, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Olaf Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Gabor Steingart, Hans Gerhard Stephani, Günther Stokkinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Willi Winkler, Helene Zuber
REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Matthias Matussek, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Rainer Pörtner, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, W-1000 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telefax 261 6503; Kronenstraße 70, O-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Am Bahnhofsvorplatz 1, O-5010 Erfurt, Tel. 511 51, Telex 61 243 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Karen Andresen, Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Kiel: Manfred Ertel, Niemannsweg 18, 2300 Kiel, Tel. 56 30 66, Telefax 56 27 48 · Leipzig: Clemens Höges, Lutz Spenneberg, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Stephan Lebert, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 269 09 36, Telefax 266 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telex 22 736 · Prag: Senovážné nám. 16, 11 000 Prag, Tel. 22 83 12 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41, Telefax 52 99 97 · Warschau: Polnastraße 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Theobaldgasse 9/7, 1060 Wien, Tel. 587 3433, Telefax 587 3433

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Christiane Gehner, Rüdiger Heinrich, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Chris Riewerts, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht
SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Außenpolitik, Kabinett, FDP, Schröder-Gespräch, Einigungsvertrag: Wolfram Bickerich; für Terrorismus, Waffenexporte, Friedensbewegung, Späth-Affäre, Baden-Württemberg, Verwaltung, Datenschutz, Grüne, Vereine, Fink-Gespräch, Abtreibung, Barschel-Affäre: Jochen Bölsche; für Börsen, Einkommen, Töpfer-Gespräch, Trends, Banken: Peter Bölke; für Serie: Manfred W. Hentschel; für Titelgeschichte, Brzezinski-Interview: Dr. Romain Leick; für Titelgeschichte (S. 126), Sowjetunion, Schachnasarow-Gespräch, Daschitschew-Gespräch, Panorama Ausland, Palästinenser, Südafrika, Japan: Dr. Olaf Ihlau; für Ski, Talentförderung: Heiner Schimmöller; für SPIEGEL-Essay, Titelgeschichte (S. 120), Radon, Kurzsichtigkeit, Urknall, Computerspiele, Champagner: Klaus Franke; für Bestseller, Szene, Kunstmarkt, Kriegsberichte, Pop: Willi Winkler; für Unterhaltung, Rave, Spectrum, CNN, Fernsehen (S. 202): Claudius Seidl; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Rolf Bekker (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)
DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Hartmut Behnke, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Andrea Volkmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner, Peter Zobel
BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann
NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg
VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Karl Dietrich Seikel, Burkhard Voges
GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald


HIEPLER, VALENCISE, WACKERBARTH. PHOTO: HORST WACKERBARTH
OTTO
KERN
THE MAGIC OF FASHION
AUGUSTASTRASSE 1 D-6750 KAISERSLAUTERN 06 31-84 00 20 FAX 8 40 02 31

Tierproduktion im Osten vor dem Ende


Schweinemast in Ostdeutschland

Neunzig Prozent der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Güter (VEG) in den fünf neuen Bundesländern werden nach Ansicht von Fachleuten noch in diesem Jahr zusammenbrechen. Der Auflösungsprozeß, heißt es, ist bereits in vollem Gange. Kaum ein Betrieb verfügt über eine gesunde DM-Eröffnungsbilanz, die meisten sind dazu noch „getürkt". Kühe zum Beispiel stehen mit 7000 Mark zu Buche, am Markt ist allenfalls ein Zehntel zu erzielen. Wegen mangelnder Sicherheiten geben die Banken den landwirtschaftlichen Betrieben keine Kredite mehr. Die Viehbestände der LPG und VEG lassen keine Rentabilität mehr zu: Schweine sind für den Verbrauchergeschmack zu fett und daher nicht gewinnbringend zu vermarkten. Milchertrag bei Kühen und Legeertrag bei Hennen sind im Wettbewerb mit westlichen Betrieben zu gering. Ein Austausch der Tiere gegen solche aus westlicher Zucht ist wegen mangelnder Liquidität meist nicht möglich. Veraltete Stallanlagen lassen eine rentable Produktion nicht zu. Große Teile der Tierbestände wurden bereits abgeschlachtet und verkauft: hochtragende Rinder für 800 Mark, Schweine für 100 Mark, ausgemästete Puten für 15 Mark und Schafe sogar für ganze 5 Mark. Durch die Notverkäufe ostdeutscher Bauern sind die Fleischpreise im Keller. Um westdeutsche Bauern nicht noch weiter zu reizen, wird Schlachtvieh nur noch nachts nach Westen transportiert. Der unkontrollierte Ausverkauf erfolgt nur zum Teil zugunsten der früheren LPG-Mitglieder, am meisten profitieren die Funktionäre. Viele Betriebe schütteten am Jahresende Gelder aus der Liquidation der Tierbestände aus und melden erst danach Konkurs an.

Radunski kann gehen

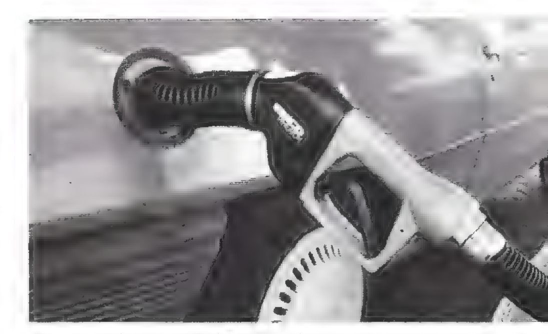
Helmut Kohl verliert den erfolgreichsten Wahlkampfmanager, den die CDU je hatte: Peter Radunski ist Favorit für das Amt des Berliner Bundessenators, über dessen Berufung in dieser Woche entschieden wird. Radunski ist der letzte aus dem engeren Kreis um den 1989 von Kohl entlassenen Heiner Geißler in


Radunski

der Bonner Parteizentrale. Nach der Berufung des ihm ergebenen Volker Rühe zum Generalsekretär hatte Kohl auf rasche Entfernung der Parteigänger Geißlers bestanden. Gehen mußten damals Pressesprecher Jürgen Merschmeier, der Verwaltungschef Rüdiger May und der Leiter der Planungsabteilung im Konrad-Adenauer-Haus, Wulf Schönbohm. Radunski aber durfte bleiben, obwohl er vor zwei Jahren zu den Organisatoren des abgebrochenen Putschversuchs gezählt hatte, den der inzwischen zurückgetretene baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gegen Helmut Kohl anzettelte. Kohl und sein im Wahlkampfmanagement unerfahrener Rühe konnten auf die auch in der SPD unbestrittenen professionellen Qualitäten des Berliner Politologen einfach nicht verzichten, der sowohl die Volkskammerals auch die Bundestagswahl für die CDU organisierte. Nachfolger Radunskis als Wahlkampfmanager wird der Hauptabteilungsleiter Politik der CDU-Zentrale, Wilhelm Staudacher.

Saugrüssel vom Tisch

An den über 19 000 deutschen Tankstellen werden Kunden und Angestellte auch weiterhin giftige Benzindämpfe beim Tanken einatmen müssen. „Europarechtliche Bedenken" aus dem Wirtschaftsministerium haben jetzt Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) dazu veranlaßt, seinen Plan für eine Verordnung zur „Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen" fürs erste in der Schublade verschwinden zu lassen. Noch im Juli vergangenen Jahres hatte Töpfer angekündigt, er wolle den Austritt von jährlich 45 000 Tonnen an krebserregenden Benzingasen um 85 Prozent senken. Sein Plan sah vor, „austretende Kraftstoffdämpfe" sollten gleich beim Tanken über eine Gummi-


Umweltfreundliche Zapfpistole

manschette an der Zapfpistole „erfaßt und einem Lagertank zugeführt" werden. Töpfer läßt jetzt prüfen, ob er das Risiko einer Brüsseler Entscheidung eingehen soll. Dort schlummert schon seit vier Jahren eine vergleichbare Verordnung der Bundesregierung, wonach der Benzolgehalt im Sprit gesenkt werden soll.

Keine Pflegeversicherung

Otto Graf Lambsdorff hat sich in den Koalitionsverhandlungen mit seinen Einwänden gegen eine generelle Pflichtpflegeversicherung für Arbeitnehmer durchgesetzt. Die FDP verunglimpfte die Solidarversicherung als „Zwangsbeglückung" der Arbeitnehmerschaft und plädierte statt dessen für eine teure Individuallösung auf Privatversicherungsbasis, die allenfalls ihre wohlhabende Mit-

telstandsklientel beglückt. Was die Liberalen für die Arbeitnehmer vehement ablehnen, ist für die Beamten, eine von der FDP liebevoll gepflegte Wählergruppe, längst sicherer Besitzstand. 70 Prozent der Heimpflegekosten von Beamten und ihren Ehepartnern bezahlt der Staat über die Beihilfe, bei Kindern 80 Prozent. Ob normale Arbeitnehmer je ähnlich abgesichert werden, bleibt einstweilen offen. Die FDP hat dafür gesorgt, die dringend nötige Lösung des Pflegekostenproblems erst mal um zwei Jahre zu vertagen.

Irak-Ermittlungen

Deutsche Fahnder sind nach Hinweisen amerikanischer Geheimdienste zwei wichtigen Rüstungshelfern Saddam Husseins auf der Spur. Unter dem Aktenzeichen 2 Js 469/90 ermittelt die Duisburger Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Der Kaufmann Klaus Tellkamp aus Mülheim, mit Wohnsitzen in Nizza und Südafrika, soll 1500 Granathülsen vom Kaliber 210 Millimeter zum Abfüllen von Giftgas an den Irak geliefert haben. Weitere 1500 Hülsen hatten irakische Rüstungskonzerne wie Hutteen State Establishment und die State Organisation for Technical Industries bei Tellkamp bereits bestellt. Doch diese Lieferung kam vor und offenbar auch nach dem Embargo nicht mehr zustande. Nach Ermittlungen der Fahnder soll Tellkamp zur Tarnung des Irak-Geschäfts eine südafrikanische Firma eingeschaltet haben. Die Granaten waren bestimmt für die Al-Fao-Kanone, die das 1990 ermordete Artillerie-Genie Gerald Bull für Saddam Hussein konstruiert hatte. In einem zweiten Fall sind Fahnder einem Irak-Rüstungsgeschäft auf der Spur, das nach der ersten Auswertung von 250 Aktenordnern geradezu riesige Ausmaße hat. Die Neu-Isenburger Firmen Havert Industrie-Handelsgesellschaft mbH und Havert Consult Project Engineering und Consulting GmbH haben über Jahre mit fast allen wichtigen Rüstungsbeschaffern Millionen-Geschäfte gemacht. Havert soll unter anderem Bombenhänger für Flugzeuge und Steuerteile für das „Raketenprojekt 1728" (Scud-B-Verbesserung) geliefert haben. Das Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlichen Verstoßes gegen das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz richtet sich gegen Geschäftsführer Gerhard Paul und den Firmenberater Hesse-Camozzi. Der Besuch der Fahnder vorige Woche kam offenbar nicht unerwartet. Ein Mitarbeiter empfing sie mit der Frage, warum sie erst jetzt kämen, man habe schon lange mit ihnen gerechnet.

„Der Himmel schließt sich“

Mit Ausbruch des Golfkrieges kroch die Angst in deutsche Wohnstuben. Es ist nicht nur Sorge um das eigene Wohl; viele Bürger sind betroffen, daß vor der Tür Europas ein Krieg möglich ist und in der Sowjetunion ein Bürgerkrieg droht. Von den Bonner Regierenden ist Hilfe und Rat nicht zu erwarten; sie halten sich heraus.

Die erste Regierungserklärung des Kanzlers der Einheit galt dem Krieg.

Da stand er nun, der zum viertenmal gewählte Bundeskanzler, vor den Abgeordneten des Bundestages im Bonner Behelfsparlament. Kaum war der erste aus freien Wahlen legitimierte Regierungschef aller Deutschen seit 58 Jahren vereidigt, fand Helmut Kohl kein Wort zur unverhofft glücklichen Fügung der wiedererlangten staatlichen Einheit. Statt dessen rechtfertigte er, übernächtigt und „zutiefst enttäuscht“, am Donnerstag letzter Woche, dem Tag des Kriegsausbruchs, den „Einsatz militärischer Mittel“ gegen den Irak Saddam Husseins.

Die Freude über die „glückliche Wende der Geschichte“ (Kohl) ist vorbei. Schneller als erwartet und ohne etwas dagegen tun zu können, sind manche Deutsche, die noch vor Wochen mit ihren Regierenden das Ende der Nachkriegszeit bejubelt hatten, jäh aus ihren Träumen von einer friedlichen Welt gerissen worden: Im Nahen Osten tobt der Krieg, mit unabsehbaren Folgen – und die Deutschen fürchten, doch noch hineingezogen zu werden. In den baltischen Republiken schießt die sowjetische Armee auf unbewaffnete Bürger, die Politik der Perestroika ist am Ende.

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth fand: „Die Warnung vor einem dritten Weltkrieg ist berechtigt.“

Ohnmächtig mußte die „stärkste Macht Europas“ (Kohl) mit ansehen, wie die Doppelkrise außer Kontrolle zu geraten drohte. Hunderttausende gingen in Mahnwachen und Demonstrationen gegen den Schießkrieg auf die Straßen oder in die Kirchen. Speziell Schüler zeigten überall mehr Interesse am Frieden als am Unterricht. Das übrige Volk beobachtet im Wohnzimmer die Bomber über Bagdad per TV.

Viele Bürger haben, erstmals wohl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs oder dem Ausbruch des Korea-Krieges, physische Angst – Angst vor Bomben und Giftgas, Angst vor einer ökologischen Katastrophe, Angst vor einer weltpolitischen Umwälzung.

Andere trauern – aus Mitleid um die Opfer, aus der Erkenntnis, daß Krieg eben doch noch Mittel der Politik ist; oder sie sind wütend, weil die Diplomatie versagte und die USA sich wieder einmal als Weltpolizist gerieren.

Derweil, und unbeeindruckt von den Gefühlen eines Teils ihrer Wählerschaft, applaudierte die Regierung in Bonn dem Vorgehen der „internationalen Koalition“ (Ex-Staatssekretär Lothar Rühl) gegen den uneinsichtigen irakischen Herrscher. Von einem Appell an „alle Beteiligten“, die Kriegshandlungen sofort einzustellen, wie die SPD-Opposition verlangt hatte, wollten Helmut Kohl und seine Koalition nichts wissen.

Womöglich fühlte sich der christdemokratische Kanzler durch eine vertrauliche Botschaft aus Moskau bestätigt, in der auch Staatspräsident Michail Gorbatschow Iraks Diktator Saddam Hussein zum Hauptschuldigen für alle gescheiterten Versuche erklärte, den Golfkonflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen. Daß der bedrängte Präsident des zerfallenden Sowjetreiches die andere Supermacht am Golf gewähren läßt, um freie Hand im Baltikum zu haben, wissen auch die Bonner nur zu genau. Ein Kabinettsmitglied: „So simpel ist das.“

In der nun zum Inferno gewordenen Krise am Persischen Golf waren die Deutschen nicht tatenlos geblieben. Erst hatten über Jahre deutsche Firmen Beihilfe zur Aufrüstung des Zweistromlandes geleistet. Dann versuchten die Regierenden bis zuletzt, aber vergebens, die zum Krieg entschlossenen Amerikaner und Briten zu bremsen – mit unzureichenden Mitteln, wie der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt unmittelbar vor Kriegsausbruch monierte: „Ständig wiederholte Bekundungen der Bereitschaft,



Kanzler Kohl: „Zutiefst enttäuscht“



Friedensdemonstration vor dem US-Hauptquartier in Stuttgart: Angst, Trauer und Wut

sich ein- und unterzuordnen, sind eben doch kein Ersatz für zielstrebiges Handeln."

Offenkundig wurde, wie begrenzt der außenpolitische Handlungsspielraum der Deutschen ist, wenn es um Krieg und Frieden geht. Die neue Bundesrepublik bleibt trotz ihrer wirtschaftlichen Übermacht auch im Vollbesitz aller formalen Souveränitätsrechte politisch allenfalls eine mittlere Macht.

Erst als der Krieg bereits unvermeidlich war, dämmerte den Bonnern, vielleicht doch nicht alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Konfliktbewältigung ausgeschöpft zu haben. Genschers Außenamt gilt es neuerdings als verhängnisvoller Fehler, dem Drängen der Amerikaner in der Uno gefolgt zu sein und Saddam Hussein vor ein Ultimatum gestellt zu haben. Die vage Hoffnung, der unberechenbare babylonische Herrscher werde unter internationalem Druck am Ende einknicken, habe sich nicht nur als trügerisch erwiesen, sondern einen Automatismus des Krieges ausgelöst.

Mit der Forderung, Saddam Hussein müsse bis zum 15. Januar seine Besatzungstruppen aus Kuweit zurückziehen, sagt ein hoher AA-Diplomat, „hat sich Präsident Bush selbst eine Schlinge um den Hals gelegt". Diese Erkenntnis kommt spät. Denn bis zuletzt haben die Bonner, „partner in leadership" (Bush) der USA, gemeinsam mit den anderen Staaten der Anti-Irak-Koalition die amerikanische Konfrontationspolitik mitgetragen. Erst als für eine friedliche Lösung kein Raum mehr war, unterstützten die Deutschen die Initiative des französischen Präsidenten François Mitterrand für eine internationale Nahost-Konferenz, die dem Aggressor Saddam Hussein helfen sollte, das Gesicht zu wahren und den drohenden neuen Nahost-Krieg doch noch zu verhindern.

Die Forderung nach einer solchen Nahost-Konferenz, die auch das Palästinenser-Problem regeln sollte, ist seit Jahren feste Beschlußlage der Uno wie der EG. Doch in der zugespitzten Krisenlage der letzten Wochen rächte sich, daß die Europäer ihre angebliche Verbundenheit mit der arabischen Welt stets nur in rhetorischen Deklarationen festgehalten hatten; eine einheitliche und schlüssige Nahost-Politik der EG gibt es nicht.

Die Briten blockten den französischen Vorschlag brüsk ab. Das, was sie für einen Beschwichtigungskurs halten, stand ihrem Bedürfnis nach einem demonstrativen Schulterschluß mit den Amerikanern entgegen.

Deswegen bleibt der von Kohl und Genscher zuletzt unterstützte Vorstoß Mitterrands, wie sich am Donnerstag voriger Woche bei der Sondersitzung der EG-Außenminister in Paris zeigte, nur eine Perspektive für die Nachkriegszeit. Wie immer die „Schlacht der Schlachten" (Saddam Hussein) am Ende ausgeht, ob der Krieg am Golf nicht mehr Probleme schafft, als er löst, die Bonner wollen jedenfalls nicht schuld sein, daß die Reputation des Westens in der arabischen Welt weiter schwindet.

Mit der Reputation der Deutschen ist das allerdings so eine Sache. So unscharf die Konturen einer Bonner Nahost-Politik in den letzten Jahren waren, so zielstrebig versorgten westdeutsche Firmen die Krisenstaaten rund um den Golf mit heimtückischen Todes-Technologien.

Wo immer sich ein Geschäft bot, von der Flugabwehrrakete bis zur Giftgasgranate – die deutsche Industrie war vor allem Saddam Hussein gern gefällig (siehe Seite 31). Solange der exzentrische Alleinherrscher von Bagdad den Krieg gegen die iranischen Ajatollahs führte, galt er dem Westen als Freund. Noch nach dem Friedensschluß, als der Irak seine Waffenarsenale wieder auffüllte, drückte die Kohl-Regierung die Augen zu. Trotz eindeutiger Berichte westlicher Geheimdienste über illegale Rüstungslieferungen westdeutscher Unternehmen an den Irak machten die Christliberalen in Bonn keine Anstalten, ihre nur auf dem Papier „restriktive

Rüstungsexportpolitik" (Genscher) auch durchzusetzen.

Jahrelang unterließ es die Regierung Kohl/Genscher trotz eindeutiger Rechtslage unter dem massiven Druck der Industrie, die verhängnisvollen Exporte zu unterbinden. Noch nach dem Embargo gegen den Irak suchten die Bonner zu leugnen, daß deutsche Firmen gegen die Auflagen der Uno verstoßen hatten. Die Verärgerung der US-Verbündeten über die Sturheit ihrer Partner in Bonn schränkte deren politischen Handlungsspielraum zusätzlich ein.

Überhaupt gelten die Deutschen den Amerikanern im Golfkrieg längst als Verbündete zweiter Klasse, weil sie sich weigern, Kampftruppen ins Kriegsgebiet zu schicken. Zwar erklärte sich Bonn letzten Donnerstag bereit, vier weitere Kriegsschiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Aber Kohl und Genscher widersetzen sich einstweilen dem Verlangen der Amerikaner, mehrere Batterien „Patriot"-Flugabwehrraketen in die Türkei zu schicken und monatlich 300 Millionen US-Dollar in die amerikanische Kriegskasse zu zahlen.

„Deutsche Soldaten werden am Golf nicht eingesetzt", versprach Kohl, als der Krieg schon ausgebrochen und der Startschuß zur Entwaffnung des Irak gefallen war. Fraglich, wie lange es dabei bleibt. 212 Bundeswehr-Soldaten stehen einsatzbereit in der Krisenregion – auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Erhac, eben 450 Kilometer von der Grenze zum Irak entfernt.

Der Entsendung von 18 leichten Jagdbombern des Typs „Alpha Jet" Anfang Januar hatten sich die Bonner nicht entziehen können, nachdem die Türkei sie als Teil der mobilen Eingreiftruppe der Nato angefordert hatte. Aber als die Türken letzte Woche den Amerikanern erlaubten, von ihren Flugplätzen aus Angriffe gegen den Irak zu fliegen, wurden die Deutschen nicht einmal konsultiert.

Längst ist der türkische Präsident Turgut Özal im Bonner Kanzleramt in den Verdacht geraten, er wolle wegen seiner innenpolitischen Schwierigkeiten einen Bündnisfall provozieren. Deshalb stellte CDU-Generalsekretär Volker Rühe letzten Freitag in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Bundestagsausschusses nach Absprache mit Kohl vorsorglich klar: „Ein türkisches Eingreifen in den Golfkrieg kann den Bündnisfall nicht auslösen."

Je mehr sich der Krieg nach dem irakischen Raketenangriff auf Israel und Saudi-Arabien Ende letzter Woche zuspitzte, desto größer wurde die Sorge in Bonn, von Kohl-Freund Özal in ein militärisches Abenteuer hineingezogen zu werden. Wie handlungsfähig wäre der Nato-Partner Bundesrepublik noch, so die bange Frage, wenn Saddam Hussein die Türkei beschießt, nachdem von dort amerikanische Bomber in den Irak starteten? Die Antwort auf diese „vertragsrechtlich außerordentlich brisante Frage" (AA-Sprecher Jürgen Chrobog) ist vage und gequält: Ein Raketeneinschlag auf türkischem Boden löst – noch? – nicht den Bündnisfall aus.

Auch bei der anderen Krise waren die Bonner vorige Woche an Zurückhaltung nicht zu übertreffen. Zwar rieten sie Gorbatschow nach den Schüssen dringend, sich an die Spielregeln der erst im Dezember letzten Jahres in Paris verabschiedeten KSZE-Charta zu halten und seine Militärs zu bändigen. Aber sie waren auch sicher, daß „Gorbatschow lügt" (ein Bonner Regierungsmitglied), wenn er vorgebe, von der Militäraktion erst im nachhinein erfahren zu haben.

Weil der sowjetische Präsident wisse, was in den Beziehungen zum Westen auf dem Spiel stehe, heißt es im Kanzleramt, suche er die Verantwortung für den Rückfall in den Stalinismus auf untergeordnete Armeegeneräle abzuwälzen (siehe Seite 130).

Aber auch für den Kanzler der Einheit steht viel auf dem Spiel. Noch hat der Oberste Sowjet in Moskau den „Zwei plus Vier"-Vertrag Deutschlands mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges nicht ratifiziert. Noch stehen über 300 000 sowjetische Soldaten auf ostdeutschem Boden. Noch hat auch der Vertrag über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte zwischen Atlantik und Ural nicht die parlamentarischen Hürden in Moskau genommen.

Doch die Signale, die letzte Woche mitten aus dem sowjetischen Chaos nach Bonn drangen, stimmten die Regierung erst mal hoffnungsfroh. Verteidigungsminister Dmitrij Jasow prophezeite seinem Amtskollen Gerhard Stoltenberg in einer vertraulichen Depesche, für den „Zwei plus Vier"-Vertrag werde es eine Mehrheit geben. Tatsächlich haben selbst konservative Generäle im Auswärtigen Ausschuß des Obersten Sowjets inzwischen die Annahme des Vertragswerks empfohlen.



Deutsche Alpha Jets im türkischen Erhac: „Vertragsrechtlich brisant"

Zudem bat Jasow seinen Bonner Kollegen, Bonn möge sich in Warschau dafür einsetzen, den Transit sowjetischer Truppentransporte durch Polen zu erleichtern. Damit aber kommen zusätzliche Geldforderungen auf die Deutschen zu. Die haben sich bereits verpflichtet, gut sieben Milliarden Mark als Hilfe für den Heimtransport der Sowjettruppen und den Bau neuer Unterkünfte auszugeben.

Nun wollen auch die Polen am Abzug der Sowjetarmee aus Deutschland verdienen und Transitkosten berechnen.

Doch allzu eilig haben es die einstigen Waffenbrüder im Warschauer Pakt nicht: Die abrückenden Sowjetarmisten, fürchten die Polen, könnten in den benachbarten baltischen Republiken stationiert werden.

Panzer im litauischen Wilna, Blut, Bomben und Raketen im Nahen Osten – das „Jahr der Freude", wie Politiker am Silvestertag das abgelaufene 1990 besangen, ist drei Wochen später ganz fern.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher düster: „Der Himmel hat sich wieder geschlossen."

„Da muß noch viel kommen“

Die wichtigsten Sachentscheidungen wurden von der alten neuen Regierungskoalition ausgeklammert. Die Personal-Beschlüsse erregen Aufsehen allenfalls wegen der Bedeutungslosigkeit der Namen: Helmut Kohls neues Kabinett hat keine Köpfe, arbeitet ohne Konzept. Die Finanzierung wichtiger Aufgaben ist völlig ungeklärt.

Die einzige Krise der Koalitionsverhandlungen vollzog sich in aller Stille. Die Delegationen von CDU/CSU und FDP saßen im Kanzleramt beisammen und sprachen nicht mehr miteinander. 20 Minuten lang währte das große Schweigen.

Trotz aller Vermittlungsversuche waren die Liberalen am vorigen Dienstag abend bei ihrem Verlangen geblieben, die Ex-DDR müsse zum Niedrigsteuergebiet werden. Nicht nur der Kapitaleinsatz, sondern auch die Arbeit müsse steuerlich entlastet werden, so FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff. Dann forderte er einen jährlichen Freibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer von 4800 Mark.

CSU-Finanzminister Theo Waigel lehnte namens der Unionsparteien ab: zu teuer wegen der Steuerausfälle, zu unsozial angesichts des Heeres der Arbeitslosen drüben, die von derlei Vergünstigungen nichts hätten. Da gebe es effizientere Wege der Investitionsförderung.

Der Kanzler stellte fest: Die Positionen der Koalitionsparteien seien unvereinbar. Dann sagte Helmut Kohl gar nichts mehr. Es wurde ruhig im Saal. Hier und da noch ein Tuscheln von Sitznachbar zu Sitznachbar, Aussitzerkönig Kohl schwieg eisern und sah vor sich hin.

20 lange Minuten später verlor Lambsdorff die Nerven. Hilfesuchend wandte er sich an Wolfgang Schäuble, der neben ihm im Rollstuhl saß. Der CDU-Innenminister flüsterte dem Liberalen die Lösung zu, von der er wußte, der Finanzminister würde sie akzeptieren: 600 Mark Freibetrag. Die FDP solle Unterbrechung der Sitzung beantragen und darüber intern beraten. Eine gute Stunde danach hatten die Freidemokraten das magere Angebot angenommen und ihr Wahlkampfversprechen vom Niedrigsteuerland gebrochen.

Kohl war zufrieden. Einmal mehr hatte er allen vorgeführt: In dieser Koalition geschieht sein Wille, ohne daß er noch viele Worte zu machen braucht. Auch die Freidemokraten haben sich ihm zu fügen, mangels Alternative. Die FDP würde sich nicht getrauen – darauf hatte sich der Kanzler verlassen –, die Verhandlungen platzen zu lassen und bei der angespannten Weltlage die Kanzlerwahl zu verzögern. Kohl gab sich keine große Mühe, der Regierung



Christliberale Regierungsmannschaft nach der Ernennung*: Es herrscht das alte Mittelmaß

* Vorn: Merkel, Waigel, Kohl, Bundespräsident von Weizsäcker, Genscher, Möllemann; zweite Reihe: Seiters, Blüm, Kiechle, Rönsch, Adam-Schwaetzer, Stoltenberg; dritte Reihe: Krause, Ortleb, Kinkel, Töpfer, Schwarz-Schilling, Hasselfeldt, Schäuble, Riesenhuber, Spranger.

für die Jahre des Zusammenwachsens des neuen Deutschland und des Aufbaus in den neuen Bundesländern ein angemessenes Programm, eine auserlesene Mannschaft und ein gefälliges Outfit zu verpassen. Im neuen Kabinett herrscht das alte Mittelmaß. Figuren mit Gestaltungskraft fehlen. Sogar der halb abgewrackte Norddeutsche Gerhard Stoltenberg wurde – zur eigenen Überraschung – erneut berufen.

Die Koalitionsvereinbarung ist eine Mogelpackung. Ausgeklammert blieb alles, was Kohl oder seinen Partnern die gute Laune hätte trüben können. Verzichtet wurde auf präzise Formulierungen über die neue Pflegefallversicherung, den Uno-Einsatz der Bundeswehr oder das künftige Abtreibungsrecht. Getäuscht wurde die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Finanzbedarf der nächsten Jahre. Der jetzt gezogene Finanzrahmen, darüber waren sich die Koalitionäre im klaren, hält nicht. Länder und Gemeinden der Ex-DDR brauchen weit mehr Geld als veranschlagt, um einen Bankrott abzuwenden.

Der Golfkrieg kommt auch die Deutschen teuer zu stehen. Schon liegt im Kanzleramt eine Forderung aus Washington vor, Bonn solle für die Dauer der Krise 300 Millionen Dollar monatlich in die Kriegskasse der Amerikaner zahlen. Die Bundesbürger müssen sich so oder so auf höhere Abgaben gefaßt machen, allen Versprechungen Kohls zum Trotz, die Steuern würden nicht erhöht.

Vor Selbstbewußtsein strotzend, lebte Kohl seine Machtfülle auch bei der Regierungsbildung aus. Der im vereinten Deutschland zur Provinzpartei geschrumpften CSU nahm er ohne große Diskussionen das wichtige Verkehrsministerium fort und schlug es dem neuen CDU-Parteifreund Günther Krause aus Mecklenburg-Vorpommern zu. Der Mann aus der Ex-DDR wird die Verantwortung dafür tragen, wenn es, wie absehbar, mit dem Ausbau des Straßen- und Schienennetzes drüben nicht recht vorangeht und der wirtschaftliche Aufschwung darunter leidet.

Zum öffentlichkeitswirksamen Ausschmücken seines Kabinetts mit Frauenköpfen brauchte Kohl noch zusätzliche Ressorts. Ohne jemanden zu fragen, flickte er aus den Restbeständen des früheren bedeutungslosen Ministeriums für Familie, Jugend, Frauen und Gesundheit noch zwei CDU-Häuser ohne Gewicht zusammen – für die bislang unauffällige Hannelore Rönsch aus Hessen ein Ressort für Familie und Senioren, für die als emsig bekannte Angela Merkel, vor kurzem noch Vize-Sprecherin der Regierung de Maiziére, ein Ressort für Jugend und Frauen.

Nach eigenem Gutdünken, nicht etwa „im Einvernehmen“ mit dem jeweiligen Bundesminister, wie vom Gesetz verlangt, plazierte der Kanzler die Parlamentarischen Staatssekretäre (siehe Kasten Seite 24). Der neue Verkehrsminister Krause etwa erfuhr von Journalisten, daß er als CSU-Aufpasser den Abgeordneten Wolfgang Gröbl zugeteilt erhielt. Krauses Reaktion: „Aber ich habe doch schon einen beamteten Staatssekretär von der CSU.“ Seinem Arbeitsminister Norbert Blüm steckte Kohl Bernhard Worms, der in Nordrhein-Westfalen als CDU-Spitzenkandidat scheiterte, als beamteten Staatssekretär ins Haus – Worms, 60, braucht eine Altersversorgung.

Souverän setzte sich Kohl beim Zimmern seines Kabinetts über den früher von ihm stets peinlich genau beachteten Regionalproporz hinweg, der die CDU-Landesverbände angemessen am Kabinettstisch vertreten soll. Nun stellen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg nur je einen Minister, Hessen aber deren drei. Unzufrieden sind die CDU-Ossis, daß die fünf neuen Länder mit nur drei Kabinettsposten bedient wurden und daß von Kohls Versprechen, die Ex-DDR würde eines der hohen Staatsämter im vereinten Deutschland erhalten, keine Rede mehr ist.

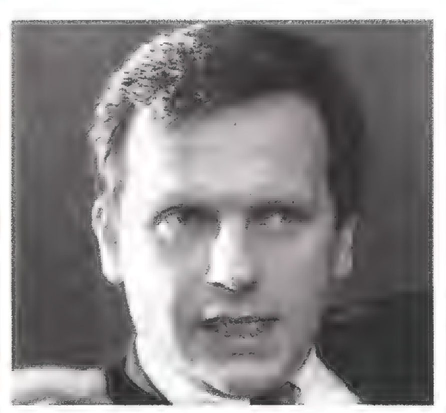
Bei der Abstimmung über die Koalitionsvereinbarung in der CDU/CSU-Fraktion am vorigen Mittwoch enthielten sich acht der Ossis. „Da sitzen“, klagte der Christdemokrat Manfred Kolbe aus Sachsen, „überall die alten Platzhirsche und lassen uns Neulingen keine Chance.“

Den reichen Brüdern im Westen hatte Kolbe in der Fraktion vorgerechnet, wie brisant die Lage drüben ist: Von den 19 Milliarden für den Haushalt seines Heimatlandes kämen gerade 4 Milliarden aus Steuereinnahmen, 8,8 Milliarden gebe der Fonds Deutsche Einheit, 5 Milliarden holten sich die Dresdener am Kreditmarkt. Wenn das Land, wie gewünscht, für Soziales oder die Exportförderung 10 Milliarden Mark ausgeben soll, wäre es sofort pleite. „Koalitionsvereinbarung für die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages“ – so ist das 76-Seiten-Werk überschrieben, das die Parteivorsitzenden von CDU, FDP und CSU vorige Woche nach 27 Verhandlungstagen präsentierten. Ein Programm für vier Jahre soll es sein. Doch realistisch, wie es seiner Natur entspricht, stellte Otto Graf Lambsdorff gleich nach der Unterschrift das große Werk in Frage:

Zumindest für den Finanzteil könne dieser Anspruch nicht gelten. Da habe man es so gerade eben geschafft, den Haushalt 1991 entsprechend den Vorgaben des Finanzministers ins Lot zu bringen. Aber: „Für die Jahre ’92 folgende klaffen weiter tiefe Löcher.“

Sarkastisch resümiert Finanzexperte Hermann Otto Solms das Ergebnis. „Wir haben genug Möglichkeiten gelassen“, so der neue FDP-Fraktionsvorsitzende, „die Öffentlichkeit auch weiterhin gut zu unterhalten.“

Das bisher Gebotene war mehr Schmierentheater als Unterhaltung. „Ein trauriges Beispiel“ nannte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages die Beschlüsse über die Finanzierung der Staatsaufgaben. Viel mehr als der Griff in die Taschen des Steuerzahlers, so der Industrielle Hans Peter Stihl in seltener Schärfe, sei der Regierung nicht eingefallen.


Ostdeutsche Kabinettskollegen Merkel (Frauen), Krause (Verkehr), Ortleb (Bildung): „Überall Platzhirsche“

Der Vorwurf, der auch im Endspurt der Koalitionsverhandlungen vorige Woche nicht mehr entkräftet werden konnte: Statt, wie versprochen, durch drastischen Abbau von Subventionen Vorsorge für die Finanzrisiken der nächsten vier Jahre zu treffen, wurde lediglich für zusätzliche Einnahmen gesorgt. Schlimmer noch: Erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zwei Milliarden jährlich von der Post, Einsparungen bei Verteidigung und bei der Bundesanstalt für Arbeit – das alles reicht allenfalls, um in diesem Jahr über die Runden zu kommen.

Die 35-Milliarden-Einsparung für 1991 werde weiter wirken, so rechnet Waigel. Doch die Finanzexperten sehen das anders. „1991 kommt er auf die Summe", so Solms, „in den Folgejahren nicht."

Die Wirkung wird den Finanzminister in große Probleme stürzen. Im vorigen November, als Theo Waigel hausintern Bestandsaufnahme machte, errechnete er für 1991 ein Defizit seines Etats von insgesamt 105 Milliarden Mark. 70 Milliarden davon, so Waigels Eckwerte, die er den Koalitionsverhandlungen vorgab, will er pumpen. 35 Milliarden, so lautete der Auftrag an die Koalitionäre, sollten eingespart oder umgeschichtet werden. Dieses Geld quälten sich die Unterhändler für 1991 zusammen, vornehmlich zu Lasten der Arbeitnehmer.

In seinem Eckwertebeschluß hat Waigel aber auch zugesagt, bis 1994 die Nettokreditaufnahme von 70 auf 30 Milliarden Mark zurückzufahren. Darüber haben sich die Koalitionäre in ihren Bonner Verhandlungen keine Gedanken gemacht. Die Konsequenz: Von 1992 bis 1994 fehlen nach Waigels Planung 298 Milliarden Mark in der Kasse. Mit 130 Milliarden Mark will er sich zusätzlich verschulden. Bleibt eine Deckungslücke von 168 Milliarden Mark.

Das ist die untere Grenze – ohne jene Risiken, die sich schon jetzt abzeichnen: zusätzliche Forderungen aus Moskau, finanzielle Beteiligung am Golfkrieg, weitere Sanierung Ostdeutschlands.

Wo es finanziell zu kneifen drohte, da wurde schlicht gemogelt, wie etwa in der Verkehrspolitik. Auf 8 bis 11 Milliarden Mark hatte die zuständige Arbeitsgruppe den jährlichen Investitionsbedarf für Schiene und Fernstraßen von 1991 bis 1993 angesetzt, danach mit 12 bis 16 Milliarden Mark jährlich. Im Koalitionspapier wurde, o Wunder, aus Soll Haben. Statt entsprechende Summen einzuplanen, soll jährlich je eine Milliarde Mark aus dem Westtopf für Bundesbahn und Bundesfernstraßenbau in die Beitrittsgebiete umgelenkt werden. Das Geld taucht sogar im 35-Milliarden-Sparkatalog für 1991 auf.

Ein solch verwunderliches Spiel trieben die Unterhändler nicht nur einmal. 6,5 Milliarden Mark wollte Waigel dadurch einsparen, daß die Kosten für die teure Altersversicherung der Knappschaft auf die allgemeine Rentenversicherung übertragen werden. Als Blüm das mit Erfolg abwehrte, entsann sich die Kohl-Runde, daß sie eigentlich Subventionen abbauen wollte. Das entstandene Loch wurde mit dem Beschluß geschlossen, diesen Betrag bei steuerlichen Vergünstigungen und Finanzhilfen zu streichen. Details wurden aber vor der Hessen-Wahl nicht genannt; eine Arbeitsgruppe soll die Streichposten im Laufe des Jahres festlegen.

So bleibt vom großen Streichversprechen der zögerliche Einstieg in den Abbau von Zonenrand- und Berlin-Förderung, in diesem Jahr gerade 1,5 Milliarden Mark. Die eigentliche Arbeit beginnt für Unterhändler Lambsdorff denn auch erst nach dem Abschluß der Koalitionsverhandlungen. Der Graf: „Da muß noch viel kommen, das geht gar nicht anders."

Sieger Kohl gab sich vor den CDU/CSU-Abgeordneten dennoch generös und lobte die CSU und ihren Vorsitzenden, den Finanzminister Theo Waigel, für die geleistete Arbeit. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Wolfgang Bötsch folgte der Zeremonie mit hochgezogenen Augenbrauen: „Wer lobt, ist der Chef."

Auf ihn und auf eine Vielzahl anderer CSU-Abgeordneter wirkte es peinlich, wie dankbar der von Amts wegen mächtige Bonner Kassenwart und Nachfolger des Franz Josef Strauß diese demonstrative Auszeichnung aufnahm.

Die Kritiker des bayerischen Schwaben fühlen sich bestätigt. Waigel habe bei seinen ersten Koalitionsverhandlungen die Interessen der CSU nur unzureichend durchgesetzt und dem Kanzler und Parteivorsitzenden der Schwesterpartei allzu willfährig das Feld überlassen. Für die CSU sei das Ergebnis eine „Niederlage", so das Urteil eines bayerischen Mitglieds der Bonner Regierung.

Da ist was dran. Im Alleingang, ohne sich mit der Landesgruppe abzustimmen, hat Waigel mit Kohl den Verzicht auf zwei der bisher sechs CSU-Ressorts und die Auswahl der künftigen Ministerien in bayerischer Hand ausgehandelt. Die Ressorts versprechen ihren Inhabern wenig Freude, ihrer Partei eher Schaden als Profil.

Theo Waigel muß das schwierige und in Zeiten knapper Kassen und hoher Ansprüche undankbare Amt des Kassenwartes einer Koalitionsregierung ausüben, die vor schier unüberwindlichen finanziellen Engpässen steht.

Ignaz Kiechle ließ sich lange bitten, ehe er das für die CSU mit ihrem hohen Anteil an bäuerlichen Wählern so wenig attraktive Landwirtschaftsressort für eine weitere Legislatur übernahm. Er



Aufsteiger Spranger: Keine Ahnung vom Ressort





Koalitionspartner Waigel, Solms: „Wer lobt, ist Chef"

Wundersame Vermehrung

Unter welchen Gesichtspunkten Parlamentarische Staatssekretäre ausgewählt werden

Michaela Geiger wollte eigentlich Entwicklungshilfeministerin werden. Dafür hat sie sich dank zuverlässiger Biederkeit bestens qualifiziert. Was die CSU von der politischen Lage in Südafrika, Tansania oder Mali hält, lauschte sie ihrem Leitstern Franz Josef Strauß ab, dessen Wahlkreis Weilheim sie erbte. Vorübung für die neue Berufung leistete sie als außenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion jederzeit erschöpfend und allemal so, als wäre kein Stück von ihr.

Aufsteigerin Geiger
Zuständig für Kleinkram

Mit der Ministerin ist es nichts geworden, für Kompensation war schnell gesorgt. Michaela Geiger, Jahrgang 1943, bereitet sich ersatzweise darauf vor, Parlamentarische Staatssekretärin zu werden. Nur wußte sie bis zum Wochenende noch nicht, ob sie im Entwicklungshilfeministerum oder doch anderswo unterkommt.

Daß Gertrud Dempwolf aus Osterode plötzlich als „Parlamentarische“ für die Hardthöhe ins Gerede kam, war eine unschöne Überraschung, weil sie selbst intimen Kennern des Handbuchs des Deutschen Bundestages unbekannt geblieben ist. Sicherheitshalber hielt niemand die Idee für völlig absurd. Spätestens bei der Bildung der zweiten Regierungsebene muß man in Bonn alles für möglich halten.

Glücklicherweise ist Vorsorge getroffen, daß Parlamentarische Staatssekretäre wenig Unheil anrichten können. Im Gesetz über ihre „Rechtsverhältnisse“ steht vage: Sie unterstützen die Minister bei „der Erfüllung ihrer Regierungsaufgaben“. In der Wirklichkeit sind sie Gehilfen, die lästigen Kleinkram übernehmen. Sie eilen zu Veranstaltungen, die der Minister geringschätzt. Sie vertreten ihn in der Fraktion, stehen an seiner Stelle Rede und Antwort in den Fragestunden des Bundestages.

Im Ministerium bleiben die „Parlamentarischen“ notgedrungen Außenseiter. Dort herrschen die beamteten Staatssekretäre über die Ministerialbürokratie. Im Kabinett allerdings dürfen diese ihre Minister ersetzen, wozu sich aber nur selten die Chance bietet. Dafür erhalten sie 75 Prozent des Ministergehaltes, summa summarum 21 032 Mark, plus Abgeordnetendiäten von rund 15 000 Mark; zu ihrem Besitzstand gehören auch persönliche Referenten und Dienstwagen.

Die Vergabe solcher Dotationen gehört zum Schönsten des Bundeskanzlers. Denn in den allermeisten Fällen setzt er sich mit seinen Wünschen durch. Die jeweiligen Minister lassen sich von seinen willkürlichen Entscheidungen ungern, aber ergeben überraschen. Sachfremde Argumente gibt es gar nicht, kein Motiv ist abwegig genug: Versorgungsposten für auslaufende Modelle, Günstlingswirtschaft, Satisfaktion für Zukurzgekommene.



Aufsteigerin Seiler-Albring
Mit Dotation bedacht

Auf Dauer schaffte es allein Hans-Dietrich Genscher, unliebsamen Zuzug aus den hinteren Reihen der CDU abzublocken. Ursula Seiler-Albring (47, Diplom-Soziologin, natürlich FDP) ist die neue Glückliche, die sich jetzt Staatsministerin nennen darf, ein Privileg der „Parlamentarischen“ im AA und im Kanzleramt.

Jürgen Möllemann wäre Erich Riedl (CSU) liebend gern losgeworden. Der Luftfahrtlobbyist bleibt ihm nun doch erhalten. Zum Versorgungsfall drohte zuletzt Ottfried Hennig zu werden. Das Innerdeutsche Ministerium, dem er als „Parlamentarischer“ zugeordnet war, ist aufgelöst worden. Andererseits ist Hennig CDU-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein. Wohin mit ihm? In letzter Minute wird sich etwas finden, durfte er sich Mut machen, zum Beispiel für den Umstieg auf die Hardthöhe.

Besser dran ist Peter Hintze, bisher nur Bundesbeauftragter für den Zivildienst, jetzt auch Abgeordneter des Deutschen Bundestages und vielleicht bald Parlamentarischer Staatssekretär in einem der drei Ressorts, die aus den Trümmern des Gesundheitsministeriums erwachsen. Eine Bonner Blitzkarriere, die nicht viel über Hintze aussagt.

Fast rational und sogar wohltuend gerecht erfolgte die Berufung von Bernd Schmidbauer, 51, und Reinhard Göhner, 38, ins Umweltministerium: Sie verstehen jede Menge von der Sache, und ihr CDU-Parteifreund Klaus Töpfer, bisher ein Solist im eigenen Hause, schätzt sie.

So sollte es urspünglich sein, als die seltsame Institution „Parlamentarischer Staatssekretär“ 1967 von der Großen Koalition aus der Taufe gehoben wurde. Als Vorbild diente der „Juniorminister“ der britischen Regierung, der zeigen darf, daß er ministrabel ist. Auch die Bonner wollten einen Talentschuppen haben. Manchmal ging der Wunsch sogar in Erfüllung: Hans Apel, Klaus von Dohnanyi, Gerhart Baum zogen so ihre ersten größeren Kreise. Irmgard Adam-Schwaetzer ist heute ein eher schlechtes Beispiel für den Restbestand der alten



Umsteiger Hennig
Fast ein Versorgungsfall



Aufsteiger Göhner
Aus dem Talentschuppen

Regel: Was sie im Auswärtigen Amt für den Job als Wohnungsbauministerin gelernt haben könnte, bleibt ihr Geheimnis.

Am Anfang gab es „Parlamentarische" nur in sieben klassischen Ministerien. Die Sinnentlehrung der Institution setzte mit ihrer wundersamen Vermehrung ein. Ab 1969 mußten es in jedem Ressort „Parlamentarische" geben, in den wichtigeren wenig später zwei davon. Je mehr „Parlamentarische" es wurden, desto unerfindlicher wurde, wozu sie nutze sein sollen.

Für stetes Wachstum sorgt seit 1982 Helmut Kohl. Zu seiner ersten Regierung gehörten 24 „Parlamentarische", 1987 waren es schon 27. Von nun an dürfen sich mehr als 30 in den 20 Ministerien je nach Mentalität auf ihren Ruhestand vorbereiten oder ihre Privilegien genießen – und der eine oder andere wird durch überraschendes Lärmen beweisen wollen, daß er zu Recht an seinem Platze ist.

tat's mehr Kohl zuliebe, der froh ist, daß die Bauern ihren Ärger über EG und Gatt bei dem CSU-Mann abladen.

Zum Rohrkrepierer könnte die Besetzung des Entwicklungsministeriums durch die CSU werden. Der neue Ressortchef, Law-and-order-Fan Carl-Dieter Spranger, Nachfolger des farblos-wunderlichen Jürgen Warnke, der seine Lebensführung dem Biorhythmus unterordnet, qualifizierte sich, weil er wie Warnke Franke und evangelisch ist. Von Entwicklungshilfe, von den Nöten der Dritten Welt versteht der Landgerichtsrat nichts.

Wie solle Gerda Hasselfeldt in dem neugeschnittenen Gesundheitsministerium angesichts der Krankheitskosten reüssieren, fragen besorgte Christsoziale. Dafür hat der CSU-Chef im Postenschacher mit Kohl und Lambsdorff das von den heimischen Freunden dringend verlangte Verkehrsressort dem DDR-Vertragsunterhändler Günther Krause überlassen, für Waigels Stellvertreter Edmund Stoiber ein „schmerzlicher Verlust".

Der Ärger über Waigels Solonummer sitzt tief. Sogar Landesgruppenchef Bötsch ist enttäuscht über seinen langjährigen Mentor und Vorgänger als Landesgruppenchef. Gar zu gern wäre Bötsch Verkehrsminister geworden. Er hatte sich bereits für den Wechsel gerüstet und kreidet Waigel an, Kohl zu wenig Widerstand geleistet zu haben. Verärgert erklärte er noch vor Bekanntgabe der Kabinettsliste, er werde nicht in die Regierung gehen. Waigels Versuch, den katholischen Franken umzustimmen und ihm das Entwicklungsministerium anzudienen, mißlang.

Am vorigen Donnerstag konnte Waigel die aufsässigen Freistaatler mit einer langen Erklärungs- und Entschuldigungsrede noch einmal ruhigstellen. Doch gelegentlich bricht durch, daß er sich auch eine andere Karriere vorstellen kann, „als Landrat in Krumbach" oder, so einige, als bayerischer Ministerpräsident; vielleicht in zwei Jahren?

„Helmut Kohl", beobachtete FDP-Fraktionschef Solms, „ist an der Spitze seiner Macht. Es gibt nicht den Hauch einer Konkurrenz mehr in seinem Verein." Auch Bayerns Innenminister Edmund Stoiber, zum dritten Mal bei Bonner Koalitionsverhandlungen dabei, erinnert sich gut der Zeiten, da Kohl es noch in den eigenen Reihen mit Schwergewichten wie Franz Josef Strauß, Ernst Albrecht, Lothar Späth oder Heiner Geißler zu tun hatte. Nun gebe es da nur noch den Kanzler.

Selbst einem treuen Kohl-Knappen wie Generalsekretär Volker Rühe wird bang zumute, wenn er die gelichteten Reihen der CDU-Größen mustert. An die Zeit nach Kohl mag er gar nicht denken. Zwei potentielle Nachfolger fallen aus: Schäuble sitzt im Rollstuhl; Späth ist zurückgetreten, von Kohl nur halbherzig in der Nassauer-Affäre gestützt („Wenn du das willst, stehe ich zu dir").

Den Pfälzer plagen keine Zukunftssorgen mehr. Sollte die Partei wieder in Krisen geraten, sollte er für Wahlverluste verantwortlich gemacht werden, dann glaubt er keine Bundesgenossen mehr zu brauchen.

„Dann sagt er einfach", so ein CDU-Bundesminister, „ich bin der Kanzler der Einheit, ich habe meine Arbeit getan, ich kann jederzeit gehen."



„Herr Eichmeister, kommen Sie mal – ich glaube, Graf Lambsdorff hat wieder hier herumgefummelt!"

Lehrmeister Krieg

KARL OTTO HONDRICH

Daß Saddam Hussein, daß die Menschen im Irak den Krieg in Kauf nehmen, den sie militärisch nicht gewinnen können, daß sie Verwüstungen, Verstümmelungen, den Tod auf sich ziehen, um eine Niederlage zu erleiden, erscheint uns zutiefst irrational – „Wahnsinn". Unsere erste, rationale Reaktion ist denn auch: Die Menschen können dies nicht wollen; es ist der Diktator, der sie zwingt, sie in seinen Bann schlägt.

So ist es – auch. Unter den nichtwestlichen Gesellschaften gehört die irakische zu den moderneren, und neben den militärischen hat sie die organisatorischen und manipulatorischen Züge der Diktaturen des 20. Jahrhunderts entfaltet. Wir erkennen in ihr den Widerschein von Brutalo-Aspekten europäischer Modernität, die wir gerade erst hinter uns gelassen haben.

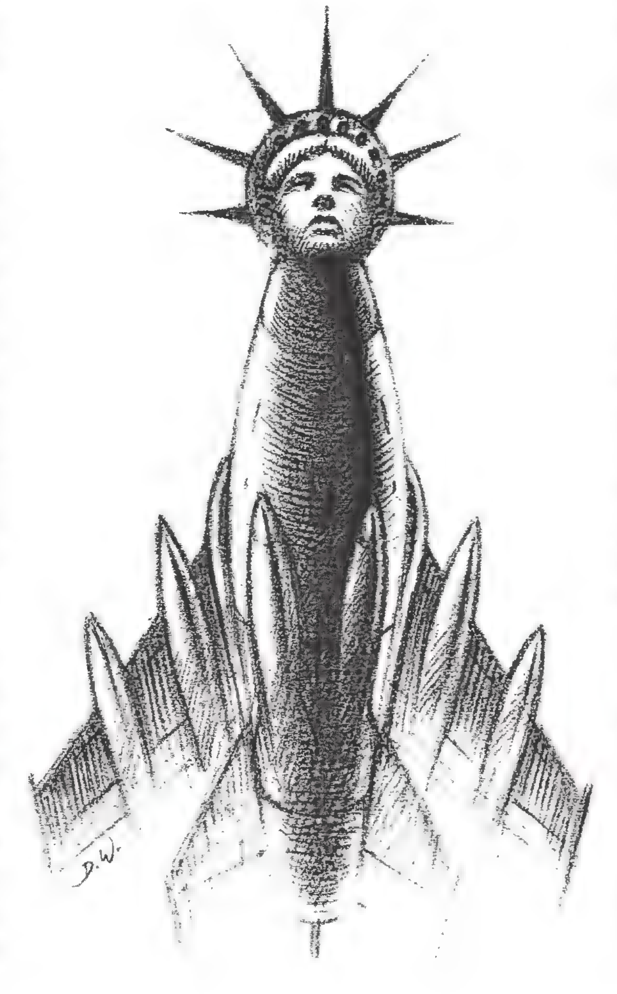
Entgleiste Modernität – so lautet eine Erklärung für Gewalt- und Kriegsbereitschaft, die gerade in Deutschland naheliegt. Haben wir damit genug verstanden? Weht uns nicht immer wieder aus der nichteuropäischen Welt, aus Vietnam, Kuba, Afghanistan, Indien, aus Somalia, Palästina und dem Irak eine Mischung aus Gewaltbereitschaft, persönlicher Selbstaufopferung und Gruppenegoismus, Fatalismus und Fanatismus, religiösen und politischen Triebkräften an, die uns zutiefst fremd und unheimlich, „vormodern" erscheint?

Auch dort wünschen die Menschen nicht den Krieg. Aber sie führen ihn – für Werte, die ihnen wichtiger sind als Frieden. „Warum empören wir uns so sehr gegen den Krieg, Sie und ich und so viele andere, warum nehmen wir ihn nicht hin wie eine andere der vielen peinlichen Notlagen des Lebens? Er scheint doch naturgemäß, biologisch wohl begründet, praktisch kaum vermeidbar", schrieb Sigmund Freud, 1932, an Albert Einstein. „Entsetzen Sie sich nicht über meine Fragestellung", fügte er hinzu, er wußte, daß er an ein Tabu rührte – schon im vornuklearen Zeitalter.

Freuds Antwort: Es ist der Prozeß der Kulturentwicklung – die Aufwertung nicht nur materieller Güter, sondern jedes einzelnen Menschenlebens; die Erstarkung des Intellekts; die Verinnerlichung der Aggressionsneigung –, der uns psychische Einstellungen aufnötigt, denen der Krieg „in der grellsten Weise widerspricht". Freud: „Darum müssen wir uns gegen ihn empören, wir vertragen ihn einfach nicht mehr, es ist nicht bloß eine intellektuelle und affektive Ablehnung, es ist bei uns Pazifisten eine konstitutionelle Intoleranz."

Der kulturell konstitutierte Pazifismus des Westens – kluge Diktatoren wie Hussein und vor ihm Hitler stellen ihn in Rechnung. Sie nutzen *das* Problem der modernen Weltgesellschaft, die Ungleichzeitigkeit der Kulturentwicklung und damit der Aggressionshemmung, um eigene politische Ziele mit Gewalt zu verfolgen. „Wie lange müssen wir nun warten, bis auch die anderen Pazifisten werden?" fragt Freud und äußert eine vorsichtige Hoffnung, daß neben der kulturellen Entwicklung die „berechtigte Angst vor den Wirkungen eines Zukunftskrieges dem Kriegführen in absehbarer Zeit ein Ende setzen" werde.

Aber eben diese Angst, die im West-Ost-Konflikt so gute Dienste geleistet hat, greift im Golfkrieg nicht. Zwar wird sie ins gegnerische Lager hinein kräftig geschürt – aber nicht genug: Hussein konnte fast sicher sein, daß der Westen, wie schon im Vietnamkrieg, sein Vernichtungspotential nicht voll, bis zum Atomschlag einsetzt. Im Westen dagegen wurde die Angst vor dem Krieg durch die Angst vor einem möglichen späteren und schlimmeren Krieg übertroffen; besser man fällt dem Diktator jetzt in den Arm, statt zuzuwarten, bis auch er sein Arsenal an Vernichtungswaffen aufgestockt hat.



Kulturentwicklung, rationalisierte Angst und Aggressionshemmung der Industrieländer können zwar als eine „Versicherung" gegen ihr gleichzeitig gewachsenes, kaum vorstellbares Vernichtungspotential gesehen werden – eine Garantie für den Frieden sind sie nicht. Angriffslust läßt sich verinnerlichen, nicht beseitigen. Auch die „Kulturnationen" des Westens bleiben kriegsfähig, kriegsbereit, ja kriegslüstern; was steckt wohl hinter der Faszination, mit der wir Tag für Tag den Showdown der Drohungen, Aufmarschpläne, Waffenstärken und vorausgesagten Schlachtverläufe verfolgt haben?

Man braucht nicht den Freudschen Todes- oder Destruktionstrieb zu bemühen, der, als ewiger Kontrapunkt, die historische Kulturentwicklung begleitet und sie zu einem prinzipiell spannungs- und risikoreichen Prozeß macht. Auch aus sich selbst heraus erzeugt der Prozeß seine Kriegsgründe: Die Interessen am Öl und an der Wahrung des west-

lichen Wohlstands gehören dazu, aber ebenso der Kampf für Menschenrechte und für ein Völkerrecht, das die Schwachen gegen die Starken schützt – mit Hilfe anderer Starker.

Daß in Europa, und in Deutschland zumal, niemand mehr zustimmend antwortet, wenn ein Kriegsruf ertönt, haben wir niemand mehr zu verdanken als den von uns geführten und vom Zaun gebrochenen Kriegen selbst. Nicht die Tugendhaftigkeit, der Krieg hat uns gelehrt, und nicht der Kriegserfolg, sondern das Scheitern. Alle kollektiven Tugenden, die wir uns heute zugute halten: Friedlichkeit und Freiheit, Rechtsstaat und demokratische Verfahren, nationale Gelassenheit und europäische Gesinnung – wie stünde es darum in Deutschland, hätte es den Krieg gewonnen? Ist der Krieg, nach Heraklit, der Vater aller Dinge, so ist die Niederlage ihre Mutter. Das Kriegstabu ist, in Europa, so groß, daß es diese Einsicht nicht mehr erlaubt.

Der Krieg ist Teil der Kulturentwicklung, deren wir uns heute erfreuen. Sie hat furchtbaren Blutzoll gekostet. Daß sie von jetzt an kostenlos zu haben sei, ist die große Illusion unserer Zeit auf der (west)europäischen Insel der Seligen.

Natürlich wünschen wir uns gesellschaftliches Lernen anders als durch Krieg und Niederlage. Wir sehen auch, wie Gesellschaften friedlich lernen können: durch „Versuch und Irrtum", praktiziert in der Wissenschaft, in politischen Wahlen, im Rechtsstreit, in der Konkurrenz auf Märkten; überall also, wo es gelingt, ein Scheitern im Kleinen zu institutionalisieren und entschärfen. Was liegt näher, als die kulturellen Errungenschaften friedlichen Lernens auch den anderen anzusinnen?

Der Westen tut dies, kaum daß er sich selbst die blutigsten Lernveranstaltungen der Geschichte geleistet hat: Es ergibt sich dabei eine merkwürdige Arbeitsteilung: Die USA stellen die Truppen, die internationalen Konzerne die Waffen, das kriegsgebrannte Europa liefert die Moral der Friedfertigkeit; die Widersprüche lassen sich auch innerhalb jeder einzelnen Gesellschaft beobachten. Zynismus bietet sich an. Aber: Widersprüche zu entfalten und auszuhalten ist das Charakteristikum der Kulturentwicklung.

„Das Entsetzen über den Krieg hilft nicht aus dem Dilemma"

Allerdings, die Gesellschaften, die, außerhalb oder am Rande der westlichen Entwicklung, aber doch von ihr gewaltsam erfaßt, weder deren Segnungen noch deren Kriege zu verantworten haben, erleben diese Widersprüche anders: als von außen oktroyierte, durch die sie, international, zu Armen, zu Gedemütigten, der eigenen Identität nicht mehr Mächtigen gemacht werden. Nicht nur, daß ihnen die eigene kulturelle Entwicklung abgeschnitten wurde, sie sollen die westliche im Ergebnis übernehmen, ohne daß ihnen die Lernschritte dahin, also auch Raub und Krieg, zugestanden werden.

Was immer man gegen Saddam Hussein, den Enteigner, sagen muß: Er steht gegen diese Enteignung kollektiven Selbstbewußtseins, deren höchste Form das aus dem Westen stammende Diktat der Friedfertigkeit ist. Die Illusion der Fundamentalisten, man könne in der Weltgesellschaft noch eine Gegenwelt zur westlichen Kultur aufbauen, teilt er nicht. Aber er nimmt sich das Recht, aus der westlichen Zivilisation zu übernehmen, was ihm paßt, von der Enteignung der Reichen bis zur chemischen Kriegführung, und nicht, was uns paßt. Er ist der Starke der Schwachen. Deshalb spricht er die arabischen Massen vom Euphrat bis zum Atlantik an, die Stummen sprechen durch ihn.

Vielleicht ist dies der tiefste Grund dafür, daß Saddam nicht weicht, daß er Krieg und militärische Niederlage einem Rückzug vorzieht, der trotz des amerikanischen Druckes als ein ehrenvoller darstellbar gewesen wäre. Indem er einem technologisch überlegenen Gegner die Stirn bietet, wächst ihm eine Mission als Symbol arabischen Stolzes und Selbstbewußtseins zu, auch im Untergang.

Die Folgen von Krieg und Niederlage sind den Motiven derjenigen, die den Krieg wollen, aber auch derjenigen, die ihn vermeiden wollen, meist entgegengesetzt. Die arabische Welt wird einen Märtyrer gewinnen, der Irak einen Diktator loswerden. Der Krieg feuert den anti-westlichen Fundamentalismus an, aber zugleich läßt er eine Welle der Verwestlichung in den Nahen Osten schwappen, die nicht nur die Technologien, sondern auch die politische, soziale und Familienorganisation der traditionell-autoritären Gesellschaften ergreift.

Der Westen wird aufgetrumpft haben, aber er wird die Zerstörungen, die er menschlich, politisch und moralisch angerichtet haben wird, wiedergutmachen müssen. Die moralische Pressionsmacht der Uno, auch auf die Vereinigten Staaten, wird wachsen: Man kann nicht für die Kuweit-Resolutionen den Krieg führen und die Palästina-Resolutionen auf sich beruhen lassen. Die arabischen Länder werden stärker werden – im Konflikt und in der Kooperation mit dem Westen.

Den Krieg wegen möglicher „guter" unbeabsichtigter und unvorhersehbarer Folgen zu wollen, wäre intellektuell absurd und moralisch monströs. Aber man kann nicht die Augen davor verschließen, daß sich Konflikte in der Weltgesellschaft weiter so zuspitzen, daß die Beteiligten den Krieg wollen, weil sie keinen besseren Ausweg sehen. Sie suchen, für die Gesellschaften, für die sie handeln, die fürchterlichste und riskanteste Belehrung – ohne wissen zu können, was sie lernen werden.

Krieg löst die in Diktaturen, aber auch in Beziehungen zwischen Gesellschaften blokkierten Lernmechanismen aus. Seit 23 Jahren gibt es zwischen Israel und den Palästinensern ein Besatzungsverhältnis, das die ganze arabische Welt auch gegen Israels Schutzmacht USA verbittert, ohne daß Aussicht auf eine Problemlösung bestünde.

Vielleicht gibt es eine untergründige, von den Handelnden selbst uneingesehene Interessengemeinschaft der gegnerischen Gesellschaften am Krieg; die Lernblockaden zu zerschlagen, in die sie sich mit ihren jeweiligen Problemen verstrickt haben. Manchmal mag dies die Schuld einzelner Personen sein.

Es wäre aber ein gefährlicher Irrtum, darüber den Hintergrund des Golfkrieges zu vergessen: die unterschiedliche Kulturentwicklung von industrialisierten und nichtindustrialisierten Gesellschaften und die daraus zwangsläufig erwachsenden Dominanzbeziehungen und Autonomiebestrebungen.

Es gehört zu den Widersprüchen der Weltgesellschaft, daß nicht die Ärmsten und Gedrücktesten sich gegen die unentrinnbare westliche Kulturentwicklung zur Wehr setzen, sondern diejenigen, die ihr, im Bösen wie im Guten, näherstehen und von ihr profitieren – weil nur sie überhaupt wirkungsvoll kämpfen können. Husseins Irak gegen Amerikas Kuweit – das steht für den Konflikt zwischen Arm und Reich, zwischen Selbstbehauptung der arabischen Welt und Abhängigkeit vom Westen, der jetzt auf die Tagesordnung der Weltpolitik geschrieben und dort lange bleiben wird.

Der Krieg am Golf macht auch den Europäern eine Zwangslage klar: entweder den nichtindustrialisierten souveränen Staaten das Recht einzuräumen, ihre eigenen Vormachtkriege zu führen und Vernichtungswaffen zu produzieren und zu kaufen, die auch auf uns gerichtet werden – oder in einer neuen Pax americana et europea die Welt kommerziell und militärisch mitzukontrollieren. Das Entsetzen über den Krieg hilft aus dem Dilemma nicht heraus. Wir sind zur Dominanz verurteilt.

Karl Otto Hondrich, 53, ist Soziologie-Professor in Frankfurt.

FDP

Einen Kopf kürzer

Nach der Ämtervergabe gibt es bei den Liberalen vor allem Verlierer, voran Lambsdorff und Möllemann.

Otto Graf Lambsdorff spielte mit vollem Einsatz. Mal mehr, mal weniger deutlich gab der FDP-Vorsitzende den Parteifreunden zu verstehen, daß für ihn die Grenzen des Zumutbaren erreicht sind.

Erst einmal fahre er jetzt in die USA, da gewinne er Abstand, kündigte er Anfang letzter Woche an. Zugleich sei das die Gelegenheit, „nachzudenken, was ich künftig mache“. Nimmt man andere düstere Andeutungen ernst, spielte der Graf gar mit dem Gedanken, noch vor seiner Reise Konsequenzen zu ziehen.



FDP-Chef Lambsdorff: „Eine blöde Idee“

Kurz nach erfolgreich bestandenen Bundestagswahlen, wenige Tage vor den Landtagswahlen in Hessen und mitten in den Koalitionsverhandlungen der Rücktritt einer liberalen Galionsfigur?

Der Graf stellte die Machtfrage. Er fühlte sich herausgefordert durch einen Konkurrenten, der offen mit einem weitreichenden Erbfolgeanspruch antritt.

Jürgen Möllemann reklamierte nicht nur gegen allen Widerstand das Wirtschaftsministerium für sich. Er sieht sich auch jetzt schon als Lambsdorff-Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden. Er plant für die nähere Zukunft den Wechsel in Hans-Dietrich Genschers Auswärtiges Amt – und er leitet aus alledem schon jetzt das Recht auf entscheidende Mitsprache ab.

Mit raschem Zugriff hatte sich Möllemann, noch am Tag des Rücktritts von Helmut Haussmann, dessen Nachfolge im Wirtschaftsressort gesichert. Der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer, die den Fraktionsvorsitz übernehmen wollte, versprach er seine Hilfe. Die beiden strebten danach, sich als das künftige Führungspärchen der Partei zu etablieren.

Lambsdorff aber hielt die Ambitionen der Dame für gänzlich verfehlt. Sein harsches Urteil: „Sie ist fleißig, kann arbeiten, aber es gibt viele Sachen, von denen sie nichts versteht.“

Im Falle Möllemann rückte er nachträglich von seinem früheren Urteil („Können kann der viel“) wieder ab, wollte ihn wegloben auf den Fraktionsvorsitz. Damit hätte er dort zugleich Adam-Schwaetzer verhindert und das Wirtschaftsministerium für seinen Wunschkandidaten Hermann Otto Solms gesichert.

Aber das ehrgeizige Aufsteigerduo blockte den Grafen so lange ab, bis sich letzte Woche die Krise zuspitzte. Freunde baten Adam-Schwaetzer, zu bedenken, ob sie gegen eine mächtige Truppe die Fraktion führen und gar den Sturz des Parteichefs riskieren könne. Nach nüchterner Abwägung gab sie schließlich auf. Möllemann aber ließ sich auch unter starkem Druck nicht von seinen Zielen abbringen.



Aufsteiger Möllemann, Adam-Schwaetzer
„Kein Grund zum Weinen“

So mußte die AA-Staatsministerin, die sich nicht mit einem Ressort abfinden lassen wollte, nehmen, was der Graf bei der Ämterverteilung vom Kanzler kriegen konnte: das eher unbedeutende Wohnungsbauministerium. Sie erwarte als Ausgleich, erklärte sie, daß der FDP-Chef Möllemann unterstütze.

Lambsdorff aber schwieg. Er dachte nicht daran, seinen neuen Kandidaten, den er vorletzte Woche schon in Stellung gebracht hatte, zurückzuziehen. Die Rechnung ging immerhin halbwegs auf. Nur mit einem knappen Vorsprung von 49 zu 34 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, konnte Möllemann sich gegen den Außenseiter Günter Rexrodt behaupten, der nicht einmal dem Bundestag angehört.

Das war die kalte Rache des Grafen. Er hat sein eigentliches Ziel nicht erreicht, aber Genugtuung erfahren. Die beiden, die ihn herausforderten und sich seinen Plänen nicht fügen wollten, hat er in die Schranken verwiesen. Nach dem Rückzug der Konkurrentin wurde Solms, der sich den Wünschen des Grafen unterordnete, zum neuen Fraktionschef gewählt. Lambsdorff war zufrieden: „Solms erleichtert mir das Leben.“

Der nie um forsche Sprüche verlegene Möllemann hat einen empfindlichen Dämpfer bekommen. Obwohl er sich auf den Ministerstuhl durchboxte, gehört er – selbst nach dem Urteil seiner Freunde – zu den Verlierern: „Er ist einen Kopf kürzer.“ Seine Bedenken gegen den neuen Mann in seinem früheren Ressort hält Lambsdorff weiter aufrecht. „Massenhaft“ seien die Proteste bei ihm eingegangen, nicht so sehr von den großen Unternehmen („Die richten sich schnell nach dem neuen Machtzentrum aus“), vielmehr von den kleinen und mittleren. Der Tenor, laut Lambsdorff: „Ist die FDP verrückt geworden?“

„Es war nicht meine Entscheidung“, sagt der Graf geradeheraus, „im Interesse der Wirtschaft“ müsse man jetzt dafür sorgen, „daß es ein Erfolg wird“.

Die Konflikte sind absehbar. Alle Nachfolger müssen sich seit Lambsdorffs Ausscheiden aus dem Amt damit herumplagen, daß der Graf weiterhin als heimlicher Minister gilt. Er regierte Haussmann ins Haus hinein, ließ sich von dessen Beamten spicken und argumentierte mit deren Papieren gegen den Minister, bevor der sie gelesen hatte.

Haussmann hatte „geradezu einen Komplex entwickelt“, wie Lambsdorff weiß. Er wollte sein Haus gar abschotten gegen ihn: „Eine blöde Idee.“ Für Mölle-

mann hatte der Graf auch schon einen verbündeten Staatssekretär ausgesucht: Hans D. Barbier, Wirtschaftschef der *FAZ* und Ideologe der Marktwirtschaft.

Während Möllemann öffentlich als Ziel verkündet, „Ökonomie und Ökologie zu versöhnen", sieht Lambsdorff die Hausaufgabe des Wirtschaftsministers ganz anders: Er soll „die Überzeugung vermitteln, daß unsere Wirtschaftsordnung die richtige und die beste ist". Lambsdorff drohte sogar Nachhilfe an: „Ich werde natürlich meine wirtschaftspolitische Meinung zum besten geben."

Aber Möllemann mußte auch erkennen, daß in Fraktion und Partei nicht nur die Zweifel an seiner Kompetenz fürs Wirtschaftsressort weit verbreitet sind. Manch einer hält das Urteil, das letzte Woche in der *FAZ* zu lesen war, für durchaus zutreffend: Nur seine „Profillosigkeit" sichere ihm Aufmerksamkeit, das Durchsetzungsvermögen „als nackte Gabe" sei seine Formel.

Wofür steht Möllemann? Die Antwort ist für die meisten eindeutig: nur für sich selbst, Inhalte sind nicht erkennbar. „Man darf nicht den Eindruck erwecken", schildert Solms die Ansicht der Möllemann-Gegner, „die Partei werde nur ausgenutzt zur Förderung der eigenen Karriere."

Gerade das knappe Ergebnis gegen einen Nobody wie Rexrodt zeigt, daß der angeblich so starke Mann nur auf schwachen Füßen steht. Seine Machtbasis hat er als unbestrittener Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, die anderen Landesverbände aber hat er mit seiner hemdsärmeligen Power verschreckt.

Seine Grenzen bekam der neue Wirtschaftsminister auch auf andere Weise zu spüren. Er hatte sich, gerade um bei den Kollegen aus anderen Ländern Boden wettzumachen, ein Konzept für den Einsatz Parlamentarischer Staatssekretäre zurechtgelegt. Aber keiner seiner Kandidaten kam in der Fraktion durch. Entgegen seiner Ankündigung muß er im eigenen Haus den CSU-Aufpasser Erich Riedl behalten. Ein dritter Staatssekretär, den er sich für den Außenhandel wünschte, wurde ihm abgeschlagen.

Ohne Genscher, so die Einschätzung nach dem Debakel, wäre der Lieblingsschüler nicht einmal Bildungsminister geworden. „Was hat der nur an dem Mann gefressen?" fragen Kollegen. „Der ist in den ja richtig vernarrt." Selbst Freunde zweifeln inzwischen, ob die Partei ihn, trotz Genscher, jemals als ihren Vorsitzenden akzeptiert.

Über den Grafen ist Möllemann bitter enttäuscht, hatte er ihm doch bei seiner Wahl zum Parteichef die entscheidenden Stimmen besorgt. „Er hat keinen Grund zum Weinen", tröstet ihn Lambsdorff, „Mehrheit ist Mehrheit."

Terrorismus

Bombe unterm Rock

Seit Ausbruch des Golfkrieges rechnen Sicherheitsexperten mit Anschlägen arabischer Terroristen. Die Amerikaner igeln sich ein.

Die Nachrichtenagenturen hatten den Beginn des Golfkrieges am Donnerstag letzter Woche kaum gemeldet, da packten westdeutsche Sicherheitsexperten auch schon die Koffer. In geheimer Mission eilten ein halbes Dutzend Top-Fahnder aus Verfassungsschutz, Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt (BKA) zu einem Treffen mit europäischen Kollegen ins Großherzogtum Luxemburg.

Einziger Tagesordnungspunkt der internationalen Fachrunde war, so ein Teilnehmer, „die Koordination der Bekämpfung des Irak-Terrorismus".

Der außerordentliche Europa-Konvent belegt, wie ernst westliche Terroristenjäger die Morddrohungen des irakischen Staatschefs Saddam Hussein nehmen. Für den Fall eines Angriffs der multinationalen Streitkräfte auf seine Truppen hatte der Diktator „Amerika und seinen Verbündeten" mit „weltweiten" Vergeltungsschlägen gedroht.

Daß arabische Freischärler bei ihrem Rachefeldzug auch Mordaktionen in der Bundesrepublik ausführen werden, halten Szene-Kenner wie der Hamburger Verfassungsschutz-Chef Christian Lochte für „durchaus wahrscheinlich". Bei über 200 000 im vereinigten Deutschland lebenden Arabern, so Lochte, sei „die Infrastruktur palästinensischer Terroristen nicht schlecht". Killertrupps könnten über familiäre Bande in der Bundesrepublik leicht Helfer rekrutieren. Lochte: „Irgendeinen Bruder finden die immer."

Auch BKA-Präsident Hans-Ludwig Zachert nimmt die Morddrohungen aus dem Nahen Osten „sehr ernst". Dem Wiesbadener Terroristenfahnder liegen „hauchdünne Hinweise" vor, daß erste „Kommandos" bereits nach Deutschland eingereist seien.

Zwar appellieren besonnene Politiker wie der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) an die Bürger, „zunächst einmal ihrem Tagesgeschäft so nachzugehen wie bisher". Sicherheitsexperten aber bereiten sich unterdessen auf mögliche Katastropheneinsätze vor.



Bombenkontrolle im öffentlichen Nahverkehr*: „Hauchdünne Hinweise"

Um „gegen Angriffe an der Heimatfront gewappnet zu sein", so ein Fachmann, erstellt im bayerischen Innenministerium eine eigens eingerichtete „Koordinierungsgruppe" täglich eine „Gefährdungsanalyse" für den Freistaat. „Wenn etwas passiert", verkündet Innenminister Edmund Stoiber (CSU), „funktionieren die Strukturen auf Knopfdruck."

Auch im Bundesinnenministerium wird an Notfallplänen gearbeitet. Experten, erklärt Ministeriumssprecher Roland Bachmeier, analysierten eine „Vielzahl möglicher Szenarien" – von Bombenanschlägen in Flughäfen, Bahnhöfen oder Sportstadien bis hin zur Verseuchung von U-Bahn-Schächten und Trinkwassernetzen mit Bakterien. Vorsorglich erhielt die im Terrorkampf er-

* Auf einer Buslinie durch ein Bonner Diplomatenviertel.

probte Bundesgrenzschutz-Sondereinheit GSG 9 die Order, sich ständig einsatzbereit zu halten.

Kaum eine Großstadt, die sich nicht auf Katastrophen vorbereitete. In Frankfurt überprüften Feuerwehr, Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk noch einmal ihre Einsatzpläne. Dann beantragten sie, sicher ist sicher, zusätzliches Sanitätsmaterial. In Köln kontrollierte Zivilschutzreferent Wolfgang Keil mit Hilfsorganisationen und Krankenhäusern die „Meldewege für Notfall-Großeinsätze".

Zeitgleich wurden „Anschlagsziele mit Symbolwert" (Verfassungsschutz) aufgerüstet. Vor Kasernen der Bundeswehr, die seit der Entsendung einer Jagdbomberstaffel in den Irak-Nachbarn Türkei für Saddam Hussein zu den Feinden zählt, sind die Wachen verstärkt worden. Soldaten, die außerhalb ihrer Kasernen wohnen, erhielten „aus Angst, daß sie auf dem Heimweg von Terroristen verfolgt werden" (Militärsprecher), Anweisung, nur noch in Zivil zum Dienst zu kommen.

Angehörige des Fliegerhorstes Nörvenich bei Köln verbauten die Zubringerstraße mit schweren Betonröhren und Zementblöcken. Zusätzlich wurden mehrere hundert Soldaten mit Maschinengewehren und Funkgeräten im Feld vor der Kaserne postiert, um Auffälliges zu melden.

Bei jüdischen und israelischen Institutionen wurde der ohnehin schon seit Wochen verstärkte „Personen- und Objektschutz hochgefahren", so der Berliner Staatsschutzchef Dieter Piete. Vor dem Zentrum der Jüdischen Gemeinde Berlin, deren Chef Heinz Galinski auch Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland ist, schleppt die Polizei aus Furcht vor Anschlägen verbotswidrig geparkte Autos unverzüglich ab. Der Schulbus der Gemeinde fährt nur noch unter Begleitschutz.

Ebenso wie britische und französische Einrichtungen sind auch amerikanische Quartiere regelrecht verbarrikadiert. Unmittelbar nach Beginn der Kampfhandlungen im Nahen Osten riegelten US-Soldaten ihre Areale in Westdeutschland mit Lastwagen und Panzerfahrzeugen systematisch ab. Fußgänger mußten sich ausweisen und in ihre Taschen blicken lassen, Autofahrer den Kofferraum öffnen. Mit großen Spiegeln suchten GIs die Unterseite von Fahrzeugen nach Bomben ab.

Auch unscheinbare zivile Dienstgebäude und Firmensitze von US-Unternehmen stehen unter strenger Bewachung. Rund um die Filiale des amerikanischen Geheimdienstes CIA in der Frankfurter Platenstraße patrouillieren Tag und Nacht zivile Wachmannschaften. Im Bankenviertel der Innenstadt können Bedienstete und Besucher kaum eines der amerikanischen Geldhäuser unkontrolliert betreten.

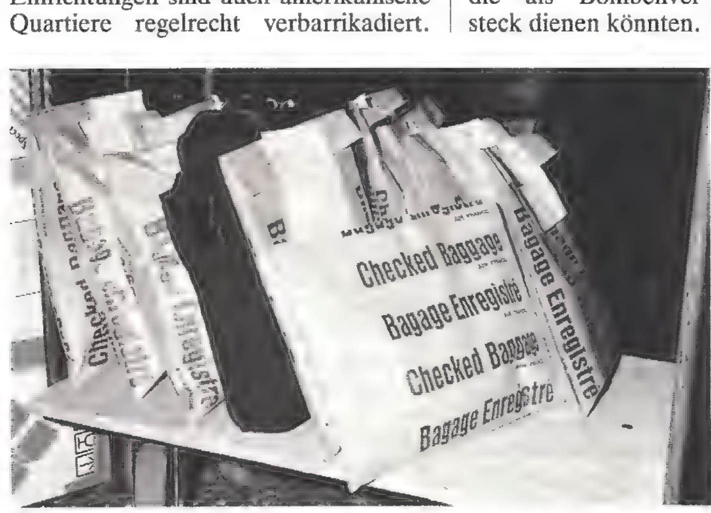
Strengste Sicherheitsvorkehrungen gelten seit Kriegsausbruch auch für den Luftverkehr, traditionell bevorzugtes Ziel arabischer Terrorkommandos. Ob Dresden oder Düsseldorf – kein Flughafen, an dem die Einsatzkräfte nicht aufgestockt wurden. Auf dem sächsischen Flugkreuz Klotzsche wurde die Sicherheitsmannschaft auf 50 Beamte angehoben und durch Sprengstoff-Spürhunde verstärkt. Der Airport Düsseldorf, wo an normalen Tagen schon einige hundert Sicherheitskräfte beschäftigt sind, erhielt gleichfalls Verstärkung.

Um Attacken zu erschweren, dürfen in Berlin Wagen ohne Sondererlaubnis am Flughafengebäude nicht mal mehr halten. Die Flughafendirektion Düsseldorf zog Aschenbecher und Mülleimer ein, die als Bombenversteck dienen könnten.

Sicherheitshalber werden Gepäckstücke nicht nur durchleuchtet, sondern auch gefilzt. Elektronische Geräte wie Computer oder Radios gelangen im Zweifelsfall gar nicht erst in die Flieger. Mit einer Radio-Bombe, vermutlich von arabischen Terroristen über den Flughafen Frankfurt eingeschleust, hatten im Dezember 1988 unbekannte Täter einen Jumbo-Jet der US-Airline PanAm über dem schottischen Lockerbie gesprengt und 270 Menschen getötet.

Um Killerkommandos schon vor dem Flughafenschalter abzufangen, sind BKA und Verfassungsschutz bei verdächtigen Arabern „im Observationsbereich verstärkt dran", wie es Hans-Peter Körber vom baden-württembergischen Innenministerium formuliert. Auch durch „gezielte Störaktionen" (Verfassungsschutz) wie Hausdurchsuchung sollen Irak-Aktivisten von Anschlägen abgehalten werden.

Allein in den letzten Tagen durchsuchten Fahnder mehr als 50 Wohnungen von Saddam-Sympathisanten. In Berlin wurden drei Araber wegen des Verdachts der „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken" festgenommen. Zu den beschlagnahmten Unterlagen zählten Stadtpläne mit obskuren Markie-





Überprüftes Fluggepäck, wartende Passagiere in Frankfurt: „Vielzahl möglicher Szenarien"

rungen und „Pässe mit Verfälschungsmerkmalen“ (Polizei).

Die Zahl der Verdächtigen ist groß. Nach dem jüngsten Verfassungsschutzbericht mischen allein auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik 3650 Araber, die meisten von ihnen Palästinenser, in extremistischen Gruppen mit.

Obgleich Experten wie der Hamburger Lochte davon überzeugt sind, daß der „Großteil etabliert und müde“ sei und sich für Gewalttaten nicht hergebe, bleibe noch ein „nicht unbeträchtlicher harter Kern“. Allein in Hamburg, schätzt Lochte, seien eine Handvoll Araber zu „Handlangerdiensten für Gewaltaktionen“ bereit.

Auch für die eigentlichen Killertrupps halten sich bereits Freischärler parat. Etwa ein halbes Dutzend Aktivisten, darunter als Studenten oder Asylbewerber getarnte „Schläfer“, sollen auf einen Auftrag warten.

Wie viele Araber auf dem Gebiet der fünf neuen Länder bereit sind, für Saddam Hussein in den Terror-Kampf zu ziehen, vermögen Experten wie Lochte nicht zu sagen. Den Verfassungsschützern schwant jedoch nichts Gutes.

Immerhin galt die DDR nicht nur den Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF) als „Ruheraum“, sondern auch arabischen Kämpfern. Palästinenserführer Jassir Arafat wurde in der DDR wie ein Staatsgast empfangen. Arabischen Kämpfern stellte das andere Deutschland Waffen und Munition kostenlos zur Verfügung.

Und: Die arabischen Attentäter, die im Auftrag des libyschen Revolutionsführers Muammar el-Gaddafi 1986 in West-Berlin die hauptsächlich von Amerikanern frequentierte Diskothek „La Belle“ in die Luft sprengten, hatten die Aktionen unter den Augen der DDR-Staatssicherheit vom Ost-Berliner „Volksbüro“ der Libyer aus organisiert.

Belegt ist auch, daß die Iraker in ihrer Ost-Berliner Residenz noch im letzten Jahr über reichlich Waffen und Sprengstoff verfügten – Verbleib unbekannt.

Doch Terror-Experten fürchten, daß auch Neonazis, die für den Israel-Bekämpfer Saddam Hussein schwärmen, zündeln könnten. Auch RAF-Anschläge als Rache für die „imperialistische Aktion“ der USA und ihrer Verbündeten halten Staatsschützer für möglich.

Ein Sprengstoffanschlag der „Revolutionären Zellen“ auf die 67 Meter hohe Siegessäule in Berlin ging letzte Woche nur wegen eines technischen Defekts glimpflich ab. Aus Protest gegen den Irak-Krieg hatten die Linksextremisten unter dem Rock der vergoldeten Viktoria-Statue zwei Kilo Sprengstoff plaziert.

Waffenexporte

Saddams Legion

Deutsche Lieferanten des Irak geraten unter Druck: Politiker fordern, sie „wie Schwerverbrecher“ zu behandeln, Verbraucherschützer rufen zum Boykott.

Die Liste reicht von A wie AEG bis W wie Walter Thosti Boswau (WTB). Aufgeführt sind 87 Firmen – eine Art Steckbrief mit den Namen der deutschen Rüstungslieferanten des Irak.

Verteilt wird die schwarze Liste seit Ende letzter Woche von der Verbraucher-Initiative e.V. in Bonn. Der Verband, dessen 8000 Mitglieder sich bislang kreuzbrav um „umwelt- und gesundheitsbewußtes Verhalten im Alltag“ kümmerten, ruft seit Beginn des Golfkrieges zum Boykott der 87 Firmen und ihrer Produkte.



NSA-Abhörantennen: Bagdads Funkverkehr protokolliert

Ob bei der Anschaffung von Autos (Mercedes), von Haushaltsgeräten (Siemens und AEG) oder Batterien (Philips) – die deutschen Verbraucher sollten, so der Verband, nicht mehr bei „Kriegsgewinnlern“ kaufen.

Unternehmenssprecher reagierten auf den Appell gereizt – aus gutem Grund. Denn völlig wirkungslos sind solche Aufrufe in den letzten Jahren selten verhallt. Nach Boykottkampagnen gegen den Apartheid-Staat Südafrika etwa verschwand aus vielen Regalen das Obst vom Kap, und kaum jemand interessiert sich noch für die südafrikanische Krügerrand-Münze.

In den USA praktizieren einflußreiche Verbrauchergruppen wie „The Ethical Consumer“ seit langem die Ächtung von Firmen, die im Rüstungsgeschäft tätig sind. Oft reicht es schon zum Boykottaufruf, wenn ein Multi mit einem einzigen Produkt auf dem Rüstungsmarkt vertreten ist – selbst wenn es von einer Tochterfirma angeboten wird.

Wie der Bonner Verbraucherverein wollen auch eine Reihe anderer Organisationen, darunter der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, nach Vorbild von „Ethical Consumer“ Saddams Rüstungslieferanten beim Namen nennen. Firmen, die absolut keine Rüstungsgüter produzieren, sollen bei diesem Warentest spezieller Art als die „bessere Wahl“ empfohlen werden.

Die attackierten Unternehmen sind seit dem Ausbruch des Krieges vollends in die Defensive geraten. Linke Politiker wie SPD-Chef Hans-Jochen Vogel verlangten letzte Woche, „die Exporteure des Todes“ künftig zu behandeln „wie Schwerverbrecher“. *Bild* echote: „Wer legt den Mördern im grauen Flanell endlich das Handwerk?“

Aber auch international geraten deutsche Firmen wegen ihrer Rüstungslieferungen zusehends in die Schußlinie. Schon im Herbst hatte der republikanische US-Senator Jesse Helms seinem Präsidenten George Bush eine Liste („Saddam's Foreign Legion“) mit 132 Irak-Lieferanten überreicht – darunter nicht weniger als 68 Unternehmen aus der Bundesrepublik. Auch auf



MBB-Exportgüter*: Image der Nation beschädigt

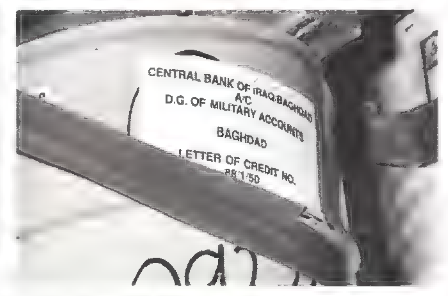
einer schwarzen Liste des renommierten Simon-Wiesenthal-Instituts in Los Angeles, die den Titel „The Poison Gas Connection" trägt, liegen die Deutschen eindeutig vorn. In den meisten Fällen stützen sich die Amerikaner bei ihren Angaben auf einschlägige Berichte des SPIEGEL (Heft 17, 21, 28, 32, 33, 35, 37, 39 bis 42/1990).

Das Bild vom häßlichen Deutschen, der das Monster Saddam mit hochgefährlichem Zeug ausgestattet und ihm dank Firmen wie Boswau & Knauer sogar noch einen Atombunker eingerichtet hat, droht das Image der größten Exportnation der Welt zu beschädigen. Manch ein Unternehmen können die Irak-Kontakte teuer zu stehen kommen.

Waffenschmieden wie Messerschmitt Bölkow Blohm (MBB), eine Tochtergesellschaft von Daimler-Benz, bei der letztes Jahr Rüstungsgüter für den Irak versandfertig gemacht wurden, werden womöglich von der Liste der Firmen gestrichen, die SDI-Zubehör in die USA liefern dürfen. Bonns Botschaft in Washington hat das Auswärtige Amt schon um „zusätzliche Sprachregelung" gebeten, um die US-Kritik besser abwehren zu können.

Der Druck aus Washington nimmt zu. Die US-Botschaft übergibt der Bundesregierung seit September vorigen Jahres regelmäßig Listen mit den Namen von Unternehmen, die angeblich auch noch nach Verhängung des Uno-Embargos mit irakischen Rüstungseinkäufern zusammenarbeiteten. Die US-Regierung sei darüber, so die Botschaft, außerordentlich besorgt („highly concerned").

Die Kenntnisse der Amerikaner kommen aus erster Hand. Lausch-Spezialisten der National Security Agency



MBB-Fracht für den Irak
Druck aus Washington

(NSA), des geheimsten aller US-Geheimdienste (SPIEGEL-Titel 8/1989), protokollieren rund um den Erdball und rund um die Uhr auch den internationalen Geschäftsverkehr. Lange vor Kriegsausbruch schon kontrollierten sie Bagdads Funkverkehr und registrierten Telefaxe wie Telexe arabischer Einkäufer.

Auch in Deutschland werden seit Monaten alle verdächtigen Firmen abgehört. Rund 100 Hinweise auf angebliche deutsche Embargo-Sünder gingen bislang in Bonn ein – hinter dem Irak-Nachbarn Jordanien rangiert der Exportweltmeister damit an zweiter Stelle.

Bonns Zollfahnder sind seit Wochen bundesweit auf Trab. In rund 80 Fällen wird umfangreich recherchiert, sieben Ermittlungsverfahren sind eingeleitet worden. Bei drei Unternehmen liegt allenfalls eine Ordnungswidrigkeit nach Paragraph 33 des Außenwirtschaftsgesetzes vor – die Firmen sollen Irak-Geschäfte lediglich gefördert haben.

Die meisten Betriebe stehen im Verdacht, gegen den Paragraphen 34 verstoßen zu haben, der Störungen von Frieden und Sicherheit unter Strafe stellt. Bei Zuwiderhandlungen drohen bis zu drei Jahren Haft. Schlimmer noch als die strafrechtliche Verfolgung könnte für die Embargo-Brecher die weltweite Ächtung ausfallen. Denn die Amerikaner erwägen, solche Firmen auf eine internationale schwarze Liste zu setzen.

Allerdings: Die Hinweise amerikanischer Geheimdienste, die etwa im Fall der Giftgasfabriken im libyschen Rabita und im irakischen Samarra stets präzise waren, erweisen sich diesmal bisweilen als ungenau. Einige deutsche Unternehmen sind offenbar zu Unrecht ins Zwielicht geraten. Denn auf die Liste der Geheimdienste kann schon geraten, wer lediglich ungefragt Post aus Bagdad bekommt oder wegen ausstehender Zahlungen den Irak kontaktiert hat.

Möglicherweise zu Unrecht geriet die rheinische Herpol Industrial Projects GmbH (H.I.P.) auf die NSA-Liste. Die Firma hatte im September ein Fernschreiben der irakischen Rüstungsfirma Hutteen State Establishment erhalten, die darum bat, dringend benötigte Schmiermittel über Amman in den Irak zu liefern. Den Amerikanern ist womöglich entgangen, daß H.I.P. umgehend per Telex absagte: „Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir absolut keine Chance sehen, was auch immer direkt oder indirekt an den Irak zu liefern."

Bei anderen Unternehmen, wie der Stuttgarter TS Engineering Export Beratungs- und Handelsgesellschaft, waren die Verdachtsmomente hingegen ziemlich konkret. Gegen die Firma läuft ein Verfahren, weil sie illegal zwischen 1988 und 1990 für Hutteen Maschinen und Werkzeuge zur Automatisierung der Munitionsproduktion geliefert haben soll. Auch nach dem Embargo sei der Kontakt nicht abgerissen. Die Firma aus Stuttgart-Degerloch gehört zu den sieben Fällen, in denen derzeit Ermittlungen laufen.

Unter Verdacht stehen auch Firmen von Weltruf, wie die europäische Vertriebszentrale des japanischen Elektronik- und Optik-Multis Minolta in Langenhagen bei Hannover. Die Firma soll nach amerikanischen Angaben die Lieferung von elektronischen Geräten geplant haben – mag sein, mag nicht sein.

Ende Oktober vorigen Jahres leitete die Oberfinanzdirektion Hannover zunächst eine Außenwirtschaftsprüfung ein. Rund zwei Wochen später erschien bei Minolta die Zollfahndung. Das Management gibt sich heute rat- und ahnungslos. Die Vorwürfe, erklärt Geschäftsführer Ryusho Kutani, „sind uns unverständlich". Minolta sei selbstverständlich bereit, Einblick in sämtliche Unterlagen zu gewähren.

Für den japanischen Konzern steht einiges auf dem Spiel. Falls sich der Verdacht doch noch bestätigt, soll auch Minolta auf die Boykottliste der Verbraucher-Initiative gesetzt werden – unter M, zwischen MBB und der Klimafirma Nickel GmbH.

* Durchsuchungsaktion von Zoll und Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker; im September 1990 im MBB-Helikopterlager.

Friedensbewegung

Mittel der Ohnmacht

Mit spontanen Aktionen haben sich Schüler und Studenten an die Spitze des Protestes gegen den Golfkrieg gestellt.

Ihr seid wohl nicht ganz dicht", empörte sich am Donnerstag letzter Woche ein Hamburger Autofahrer, den gerade eine komplette Schulklasse auf der Fahrbahn zur Vollbremsung gezwungen hatte. Prompt riß einer der Schüler die Autotür auf, warf dem Fahrer ein paar Anti-Kriegs-Flugblätter („Kein Blut für Öl") in den Wagen und rief hinterher: „Wir wollen keinen Krieg. Wegen euch Scheiß-Autofahrern ist das doch überhaupt passiert."

Der Krieg am Golf hat, im Wortsinne über Nacht, Deutschlands Schüler und Studenten wachgerüttelt: Seit dem Ablauf des Uno-Ultimatums am Mittwoch letzter Woche demonstrieren vor allem junge und ganz junge Leute gegen die Kriegsmaschinerie in Nahost.

Spontan sammelten sich Pennäler auf bundesdeutschen Straßen und Plätzen: Allein am Donnerstag demonstrierten 1000 Schüler in Schwerin, 2000 Schüler und Studenten in Darmstadt, 5000 Schüler in München, 6000 in Kassel, 7000 in Stuttgart und 25 000 in Berlin.

Frankfurter Schüler protestierten mit Transparenten wie „Wir lernen nicht für den Tod". In Bochum zogen Studenten nachts mit Trommeln durch die Wohnviertel und riefen „Aufwachen, aufwachen". Unter dem Motto „Es ist Fünf nach Zwölf" trafen sich 4000 Rostocker Schüler zu einem Friedensgebet in der Marienkirche. Und in Hamburg erklärten 1000 Studenten die Hochschule für Wirtschaft und Politik zum „Zufluchtsort für Deserteure" – noch allerdings hat sich dort kein Soldat gemeldet.

Viele Demonstrationen entstanden nach dem Domino-Prinzip. In Freiburg, zum Beispiel, verließen am Mittwoch zuerst die Schüler der Pestalozzi-Schule den Unterricht, um sich dann mit denen der Staudinger-Gesamtschule zusammenzutun. Der Zug sammelte weitere Demonstranten im Kepler- und im Rotteck-Gymnasium ein. Am Ende zogen 2000 Pennäler in die Freiburger City und protestierten mit „Schweige-" und „Brüllminuten" gegen das Inferno.

Vor allem US-Kasernen, Flugplätze und amerikanische Konsulate waren die Zielpunkte des Schüler-Protestes. Antiamerikanische Ressentiments kamen zum Ausbruch, in Berlin wurde sogar ein Coca-Cola-Lieferwagen von wütenden Demonstranten geplündert.

Der Friedensappell richte sich nur deswegen an die Amerikaner, „weil die uns näher sind, weil sie uns verstehen", erklärt dagegen der Münchner Gymnasiast Markus Reichardt. Der 16jährige hat in den letzten Tagen mehrfach demonstriert: „Man kann nicht einfach in der Lateinstunde Ovid lesen, wenn Tag und Nacht Bomben fallen."

Oliver Dellevont, 18, hält es für seine „moralische Pflicht", das „Nein zum Krieg auch öffentlich zu sagen". Über den Nutzen der Demos macht sich der Münchner Schüler keine Illusionen: „Das ist nur ein Mittel der Ohnmacht."

„Ich habe Angst, daß hier in ein paar Wochen auch die Bomben fallen", meint die 14jährige Margaretha aus Hamburg, die am Freitag vergangener Woche zusammen mit 500 Jugendlichen den Flughafen Fuhlsbüttel blockierte. Stenner, Geschäftsführer des bundesweiten Netzwerks Friedenskooperative, glaubt: „Die alte Motivation der Friedensbewegung ist zurückgekehrt, und die heißt: Ich habe Angst."

Daß vor allem Teens und Twens ihre Ängste so offen eingestehen, hat selbst den Chef der Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, „sehr überrascht". Bei den jungen Leuten sei wohl die „Disziplinierung der Gefühle" nicht so weit gediehen wie in der älteren Generation. Wunder: „Die sind noch spontan ansprechbar."

Anders als etwa 1983 seien die Schüler „diesmal nicht von den Lehrern angestiftet" worden, meint der Gewerkschafter. Tatsächlich scheinen nur wenige Aktionen von Pädagogen ähnlich ferngelenkt wie eine Kinderdemo im Hamburger Stadtteil Ottensen, wo Er-



Hamburger Kinder-Demo gegen den Golfkrieg: „Saddam, lauf Galopp"

zieherinnen der dortigen Kinderläden den lieben Kleinen sogar einen passenden Vers eingepaukt hatten: „Hopp, hopp, hopp, Saddam, lauf Galopp, Bush hinterher, dann ist die Wüste leer."

Die Aktion des „Antifaschistischen Arbeitskreises" der Hamburger Schülerkammer endete freilich im Krawall: Mit Wasserwerfern erzwang die Polizei den Zugang zum Flughafen.

Der überwiegend friedliche Massenprotest – die Frankfurter Polizei lieh den Demonstranten sogar ihre Megaphone – schlug zum Wochenende mehrfach in organisierte Provokationen um. Bei Ausschreitungen linker Störtrupps in Göttingen, Kassel, Köln und anderswo entstand ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark.

Zumeist aber beherrschte friedlicher Widerstand die Szene. Der starke Zulauf von Schülern und Studenten verleiht sogar der schon totgesagten Friedensbewegung neue Kräfte. Seit 1983, als der Streit um die Stationierung der Mittelstreckenwaffen seinen Höhepunkt erreichte, hatte es ein solches Engagement nicht mehr gegeben. Manfred

Daß die bundesdeutschen Pennäler zu Hunderttausenden ausgerechnet vormittags zur Demo zogen, haben die Kultusminister bisher mit Fassung getragen – und zuweilen sogar ausdrücklich belobigt. Sollten die Kids allerdings, wie von vielen Schülervertretungen angekündigt, auch in dieser Woche morgens schon zur Demo antreten, müssen sie mit Konsequenzen rechnen.

„Mit welcher Begründung sollten wir schulfrei geben?" fragt Wolfgang Kraft vom baden-württembergischen Kultusministerium in Stuttgart. „Für die Schüler", meint der konservative Schwabe, „besteht doch keine Gefährdung während des Unterrichts." ◄

„Schläfrige Hunde"

Wie in Baden-Württemberg die Justiz das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft deckte

Der Aufmarsch an Ermittlern ließ auf einen ganz schweren Fall schließen. Fast zwei Dutzend Steuerfahnder, Staatsanwälte und Polizisten in Zivil drangen in die Büros und die Privatwohnung des Steuerberaters Roland Scheuer in Bietigheim bei Stuttgart ein, durchsuchten Aktenschränke und Schreibtische. Der Vorwurf: Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Betrug.

Der entschlossene Zugriff der Stuttgarter Justiz auf den mutmaßlichen Finanzschieber Scheuer ist nun sieben Jahre her. Seitdem ist Scheuer nie wieder ernsthaft behelligt worden.

Die erstaunlich lange Dauer erklärten die Stuttgarter Staatsanwälte mit den überaus verwickelten Geschäften des Beschuldigten, der dubiosen Firmen geholfen haben soll, Geldanleger zu linken. Doch Kenner der Stuttgarter Justiz sehen andere Gründe für die jahrelange Unentschlossenheit der Strafverfolger: Scheuer ist ein Intimus des Ex-Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Der verdächtige Geldjongleur ist nicht nur Steuerberater des CDU-Politikers, er fungierte auch als Strohmann für einen 500 000-Mark-Anteil Späths an der Elektronik-Firma System Kontakt in Bad Friedrichshall. Und Scheuer hat sich in vielfältiger Weise um die Interessen der Stuttgarter CDU-Regierung verdient gemacht.

So ist beispielsweise die Beteiligung des umstrittenen Giftmüll-Beseitigers Reinger an einer landeseigenen Sondermüllentsorgungsfirma (SPIEGEL 34/1990) Scheuers Werk. Er hat die Gesellschaftsverträge für die gemeinsame Export-Tochter „Sonderabfallentsorgung Hafen Stuttgart GmbH" entworfen.

Mit Leuten wie Scheuer hat die Justiz in Baden-Württemberg auffällig oft ihre Schwierigkeiten. Wo immer im Ländle ein Cleverle aus dem Dunstkreis oder gar der Spitze der CDU in die Akten gerät, gibt es prompt Ermittlungspannen, lähmt Personalmangel die Arbeit, verschwinden Schriftsätze oder werden Anklagen einfach vergessen.

Der „Geruch der Rechtsbeugung" (so ein SPD-Abgeordneter) liegt über der Justiz, die der Stuttgarter Regierungschef Späth hinterlassen hat. Staatsanwälte stehen im Verdacht, die riskante Kumpanei zwischen Politik und Wirtschaft, die zum Regierungsstil in Stuttgart gehört, auch dort gedeckt zu haben, wo die Grenzen von Korruption und Betrug, Steuerhinterziehung oder Begünstigung überschritten waren.



Christdemokrat Späth: Die Landesjustiz mißbraucht?

Nie zuvor ist die Unabhängigkeit einer ganzen Landes-Justiz so offen zur Diskussion gestellt worden wie nun nach dem Rücktritt Späths. Am Dienstag dieser Woche steht – gleich nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten – die Einsetzung des Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung des Stuttgarter Landtags, der sich neben Späths Traumschiff-Affäre auch mit den zahlreichen Affären der Späth-Justiz befassen muß.

Eine ganze Liste von Prozessen ist es, die, zusammengestellt von den Oppositionsparteien SPD, FDP und Grüne, nun der Untersuchungsausschuß aufarbeiten soll – alles Verfahren, in denen, wie im Fall Scheuer, der Verdacht besteht, daß Juristen

- ▷ der CDU nahestehende Unternehmen, die in Strafverfahren verwickelt sind, begünstigt oder
- ▷ strafrechtliche Vorwürfe gegen Mitglieder der CDU-Spitze unterdrückt und ihre Verstrickung in Affären unterschlagen haben.

In Baden-Württemberg wird augenscheinlich nicht ohne Ansehen der Person ermittelt. Die Begründung dafür hat der Justizminister Heinz Eyrich (CDU) im September selbst gegeben, als er auf Klagen der SPD über verschleppte Ermittlungen im Parteispendenverfahren antwortete.

Gegen einen politisch exponierten Mann wie beispielsweise den Landesvater könne man nicht so einfach „aufgrund eines Gerüchts" losermitteln. Denn es bleibe ja immer etwas hängen. Eyrich warnte vor erhobenen „Zeigefingern" und Gegnern, die so einen Exponenten „dann nicht mehr als tragbar erachten".

So hat die Justiz keinen Finger gerührt, geschweige denn einen erhoben, als Staatsanwälte darauf stießen, daß sich Späth vom damaligen SEL-Chef Helmut Lohr 1986 Traum-Trips durch die Ägäis hatte spendieren lassen. Bis heute sträuben sich die Ermittler hartnäckig gegen den Verdacht, daß der Fall, über den der Landesvater schließlich stürzte, vielleicht strafbare Vorteilsannahme war – obgleich Staatsanwälte einräumen, daß der 90 000 Mark teure Urlaub der Preis für das „Wohlwollen" des Landeschefs gewesen sein mag.

Daß Ermittler im Ländle schnell die Akten schließen, wenn sie bei der Arbeit auf den Namen Späth stoßen, hat schon der Fall des Mannheimer Späth-Kumpels Hans Schlampp gezeigt. Mit Freund Schlampp hatte der CDU-Chef wohl ebensoviel Pech wie mit Freund Lohr: Der nordbadische Baulöwe steht wegen versuchten Betruges, Bestechung und Falschaussage demnächst wieder vor Gericht.

Mit allerlei Tricks, diversen Zuwendungen an städtische Bedienstete – und nicht zuletzt mit Hilfe seines alten Freundes Lothar soll Schlampp für seine Baufirma, die Süba, unter anderem ein Vorfinanzierungsdarlehen über zehn Millionen Mark zu zinsgünstigen Bedingungen ergaunert haben. Kreditgeber: die Stuttgarter Staatskasse.



Späth-Freunde Neuhaus, Manz: „Pilotprojekt zur frühzeitigen Resozialisierung"


Späth-Freund Schlampp
Skat mit dem Ministerpräsidenten?

Späth, im Verfahren gegen einen Mitangeklagten der Affäre als Zeuge geladen, erläuterte den staunenden Richtern zwar, er habe die zuständigen Beamten in Stuttgart um eine „wohlwollende Prüfung" des Darlehensantrags gebeten. Doch daß es ein Darlehen für die Firma seines Freundes Schlampp gewesen sei, habe er nicht gewußt.

Was der Schlampp-Freund wirklich wissen mußte und wie tief er in der Affäre drinhängt, ließen die Ermittler in Mannheim offen. Der Stuttgarter Untersuchungsausschuß soll nun weiterforschen: über gemeinsame Reisen etwa, die Schlampp und Späth in den siebziger und achtziger Jahren nach Nepal, auf die Seychellen oder nach Bangkok unternahmen.

Aufklärungsbedürftig ist auch die Großzügigkeit, mit der die Landesjustiz bisher den Süba-Chef behandelt hat. Schlampp mußte bislang – abgesehen von wenigen Tagen – nicht in Untersuchungshaft. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft verzichtete damals auf den schon beantragten Haftbefehl „ungeachtet seiner Richtigkeit", so ein interner Vermerk, der sich liest, als sei er in hilfloser Auflehnung gegen eine Anweisung von oben formuliert.

Der damalige Chef der Staatsanwaltschaft, der Leitende Oberstaatsanwalt Günther Trips, klemmte sich im Mai 1988 persönlich hinter die Affäre und erklärte dem verblüfften Haftrichter Helmut Bauer telefonisch, daß Schlampp geschont werden sollte. Immerhin war der Adressat des Haftantrags jemand, der sich damit brüstete, regelmäßig „Skat mit dem Späth" zu spielen. In der Skatrunde des Landeschefs gibt es noch mehr Delinquenten. Auch Hermann Manz, 52, spielte gern mit dem CDU-Chef, bevor er hinter Gitter mußte – der Skatbruder und Fabrikant aus Filderstadt hatte sich Subventionen in Millionenhöhe erschlichen. Doch die Anklage gegen den CDU-nahen Unternehmer löste Interventionen von allerhöchster Stelle aus.

„In erpresserischer Weise", so beschwerte sich der Staatsanwalt Gerhard Greiner in seinem Plädoyer im Mai 1988 im Stuttgarter Landgericht, habe Manz seine Beziehungen zum Ministerpräsidenten spielen lassen. Die Landesregierung verfolgte denn auch das Verfahren schon im Ermittlungsstadium ebenso aufmerksam wie aufwendig.

Regelmäßig kam eine „Elefantenrunde" (Greiner) zusammen, die sich der Ermittlungen annahm: Ein hochrangiger Zirkel von Beamten aus der Oberfinanzdirektion, dem Finanzministerium, dem Landwirtschaftsministerium und dem Justizministerium war zusammengestellt worden, um den Verfahrensablauf zu regeln.

Die Protokolle der Regierungskommission wurden in das Verfahren gegen den kriminellen Späth-Spezi eingebracht, was der Staatsanwalt, wie er im Prozeß sagte, als „nicht alltäglichen Vorgang" und ungebührlichen Eingriff ins Verfahren empfand. In diesem Fall fruchteten die Bemühungen der CDU, dem Freund zu helfen, zunächst nur begrenzt: Das Gericht verurteilte den Kraut-Fabrikanten im Mai 1988 zu fünf Jahren und neun Monaten Haft.

Doch wenige Monate später trat Manz schon wieder in der Öffentlichkeit auf. Ein „Pilotprojekt zur frühzeitigen Resozialisierung", so spottete schon der Stuttgarter Grünen-Abgeordnete Gerd Schwandner, werde offenbar mit dem prominenten Häftling realisiert: Manz bekam alle zwei Wochen frei, um aus dem Knast nach Hause zu fahren.

Der Tätertyp des erfolgreichen CDU-nahen Wirtschaftsmanagers, der mit den Mächtigen Karten spielt und sich, wie das Geschäft es so will, mal diesseits, mal jenseits der Gesetze bewegt, kann in Baden-Württembergs Justiz offenbar auf augenzwinkernde Anerkennung hoffen. Anders ist der freundliche Gleichmut nicht zu erklären, mit der Strafverfolger auf Verdachtsmomente gegen Leute wie den Mercedes-Chef Werner Niefer, 62, reagierten, der mutmaßlich ohne gültigen Führerschein mit einem Bus einen schweren Unfall verursacht hatte (siehe Seite 92).

Die Kumpanei, mit der Partei- und Wirtschaftsführer im Ländle zusammenwirken, wurde allerdings erheblich gestört, als sich die Justiz mit der Parteispendenaffäre konfrontiert sah. Die Hartnäckigkeit, mit der seit 1981 die Bonner Strafverfolger in der Flick-Affäre ermittelten, machte es unmöglich, die auch in Baden-Württemberg betriebene Parteifinanzierung mit Spenden aus der Wirtschaft über Geldwaschanlagen weiterhin als Kavaliersdelikt zu behandeln.

Die Linie der Stuttgarter Justiz war klar: Mit Verve wurde gegen die Spen-

der in der Wirtschaft ermittelt – die Anstifter und Nutznießer in der Politik konnten sich mit Hilfe der Ermittler aus der Verantwortung stehlen. Kompromittierende Akten verschwanden, Staatsanwälte vergaßen Strafverfahren einfach, Richter ließen sie wegen Arbeitsüberlastung liegen.

„Ganz bewußt wurde daraufhin gearbeitet, daß Späth und andere nicht vor den Richter müssen", kommentiert der Rechtsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Bebber, die Bemühungen der Strafverfolger. Nirgendwo werde, sagt der SPD-Fraktionschef Dieter Spöri, die „Deformation" der Justiz seines Landes deutlicher als im Umgang mit den Parteispenden.



Staatsanwalt Klein
Büro ausgeräumt

„Ermittlungsfehler" nennt Wolfgang Schmid, der Ankläger des ehemaligen Bosch-Chefs und Parteispenders Hans Lutz Merkle, was sich seine Behörde im Umgang mit heiklen Akten aus der Stuttgarter CDU-Zentrale leistete.

Die zuvor beschlagnahmten Aktenordner waren noch während der laufenden Ermittlungen wieder an die CDU zurückgegeben worden. Als die Affäre publik wurde, versuchte der Behördenchef hinzubiegen, was es hinzubiegen gab: Die Akten seien „zum Gähnen" langweilig und hätten ohnedies keine Beweiskraft, teilte er mit. Genau jene Protokolle aus dem CDU-Präsidium bestätigten jedoch die Mitwisserschaft Lothar Späths.

Spöttisch kommentierte da Merkle-Verteidiger Jürgen Welp in Schriftsätzen die Müdigkeit der Ermittler gegenüber den mußmaßlichen Merkle-Mittätern in der Partei: „Bekanntlich soll man



Oberstaatsanwalt Jung
Karriere gemacht

Hunde nicht zum Jagen tragen. Schläfrige schon gar nicht."

Die juristische Schläfrigkeit bei den Ermittlungen in der Parteispendensache wurde in der Stuttgarter Gerichtskantine schon 1984 kommentiert: Unter Staatsanwälten war die Rede von „Weisungen von weiter oben, doch langsam zu tun", weil beispielsweise „Wahlen bevorstehen" oder auch ein „Landtagsausschuß weitere Akten anfordern" könnte. Dem ersten Parteispenden-Untersuchungsausschuß, der 1983 im Stuttgarter Landtag eingesetzt wurde, rückten denn auch Justiz- und Finanzbehörden die entscheidenen Unterlagen gar nicht erst heraus.

Anders als der Spender Merkle, der im vergangenen November verurteilt wurde, an drei gemeinnützige Einrichtungen insgesamt 600 000 Mark zu zahlen, mußte der Spenden-Empfänger, der einstige Stuttgarter CDU-Schatzmeister und Schwetzinger Zigarrenfabrikant Alfred Hubertus Neuhaus, gar nicht vor Gericht. Der Mann, der fast zehn Millionen Mark am Fiskus vorbei in die Parteikasse geschleust hat, kam mit einem Strafbefehl über 31 200 Mark davon.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihn zwar zunächst angeklagt, die Anklage aber wieder zurückgezogen. Grund, so die Stuttgarter Ermittler: Man habe eingesehen, daß „der Sachverhalt inzwischen geklärt ist und eine Hauptverhandlung gegen Neuhaus zu schwerwiegenden Verjährungsfolgen führen würde".

Daß die Anklage bis kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist bei der 11. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts herumlag, begründeten die Richter mit „Überlastung". SPD-Fraktionschef Dieter Spöri mochte das nicht glauben: „Die Drahtzieher und Profiteure werden hierzulande bei der Aufarbeitung der Parteispenden-Affäre, wo es um Millionen von hinterzogenen Steuern geht, zielbewußt geschont."

Kleinere Spendenverfahren stellt die Staatsanwaltschaft ohnehin häufig ein. Als in den achtziger Jahren CDU-Tarnfirmen inhaltsdünne Blättchen mit Titeln wie *Limes* oder *Landesreport Aktuell* für teures Geld (Jahresabo für das achtblättrige Monatsheft *Landesreport*: 480 Mark) an CDU-nahe Firmen vertrieben (mit dem Hinweis: „Als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar"), fanden die Ermittler „keine Anhaltspunkte" für eine Steuerhinterziehung. Die hätten der CDU auch das Geschäft verdorben: Die Partei durfte bei den profitablen Tarnfirmen Druckaufträge kostengünstig bis umsonst erledigen.

Auffällig einseitig war das Engagement der Ermittler, als es um die Ahndung der verbreiteten Praxis ging, CDU-Mitarbeiter steuergünstig zum Schein als Angestellte parteinaher Privatunternehmen zu deklarieren. Verfolgt und mit Geldbuße belegt wurde deshalb beispielsweise eine Kühler-Firma aus Stuttgart.

Der Erfinder des dubiosen Arbeitsvertrags, der damalige Generalsekretär und jetzige CDU-Innenminister Dietmar Schlee, kam straffrei davon. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft versäumte es, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Der Fall sei übersehen worden, heißt es bei der Stuttgarter Justiz. Auch dieser Fall soll im Untersuchungsausschuß ausgeleuchtet werden.

Wo der Filz aus Wirtschaft, Partei und Justiz sichtbar wird, taucht meistens auch der Name des Stuttgarter Leitenden Oberstaatsanwalts Dieter Jung, 54, auf. Der Chef-Ermittler räumt selber ein, daß seine Behörde, als Schwerpunktabteilung für alle großen Wirtschaftsstrafsachen, „ins Gerede gekommen" ist.

Das Gerede betrifft vor allem den Chef. Oppositionsführer Spöri hat dem Juristen schon öffentlich vorgeworfen, „Recht und Gesetz als Staatsanwalt zu brechen".

Jedenfalls weiß der Staatsanwalt Jung sehr genau, was sein Chef, Justizminister Eyrich, von ihm erwartet: Jung war jahrelang Abteilungsleiter in dessen Haus. Der Eyrich-Vertraute erklärte sofort nach seinem Amtsantritt im November 1984 die gesamte Spendenaffäre zur Chefsache. Akten wurden in einem eigens dafür angeschafften Panzerschrank gehortet.

Jung, der in Justizkreisen als ausgemachter Karrieretyp gilt, führt ein straffes Regiment in seiner Behörde. In der Abteilung 1 der Stuttgarter Staats-

anwaltschaft (ein Insider: „Die macht alles, was groß, stinkig und wichtig ist") hat Jung eine handverlesene Schar von Staatsanwälten versammelt. „Gewerkschaftsmitglieder kommen da kaum unter", weiß man in Stuttgarter Behörden. Jungs Dezernenten müssen unaufgefordert über alle bedeutsamen Fälle berichten, auch wenn „es keiner Gegenzeichnung bedarf".

Doch die Kontrolle über seinen Behördenapparat reicht ihm offenbar nicht aus. Über die drei Ermittlungsrichter am Stuttgarter Amtsgericht, Hubertus Pauli, Rainer Wolf und Uwe Hausel, ließ Jung über Monate hinweg Statistiken führen.

Nach dem Geschmack des Staatsanwaltschaft-Chefs hatten die drei Richter zu häufig Anträge der Polizei auf Durchsuchungen und Haftbefehle abgelehnt. Jung ging sogar soweit, beim damaligen Amtsgerichtspräsidenten Gert Mehl die Versetzung der drei kritischen Richter zu verlangen.

Parteispender Merkle (r.)*
Die Akten belegten Späths Mitwisserschaft

Das ist der Ton, mit dem die Justiz im Ländle auf Linie gebracht worden ist. Politisch konforme Richtersprüche kann sich die Landesregierung zudem erwarten, weil sie die eigenen Leute in den richtigen Gerichtspositionen weiß.

Namentlich höhere Richterstellen werden häufig mit Ministeriumsjuristen besetzt: Der Karlsruher Landgerichtspräsident Ingo Bückert etwa kam aus dem Justizministerium, der Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident Karlmann Geiß, zuvor Landgerichtspräsident in Ulm, war zu Beginn seiner Laufbahn zehn Jahre im Ministerium, unter anderem als Persönlicher Referent des Justizministers.

* Nach seiner Verurteilung im November 1990 in Stuttgart.

Auch ohne direkte Weisungen reicht der baden-württembergische Parteien- und Vettern-Filz genügend weit in die Justiz hinein. Die geschickte Besetzungspolitik sorgt im Alleinlauf für den „vorauseilenden Gehorsam", den der grüne Fraktionschef und Stuttgarter Rechtsanwalt Rezzo Schlauch entdeckte. Juristen, die in politisch bedeutsamen Verfahren Eigensinn an den Tag legen, müssen mit der Displazierung aus den Reihen der eigenen Kollegen rechnen. So erging es zum Beispiel dem Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, 51.

Der Ermittler in Verfahren gegen Jürgen Hippenstiel-Imhausen, den Lieferanten der Giftgasanlagen von Rabita, fand in seinem Büro nach der Rückkehr von einer Dienstreise im Juli vergangenen Jahres die Rabita-Akten nicht mehr vor. Kollegen hatten auf Weisung des Behördenchefs Holger Preisendanz das Klein-Büro einfach ausgeräumt.

Der Grund für den ungewöhnlichen Zugriff: Der als hartnäkkig bekannte Ermittler Klein wollte sich nicht auf den Deal einlassen, mit dem die Justiz die gerichtsöffentliche Erörterung über Giftgas-Geschäfte westdeutscher Industrieunternehmen und Imhausen-Partner mit Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi schnell zu Ende bringen wollte. Bei einem Teilgeständnis, so lautete das Angebot der Strafverfolger, könne der Lahrer Chemie-Fabrikant mit einem kurzen Prozeß und dem Verzicht auf weitere Ermittlungen wegen Steuerhinterziehungen in zweistelliger Millionenhöhe rechnen. Imhausen gestand die Lieferung der Rabita-Anlage und bekam, ganz günstig, fünf Jahre Haft.

Staatsanwalt Klein aber, der darauf bestanden hatte, den Fall zu Ende zu ermitteln, muß sich nun an einem anderen Schreibtisch mit dem Kassieren von Führerscheinen beschäftigen. Eine Entscheidung, die nach Ansicht des SPD-Landtagsabgeordneten Walter Caroli „eindeutig zu Lasten der Wahrheitsfindung" ging.

Was Klein nicht mehr durfte, will nun der Untersuchungsausschuß klären. Unterderhand räumt ein Ermittler ein, was im Ländle keinen mehr wundern würde: Hätte Klein in der Giftgas-Affäre weitergeforscht, „wäre er auch auf Politikernamen gestoßen". ◀

Baden-Württemberg

Mit Gott gegen die Mafia

Ein frommer Katholik wird Nachfolger des reisefreudigen Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Die Thronfolge war schnell geregelt. Noch bevor die Konkurrenten ihre Hilfstruppen sammeln konnten, hatte Erwin Teufel, 51, Fakten geschaffen.

Am Montag letzter Woche – der über die „Traumschiff-Affäre" gestolperte Ministerpräsident Lothar Späth war noch keine 24 Stunden im Ruhestand – rief der zielstrebige Nachfolgekandidat Teufel den Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel an und holte dessen Verzichtserklärung ein. Um 13 Uhr tagte der Fraktionsvorstand, um 14 Uhr die Fraktion, um 19 Uhr kam eine Hundertschaft CDU-Funktionäre bei Bier und Häppchen im Stuttgarter Landtag zusammen.

Schon am Montag abend war die Vorentscheidung gefallen: Erwin Teufel, der bisherige Vorsitzende der CDU-Mehrheitsfraktion im Stuttgarter Landtag, wird neuer Ministerpräsident des Landes. Das offizielle Votum der Fraktion am Mittwoch letzter Woche war nur noch eine Formalie, 62 von 64 Anwesenden stimmten für ihn. Die offizielle Wahl im Landtag wurde auf Dienstag dieser Woche terminiert.

Die schnelle Entscheidung zeigt den Zustand der CDU im Südweststaat: Lothar Späth hatte die Regierung als One-Man-Show geführt, das Kabinett ist mit wenigen Ausnahmen eine Ansammlung von blassen Figuren, und auch draußen im Lande sind Stars rar. Als mögliche Nachfolger kamen, neben Teufel, nur drei Christdemokraten in Frage.

Nummer eins, der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, 62, ist zwar nach Späth der populärste CDU-Politiker im Lande. Der eigenwillige Denker, innerparteilich wenig aktiv, gilt bei der CDU allerdings als „Exot", außerdem ist er gesundheitlich angeschlagen. Im November erst als Oberbürgermeister wiedergewählt, hätte er als Nachfolgekandidat nur antreten können, wenn ihn die Partei mit einem Ruf wie Donnerhall aus dem Stuttgarter Rathaus geholt hätte. Doch spätestens nach Teufels Eil-Meldung war nicht einmal ein leises Locken möglich.

Nummer zwei, Innenminister Dietmar Schlee, 52, stand sich selbst im Weg. Als Vorsitzender des südwürttembergischen Parteibezirks und als Pate der „oberschwäbischen Mafia" könnte er zur nächsten Zielscheibe enthüllungswütiger Journalisten werden, befürchteten die Späth-geschädigten Unionschristen. Außerdem bemängeln sie an Schlee dessen fehlende Souveränität und sprechautomatenhafte Rhetorik: „Der liest alles vom Blatt ab, auch wenn es nur um die nächsten 800 Asylbewerber geht."

Nummer drei, Finanzminister Guntram Palm, 59, ist überregional ein Nobody, wiewohl seit 1976 im Kabinett. In der Südwest-Union hängt ihm noch seine Vergangenheit als früheres FDP-Mitglied an: „Des isch koiner von uns", monierte einer aus der CDU-Altherrenriege.



Späth-Nachfolger Teufel
Weihen vom Papst

Fraktionschef Teufel war auch von seinem Vorgänger Späth favorisiert worden, wenngleich die beiden politisch häufig über Kreuz lagen. Bei Späths Versuch beispielsweise, die beiden Rundfunkanstalten Süddeutscher Rundfunk und Südwestfunk zusammenzulegen, gehörte Teufel zu den Bremsern.

Teufel hält auch nicht viel von der Hans-Dampf-in-allen-Gassen-Methode seines Vorgängers. Aktivismus ohne philosophische Fundierung lehnt er ab: „Wer nur Museen fördert statt ehrenamtlicher Tätigkeit, schafft eine museale, aber keine lebendige Gesellschaft. Wer nur auf Naturwissenschaft und Technik setzt, läßt die menschliche Sehnsucht in die Leere laufen, wer Kunst zum Religionsersatz macht, überfordert sie und läßt Enttäuschung zurück."

Erwin Teufel ist eher einer von der nachdenklichen Sorte, liest Theodor Adorno oder Thomas von Aquin, denkt über Psychoanalyse wie über New Age nach und läßt, wie die *Stuttgarter Zeitung* beobachtet hat, „Grundsatzreden gerne ein paar Tage abhängen, bevor er sie als ausgereift empfindet".

Anders als den bisherigen Landesvater Späth kennzeichnet den künftigen „Landespater" (*Bild*) auch der Umstand, daß er als Mitglied des Diözesanrats des Bistums Rottenburg eher dem Katholizismus als dem Kapital zugeneigt ist – was die Wirtschaft im Lande als Mangel empfindet, die Partei hingegen als Segen: Dem Saubermann Teufel konnte unsittliche Annäherung an die Welt des Geldes bislang nicht nachgesagt werden.

Im November erhielt der gläubige Teufel päpstliche Weihen: Johannes Paul II. verlieh ihm das Großkreuz des Gregoriusordens, die höchste Vatikan-Auszeichnung für einen Laien.

Teufel ist am ehesten geeignet, die Wahlchancen der moralisch lädierten Regierungspartei zu sichern. In den Augen von Dieter Spöri, 47, dem Chef der oppositionellen SPD, ist Teufel ein „respektabler Gegner, gradlinig und verläßlich".

FDP-Fraktionschef Walter Döring, 36, hält ihn für eine „überzeugende Wahl", und selbst der Grünen-Abgeordneten Birgitt Bender, 34, ist er von allen Kandidaten politisch „am liebsten".

Teufel ist wie Späth ein politischer Senkrechtstarter. Mit 25 Jahren war er Bürgermeister, mit 32 Landtagsabgeordneter und noch im gleichen Jahr Staatssekretär, mit 38 Fraktionsvorsitzender. Seiner Vita fehlt indessen jene enge Bindung an die Welt des Business, die seinen Vorgänger Lothar Späth, den zeitweiligen Neue-Heimat-Manager und Baufirmengeschäftsführer, schließlich stolpern ließ.

Schlagzeilenträchtige Reisetätigkeit entfaltete Teufel nur einmal: 1975, als er in einen Sondermüll-Skandal in seinem Wahlkreis verwickelt war.

Der junge Umwelt-Staatssekretär charterte damals einen Polizeihubschrauber vom Typ Bell 212, um auf einem Goodwill-Flug die Landesjournalisten von den Wohltaten der baden-württembergischen Umweltpolitik zu überzeugen. Die Kosten des Ausflugs, als „Mißbrauch staatlicher Sicherheitsbehörden" damals stark kritisiert, lagen allerdings vergleichsweise niedrig: runde 20 000 Mark. ◄


SPRACHEN-
MISCHMASCH,
SHOPPINGMEILEN,
MUSIKMEKKA,
GELDPALÄSTE,
FARBENWIRRWARR,
STADTINDIANER,
TAG & NACHT
UND VIELES MEHR
FÜR 14 MARK 80.
HB Bild atlas Special
New York
Der HB-Bildatlas Special New York. Über 100 Seiten dick, *mit rund 300 brillanten Farbfotos,* spannenden Texten und Übersichtskarten. Bleiben Sie aber nicht in einer der vielen Bars hängen, in zwei Monaten holen wir Sie wieder ab – in die Basare der türkischen Ägäis. Der HB-Bildatlas Special New York. Jetzt überall, wo es Zeitschriften gibt.
Der HB-Bildatlas Special – für alle, die entdecken, was sie erleben wollen.

„Ein Tanz auf dem Vulkan"

Der SPD-Politiker Richard Schröder über den Umgang mit der Stasi-Vergangenheit

SPIEGEL: Herr Schröder, Sie haben die westdeutschen Medien, auch den SPIEGEL, kritisiert, mit der Stasi-Vergangenheit in der DDR allzu unsensibel umzugehen. Was vermissen Sie, was fehlt uns?

SCHRÖDER: Für die Westler ist es ein bißchen so: Bisher haben wir immer nur von alten Gestapo-Geschichten gehört, hier hat man es nun live und direkt. Wenn die Berichterstattung nicht berücksichtigt, wie DDR-Leute die Stasi erlebt haben, wie zweideutig für die meisten die Situation war, ergibt sich der Eindruck: Die Westler halten Gericht über uns.

SPIEGEL: Hat sich die Revolution in der DDR nicht auch und vor allem gegen die Stasi gerichtet?

SCHRÖDER: Ja, natürlich. Aber wissen Sie, als die Leute vor der Volkskammer demonstriert haben – „Stasi aus der Volkskammer" –, da habe ich gesagt, jetzt zählen wir mal bis fünf, jeder fünfte von uns ist mitverwickelt. Der Mut, gegen die Stasi zu protestieren, hat auch etwas damit zu tun, daß man sehr laut ruft, um nicht hören zu müssen, irgendwo steckst du vielleicht doch mit drin. Es gibt das Verscheuchen der eigenen Gespenster. Die Stasi als einzelner – das sind ja gar keine Bösewichter, wie wir es gerne hätten. Es löst sich doch auf in Banalität.

SPIEGEL: Bischof Forck verlangt jetzt, die Akten zu schließen – trifft er nach Ihrer Einschätzung die Mehrheitsmeinung?

SCHRÖDER: Ich glaube nicht, daß Bischof Forck recht hat. Es gibt das Schimpfen über Seilschaften und, für mich selbst überraschend, offenbar noch erhebliche Angst vor der Stasi in der Bevölkerung. Viele meinen: „Wer weiß, wie lange es hier noch gutgeht." Das ist ein Reflex auf die alte Erfahrung: die Stasi, die kann alles.

SPIEGEL: Aber um so wichtiger ist es doch, über die Stasi zu recherchieren und zu berichten.

SCHRÖDER: Es wäre besser, wenn diese Arbeit DDR-Leute übernähmen und euch Wessis Anteil an unseren Erfahrungen nehmen ließen.

SPIEGEL: Die Gelegenheit gab es. Warum hat etwa Lothar de Maizière nicht anhand seines Falles exemplarisch beschrieben, wie ein kirchlich engagierter Anwalt in der alten DDR mit der Stasi zu tun bekommen konnte?



Schröder, SPIEGEL-Redakteure*: „Man muß nicht alles wissen wollen"

> **Richard Schröder**
>
> gehörte in der kurzen Zeit des DDR-Parlamentarismus als Fraktionsvorsitzender der Ost-SPD zu den dominierenden Politikern. In den Jahren der SED-Herrschaft lebte er in gesellschaftlichen Nischen: In kirchlichen Ausbildungsstätten, als Pfarrer im Harz und auch als Dozent an kirchlichen Hochschulen entzog er sich dem Staat. Schröder, 47, wurde wegen seiner Kompromißbereitschaft im Umgang mit dem damaligen Koalitionspartner, dem CDU-Premier Lothar de Maizière, parteiintern häufig kritisiert. Er verzichtete, nachdem er als Abgeordneter kurz den Bonner Betrieb erfahren hatte, auf eine Kandidatur für den neuen Bundestag und strebt jetzt eine Professur für Philosophie an der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität an. In jüngster Zeit bemängelte Schröder eine allzu simple Erörterung der Stasi-Hinterlassenschaften: „Das war alles viel subtiler und komplexer."

SCHRÖDER: Ich bin auf Vermutungen angewiesen. Wenn er Aufklärung hätte betreiben wollen, hätte er viel Mut aufbringen müssen, und zwar schon im März, als das Gerücht aufkam.

SPIEGEL: Hätte er dann noch Ministerpräsident werden können?

SCHRÖDER: Viel hängt von der Art der Präsentation ab, ob jemand damit an Glaubwürdigkeit gewinnt oder verliert. Vielleicht hat de Maizière Angst gehabt, daß die Meute über ihn herfällt und heult: Seht, das ist auch einer. Ich finde es aber unklug, daß de Maizière das Risiko nicht auf sich genommen hat.

SPIEGEL: War die Angst vor der Meute berechtigt?

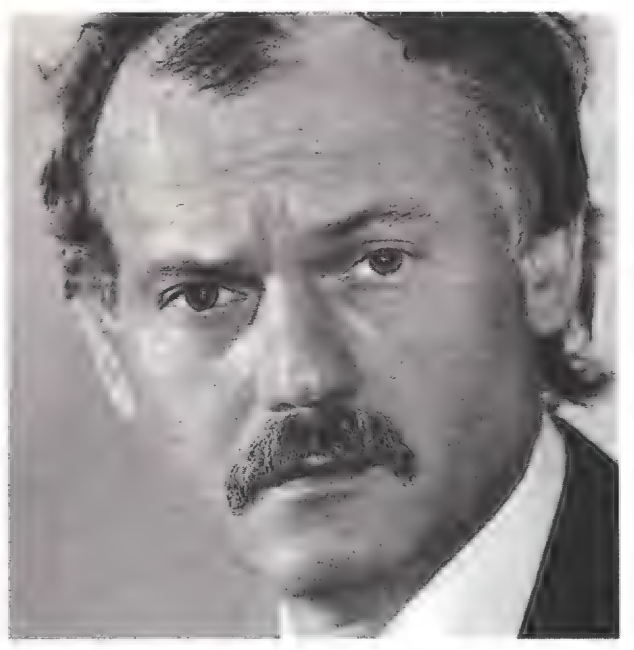
SCHRÖDER: Ich könnte Ihnen von vielen Leuten erzählen, die einfach verstummten, sobald das Wort Stasi fiel. In die Öffentlichkeit gelangte das Untier erst richtig, als es erlegt war. Nach der Volkskammer-Wahl im März gab es einen merkwürdigen, fast mystischen Anti-Stasi-Fanatismus. Viele Leute, die Kontaktgespräche mit der Stasi geführt hatten, werden Angst gehabt haben, das

* Joachim Preuß, Gerhard Spörl.

Publikum sei nicht bereit oder in der Lage, zwischen den verschiedenen Gesprächstypen zu differenzieren und die besondere Art der Zusammenarbeit zu verstehen.

SPIEGEL: Die Stasi-Vergangenheit Ibrahim Böhmes, des Mitgründers der Ost-SPD, war bereits im März bekannt. Ist in der SPD darüber diskutiert worden?

SCHRÖDER: Markus Meckel, Martin Gutzeit, Richard Schröder und noch ein paar andere waren der Auffassung, daß der SPIEGEL recht hat mit seinen Stasi-Vorwürfen gegen Böhme.



Stasi-Mitarbeiter Böhme
„Man wollte davon nichts hören"

SPIEGEL: Was folgte daraus?

SCHRÖDER: Wir sind damit im Parteivorstand nicht gelandet. Die Mehrheit im Parteivorstand stand nicht auf unserer Seite.

SPIEGEL: Man wollte davon nichts hören?

SCHRÖDER: Ja, man wollte davon nichts hören.

SPIEGEL: Ihre Partei war eine der Hoffnungskräfte. Warum haben Sie nicht darauf gedrungen, das Stasi-Problem zu klären?

SCHRÖDER: Mit Böhme konnten Sie kein Gespräch mehr führen. Er ist ausgewichen. Er hat im Parteivorstand, und als romantisierter Revolutionsheld auch in der Partei, die Emotionen immer auf seiner Seite gehabt. Er kam und ging wie eine Primaballerina.

SPIEGEL: Hat er Ihnen gegenüber nie zugegeben, daß die Vorwürfe korrekt sind?

SCHRÖDER: Nie, im Gegenteil! Als er nach seiner Akteneinsicht den berühmten Unfall hatte, oder auch Selbstmord verüben wollte, machte sich Meckel auf, ihn im Krankenhaus zu besuchen. Das war telefonisch vereinbart. Als er ins Krankenhaus kam, war Böhme weg. Von da ab hatten wir keine Kenntnis mehr, wo er sich befindet. Später hat er Andeutungen gemacht, die ganze Stasi-Sache sei von Schröder oder Meckel angezettelt. Die Pastorenseilschaft, wie er das nannte, vernichte das sozialdemokratische Profil der Partei.

SPIEGEL: Es war also in der SPD tatsächlich nicht möglich, über Böhmes Stasi-Vergangenheit eine rationale Diskussion zu führen.

SCHRÖDER: Nein, der Laden wäre auseinandergeflogen. Das Thema war hochgekocht. Ich erinnere an einen anderen Fall, an Bernd Brösdorf, der ja verhältnismäßig sachte war. Brösdorf war SPD-Landesvorsitzender in Thüringen. Er wurde der Stasi-Mitarbeit bezichtigt. Der Tatbestand, um den es ging, war, daß er in der Armeezeit anderthalb Jahre über jemanden berichtet hatte, mit dem er vorher jeweils absprach, was er an die Stasi weitergab. Die Fraktion hat über dieses Schein-Problem sieben Stunden diskutiert.

SPIEGEL: Es fällt auf, wie schweigsam-verlogen die Fälle beerdigt werden. Der CDU-Generalsekretär Martin Kirchner . . .

SCHRÖDER: . . . hat alle politischen Funktionen verloren.

SPIEGEL: Er wurde, wie jetzt auch de Maizière, von seiner Partei beurlaubt und mit Ehrenerklärungen bedacht.

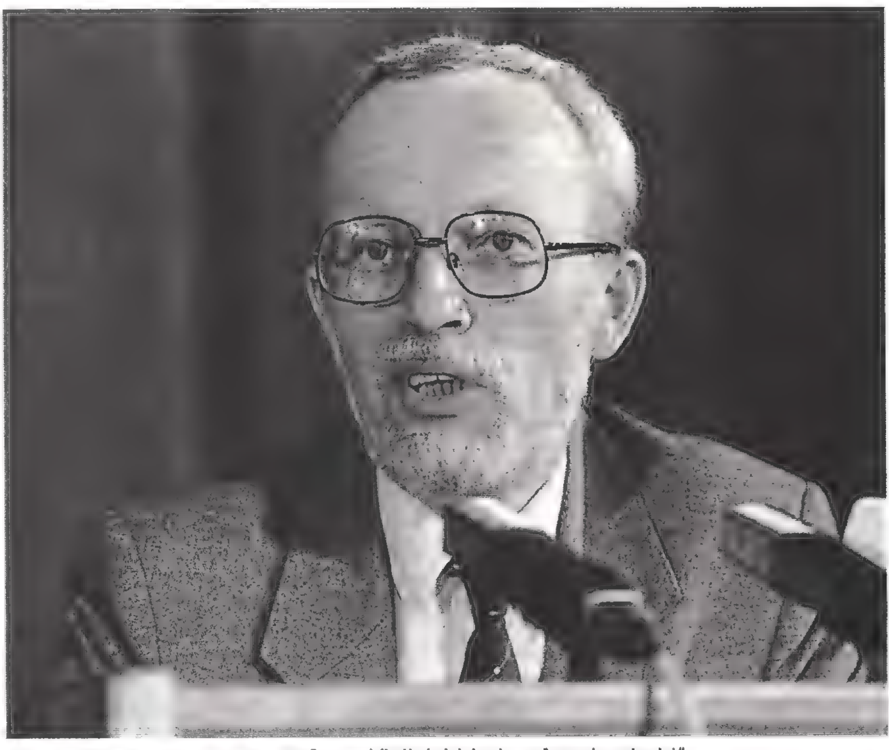
SCHRÖDER: Die West-CDU hat im Fall Kirchner entschieden, wie verfahren werden soll. Die West-SPD hat sich im Fall Böhme nicht eingemischt.

SPIEGEL: Die Ansicht, daß die Stasi-Vergangenheit ruhen soll, teilt Bischof Forck mit seinem Magdeburger Kollegen Christoph Demke. Auch Pastor Friedrich Schorlemmer neigt bei seiner Abwägung zwischen Wahrheit und Diskretion dazu, der Diskretion den Vorzug zu geben. Warum diese Mutlosigkeit?

SCHRÖDER: Wünschenswert wäre es, wenn es mehr Leute gäbe, die von sich aus berichten und beispielhaft offenlegen, wie es wirklich gewesen ist. Aber die Stasi-Verflechtungen scheinen doch für viele so schwerwiegend zu sein, daß bis heute die Hemmungen größer sind als ihre Zivilcourage.

SPIEGEL: Was heißt das?

SCHRÖDER: Nehmen Sie das Beispiel, das der Schriftsteller Reiner Kunze in seinem Buch „Deckname Lyrik" beschreibt. Seine Nachbarn haben es zugelassen, daß in ihrer Wohnung ein Loch in die Wand gebohrt wurde, so daß die Stasi den Kunzes ins Schlafzimmer



Stasi-Mitarbeiter de Maizière: „Vielleicht hat er Angst gehabt"

schauen konnte. Die Nachbarin leistete zunächst noch gewissen Widerstand, stimmte aber schließlich zu.

Nun müssen Sie mal für sich überlegen: Wären Sie bereit, diesen Vorgang zu erzählen? Man muß auch fragen: Was wäre denn gewonnen, wenn viele solcher Stasi-Geschichten ausgebreitet würden? Zu erfahren, wer sich infam verhalten hat, wer der Stasi zu Diensten gewesen ist – das kann ja nicht der Erkenntnisgewinn sein, den wir suchen.

SPIEGEL: Hat die Stasi dann nicht im nachhinein gesiegt?

SCHRÖDER: Nein. Es geht um Scham. Wir haben den Eindruck, daß viele Leute mit ihrer Stasi-Verwicklung nicht fertig werden. Sie wollen nicht wahrhaben, was sie gemacht haben.

SPIEGEL: Sie sind also auch dafür, die Akten Akten sein zu lassen?



Stasi-Akten (in Leipzig): „Nicht jeder soll darin stöbern"

SCHRÖDER: Wenn damit gemeint ist, Schluß zu machen mit den beliebigen oder passenden Enthüllungen, dann könnte ich dem Forck-Appell etwas abgewinnen. Ich kann jedoch nicht akzeptieren, daß damit die gesamte Behandlung des Themas beendet sein soll. Das können wir nicht, das darf nicht sein. Aber so, wie die Akten nun einmal beschaffen sind, können wir nicht wollen, daß jeder, der Lust hat, darin zu stöbern, darin stöbern kann.

SPIEGEL: Wer in seine eigene Akte sehen will, soll dies nicht dürfen?

SCHRÖDER: Wie die Menschheit gebaut ist, müßte man damit rechnen, daß es diesen und jenen geben wird, der die in seinen Akten gefundenen Informationen zu Erpressungsversuchen benutzt, ganz privat. Die Akten enthalten ja Intimitäten von einer Anzahl anderer Leute, weil die Berichterstattung der Stasi vernetzt war. Es wird auch jede Menge Fehldeutungen geben, weil bestimmte Akzentuierungen dem Erfolgseifer des Stasi-Agentenführers zu verdanken sind.

SPIEGEL: Was also schlagen Sie vor?

SCHRÖDER: Ich denke, es sollte eine Art Auskunftsinstitut geschaffen werden, das zeitlich begrenzt sein muß. Wer wissen will, ob die Stasi mitgemischt hat bei diesem oder jenem biographischen Knick, dem müßte Auskunft gestattet werden.

SPIEGEL: Bedeutet das nicht, ewig einen Berg Akten zu wälzen, in dem besonders findige oder neugierige Leute fündig werden?

SCHRÖDER: Das Auskunftsrecht kann befristet werden. Sie können festlegen, daß genug Zeit für die Rehabilitierungsverfahren eingeräumt wird und für ähnliche Auskünfte. Danach können die personenbezogenen Akten vernichtet werden.

SPIEGEL: Alle?

SCHRÖDER: Allein die personenbezogenen Akten. Alles, was die Arbeitsweise der Stasi beschreibt, würde erhalten bleiben können, und zwar für die Historiker. Man könnte noch einen Schritt weitergehen und drei, vier, fünf exemplarische Akten mit Einverständnis der Betroffenen vollständig veröffentlichen.

SPIEGEL: Gehört es nicht zu den Rechten eines jeden Menschen, alles, was seine Biographie betrifft, zu erfahren? Wollen Sie dieses Recht gering einstufen?

SCHRÖDER: Es gibt ja auch den Schutz einer Intimsphäre. Sie können in Ihrer Akte plötzlich Dinge über jemanden erfahren, der gar nichts mit einer Aktion gegen Sie zu tun hatte. Sie erhalten unverhofft Einblick in die Intimsphäre eines Dritten. Darauf darf es kein Recht geben, sonst könnten wir den Datenschutz ganz begraben. Also sollte, ehe Sie Ihre Akte bekommen, jemand die Akte durchsehen und feststellen, ob sie Informationen enthält, die geschwärzt werden müssen. Dieses Minimum müßte gewährleistet sein. Die Akte in ganzer Fülle auszuliefern, davon halte ich nichts. Man muß nicht alles wissen wollen.

Ich habe gerade gestern von einem Mann gehört, der seine Akte noch gar nicht gesehen hat, aber alle möglichen Aktionen, die gegen ihn unternommen worden sind, aus der Akte eines Freundes kennt. Die Stasi hat die Intimsphäre besonders gern ausgeforscht, aus den verschiedensten niedrigen Motiven.

Also, wir müßten massenhaft Leute einstellen, von denen die Akten unter Datenschutzgesichtspunkten begutachtet und dann geschwärzt werden.

SPIEGEL: Sie verlangen den Bewohnern der ehemaligen DDR ab, daß sie mit blinden Flecken in ihrer Biographie weiterleben?

SCHRÖDER: In gewissen Grenzen ist es ganz normal, daß sie bestimmte Erlebnisse, in die sie mit anderen Menschen verwickelt waren, nie in vollkommener Ausführlichkeit erfahren.

SPIEGEL: Finden Sie, daß Reiner Kunze mit der Veröffentlichung seiner Akte zu weit gegangen ist?

SCHRÖDER: Es ist gut, daß er sie veröffentlicht hat, es ist gut, daß exemplarisch eine Akte veröffentlicht worden ist. Aber wie es dazu gekommen ist, ist nicht ganz koscher.

SPIEGEL: Wieso?

SCHRÖDER: Ihm wurde seine Akte angeboten, obwohl zu diesem Zeitpunkt keine gesetzliche Grundlage bestand, ihm die Akte auszuhändigen.

SPIEGEL: Wie gut, daß Schriftsteller nicht immer das Gesetzbuch unterm Arm tragen.



NEU. DER RE

MADE IN PARADISE.

Liebe auf den ersten Blick? Nicht ausgeschlossen beim verführerischen Look des neuen Renault Clio. Das sah auch eine internationale Jury so. Und vergab statt Blumen das „Goldene Lenkrad". Denn der Clio besticht nicht nur durch Komfort und Technik. Viele paradiesische Farben, Rundumlackierung, Sitze im chicen Velours-Design, das übersichtliche Cockpit und Wärmeschutzglas grün zeigen den Renault Clio RT 1,4 l von seiner besten Seite. Und wenn Sie noch Wünsche offen

8 Jahre Garantie gegen Durchrostung.

PUBLICIS FCB

„HALLO ADAMS, HALLO EVAS.
SIND DAS NICHT
FORMEN ZUM SCHWACH WERDEN?"

Abb.: Renault Clio RT 1.4 (Leichtmetallfelgen auf Wunsch).

NAULT CLIO.

haben – wie wär's mit einem erfrischenden Sonnendach, Power aus dem 4 x 6 Watt Stereoradio mit Bedienungssatellit, 4-Gang-Automatik oder Servolenkung als Extra. Na, Herzklopfen? Dann freuen Sie sich auf ein paradiesisches Rendezvous. Mit dem neuen Renault Clio.







Anti-Stasi-Demo (in Berlin)
„Eine Art Auskunftsinstitut"

SCHRÖDER: Wer das Loch in seine Wand bohren ließ, weiß nun jeder in Greiz, wo der Fall Böhme/Kunze spielt. Wir müssen uns schon fragen lassen, ob wir es uns erlauben dürfen, daß solche Vorkommnisse zu Hunderttausenden öffentlich werden.

SPIEGEL: Außerhalb von Greiz kennt niemand die Kunze-Nachbarn.

SCHRÖDER: Offenbar gehen die Einschätzungen auch in der ehemaligen DDR auseinander. Ich denke, daß es nicht gut sein kann, so viele zwielichtige Vorgänge zu erhellen, bei denen die Betreffenden häufig gar nicht mehr erklären können, wie sie zur Stasi gekommen sind und warum was damals passiert ist. Außerdem hat es den Effekt, daß es immer nur Ossis sind, über die solche trostlosen Geschichten kursieren. Die sauberen Wessis dagegen dürfen staunen, was bei uns alles vorgekommen ist.

SPIEGEL: Auf die Idee sind wir gar nicht gekommen, daß die nächste Diskriminierung darauf gründen könnte.

SCHRÖDER: Reiner Kunze sagt, er sei um Jahre gealtert beim Studium seiner Greizer Akten.

SPIEGEL: Andere haben andere Einstellungen. Rainer Eppelmann hat gesagt, er lege keinen Wert auf Kenntnis seiner Stasi-Akte.

SCHRÖDER: Diesen Standpunkt teile ich. Das nochmalige Durchdeklinieren der Vergangenheit ist nicht unbedingt ein therapeutischer Prozeß.

SPIEGEL: Wir alten Bundesrepublikaner haben mit dem Verhältnis zur Vergangenheit unsere eigenen Erfahrungen: Was schützt Sie davor, daß irgendwann eine Generation kommt, die genau wissen will in allen Verästelungen, was damals in der DDR gewesen ist – so wie die 68er-Generation über die Nazi-Zeit ihrer Eltern?

SCHRÖDER: Meine Kinder sind 19 und 20. Sie fragen nicht, sie wissen schon. Ich glaube auch nicht, daß Generationskonflikte zu befürchten sind. Wir sind nicht besetzt von Siegern, es gibt keine nationale Schmach, wir haben keinen Krieg verloren.

Aber natürlich bin ich sehr dafür, daß Westler und Ostler im persönlichen Gespräch über diese Dinge reden. Und wir vereinigen uns doch auf eine Weise, die dreimal mehr Fragen aufwirft, als Antworten zu geben. Ich glaube nicht, daß wir noch massenhaft Akten vorzulegen haben, um ein Gespräch in Gang zu bringen.

SPIEGEL: Vielleicht reicht späteren Generationen die Erklärung ihrer Ex-DDR-Eltern nicht, daß nach dem Sozialismus die Revolution kam und dann das Reihenhaus plus Mallorca-Urlaub. Warum die Akten verbrennen?

SCHRÖDER: Ich bin sogar zu dem Kompromiß bereit, daß wir das Problem vor uns herschieben. Wir können ja warten, wie wir in fünf Jahren darüber denken. Fachleute sagen, das Interesse der Historiker ist durch eine repräsentative Auswahl von Personalakten und durch den nicht direkt personenbezogenen Aktenbestand hinreichend erschöpft.

SPIEGEL: Nicht alle Menschen sind Historiker.

SCHRÖDER: Ja, meinen Sie, man soll die Möglichkeit schaffen, daß der Sohn sich über die Stasi-Verwicklung des leiblichen Vaters noch einmal informieren kann? Dieser Moralismus scheint mir abstrus.

SPIEGEL: Die 68er-Generation wollte von ihren Eltern hören: Wie war das damals wirklich? Was hast du damals gemacht, empfunden? Das war nicht nur Scharfrichtermentalität. Es ging um das Verstehen von Geschichte.

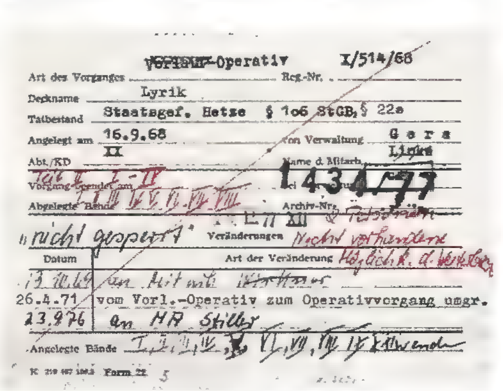
SCHRÖDER: Gut, dafür stehen die Väter zur Verfügung.

SPIEGEL: Die neigten damals und neigen wohl auch heute zum Schweigen, wie man sieht.

SCHRÖDER: Ich kann Ihre Auffassung nicht teilen. Die Akten müssen entbehrlich werden. In 100 Jahren sind sie eine Kuriosität. Die Vorstellung, daß sie ständig gewälzt werden können, daß ständig auch denunziert, diskriminiert wird, bedrückt mich.

SPIEGEL: Herr Schröder, die Große Koalition in der DDR zwischen CDU und SPD wurde maßgeblich von Lothar de Maizière und Ihnen zusammengehalten. Sie beide haben sich intensiv kennengelernt und mochten sich. Haben Sie nicht das Bedürfnis, mit de Maizière über sein Verhältnis zur Stasi zu reden?

SCHRÖDER: Eigentlich nicht so sehr. Es ist für Sie vielleicht schwer vorstellbar. Ich persönlich – ich will nicht behaupten, daß ich für die DDR typisch bin – habe die ganzen Jahre gelebt unter



Vorlauf-Operativ I/514/68
Art des Vorganges — Reg.-Nr.
Deckname: Lyrik
Tatbestand: Staatsgef. Hetze § 106 StGB, § 22a
Angelegt am: 16.9.68 — von Verwaltung: Gera
Abt./KD: XX — Name d. Mitarb.: Lipke
1434/77
Vorgang beendet am
Abgelegte Bände — Archiv-Nr.
„nicht gesperrt" — Veränderungen
Datum — Art der Veränderung
26.4.71 — vom Vorl.-Operativ zum Operativvorgang umgr.
23.9.76 — an HA Stiller
Angelegte Bände
Form 22





Stasi-Opfer Kunze (r.), Kunze-Akte: „Es geht um Scham"

Sein Erfolg ist der Geschmack. Feine Zungen haben es längst herausgefunden, daß die Natur diesem Mineralwasser etwas Besonderes mitgegeben hat: den besonders guten Geschmack. Wer es kennt, bleibt dabei. Kein Wunder, denn Wasser ist nicht gleich Wasser.



der Voraussetzung: Du weißt nie alles. Und ich wollte, sei es in meinem Arbeitskreis „Theologie und Philosophie" oder auch in der Politik, nicht alles von jedem Gesprächspartner wissen.

SPIEGEL: In Ihrem Arbeitskreis saß auch Ibrahim Böhme.

SCHRÖDER: Daß er darin saß, beunruhigt mich nachträglich nicht. Damals haben wir unsere Gespräche nach dem Motto geführt: Hat die Stasi keinen unter uns, hat sie ein Mikrophon in der Wand versteckt.

Was ich im übrigen über de Maizière im SPIEGEL gelesen habe – und mehr weiß ich nicht –, reicht nicht aus, über ihn enttäuscht zu sein.

SPIEGEL: Haben Sie sich damals gefragt: Der könnte mit der Stasi zu tun haben?

SCHRÖDER: Wir mußten ein Wahlergebnis verarbeiten. Die Personaldecke war dünn. Aber in jener Zeit haben wir uns diese Fragen auch nicht gestellt. Ich stand immer unter dem Eindruck: Wenn wir nicht eine Zweidrittelmehrheit für diese Regierung zustande bringen, weil ja so viele Zweidrittelentscheidungen nötig waren, dann macht die Stasi hintenherum noch ihr Spielchen.

SPIEGEL: War die Sorge denn begründet?

SCHRÖDER: Ich habe damit gerechnet, daß die Entwöhnung der Stasi von der Macht zu irrationalen Reaktionen führen könnte: Amokläufer oder Ähnliches.

SPIEGEL: Wie haben Sie sich den Amoklauf vorgestellt?

SCHRÖDER: Daß Stasi-Obristen ohne Realitätssinn einen Putsch starten.

Wir bekamen ja auch Morddrohungen. In meinem Fall kam sie vermutlich aus dem Kreuzberger Milieu. Es war ein Vulkan. Und wir haben drauf getanzt.

Beängstigend waren PDS-gesteuerte Demonstrationen vor der Volkskammer. Es gab Gysis Ankündigung: „Die Straße muß wieder unser werden." Es gab die systematische Destruktion des Parlaments.

SPIEGEL: Wir hatten den Eindruck, daß die Stasi-Akten in der DDR über längere Zeit eher einvernehmlich vernichtet wurden.

SCHRÖDER: Die Stasi-Leute haben die Bürgerbewegung mit dem Argument für die Vernichtung der elektronischen Datenträger eingenommen, daß sonst der BND – komischerweise der BND und nicht der Verfassungsschutz – sehen könnte, wer in der DDR aufmüpfig war und diese Leute seinerseits observieren würde.

SPIEGEL: Und dieses Argument hat gewirkt?

SCHRÖDER: Ja, bis in den Herbst. Das zweite Argument, dem sich auch Kirchenleute nicht entzogen haben, war: Der Zugriff per Knopfdruck löse eine solche Informationsfülle aus, daß der innere Frieden endgültig verlorengehe. Sie merken ja, daß auch ich diesem Argument etwas abgewinnen kann.

SPIEGEL: Die Auseinandersetzung mit der Stasi-Zeit scheiterte also an der angestrebten Versöhnung der DDR mit sich selber?

SCHRÖDER: So kann man es deuten. Es ist aber auch eine Illusion, zu glauben, daß die Mehrzahl der Betroffenen den Mut haben wird, das Gespräch Täter/Opfer zu suchen. Die psychotherapeutischen Kategorien nach dem Motto „das muß zur Selbstreinigung gemacht werden" gehen fehl. Was nicht von selber geht, kann man auch nicht organisieren.

SPIEGEL: Die Bewältigung der Vergangenheit: nichts als ein Schlagwort?

SCHRÖDER: Das meine ich. Am Ende wird sich die Vergangenheitsbewältigung reduzieren auf eine Analyse der Institution Stasi und die strafrechtliche Aufarbeitung. Das finde ich auch in Ordnung. Was dann noch von Mensch zu Mensch passiert, läßt sich nicht staatlich einfordern.

SPIEGEL: Herr Schröder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL-Titel 13/1990: „Der SPIEGEL hatte recht"

Einigungsvertrag

Das Unrecht ausgleichen

Die Opfer der kommunistischen Bodenreform in der Ex-DDR fordern in Karlsruhe Genugtuung. Aber den Verfassungsrichtern sind die Hände gebunden.

Als Präsidentin Rita Süssmuth, 53, am 20. September 1990 das Abstimmungsergebnis der 226. Bundestagssitzung verkündete, durften Kanzler-Intimus Wolfgang Schäuble, sein Gegenüber Günther Krause und alle Mitkonstrukteure des Einigungsvertrages aufatmen: Die Stützpfeiler des deutsch-deutschen Paragraphenwerks, sechs flankierende Verfassungsänderungen, hatten den parlamentarischen Segen erhalten. Die Sieger überkam Rührung. Sie stimmten die Nationalhymne an.

Riskant an diesem Akt der Rechtsetzung war vor allem eine Reparatur am Grundgesetz: der Schlußstrich unter die Bodenreform (1945 bis 1949) in der sowjetischen Besatzungszone – in den Augen vieler eine nachträgliche Anerkennung kommunistischen Unrechts.

Für Sonderfälle dieser Bedeutung hat das Grundgesetz eine hohe Hürde aufgebaut. Erforderlich ist gemäß Artikel 79 die „Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates" – eine sogenannte qualifizierte Mehrheit, die jede Regierung normalerweise nur mit Hilfe der Opposition zusammenbekommt.

Beim Einigungsvertrag wurde die Meßlatte, die verhindern soll, daß Zufallsallianzen leichtfertig am Grundgesetz basteln, mühelos übersprungen: 440 von 490 Abgeordneten stimmten für die Verfassungsänderungen, neun Zehntel statt der erforderlichen zwei Drittel.

Was die satte Mehrheit auf den Weg gebracht hat, ist ein Jahrhundertgesetz, unvergleichlich den vielen parlamentarischen Initiativen der letzten Jahrzehnte. Doch das Produkt nationaler Selbstzeugung muß seine verfassungsrechtliche Bewährungsprobe noch bestehen.

Dynamit steckt vor allem im neuen GG-Artikel 143; er bestimmt, daß „Eingriffe in das Eigentum" aus jenen finsteren Besatzungstagen „nicht mehr rückgängig gemacht werden" dürften. Streitig ist, ob der Passus die heilige Eigentumsgarantie der bundesdeutschen Rechtsordnung unterläuft – und wenn ja, ob der Verstoß hinzunehmen ist.

12 000 Betroffene, Junker wie Krauter, liefen Sturm. Die Verfassungsbe-

schwerden ihrer Wortführer werden am Dienstag dieser Woche vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) verhandelt.

In Karlsruhe steht mehr auf dem Spiel als die Bodenreform. Der Prozeß wird zwangsläufig Testfall für die Gewaltenteilung, für das Parallelogramm der Kräfte im Staat. So zugespitzt ist die Frage, wo die Kompetenzen der höchsten deutschen Spruchinstanz enden, noch nie gestellt worden. Darf das Verfassungsgericht, womöglich mit fünf gegen drei Stimmen, auch die qualifizierte Mehrheit des Parlaments zusammenstauchen und sich damit selbstherrlich über den Verfassungsgeber erheben?

Die Opfer der kommunistischen Landnahme, die ihren Grund und Boden zurückhaben wollen, 100-Hektar-Höfe, aber auch Schlösser und Ländereien, fordern vom BVG eben diesen Befreiungsschlag. Ihr Argument: Russische und deutsche Kommunisten hätten ihnen Hab und Gut gestohlen; die Festschreibung dieser Raubzüge im Grundgesetz sei schlicht eine verfassungswidrige Verfassungsänderung.

Für die Verfassungsrichter ist das Grundgesetz Prüfmaßstab. Wenn sie den Daumen senken, dürfen sie getrost Gesetze für null und nichtig erklären – aber das Grundgesetz ist selbst für die sonst so Allmächtigen unantastbar. Es wäre ein Widerspruch in sich, dürften sie auch noch die eigene Elle nach Gutdünken zurechtschneiden.

Tatsache ist, daß der Bundestag in dem Streitfall, der nun zu klären ist, die Verfassung nicht zufällig ergänzt hat: Infam, sagen die Angreifer; auf diese Weise solle ihnen der Rechtsweg abgeschnitten werden. Korrekt, sagen die Verteidiger; die Grundgesetzänderung sei das vorgeschriebene und auch redliche Verfahren, um einer politischen Entscheidung notfalls jeden rechtlichen Zweifel zu nehmen.

Mehr als sonst vermengen sich diesmal Verfassungspolitik, über die in Karlsruhe sonst nicht geurteilt wird, und Verfassungsrecht, das vielleicht der Interpretation bedarf. Ob Regierende gezwungen werden können, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und an der gewünschten Stelle anzuhalten, ist keine rechtliche, sondern eine politische Frage, die die beiden deutschen Staaten vor ihrem Zusammenschluß mit Zustimmung ihrer Parlamente beantwortet haben.

Von der Enteignung Ende der vierziger Jahre waren rund 8000 Landwirte betroffen, deren Besitz 100 Hektar überschritt; darüber hinaus 4000 weitere, die als „Kriegs- und Naziverbrecher" galten. Das beschlagnahmte Land wurde einem staatlichen Fonds der Bodenreform übertragen: insgesamt 3,3 Millionen Hektar, eine Fläche etwa so groß wie Nordrhein-Westfalen.



Einheits-Unterhändler Schäuble, Krause (r.)*: Riskante Rechtsetzung

Die Opfer des „Massendiebstahls" (*FAZ*), die ihre Verluste mehr oder weniger längst verschmerzt hatten, sollen sich jetzt – quasi zum zweiten Mal – damit abfinden, daß die willkürlichen Grenzziehungen nach dem Kriege zwei Besitz- und Adelsklassen hinterlassen haben, die armen Schlucker aus dem Osten und die reichen Vettern im Westen.

Wenn der neue GG-Artikel 143 in Karlsruhe standhält – und vieles spricht dafür –, werden sich die Unterprivilegierten trotzdem nicht als Opfer der Geographie begreifen müssen. Sie stehen immer noch besser da als ihre Leidensgenossen, deren Güter jenseits der Oder-Neiße-Grenze liegen.



Verfassungsrechtler Badura
„Keine Anerkennung der Enteignung"

Denn vieles deutet darauf hin, daß sie am Ende nicht leer ausgehen werden. Schon in der „Gemeinsamen Erklärung" beider deutscher Regierungen vom 15. Juni 1990, auf die sich der Einigungsvertrag ausdrücklich bezieht, werden „etwaige staatliche Ausgleichsleistungen" in Aussicht gestellt.

Diese Zusage ist – neben der Feststellung, daß „die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) nicht mehr rückgängig zu machen" seien und die Bundesregierung „dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis" nehme – ein tragendes Element des Einigungsvertrages.

Sie nimmt, indirekt, Bezug auf ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 1976 zum Staatsbankrott des Deutschen Reiches. Bei der „Bewältigung der außergewöhnlichen Probleme, die ihren Ursprung in historischen Vorgängen" hätten, hieß es damals, dürfe das Parlament nicht an der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes „gemessen werden"; vielmehr habe die Verfassung den „Ausgleich" der Folgelasten „weitgehend der eigenverantwortlichen Gestaltung des Gesetzgebers überlassen".

Zwei konservative Staatsrechtler, der Sympathie für kommunistische Übergriffe unverdächtig, haben diese Zu-

* Mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière (M.); nach der Unterzeichnung am 31. August 1990.



Enteignetes Schloß Ribbeck
Rückgabe oder Ausgleich?

sammenhänge noch einmal verdeutlicht: der Münchner Professor Peter Badura in einem Aufsatz, Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz in einem Gutachten für die Verfassungsbeschwerdeführer.

Die offiziellen Begründungen, so Badura, stellten „weder eine Billigung noch auch nur eine Anerkennung“ der willkürlichen Enteignungen dar. Deutlich hätten sich die Bonner Unterhändler „gezwungen“ gesehen, „eine vorgefundene Situation und eine für sie nicht überwindbare Verhandlungsposition der Gegenseite hinzunehmen“.

Von Belang ist schließlich, daß die bundesdeutsche Verfassung, auf deren Eigentumsgarantie sich die Kläger berufen, zu Zeiten der Bodenreform weder drüben noch hüben in Kraft war. „Das Grundgesetz“, so Badura, „wirkt zeitlich nicht zurück.“

Auch Selbstverständliches ruft der Professor in Erinnerung: „Die Staatsorgane der Bundesrepublik können das faktisch gesetzte Unrecht nicht nachträglich beseitigen.“ Vielmehr gehe es jetzt darum, „das Unrecht auszugleichen“.

Über die Form des Ausgleichs hat sich sein Kollege Scholz Gedanken gemacht, er hält höhere Beträge als nach dem Staatsbankrott von 1945 für möglich. Denn die Bundesrepublik sei „Rechtsnachfolger der enteigneten Vermögenswerte“. Damit verfüge der Staat über einen „wirtschaftlichen Gegenwert“, auf den er zurückgreifen könne.

Scholz räumt ein, daß Geld erst flüssig ist, wenn vorher der vorhandene Besitz verkauft wird. Er gibt deshalb zu bedenken, ob es, jedenfalls im Einzelfall, nicht zweckmäßiger wäre, „Grundstükke an frühere und jetzt zu entschädigende Eigentümer“ zurückzugeben.

An Zahlungen wird die Bundesrepublik jedenfalls kaum vorbeikommen. Auch die Verfassungsrichter haben, als sie im Dezember den Erlaß einer einstweiligen Anordnung ablehnten, nicht gänzlich ausgeschlossen, daß eine finanzielle Lösung „von Verfassungs wegen geboten“ sein könnte. Karlsruher Insider vermuten, daß sich die Empfehlungen des Gerichts an den Gesetzgeber zwischen zwei Polen – Rechtswohltat im Sinne eines Lastenausgleichs oder Quasi-Entschädigung im Sinne der Eigentumsgarantie – bewegen dürften.

Unter derlei Vorbehalten werden die Verfassungsänderungen im Rahmen des Einigungsvertrages aller Voraussicht nach passieren. Der auf ewig festgeschriebene Kernbereich des Grundgesetzes („Schutz der Menschenwürde“ und „Bundesstaatliche Verfassung“) ist ersichtlich nicht berührt. Wenn die Kläger eine Verletzung ihrer Menschenwürde behaupten, kann sich das nur auf die Umstände ihrer Vertreibung, nicht aber auf den umstrittenen Gesetzgebungsakt beziehen.

Auch das eherne Prinzip des „judicial self-restraint“, der richterlichen Selbstbeschränkung, dürfte die Roten Roben daran hindern, in einen Vertrag mit völkerrechtlichen Dimensionen einzugreifen. Schon im Vorverfahren hatte die Bundesregierung „die Gefahr schwerster außenpolitischer Schäden“ beschworen. Die Sowjetunion habe „nachdrücklich“ darauf bestanden, daß die „Rechtmäßigkeit von Beschlüssen in der Besatzungszeit“ nicht durch deutsche Gerichte überprüft werden dürfe.

Ohne entsprechende Zusage, so Bonn, hätte „das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung“ nicht erfüllt werden können. Nun müsse die Bundesrepublik „zu ihren Erklärungen gegenüber den Vier Mächten“ stehen. Die „Ratifikation des Deutschlandvertrages“ in der Sowjetunion dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden – eine Gefahr, die nach dem Rücktritt von Außenminister Eduard Schewardnadse und den Ereignissen in Litauen nicht geringer geworden ist.

Verwaltung

Kracht und ächzt

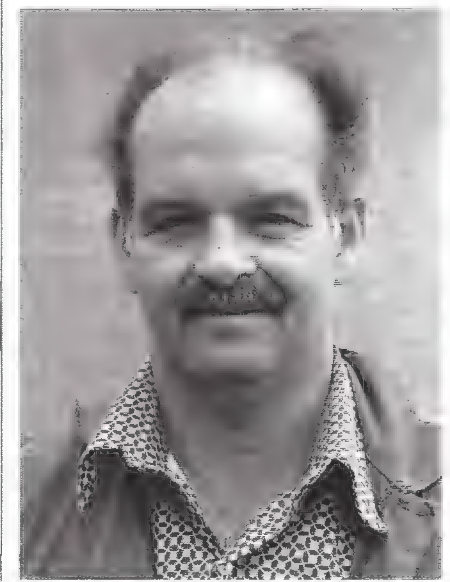
Viele ostdeutsche Staatsdiener springen in private Betriebe ab. Politiker warnen vor einem Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes.

Sein Amt als Bürgermeister im thüringischen Wernshausen hatte Friedrich Gall, 47, „voller Optimismus“ und „Tatendrang“ angetreten. Als Rathaus-Chef, so versprach der Sozialdemokrat bei seinem Antritt als hauptamtlicher Kommunalfunktionär im letzten Sommer, werde er in den nächsten vier Jahren für „soziale Sicherheit und Wohlstand“ sorgen.

Seit Anfang des Jahres schafft der gelernte Heizungsinstallateur jedoch wieder im Blaumann. Der Verwaltungschef gab auf, weil er „für ganze 1850 Mark brutto bis zu 90 Stunden die Woche im Dienst gewesen“ sei. Gall: „Ein ganz mieser Lohn.“

Unterbezahlt und überlastet fühlen sich auch die meisten Gall-Kollegen in den übrigen Gemeinden der fünf neuen Länder. Nach den Vereinbarungen im Einheitsvertrag erhalten Staatsbedienstete-Ost, wegen des allgemein niedrigeren Lohnniveaus in den neuen Bundesländern, erst einmal nur 35 Prozent des im Westen üblichen Salärs.

Der Protest der Staatsdiener wird mit fortschreitendem Aufbau der Verwaltung immer schärfer. In Thüringen etwa drohten Bürgermeister und Landräte der 1701 Kommunen dem Erfurter Mi-



Zurückgetretener Bürgermeister Gall
„Ganz mieser Lohn“

Der neue Audi 100 mit V6 Mo
ihm hört, sind gute Kritiken.



tor. Das einzige, was man von

Autotester gehören schon allein Ihres Berufes wegen zu den kritischen Autofahrern. Um so erfreulicher, mit welcher Begeisterung gerade sie den neuen Audi 100 aufgenommen haben.

Die Auto Bild zum Beispiel bezeichnet das Design als „Feinschliff der vollkommenen Art" und stellt fest, daß der neue Audi 100 mit einem c_W-Wert von 0,29 zu den strömungsgünstigsten Limousinen überhaupt gehört.

Der Tester von mot interessierte sich mehr für den Komfort, nahm hinter dem Lenkrad Platz und lobte vor allem „die Serienausstattung des luxuriösen Reisewagens, zu der jetzt auch das Audi Sicherheitssystem procon-ten" gehört.

Die höchste Beachtung aber findet der neue Motor, „ein V6, der sich akustisch stets im Hintergrund hält und bei niedrigen Drehzahlen kaum zu hören ist", wie auto motor und sport in Heft 24/90 schreibt. Und die BamS vom 11. 11. 90 meint: „Faszinierend ist der samtige Lauf des Triebwerks. Der neue V6 ist so leise, daß man ab und an auf den Drehzahlmesser schauen sollte, damit man das Schalten nicht vergißt."

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Fachleuten für die besonders guten Kritiken. Noch mehr allerdings würden wir uns freuen, wenn wir auch den kritischsten aller Fahrer für den neuen Audi 100 begeistern könnten: nämlich Sie.



nisterpräsidenten Josef Duchač bereits ihre Massenkündigung an.

Die Aktion markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Unmutswelle, die derzeit über die neuen Bundesländer hereinbricht. Kaum eine Kommune zwischen Anklam und Zittau, in der nicht erfahrene Sachbearbeiter zu Privatfirmen überwechseln, um ihre Fachkenntnisse einträglich zu vermarkten. Allein im neu aufgebauten Erfurter Gewerbeamt, berichtet der thüringische Beamten-Sprecher Karl-Heinz Liscewski, seien jüngst „wieder drei gute Kollegen gegangen, die wir bitter gebraucht hätten".

Bestürzt registriert auch Michael Bednorz, Ressortkoordinator in der Staatskanzlei des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Alfred Gomolka (CDU), „wie Leistungsträger weggehen und sofort eine besser bezahlte Arbeit finden". Von „immer mehr erfahrenen Kollegen, die alles hinschmeißen, daß es kracht und ächzt", weiß auch der Ost-Beauftragte des Deutschen Beamtenbundes, Helmut Dähnicke.

Verwaltungsexperten und Ost-Politiker schlagen Alarm. Der Vorsitzende des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Thüringen, Werner Thomas, befürchtet, daß weite Teile des Ost-Gebietes „unregierbar" werden könnten.

Der sächsische CDU-Wirtschaftsminister Kajo Schommer glaubt, daß die neuen Länder den Personalabgang aus der Verwaltung „nicht mehr lange verkraften" können. Bei weiterer Auszehrung, warnt der frühere Finanzdezernent des schleswig-holsteinischen Neumünster, „droht die öffentliche Verwaltung zusammenzubrechen".

Um die ist es ohnehin schlecht bestellt. Steuerbehörden und Liegenschaftsämter gehen in einer Flut von unerledigten Anträgen unter. Kommunalchefs und Gemeindeverwaltungen fahnden erfolglos nach Landesdienststellen, wo sie vom Bund versprochene Gelder für Kanalarbeiten und Straßenausbesserung abrufen können.

Selbst in den vorrangig aufgebauten Landesverwaltungen, mahnte der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) schon vor Wochen, drohe der „Notstand". Sachbearbeiter und Sekretärinnen sind knapp, die wenigen Telefonleitungen funktionieren schlecht.

Vor allem qualifizierte Mitarbeiter sind wesentlich schwerer zu gewinnen, als anfangs von West-Experten angenommen. Zwar verfügte das andere Deutschland über ein Heer von mehr als zwei Millionen öffentlichen Bediensteten. Doch der Großteil war in heute nutzlosen zentralistischen Verwaltungen und staatlichen Planungsstellen mit der Organisation der Mangelwirtschaft beschäftigt. Viele hatten nur das Parteibuch und keinerlei Qualifikation.



Überlastete Ost-Verwaltung: „Es sieht schlimm aus"

Von den rund 2100 Mitarbeitern der Bezirksverwaltungen in Rostock, Neubrandenburg und Schwerin etwa, schätzt der Mecklenburger Innenminister Georg Diederich (CDU), seien „allenfalls fünf Prozent" für den Landesdienst geeignet.

Massenentlassungen in der alten Bürokratie steht in anderen Verwaltungsbereichen höchste Not an erfahrenem Personal gegenüber. Beim Ost-Umbau dringend benötigte Ämter für Steuern und Finanzen, Grund und Boden, Gewerbe oder Umweltschutz waren in der DDR durchweg unterbesetzt oder gar nicht erst vorhanden.

„In den Grundbuch- und Bauämtern sieht es ganz schlimm aus", beschreibt der Neu-Dresdner Schommer die Misere. Daß dort „wegen Personalnot nur schleppend gearbeitet" werden könne, wirke sich wieder „negativ auf die Ansiedlung neuer Unternehmen" aus.

Verantwortlich für den Personalschwund machen Ost-Politiker das Gehaltsgefälle zwischen neuen und alten Bundesländern. Wer in der DDR was gelernt hat, sucht sich im Westen besser bezahlte Arbeit. Experten vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rechnen damit, daß monatlich mindestens 10 000 Erwerbstätige ihre Heimat verlassen werden, bis sich die Gehälter halbwegs angeglichen haben.

Den Staatsdienst haben auch immer mehr Polizisten satt. „Jetzt kündigen täglich Leute, und nicht die schlechtesten", klagt Burkhard von Walsleben, Chef der Gewerkschaft der Polizei in Berlin. Auf das Stellenangebot einer Brandenburger Wachgesellschaft, typisch, bewarben sich aus Potsdam und Umgebung gleich 80 Polizisten.

Im gesamten Bundesland Sachsen, wo für die Polizei 12 000 Planstellen geschaffen werden sollten, sind derzeit nur noch rund 8000 Ordnungshüter auf dem Posten. Mit der Aufklärung von Straftaten, etwa der sprunghaft angestiegenen Banküberfälle, kommen die Ost-Polizisten kaum noch nach.

Auf die Hilfe von West-Beamten können Ost-Politiker langfristig kaum hoffen. Wer nicht den ganz großen Karrieresprung macht, geht nicht fürs gleiche Geld gen Osten. Und auch Pionierbeamte, die sich gegen einen kleinen Gehaltszuschlag für einige Monate versetzen lassen, werden rarer. Weil das Grundgehalt der Entwicklungshelfer von der Heimatbehörde bezahlt werden muß, knausern die Dienststellen zunehmend bei der Entsendung von Aufbauhelfern.

Um vor allem gute Ost-Leute und West-Anfänger zu locken, fordern der Beamtenbund und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr für ihre Klienten in der Ex-DDR bei den anstehenden Tarifrunden „mindestens 65 Prozent der Westbezüge" (Beamtenbund).

Anders sei im Osten kein Staat zu machen, meinen die Funktionäre. Ein Briefträger in Leipzig etwa, der wegen des Booms im Versandhandel Knochenarbeit leisten muß, verdient bei 43,75 Arbeitsstunden pro Woche gerade 40 Prozent dessen, was West-Kollegen bekommen. Bei dem Lohn, klagen Personalräte wie Horst Isensee von der Hauptpost Leipzig, „bleiben selbst Arbeitslose lieber zu Hause". ◀



Vielleicht war es Zufall, dass sich Franco de Angelis an einen Flughafen erinnerte, als er das Transportwesen der Lombardei zu koordinieren hatte. An einen mit perfekt abgestimmten Verbindungen, einer unkomplizierten und effizienten Abwicklung sowie einer durchdachten Infrastruktur. Weniger zufällig ist allerdings, dass de Angelis seine Flüge gerne mit der Swissair plant. Selbstverständlich über Zürich-Kloten.

Datenschutz

Ungeheures Stück

Gegen das neue Ausländergesetz, das die totale Überwachung von Nicht-Deutschen ermöglicht, wächst der Widerstand.

Spitzel und Schnüffler will Annette Schwarzenau, 47, aus ihren Mitarbeitern nicht machen. Darum ist die Berliner Stadträtin für Gesundheit und Umwelt im Bezirk Charlottenburg, Mitglied der Alternativen Liste, zum Gesetzesbruch bereit: Sie will sich nicht an das neue Ausländergesetz halten, das seit Jahresbeginn in Kraft ist. Sozialarbeiter und Ärzte ihrer Behörde halten es ebenso, dafür nehmen sie notfalls Disziplinarverfahren in Kauf.

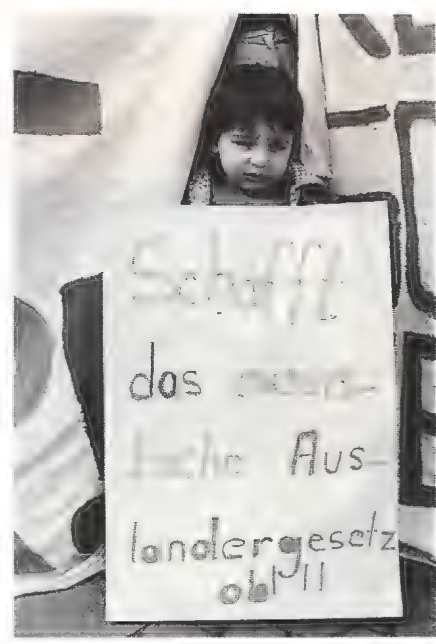
In der gesamten Republik protestieren Kirchen, Gewerkschafter, Sozialarbeiter und, erstaunlich genug, selbst Beamte gegen das schlampig zusammengeschusterte Regelwerk. Mit einem „Bielefelder Appell", der bundesweit schon Tausende Unterzeichner gefunden hat, wehren sie sich dagegen, daß sie nun gesetzlich verpflichtet sind, den Ausländerbehörden alle nur erdenklichen Angaben über Türken und Iraner, Portugiesen oder Tamilen zu übermitteln.

Während unter Fachleuten seit langem diskutiert wird, ob zum Beispiel Drogenberatern oder Sozialarbeitern ein Zeugnisverweigerungsrecht wie Journalisten und Anwälten zugestanden werden soll, verlangt das Gesetz das genaue Gegenteil. Schulen, Beratungsstellen, Sozial- und Jugendämter, Arbeits- und Finanzämter sollen ihre ratsuchende nicht-deutsche Klientel bei den Überwachungsbehörden verpfeifen.

Die „Spitzel- und Denunziationsparagraphen 75 und 76" (Gesetzesgegner) findet der renommierte Hamburger Jurist Helmut Rittstieg schlicht „skandalös". Sie seien, so der Experte für Ausländerrecht, eines „totalitären Überwachungsstaates würdig".

Die neuen Bestimmungen verleihen den Ausländerbehörden nahezu unumschränkte Vollmachten: Seit Anfang des Monats dürfen sie sensible Daten von Ausländern bei allen „öffentlichen" und „nichtöffentlichen Stellen" einfordern. Daten, die zur Ausweisung von Ausländern führen können, sollen Schulen oder Sozialämter selbst dann weiterreichen, wenn sie damit ihre erzieherischen oder beratenden Pflichten verletzen.

Die möglichen Ausweisungsgründe sind vom federführenden Bonner Innenministerium außerordentlich weit gefaßt worden. Politische Äußerungen etwa können zur Abschiebung eines Ausländers führen, zur Not reicht auch der Nachweis aus, daß er die „öffentliche Gesundheit" gefährdet und „besondere Schutzmaßnahmen" nicht einhält.



Protest gegen Ausländergesetz
„Verfassungsrechtlich unhaltbar"

„Wenn mich eine Schülerin um Rat fragt, weil ihr türkischer Freund Aids hat, müßte ich das melden", sagt Safter Cinar, Schülerbetreuer und Vizevorsitzender des Berliner Landesverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Cinar empört: „Die nächste Frage wäre dann: ‚Benutzt er Kondome?'"

Auch etwa türkische Eltern eines rauschgiftsüchtigen Sohns, der seine Therapie abgebrochen hat, müssen damit rechnen, daß öffentliche Beratungsstellen vertrauliche Informationen weitergeben, wie es die neuen Bestimmungen verlangen. „Wenn wir dem Gesetz folgen würden, könnten wir dichtmachen", glaubt Wiltrud Schenk, 40, in Berlin-Charlottenburg.

Sie leitet eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Zur Klientel gehören vor allem Dirnen aus Thailand oder Polen, die oft keine klare Aufenthaltsgenehmigung haben, was nun meldepflichtig ist. Doch Schenks Ärzte und Sozialarbeiter, die auf das Vertrauen ihrer Schützlinge angewiesen sind, lehnen Denunziationen ab. „Keine einzige Prostituierte würde sich hier noch melden und gesundheitlich untersuchen lassen", so Schenk, „das Gesetz führt die Frauen nur in die Illegalität."

Auch wenn Sozialarbeiter erfahren, daß Ausländern die Wohnung gekündigt wurde, müssen sie der Ausländerbehörde Bericht erstatten: Denn Obdachlosigkeit ist ein meldepflichtiger Ausweisungsgrund. Den Nachweis „ausreichenden Wohnraums" verlangt das Gesetz der Christliberalen, die sonst wortreich den Schutz von Ehe und Familie predigen, auch Ausländern ab, die



Asylbewerber in Hamburg: Parken im Halteverbot als Ausweisungsgrund


Wie natürlich
ist ein Baustoff
aus Sand, Wasser
und Kalk?


So natürlich wie Sand, Wasser und Kalk.
Diese Rohstoffe finden sich nahezu überall. Wir bauen sie dort ab, wo es das natürliche Gleichgewicht nicht stört. Und mit geringstem Energieaufwand produzieren wir daraus YTONG. Sie haben davon: Einen massiven, umweltverträglichen Baustoff, niedrige Heizkosten durch seine hohe Wärmedämmung, ein natürliches, gesundes Wohnklima… Zahlen und Fakten gewünscht? Schicken Sie uns den Coupon. Wir bleiben Ihnen keine Antwort schuldig. YTONG-Infoservice, Postfach 2002, W-8046 Garching.
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Telefon:
YTONG®
SP-A0

ihre Ehefrauen oder Kinder ins Bundesgebiet kommen lassen wollen. Damit kann der Familiennachzug an den Quadratmetern scheitern: Ein „ungeheuerliches Stück“, kommentiert selbst die CDU-Frau und Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, 52.

Besonders junge Familien werden gebeutelt. Denn wenn Ausländerinnen Kinder bekommen, müssen sie eine Aufenthaltsgenehmigung für den Nachwuchs beantragen. Voraussetzung dafür ist ausreichender Wohnraum. „Der Schwangerschaftsabbruch“, so Jurist Rittstieg, „kann damit zur unumgänglichen Notwendigkeit werden.“

Selbst der Bezug von Sozialhilfe wird bei Ausländern zum Risiko. Denn auch wer Staatsknete erhält, kann nach dem neuen Gesetz des Landes verwiesen werden. Dies sei „verfassungsrechtlich unhaltbar“, sagt Rittstieg, zudem verbiete das europäische Fürsorgeabkommen Ausweisungen wegen sozialer Bedürftigkeit.

Als „weiteren Hammer“ wertet der Rechtsexperte, daß Jugendämter Angaben über das „zu erwartende soziale Verhalten“ von ausländischen Jugendlichen machen sollen. Auch der Berliner Datenschützer Hansjürgen Garstka hält diese Vorschrift für „schlicht verfassungswidrig“.

Künftig gibt es wohl zwei Klassen von Sozialarbeitern, prophezeit der ehemalige Berliner Verwaltungsrichter Fritz Franz in einem Gutachten für die Grünen, „aus der Sicht des Ausländers vertrauenswürdige und solche, denen man seine Probleme besser nicht anvertrauen sollte“.

Und seien die Probleme auch noch so klein. Denn anders als beim alten Ausländerrecht, das nur bei Straftaten mit Ausweisung drohte, können nun bereits Verstöße gegen Rechtsvorschriften zum Rauswurf führen. Laut Gesetz, staunt Jurist Franz, könne im Extremfall sogar das wiederholte Parken des Autos im Halteverbot die Ausweisung seines ausländischen Besitzers rechtfertigen.

Wenn die Behörden derart ungehemmt alle möglichen Erkenntnisse über Ausländer sammeln dürfen, entsteht nach Ansicht von Rechtsexperten eine „totale Persönlichkeitserfassung“. Denn die allerorten abgeforderten Daten landen vereint im Kölner Ausländerzentralregister, wo sie mühelos abgefragt werden können. Schon jetzt sind dort rund 80 Millionen Daten über Ausländer gespeichert.

Von den Vorwürfen unbeeindruckt ist das Bonner Innenministerium. In einer Broschüre preist es das Gesetz mit geradezu multikultureller Begeisterung. Dem gesellschaftlichen Leben in der Republik, so die Ministerialen selbstzufrieden, entspreche eine „weltoffene und liberale Ausländerpolitik“.

„... wir waren das Traumpaar“

Gerhard Mauz zum Göttinger Urteil über Marc Dunkhorst, der seine Tochter verbrannte

Am Morgen des ersten Sitzungstags verspätet sich das Gericht, die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Göttingen. Alle sitzen schon auf ihren Plätzen: der Staatsanwalt, die Sachverständigen, der Nebenklägervertreter, die Protokollführerin, das Publikum und die Journalisten.

Doch es ist ganz still im Saal. Kein Wort ist zu hören, nicht einmal ein Flüstern. Alle sitzen reglos und blicken auf den Angeklagten neben seinem Verteidiger. Der Angeklagte sitzt vornübergebeugt. Er hat den Kopf auf die Hände gestützt, die Handflächen vor die Augen gepreßt. Ein paarmal geht ein Zittern durch seinen Oberkörper.

Marc Dunkhorst, der 22 Jahre alte Angeklagte, hat am frühen Abend des 22. Juli 1990, einem Sonntag, seine sieben Monate alte Tochter mit Benzin übergossen und verbrannt.

Alle sitzen reglos, stumm. Vier, fünf Minuten vergehen in dieser Stille, bis das Gericht eintritt. Das also ist der Mensch, der das getan hat, wovon man im vergangenen Sommer überall in der Bundesrepublik fassungslos hörte.

Er hat das Kind seiner Freundin, sein Kind, ein hilf- und wehrloses Mädchen, an einem Waldrand der Gemarkung Bilshausen, südlich des Harzes, aufs Gras gelegt und mit Benzin übergossen. Das Kind schlief nicht.

Er hat das Benzin mit einem Einwegfeuerzeug angezündet. Das Kind hat geschrien, geschrien, geschrien. Etwa 30 Sekunden hat es unvorstellbare Schmerzen erlitten, bis es starb.

Und da sitzt dieser Angeklagte und hat kein Kainsmal an der Stirn. Da sitzt der nette junge Mann von nebenan. Man würde ihn ansprechen, wenn man in einer fremden Stadt den Weg nicht findet.

Der *Harzer-Kurier* kann am 24. Juli 1990 den zuständigen Kripo-Chef zitieren, daß seine Beamten „mit Entsetzen“ aufgenommen haben, was Marc Dunkhorst ihnen gegenüber aussagte. Es ist nur zu verständlich, daß die Beamten, die Marc Dunkhorst als erste vernehmen, entsetzt sind. Doch jetzt, in der Hauptverhandlung, müssen alle Beteiligten versuchen, sich von diesem Entsetzen zu befreien.

Es versteht sich, daß dieses Entsetzen in alles eingedrungen ist, was in dieser Strafsache protokolliert und notiert wurde und was in den Gutachten steht; daß dieses Entsetzen nun auch das noch tönt, was ausgesagt wird.



Angeklagter Dunkhorst, Tochter Gina
Nicht Mord – Totschlag



Schlinge am Hochspannungsmast
Von der Kripo nicht gefunden

„Ich habe den Eindruck, Sie sind gereizt“, sagt der Vorsitzende Richter zu einem der beiden Beamten, die Marc Dunkhorst als erste vernommen haben. Er kenne ihn, den Zeugen, doch aus vielen Verhandlungen. Der Vorsitzende Richter sagt das nicht vorwurfsvoll. Er sagt das freundlich, teilnehmend: Auch er und seine Mitrichter sollen, müssen objektiv sein.

Am Nachmittag des 23. Juli 1990, keine 24 Stunden nach seiner Tat, ist Marc Dunkhorst ein zweites Mal, richterlich, vernommen worden. Da ist der Richter, der vernimmt. Dabei ist der Staatsanwalt, der ihn später wegen Mordes anklagen wird. Anwesend sind aber auch der Rechtsmediziner und der Psychiater, die man nun in der Hauptverhandlung als Sachverständige gehört hat. Und auch die beiden Kriminalbeamten, die Marc Dunkhorst als erste anhörten, sind anwesend. Das Entsetzen hat eine ungewöhnlich große Versammlung zusammengeführt, doch in der fehlt einer: Es nimmt kein Verteidiger für Marc Dunkhorst an ihr teil.

In den Wochen nach Marc Dunkhorsts Tat wird an dieser Tat verdient. Gierschlund und Raffke wissen, wie man das Entsetzen füttern muß, damit die Kasse klingelt. Bei der Mutter des getöteten Kindes verschaffen sich Journalisten unmittelbar nach der Tat Eingang. Sie kämen von einer Braunschweiger Zeitung, und die Polizei schicke sie, weil sie noch einige Auskünfte brauche.

Auf so etwas fällt man herein, wenn man kein gewiefter Großstädter ist, wenn man unter dem Schock eines solchen Unglücks steht. Ob sie ein Foto von dem Kind habe? Sie hat natür-

Das beliebteste Auto der Oberkla



Mercedes 420 SEL.

▶ In der Oberklasse haben sich in den letzten Jahren einige Leute erstmals zu Wort gemeldet – mit brandneuen Konstruktionen, die für Bewegung und teils auch für Begeisterung gesorgt haben. (Ein aufrichtiges Kompliment dafür von uns an dieser Stelle!) Da waren wir fast ein wenig überrascht, daß unsere S-Klasse dennoch weltweit das erfolgreichste Auto geblieben ist.

Und selbst in ihrem allerletzten Baujahr hat sie in Vergleichstests noch alle neuen Konkurrenten in zahlreichen Disziplinen schlagen können – siehe z. B. Auto Bild, Heft 32/90.

Ein derart gutes Auto abzulösen kann eigentlich nur der Schritt in eine völlig neue Richtung sein: Bei der neuen S-Klasse, deren Premiere in wenigen Wochen bevorsteht, kann es also nicht bloß darum gehen, den Federungskomfort um ein paar Prozent zu erhöhen, dem Motor ein paar Zylinder mehr zu verpassen oder der Karosserie etwas Kosmetik angedeihen zu lassen.

▶ Hinter einem Mercedes der S-Klasse steht immer ein etwas

Schade e

langfristigeres Denken als heutzutage üblich. Nicht der Sprung auf eine aktuelle Trendwelle, sondern das Aufzeigen von Perspektiven ist das Ziel jeder neuen S-Klasse. So war die jetzige S-Klasse bei ihrem Erscheinen mit ihrer sehr schlichten, glattflächigen Karosserie stilbildend für eine ganze Autogeneration. Aber auch im Komfort und in der Sicherheit war sie dem damaligen Stand der

Freuen Sie sich auf

sse wird bald nicht mehr gebaut.

SPRINGER & JACOBY 11.001

igentlich.

Technik oftmals weit voraus.

► Als Erfinder des Automobils hat sich Mercedes-Benz immer ganz besonders für die Automobilentwicklung verantwortlich gefühlt. Und gerade unsere S-Klasse hat dabei stets die Aufgabe, Wegbereiter für neue Technologien zu sein. Mit ihrem Kaufpreis haben die Fahrer dieser Wagen also immer auch einen Beitrag zum Fortschritt der Allgemeinheit geleistet: Vieles von dem, was erstmals in einem Mercedes der S-Klasse verwirklicht wurde, war später dann auch in größeren Serien und bei den Autos anderer Hersteller zu finden.

Die neue S-Klasse wird wieder für Bewegung in der Automobilentwicklung sorgen. Und zwar in die notwendige Richtung: handlicher, umweltverträglicher, mit wirkungsvoller Ausnutzung von Rohstoffen. Mit mehr Entlastung für den gestreßten Fahrer, mit mehr Schutz für die Insassen und mehr Zuverlässigkeit bei neuen Technologien.

► Trotz dieses Schritts in die Zukunft wird die bisherige S-Klasse nie zum alten Eisen gehören. Auch in 10 Jahren wird sie noch das sein, was sie heute schon ist: ein Klassiker. Und sollten Sie sich in ihren Anblick noch mal verliebt haben, müssen wir Ihnen leider sagen, daß sie schon so gut wie ausverkauft ist.

die neue S-Klasse.



Mercedes-Benz





Verteidiger Stern, Psychologe Keweloh: Gutachten korrigiert



Staatsanwalt Windweh
Um den Angeklagten gerungen

lich eines. Es wird abfotografiert. Ob sie noch mehr habe? Die verstörte junge Frau zeigt das Fotoalbum vor. Und sie läßt sich ausfragen.

Nicht in einer Braunschweiger Zeitung, sondern in einer in München erscheinenden Zeitschrift liest man zwei Wochen danach, daß Marc Dunkhorst es liebte, „angehimmelt" zu werden und im Mittelpunkt zu stehen. Man liest, daß Marc Dunkhorst schon vor seiner Tat versucht habe, das Kind loszuwerden.

Und die Zeitschrift hat natürlich auch einen Medizinprofessor gefunden, der sich mit dem „unentschuldbaren", mit dem „brutalen Verbrechen" beschäftigt hat: Ichbezogene Menschen, die zurückgewiesen werden, versuchen ihren Partner zu strafen, „indem sie ihm das Liebste wegnehmen". Jedes Blatt findet einen, der etwas zu sagen hat, auch wenn er über die Tat und den Täter nichts weiß. Ein Psychologie-Professor beispielsweise hält in diesem Fall „eine Mischung aus drei Motiven für bedeutsam".

„Das ist die Journaille, wie man sie kennt", sagt der Staatsanwalt in Göttingen. Und das sind auch die Psychiater und Psychologen, die danach schlabbern, sich ins Gespräch zu bringen.

Unter dem Vorsitzenden Richter Dr. Rainer Kallmann, 49, ist in Göttingen über Marc Dunkhorst unter der bleiernen Last des Entsetzens, aber auch unter dem Druck geschäftstüchtig zusammengefegten Mülls verhandelt worden. Dem Gericht gelang eine Aufklärung der Tat, für die man danken muß.

Nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags ist Marc Dunkhorst zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Es ist dem Gericht, wie der Vorsitzende Richter vortrug, dabei bewußt gewesen, „daß diese Wertung in der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen kann".

Der Versuch, diesem Unverständnis zu begegnen, nötigt dazu, mehr zu sagen, als das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung aus Mitgefühl mit den unmittelbar Betroffenen gesagt hat. Aus dem Entsetzen darüber, daß eine solche Tat möglich ist, kann dieses Urteil niemand entlassen. Doch daß es zu ihr kommen konnte in einer unseligen Konstellation und daß ihre Wurzel nicht die Unmenschlichkeit ist, sondern die ewige Gefährdung des Menschen, hat diese Hauptverhandlung sichtbar und spürbar gemacht.

18 Jahre alt, lernt Marc Dunkhorst die 17 Jahre alte Karina Salomone kennen. „Wir waren das Traumpaar", hat Marc Dunkhorst gesagt. Er ist 1,84 groß, er ist nicht nur der nette junge Mann von nebenan, er ist auch ansehnlich. Was ihn an Karina angezogen hat und sie an ihm, wird auf den ersten Blick klar. Karina, Tochter eines italienischen Vaters aus Palermo und einer deutschen Mutter, ist klein, zierlich und quirlig.

Man sagt leichthin, daß Gegensätze sich anziehen. Und gewiß gibt es gegensätzliche Menschen, die einander beflügeln. Marc Dunkhorst meint, „die Frau seines Lebens" gefunden zu haben. Und sie ist hingerissen von ihm. Vom 23. März 1987, Marc Dunkhorst hat das Datum im Kopf, bis zum Mai 1989 sind beide der Meinung, daß es einen besseren Partner nicht geben kann. Doch im Mai 1989 stellt sich heraus, daß Karina schwanger ist.

Gegensätze können unvereinbar sein. Die Faszination durch einen Partner, der ganz anders ist als man selbst, kann das lange überdecken. Man tut alles, um der zu sein, den der andere in einem sieht. Karina, die unsportlich ist und nicht radfahren und schwimmen kann, wandert und zeltet mit Marc. Und er, der sich weiterbilden will, um voranzukommen, nimmt sich Zeit für sie, Zeit, in der er lernen oder Überstunden machen könnte.

Doch nun ist Karina schwanger, und für Marc versteht es sich, daß dieses Kind für sie beide zu früh kommt. Er arbeitet bei VW am Band, führt stellvertretend Aufsicht. Er ist gelernter Kraftfahrzeugmechaniker, will mehr aus sich machen und im Februar 1990 auf die Technikerschule gehen, was ihn seine Ersparnisse kosten wird.

Karina hat sich seinem Leistungsbedürfnis angepaßt. Wenn sie ihre Prüfung als Friseuse bestanden hat, will sie auf die Kosmetikschule gehen. Doch in der Sitzung in Göttingen wird sie als Zeugin aussagen, daß sie nur auf die Kosmetikschule gegangen wäre, wenn sie nach bestandener Prüfung nicht gleich eine Anstellung gefunden hätte, und daß die Kosmetikschule für ihren Beruf nichts brächte.

Karina ist einverstanden damit, daß ihre Schwangerschaft abgebrochen werden soll. Sie läßt sich beraten. Sie meldet sich in der Klinik an. Doch als Marc sie zur Klinik fährt – brechen die unvereinbaren Gegensätze hervor. Sie weigert sich, sie will nicht. Marc hat den Eindruck, sie sei von Sinnen. Er kann den völlig anderen Menschen, mit dem er es jählings zu tun hat, nicht begreifen. Und alles, was er sagt, reißt den Graben zwischen den beiden jungen Menschen noch weiter auf.

Marc findet sich ab, freut sich schließlich auf das Kind und ist hingerissen von ihm, als es im Dezember 1989 zur Welt kommt. Doch von der Geburt des Kindes an, so sagt er aus, so liest er von den Notizen ab, die er sich in Überfülle gemacht hat und mit denen er das für ihn Unfaßliche zu ordnen versucht, ist Karina ein Mensch, der ihm feindlich begegnet, der ihn quält und


Schon neu entdeckt?
CAMEL
TURKISH & AMERICAN BLEND CIGARETTES
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

der sich endlich so endgültig von ihm trennen will, daß er das Kind, das er nun auch als sein Kind empfindet, nie mehr sehen soll.

„Über die Einzelheiten dieses Entschlusses", den Entschluß, die Schwangerschaft nicht abzubrechen, hat der Vorsitzende Richter in der mündlichen Urteilsbegründung gesagt, daß er hierüber „nicht weiter referieren" wolle. Das war nicht simpler Takt. Das war ein Mitgefühl, wie es einem selten begegnet.

Da sind die Eltern von Marc und von Karina. Die Kinder haben ihnen den Partner vorgestellt, kaum daß sie miteinander vertraut geworden waren. Die Eltern haben sich zurückgehalten, als es um die Schwangerschaft ging. Die Kinder müßten das selbst entscheiden, haben sie sich gesagt. Niemand darf ihnen einen Vorwurf daraus machen. Daß Lebenserfahrung das ist, was sich nicht weitergeben läßt, daran trägt auch, wer den Pädagogen Spranger nicht kennt, der das gesagt hat.

Jene, die Karina berieten und ihr das Papier für einen Abbruch ausstellten: Sie haben nicht erkannt, daß die junge Frau das überhaupt nicht wollte, wofür sie ihre Zustimmung verlangte. Sie haben nicht mit Marc, nicht mit den Eltern gesprochen. Ein Brücke, die Karina rat- und hilfesuchend betreten konnte, nachdem sie sich zu dem entschlossen hatte, was sie wirklich wollte, ist zwischen den Beratern und Karina nicht entstanden.

Marc Dunkhorst sagt in Göttingen, er habe das Kind getötet und anschließend sich selbst töten wollen. Bis in die Hauptverhandlung hinein ist ihm das nicht geglaubt worden. Vor allem der Psychiater Dr. Peter Weigerding, 54, hat ihm das nicht geglaubt. Auch der Psychologe Hendrik Keweloh, 45, stand dem Gedanken, hier könne es um den Versuch eines gemeinsamen Todes gegangen sein, zögernd gegenüber. Beide Sachverständige zeichneten jedoch übereinstimmend ein Bild von Marc Dunkhorst, das einleuchtet, das plötzlich einen Zugang zu dem jungen Mann öffnete.

Marc Dunkhorst ist ein Muster an Anpassung. Er ist, was Ordentlichkeit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Fleiß, was Leistungsbereitschaft und Einordnung angeht, nicht zu übertreffen. Er hat den Vorstellungen seiner Eltern minutiös zu entsprechen versucht. Er ist, was seine Gefühle angeht, verschlossen. Probleme hat man mit sich selbst abzumachen. Man hat sich zu bezwingen, und er zwingt sich. Der Angeklagte ist geschlagen von einem Übermaß an Bedürfnis nach Vollkommenheit, nicht von einem Mangel. Der Gedanke, das Kind und sich zu töten, überwältigt ihn, nachdem er viereinhalb Stunden, die Tochter auf dem Rücksitz, ziellos umhergefahren ist in seinem Polo, immer isolierter und endlich ganz allein auf dieser Welt mit seinem Kind.


Tatort am Waldrand: 30 Sekunden unvorstellbare Schmerzen

Der Angeklagte habe eine Kindheit erlebt, sagte der Vorsitzende Richter, die er „als schön bezeichnet", ein weiteres Mal voll Mitgefühl. Die Eltern Dunkhorst haben das Beste für ihren ältesten Sohn gewollt. Ihnen ist kein Vorwurf zu machen. Die Erwartungen der Eltern können zu stark, zu starr sein. Wer fehlt da nicht an seinen Kindern und hat nur das Glück, daß die Kinder sich dagegen behaupten, nicht auf alles eingehen, was man sich für sie wünscht.

Zu dieser Verhandlung gehörten auch ein hervorragender Strafverteidiger, Dr. Steffen Stern, 42, und ein ausgezeichneter Staatsanwalt, Helmut Windweh, 43. Der hat um diesen Angeklagten mit sich gerungen. Als der Verteidiger Stern als Zeuge ausgesagt hatte, sein Mandant sei noch weit in die U-Haft hinein depressiv und selbstmordgefährdet gewesen, er habe den Psychiater und den Psychologen bewußt getäuscht, um aus dem Wachsaal der Psychiatrie hinaus und zurück in die Haftanstalt zu kommen – und als der Verteidiger droben im Harz den Hochspannungsmast entdeckte, an dem tatsächlich, wie von Marc Dunkhorst behauptet, der Strick hing, den er für sich geknüpft hatte, der aber von der Kripo nicht gefunden worden war, da korrigierte sich der Ankläger.

Er ließ den Strick noch untersuchen, doch als feststand, daß dieser nicht etwa nachträglich angebracht worden war, ist es der Staatsanwalt gewesen, der das Gericht fragte, ob es wegen einer möglichen Änderung des rechtlichen Gesichtspunkts belehren wolle. Und danach belehrte das Gericht, daß auch eine Verurteilung wegen Totschlags in Betracht komme.

Marc Dunkhorst hat aus einer Depression heraus seine Tochter getötet. Der Psychiater Weigerding mochte das nicht einräumen. Der Psychologe Keweloh befand sich auf dem hohen Niveau dieser Hauptverhandlung, als er erklärte, er müsse sein Gutachten ändern. Es gebe nunmehr eine Erklärung dafür, weshalb die Kontrollskalen einiger Tests extreme Verzerrungen aufgewiesen hätten. Er könne sich vorstellen, daß Depression und Selbstmordbereitschaft von diesem Angeklagten „fast vollständig dissimuliert" wurden. Es sei nun von einer verminderten Steuerungsfähigkeit zur Tatzeit auszugehen. Der Angeklagte habe also nicht gelogen, sondern „gemauert", übersetzte der Vorsitzende. Der Psychologe stimmte ihm zu.

Das zwanghafte Bemühen um Genauigkeit und Leistung kann vor der Depression schützen. Für Marc Dunkhorst brach dieser Schutz zusammen, als die totale Gegensätzlichkeit seiner Partnerin über ihn hereinbrach. Er war allein auf der Welt mit seiner Tochter. Er wollte mit ihr sterben. Als er sie getötet hatte, war er schon so sehr gestorben, daß er nicht mehr Hand an sich legen konnte.

Grüne

Abspecken, abspecken

Einst führten grüne Abgeordnete einen Teil ihrer Diäten an wohltätige Ökofonds ab. Jetzt will die verarmte Partei sich aus dieser Geldquelle selber bedienen.

Die auf Umweltschutzpapier gedruckten Rechenschaftsberichte lesen sich wie ein Adreßbuch der deutschen Alternativ-Szene. Gelder aus den sogenannten Ökofonds der Grünen kamen der Aids-Hilfe in Augsburg ebenso zugute wie dem Frauennotruf in Krefeld oder der selbstverwalteten Kindertagesstätte „Buddelkiste" in Leverkusen.

Die Fonds, gespeist aus Diäten-Abgaben der grünen Europa-, Bundes- und Landtagsparlamentarier, halfen der Coburger *Stattzeitung* bei der Anschaffung eines Laserdruckers und der Münchner Initiative „Cebeef" beim Kauf eines Wohnmobils für Behinderte. Bundesweit erfolgreichstes Projekt: die Zeitschrift *Öko-Test*, die vor sechs Jahren



Stratmann

mit zinslosen Krediten aus Ökofonds angeschoben wurde.

Allein im vergangenen Jahr brachten die Hilfskassen der Grünen bundesweit 2,6 Millionen Mark unters Alternativ-Volk. „Anstatt sich wie die anderen zu bereichern, ‚entreichern' sich die Grünen zugunsten gesellschaftlich sinnvoller Vorhaben", jubelten die bayerischen Grünen in ihrem Jahresbericht 1989. Erst solche Initiativen wie die von der Partei unterstützten Basis-Projekte machten „grüne Programmatik überall lebendig, erleb- und anfaßbar".

Darum ist es mittlerweile schlecht bestellt. Seit die West-Grünen bei der Bundestagswahl an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, mangelt es an Geld für die milden Gaben – fast die Hälfte der Wohltaten war von den Bonner Abgeordneten finanziert worden.

So zahlte Antje Vollmer zwischen 1987 und 1989 mehr als 66 000 Mark von ihren Abgeordneten-Diäten in den Alternativ-Geldtopf, von Verena Krieger und Eckhard Stratmann kamen 110 614 beziehungsweise 131 711 Mark. Nach dem Aus für die Bonner Fraktion, weiß Heidemarie Dann vom niedersächsischen Ökofonds, „müssen wir abspecken, abspecken, abspecken".

In Baden-Württemberg will der Ökofonds vorerst, bis April, gar keine Anträge mehr annehmen. Danach soll entschieden werden, ob es noch weitergeht. Das – zumindest vorläufige – Ende ihrer Arbeit melden auch die Hessen. In Hamburg und Bremen hoffen die Öko-Kassen, sich gerade mal bis zu den Bürgerschaftswahlen in diesem Jahr über die Runden retten zu können.



Krieger

„Viele wichtige Projekte", sagt Arnd Grewer vom nordrhein-westfälischen Ökofonds, „können nun nicht mehr finanziert werden." Betroffen vom Sparzwang sind auch Initiativen in der ehemaligen DDR.

So müssen die in den ökologisch heruntergewirtschafteten Ost-Gemeinden gerade erst eingesetzten Umweltberater, die dringend auf West-Hilfe angewiesen sind, vorerst auf den monatlichen Informationsdienst *Umweltberatung aktuell* verzichten, der ihnen in Aussicht gestellt worden war. Die Abonnements für Ost-Bezieher sollten aus Ökofonds-Geldern finanziert werden.

Grund für das Desaster der Ökofonds sind nicht allein die grünen Wahlverluste bei der Bundestagswahl. In mehreren Landesverbänden nämlich haben die Schatzmeister der Grünen die Abgeordnetenspenden längst als zusätzliche Einnahmequelle für die Alternativ-Partei entdeckt.

In Hamburg genehmigte sich die Grün-Alternative Liste (GAL) bereits im März vergangenen Jahres für den Bundestagswahlkampf 120 000 Mark aus dem Hilfsfonds. „Die haben gedacht", so Helga Everhartz vom GAL-Finanzrat, „ab Dezember gibt's ja wieder Geld." Nach der Wahl gelang es gerade noch, die Versuche einiger Aktivisten abzuwehren, auch die verbliebenen



Kindertagesstätte „Buddelkiste"

Ökofonds-Förderer, Ökofonds-Projekt: „Entreichern statt bereichern"

50 000 Mark für die Parteiarbeit zu kassieren.

In Hessen bedienten sich die Grünen für den „sehr wichtigen Wahlkampf“ ungeniert der 100 000-Mark-Rücklage aus dem Ökofonds. Andere Landesverbände, etwa der in Baden-Württemberg, planen ähnliches. „So geht ein Stück Glaubwürdigkeit verloren“, fürchtet Sabine Kulau von den nordrhein-westfälischen Grünen.

Die Stiftungen, die den Grünen nahestehen, sind besser dran als die Ökofonds: Sie können hoffen, auch im nächsten Jahr aus dem Bundeshaushalt Mittel für ihre Arbeit zu bekommen. Schließlich, so Lukas Beckmann von der Heinrich-Böll-Stiftung, seien die Grünen weiterhin eine „gesellschaftlich relevante Gruppierung“, deren Stiftungen Anspruch auf Staatsknete hätten.

Seine Zuversicht verdankt Beckmann einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter waren 1983 nach der Parteispendenaffäre von den Grünen angerufen worden, um eine Finanzierung der parteinahen Stiftungen aus Steuergeldern zu unterbinden. Doch das oberste Gericht entschied 1986, wer zu den „dauerhaft ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen“ gehöre, dürfe aus dem Staatssäckel alimentiert werden. Daraufhin gründeten die Grünen ihrerseits Stiftungen.

Die Widersacher von einst haben mit den Grünen mittlerweile ihren Frieden gemacht. Zwar hätten sich, schrieb der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, letzten Monat an Beckmann, die „Rahmenbedingungen“ seit der Bundestagswahl „grundlegend verändert“. Doch ändere das nichts an der Tatsache, daß die etablierten Stiftungen der Alt-Parteien bereit seien, „mit Ihnen über die Globalmittelzuteilung zu sprechen“.

Vereine

Immer wachsam

Ein schwäbischer Verein holt von Städten und Gemeinden zu hoch berechnete Gebühren zurück – rund 300 Prozesse wurden schon gewonnen.

Im Keller-Büro seines Eigenheims in Pliezhausen-Rübgarten bei Tübingen zeigt Armin Keil, 75 Jahre alt und durch Kinderlähmung seit seiner Jugend schwerstbehindert, auf lange Reihen von Aktenordnern – Inhalt: Urteile von Verwaltungsgerichten.

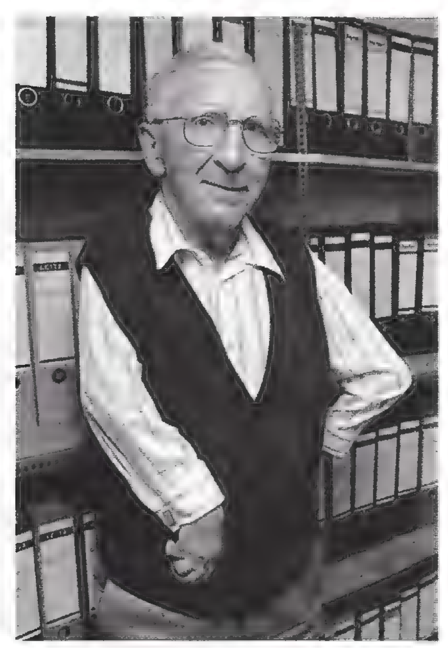
Sie weisen aus, daß Mitglieder der „Interessengemeinschaft für Grund-

stücksbeitragsrecht e.V." (IGB) in rund 300 Fällen Verfahren gegen Städte und Gemeinden gewonnen haben – eine Bilanz, die ohne Beispiel in Deutschland ist.

Keil ist Gründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied dieses in allen Rathäusern gefürchteten Vereins, der vor allem Kommunen in Baden-Württemberg und Bayern bereits um mehrere hundert Millionen Mark erleichtert hat – durch Rückzahlungen oder durch Korrekturen von Gebührenbescheiden.

Die Urteile belegen, sagt Keil, „in welch erheblichem Umfang Verwaltungen rechtswidrige Forderungen gegenüber Bürgern durchzusetzen versuchen".

Neben den Steuern bilden Abgaben, Gebühren und Beiträge die Basis jedes kommunalen Haushalts, sie machen bis zu 30 Prozent der Gemeinde-Einnahmen



Vereinsgründer Keil
In allen Rathäusern gefürchtet

aus. Und bei der Erfindung und Erhöhung von Gebühren, so bestätigte Keil ein Bürgermeister, seien „dem Ideenreichtum der Gemeinden kaum Grenzen gesetzt".

Erschließungs- und Anliegerbeiträge beispielsweise werden von Grundstückseigentümern erhoben, denen durch Anschluß an Straße, Entwässerungs- oder Wasserversorgungsanlagen dauerhafte Vorteile entstehen. Abgaben wiederum sind zum Beispiel bei der Befreiung vom Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr fällig; die Feuerwehrabgabe (bis zu 200 Mark pro Jahr) wird in den meisten Bundesländern von den 18- bis 50jährigen erhoben.

Eine Fremdenverkehrsabgabe kassieren viele Gemeinden bei Personen und Unternehmen, denen durch den Fremdenverkehr besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Über die Kurtaxe können zusätzlich die Gäste geschröpft werden.

Als ergiebigste Quelle jedoch dienen den Gemeinden die Gebühren, deren Vielfalt eindrucksvoll ist. Da gibt es Benutzungs-, Vorhaltungs- und Verbrauchsgebühren, Zusatz- und Verrechnungsgebühren, Wasser- und Müllgebühren, Straßenreinigungs- und Wegegebühren. Nur wenige Bürger können sich im Paragraphengestrüpp zurechtfinden.

„Wie soll ein Normalbürger erkennen", sagt Keil, „ob eine Gemeinde die Verhältnismäßigkeit des Aufwands, die Äquivalenz zwischen Kosten und Gegenleistung, beachtet und mehrfache Inanspruchnahme für die gleiche Einrichtung korrekt vermieden hat?" Geläufig ist den meisten Bauherren nur, daß Gebührenforderungen etwa beim Bau eines Einfamilienhauses zwischen 15 000 und 40 000 Mark ausmachen können.

Als Keil 1976 sein Haus Im Riedbrunnen 18 in Rübgarten baute, war er über die Höhe der Anschlußkosten für Wasser- und Abwasserversorgung schokkiert. Er verlangte präzise Aufgliederung, studierte Satzungen und Tabellen, „dann möbelte ich die nächsten Anlieger auf", schließlich wurde die Gemeinde verklagt. Ergebnis: Die Kommune mußte ihren Neubürgern rund 60 000 Mark erstatten.

Der Erfolg bewog Keil zur Gründung einer „Interessengemeinschaft gegen Klärbeiträge in Baden-Württemberg", Vorläuferin des jetzigen Gebühren-Kontrollvereins. Innerhalb von acht Jahren, bis 1985, holten sich die vom Verein beratenen Mitglieder 347 Millionen Mark zurück, die Kommunen verloren rund 200 Klärbeitragsprozesse.

Nach seiner jetzigen Satzung will der Verein „ungerechtfertigten Belastungen durch kommunale Abgaben" entgegenwirken. Mehr als 2000 Mitglieder gehören bereits der IGB an. Der Jahresbeitrag von 70 Mark kann steuerlich abgesetzt werden, weil die IGB als Berufsverband anerkannt ist.

Bei Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben sich die erstaunlichen Gerichtserfolge der Pliezhausener Gebühren-Gegner längst herumgesprochen. Rund 300 Verfahren von IGB-Mitgliedern sind derzeit bei Verwaltungsgerichten zwischen Stade und Sigmaringen anhängig, und die IGB sieht sich weiter im Aufwind, weil „die Bürger immer wachsamer werden".

Kein Wunder: Das Städtebau-Institut in Bonn hat festgestellt, daß sich in den letzten fünf Jahren allein die Gebühren für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, für Müllabfuhr und Straßenreinigung um durchschnittlich 16 Prozent erhöht haben. Und dieses Wachstum setze sich, so das Institut, „unvermindert" fort.

VON NISSAN

alte Ansichten.

Klimaanlage, Leder und Automatik gegen Aufpreis. Abb. Felgen Sonderzubehör.

ABS, alles perfekt ergänzt durch ein umfassendes System für die passive Sicherheit.

Die komfortable Ausstattung, z. B. mit höhenverstellbarer Lenksäule, automatischem Geschwindigkeitsregler u. v. m., ist selbst in dieser Automobil-Kategorie vorbildlich. Nehmen Sie dann noch die 3-Jahre-Garantie (bzw. bis 100.000 km) und den Nissan-Pan-Europe-Service. Fällt es da nicht leicht, den Status von gestern mit einem Lächeln hinter sich zu lassen? Ihr Nissan-Händler informiert Sie gern auch über das Nissan-Dienstleistungsprogramm: finanzieren, leasen und versichern.

NISSAN Motor Deutschland GmbH, 4040 Neuss 1



ABEN GUT LACHEN.

„Laßt die Studenten selber denken“

Heinrich Fink, Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität, über die Reform seiner Hochschule



Rektor Fink (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Die Lupe heißt Gerechtigkeit“

SPIEGEL: Herr Professor Fink, Sie haben die angeblich „überstürzte Grenzöffnung“ vom 9. November 1989 einen „Staatsstreich“ genannt und bedauert: „Die DDR – natürlich nicht die alte – wäre zu retten gewesen.“ Wieso „Staatsstreich“, und wie hätte die neue DDR aussehen sollen?

FINK: Sie hätte ein demokratischer, pluralistischer Staat sein sollen, in dem der Wille des DDR-Volkes verwirklicht worden wäre, wie er im Herbst 1989 auf den Straßen und an den Runden Tischen artikuliert worden ist und wie er sich in dem Entwurf für eine DDR-Verfassung niedergeschlagen hat: mehr direkte Demokratie als im Bonner Grundgesetz vorgesehen, mehr Rechte für die Bürgerbewegung.

SPIEGEL: Wer waren denn die Hintermänner des angeblichen Staatsstreichs?

FINK: Honecker-Nachfolger Krenz und das Politbüro-Mitglied Schabowski.

SPIEGEL: Wieso denn das?

FINK: Die haben die Mauer geöffnet und damit den Zusammenbruch der DDR besiegelt.

SPIEGEL: Das taten sie doch nicht aus freien Stücken, sondern erst, als sie dem Druck auf die Mauer nicht mehr standhalten konnten. Hätten sie das lieber nicht tun sollen?

FINK: Vielen Bürgern der DDR, mir auch, wäre es lieber gewesen, ein demokratischer Prozeß in der DDR hätte die Mauer überwunden. Man hätte die Mauer Stück für Stück mit allen Beteiligten gemeinsam abtragen müssen.

SPIEGEL: Warum nicht ein revolutionärer Akt, solange ein demokratischer Prozeß sich unter einer Diktatur nicht entfalten konnte?

FINK: Ich habe nichts gegen revolutionäre Akte, aber die Maueröffnung war keiner. Sie war ein Versuch, das alte Regime vor dem Untergang zu bewahren und die alten Kader in den neuen DDR-Staat hinüberzuretten.

SPIEGEL: Immerhin scheinen diese alten Kader Ihnen und Ihrer Universität wohlgesonnen: Die SED-Nachfolgerin PDS bedachte die Humboldt-Universität mit einer üppigen Spende von 125 Millionen Mark.

* Wolfgang Malanowski, Martin Doerry; im Senatssaal der Humboldt-Universität mit Porträts der Gebrüder Wilhelm und Alexander von Humboldt.

FINK: Das sind doch nur Forschungsgelder. In der Spende der PDS stecken nicht zuletzt jene Beiträge, die Kolleginnen und Kollegen viele Jahre lang an die SED entrichtet haben. Somit fließt das Geld nur zurück an die Universität. Im übrigen sollte es auch hier heißen: Pecunia non olet.

SPIEGEL: Kann Geld nicht doch stinken?

FINK: Ich hätte das Geld auch von der Blockpartei CDU angenommen, die wurde ja aus denselben staatlichen Töpfen alimentiert wie die SED/PDS. Aber ich war natürlich darauf gefaßt, daß die PDS-Spende zu allerlei Spekulationen Anlaß geben würde. Die *Süddeutsche Zeitung* hat sich denn auch schon gewundert, unter welchem Kopfkissen das Geld wohl verschwunden sein mag.

SPIEGEL: Gelegentlich wird auch der Verdacht geäußert, mit dem Geld sollen alte SED-Seilschaften an der Universität über Wasser gehalten werden.

FINK: Das ist kurios. Erst einmal ruht das Geld auf einem Sperrkonto der Treuhandanstalt.

SPIEGEL: Und bringt ordentlich Zinsen, mindestens acht Prozent.

FINK: Wenn wir darüber verfügen können, wollen wir es für die „Lebenswissenschaften“ verwenden, für die Aids- und Krebsforschung beispielsweise.

SPIEGEL: An der „friedlichen Revolution“ haben sich Hochschullehrer und Studenten nur mäßig beteiligt – ganz an-

Heinrich Fink

ist der erste frei gewählte Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Ein demokratisch zusammengesetztes Konzil entschied sich im April vergangenen Jahres mit deutlicher Mehrheit für den Theologieprofessor, der vor allem unter Studenten großes Ansehen genießt. Fink, 55, wurde als Sohn deutschstämmiger Eltern in Bessarabien geboren, studierte in den fünfziger Jahren evangelische Theologie in Ost-Berlin und leitet seit 1980 die Sektion Theologie an der Humboldt-Universität. Er arbeitete in der kirchlichen Friedensbewegung und beteiligte sich nach der Wende an der Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Übergriffen der DDR-Staatsorgane im Oktober



Humboldt-Studenten beim Protestmarsch gegen die „Abwicklung"*: „Nicht mehr erneuert, sondern rasiert"

ders als etwa in der Tschechoslowakei. Der Humboldt-Historiker Adolf Rüger erinnert sich, daß aus dem Fachbereich Geschichte damals überhaupt nur zwei Mitarbeiter auf die Straße gegangen sind.

FINK: Es war in Berlin nicht üblich, freiwillig auf die Straße zu gehen; Leipzig hat da eine andere politische Kultur entwickelt. Hier, in Berlin, wurde mehr in kleinen Kreisen diskutiert und zuletzt auch konspiriert.

SPIEGEL: Konspiriert?

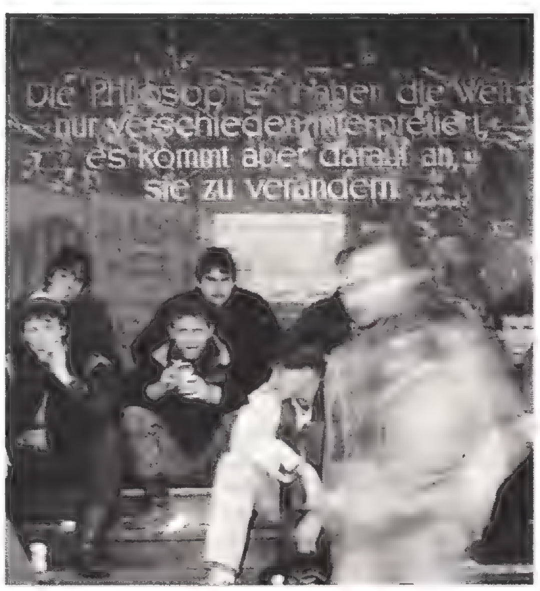
FINK: Auch konspiriert. Es gab Kritik am autoritären Sozialismus, an der Gängelung der Universität durch den Staat, der Wissenschaften durch die SED. Ich erinnere nur an das „Sozialismus-Papier", das Dieter Klein mit einigen Kollegen formuliert und hier an der Universität schon im Frühjahr 1989 verbreitet hat. Damals bereits wurde von Professoren und Studenten der Übergang zu einem demokratischen Sozialismus diskutiert.

1989. Nach seiner Wahl zum Rektor der Humboldt-Universität appellierte Fink ohne Erfolg an politisch belastete Professoren, die Hochschule freiwillig zu verlassen. Dennoch kämpft er entschieden gegen die vom Berliner Senat im Dezember beschlossene „Abwicklung", also Auflösung und Neugründung der ideologisch indoktrinierten Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Philosophie, Geschichte und Pädagogik. Fink plädiert für eine demokratische Selbstreinigung der Universität und unterstützt ausdrücklich die studentischen Proteste gegen die Eingriffe des Senats in die Personalpolitik der Hochschule. Mit einem zweitägigen Streik blockierten die Humboldt-Studenten in der vergangenen Woche den Vorlesungsbetrieb ihrer Universität.

SPIEGEL: Seitdem Sie im Mai Ihr Amt als Rektor übernommen haben, berufen Sie sich gern auf die Tradition der Humboldt-Universität, auf die großen Namen Hegel, Schelling und die Gebrüder Humboldt. Was war denn im Herbst 1989, vor der Wende, von dieser großen Tradition noch lebendig?

FINK: Es hat immer Bemühungen einiger aufrechter Demokraten gegeben, das Humboldtsche Konzept von der Universitas litterarum, der Einheit von Forschung und Lehre, zu erhalten.

SPIEGEL: Warum räumen Sie nicht ein, daß schon die Nazis das Humboldtsche Wissenschaftsideal besudelt und die Kommunisten von der SED ihm den Rest gegeben haben . . .



Sitzstreik in der Humboldt-Uni*
Vor dem Karren der alten Kader?

FINK: . . . das ist doch unbestritten . . .

SPIEGEL: . . . und warum verweisen Sie in Interviews nur darauf, daß die Universität 28 Nobelpreisträger hervorgebracht hat, mehr als jede andere. Warum fügen Sie nicht gleich hinzu, daß sämtliche Nobelpreise vor 1933 verliehen und viele Nobelpreisträger nach 1933 außer Landes gejagt worden sind, ohne daß sich an der Universität eine Hand für sie gerührt hätte? Soll alter Glanz die Tristesse der jüngsten Vergangenheit verklären?

FINK: Nein, das soll er nicht. Wir stehen zu unserer Vergangenheit und haben daran schwer zu tragen, tagtäglich. Aber wir bekennen uns zu den alten Idealen und wollen sie mit aller Kraft erneuern. Und die Erneuerung muß nicht erst 1949, sondern schon 1933 beginnen. Da müssen wir jetzt anfangen. Dem dürfen wir uns nicht entziehen.

SPIEGEL: Was hat die Humboldt-Universität in dem Jahr seit der Wende an Erneuerung hervorgebracht?

FINK: Eine ganze Menge, meine ich. Erst einmal mußten die Kreisleitungen von SED und FDJ ihre Stellungen in diesem Haus räumen.

SPIEGEL: Das waren, neben der Stasi, die Aufpasser vor Ort.

FINK: Die Demokratisierung begann mit der Arbeit des Runden Tisches, den die Studenten einberufen haben, das möchte ich besonders betonen. Der Runde Tisch, an dem die Studenten vom „Neuen Forum" und „Demokratie Jetzt", von der Bürgerbewegung und den neugegründeten Parteien eine besondere Rolle spielten, hat die Universitätsleitung aufgefordert, an den zu treffenden Entscheidungen beteiligt zu werden. Gemeinsam wurden dann Grund-

* Oben: am 1. Januar, auf dem Weg von Berlin nach Potsdam; unten: am 20. Dezember 1990, im Foyer der Universität.

sätze für ein Statut erarbeitet, danach ein Konzil gewählt.

SPIEGEL: In dem Konzil haben die Professoren nur 35 Prozent der Stimmen. Diese Quote widerspricht dem Hochschulrahmengesetz der Bundesrepublik, das eine Mehrheit der Professoren in den Gremien fordert.

FINK: Um die Quote wurde tatsächlich heftig diskutiert. Dabei fanden sich die Professoren in der Defensive. Sie machten nur geringe Anstrengungen, sich die Mehrheit zu sichern. Offenbar glaubten die Professoren selbst nicht daran, daß es dem Ansehen dieser Universität förderlich gewesen wäre, wenn sie auf einem Stimmenanteil von 50 Prozent beharrt hätten.

SPIEGEL: Das sind institutionelle Veränderungen. Wie steht es mit den inhaltlichen Reformen?

FINK: Wir haben das Studium generale eingeführt und in vielen Fächern die Studieninhalte ganz neu entwickelt; man konnte jetzt ja beispielsweise nicht mehr sozialistische Betriebswirtschaft lehren. Vor allem wurde die alte Sektion Marxismus/Leninismus ganz aufgelöst.

SPIEGEL: Daraus entstanden drei neue Fachbereiche: Zivilisationsforschung, Friedens- und Konfliktforschung und Politikwissenschaft, die in einem sozialwissenschaftlichen Studiengang zusammengefaßt worden sind.

FINK: Das ist falsch. Bei diesen Fachbereichen handelt es sich um Neugründungen. Allerdings sind dort einige Hochschullehrer und Dozenten tätig, die bisher in der Sektion Marxismus/Leninismus beschäftigt waren.

SPIEGEL: Wie viele von den 268 Mitarbeitern der Sektion Marxismus/Leninismus wurden übernommen?

FINK: 122. Die anderen sind entlassen worden oder in den Vorruhestand gegangen, haben gekündigt oder um Aufhebungsverträge gebeten. Die alte Sektion Marxismus/Leninismus hat es schon sehr bald nicht mehr gegeben.

SPIEGEL: Aber alte Pfaffen auf neuen Kanzeln. Heinz Niemann, beispielsweise, früher Mitglied der Leipziger SED-Bezirksleitung und Mitarbeiter des SED-Politbüro-Mitglieds Kurt Hager, Sekretär für Wissenschaft und Kultur des Zentralkomitees der SED, leitet das Institut für Politikwissenschaft. Dieter Klein, früher Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin und Prorektor für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ist Leiter des Instituts für Zivilisationsforschung.

FINK: Ich habe die beiden nicht mit der Leitung der Institute beauftragt.

SPIEGEL: Hätten Sie es lieber gesehen, wenn die SED-Prominenz den Hut genommen oder sich wenigstens ins zweite Glied abgesetzt hätte?

FINK: Ich muß sagen, daß ein Mann wie Dieter Klein wissenschaftlich schon manches vorausgedacht hat, beispielsweise über die „Friedensfähigkeit des Imperialismus“, als seine jetzigen Kritiker überhaupt noch nicht mit einem Ableben der DDR gerechnet haben. Ich kann ihm jetzt nicht seine politische Überzeugung vorhalten; die Frage an ihn muß vielmehr lauten: Hast du die Kompetenz?

SPIEGEL: Reicht Kompetenz allein? Der Historiker Kurt Pätzold war ein international angesehener Faschismusforscher. Er war aber auch ein eifriger Gefolgsmann des alten Systems, der sich beispielsweise in der Affäre um den Liedermacher Wolf Biermann besonders ausgezeichnet hat.

FINK: Das haben Sie gesagt. Sie können mir hier noch so viele Namen präsentieren. Mir geht es grundsätzlich um eine Optimierung dieser Universität. Gerade deswegen muß ich auch die von Ihnen genannten Kollegen unter die Lupe nehmen, aber diese Lupe heißt: Gerechtigkeit.

SPIEGEL: Dann verteidigen Sie doch mal den Kollegen Niemann und lassen ihm Gerechtigkeit widerfahren.

FINK: Herrn Niemann möchte ich nicht verteidigen. Ich kann weder seine Qualifikation noch seine politische Überzeugung beurteilen.

SPIEGEL: In Amt und Würden ist auch noch der frühere Prorektor Klaus Hubatsch, einst Leiter der SED-Kreisleitung Berlin und, als zweiter Mann, zuständig für die „Staatssicherheit“.

FINK: Der ist nicht mehr in Amt und Würden.

SPIEGEL: Aber er lehrt noch an der Humboldt-Universität.

FINK: Ja, im Fachbereich Landwirtschaft.

SPIEGEL: Ist es nicht ein Treppenwitz der Geschichte, daß ausgerechnet der stramme SED-Historiker Siegfried Prokop nun die Geschichte der Opposition in der DDR schreibt und dafür von der Europäischen Gemeinschaft besoldet wird?

FINK: Das ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

SPIEGEL: Können Sie darüber lachen?



NS-Kundgebung an der Berliner Uni (1933): Nobelpreisträger davongejagt

FINK: Nein, aber jeder, auch Herr Prokop, hat das Recht auf Demokratie. Wir sind doch endlich im Rechtsstaat angekommen. Ich werde ständig von außen gedrängt, nun ähnlich zu verfahren, wie früher die SED-Kreisleitung verfahren ist.

SPIEGEL: Von uns bestimmt nicht.

FINK: Wir haben im Dezember für jedes Fach Personalkommissionen einberufen, in denen auch Fachkollegen aus den alten Bundesländern und aus dem deutschsprachigen Ausland vertreten sein sollen. Die werden strittige Personalfragen zu entscheiden haben. Historiker sollen sich da vor Historikern verteidigen und so weiter. Wir müssen den demokratischen Prozeß an den Universitäten zu einem guten Ende bringen. Oder soll, was Sie mit der Entnazifizierung in der Bundesrepublik nicht ge-



SED-Wissenschaftsfunktionär Hager (r.)*: Tristesse von gestern

schafft haben, jetzt an den Marxisten an den Universitäten nachgeholt werden?

SPIEGEL: Keineswegs, aber halten Sie es tatsächlich für richtig, solche Leute, die zu den Stellvertretern des alten Regimes in dieser Hochschule zählten, nun zu den Spitzen der sich reformierenden Universität zu machen?

FINK: Das habe ich nicht gemacht, und ich unterstütze das auch nicht.

SPIEGEL: Die Berliner Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel hat kritisiert, die Humboldt-Universität betreibe die gebotenen Reformen nicht mit der „notwendigen Härte". Die Senatorin hat deshalb per 1. Januar die Auflösung besonders ideologieträchtiger Fachbereiche verfügt, was gegenwärtig an den Hochschulen Furore macht. Betroffen sind die Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Pädagogik und Philosophie; die sollen neu gegründet werden, alle anderen Fachbereiche werden, wie es amtlich heißt, übernommen.

FINK: Die Maßgabe heißt „Abwicklung". Damit sind diese Fachbereiche erst einmal weg, sie sind verschwunden.

SPIEGEL: Sie sind nicht „weg"; sie sollen kommissarisch weitergeführt werden.

FINK: Entschuldigen Sie bitte, der Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaft heißt jetzt Staatswissenschaft. Abwickeln heißt laut Einigungsvertrag: beenden. Damit sind die Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften erst mal weg. Und das darf nicht geschehen. Sie gehören zum Kern dieser Universität.

SPIEGEL: Was an dem Verfahren ist so schlimm? Alle 600 Mitarbeiter werden weiterbeschäftigt. Sie erhalten 70 Prozent ihrer bisherigen Bezüge und bis zum 30. September 1991 befristete Arbeitsverträge; dann können sie sich neu bewerben. Entlassen ist noch keiner. Die Studenten können ihre Studien fortsetzen und ihre Examina ablegen.

FINK: Nun garantieren Sie mal einen ordentlichen Lehrbetrieb mit Mitarbeitern, die womöglich am 30. September ausscheiden müssen. Die sagen doch: Vielen Dank, übermorgen bin ich in Tübingen oder in Frankfurt.

SPIEGEL: Hagelt es denn Angebote anderer Universitäten?

FINK: Ich kann die Kollegen nicht befragen, ich muß vom Prinzip ausgehen. Die wissenschaftliche Ausbildung von 9800 Studenten ist gefährdet. Mit Mitarbeitern, die eventuell nach neun Monaten gehen müssen, kann ich nicht arbeiten.

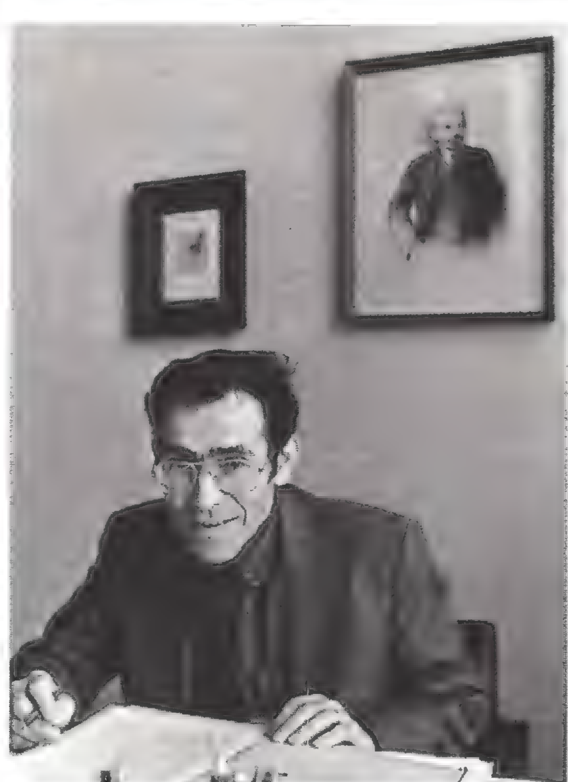
SPIEGEL: Einstweilen soll alles beim alten bleiben?

FINK: Absolut nicht. Der alte Fachbereich Rechtswissenschaft, zum Beispiel, hat ein völlig neues Curriculum. Es wurde mit der Senatsverwaltung und angesehenen Juristen aus den alten Bundesländern und des Auslandes erarbeitet. Die fragen sich doch schon: Haben wir denn hier für'n Quatsch gearbeitet? Verzeihung, das kann man so nicht veröffentlichen.

SPIEGEL: Kann man.

FINK: In dem Fachbereich sind 11 Professoren- und 17 Mitarbeiterstellen frei. Die könnten wir schnell besetzen. Momentan arbeiten in dem Fachbereich schon 48 Professoren aus den alten Bundesländern.

SPIEGEL: Aber nur sporadisch als Gastdozenten.



Belasteter Ex-Prorektor Dieter Klein
„Diskutiert und konspiriert"

FINK: Richtig, bisher ließ sich das leider nicht anders regeln.

SPIEGEL: Professor Hans-Joachim Mengel von der Freien Universität Berlin hat eine Gastprofessur bei den Juristen Ihrer Hochschule angenommen. Er hält solche Berufungen inzwischen für ein „Feigenblatt" für unveränderte Strukturen der Hochschule; der Ex-DDR-Justizminister Wünsche gebe immer noch den Ton in diesem Fachbereich an. Die Humboldt-Rechtswissenschaft sei, so Mengel, eher eine „Parteiakademie" als eine „Stätte geistiger Freiheit und Erneuerung".

FINK: Professor Mengels Unterstellungen weise ich entschieden zurück. Wünsche hat seine Demission eingereicht. Der Prozeß der Erneuerung hat begonnen. Nun kommt die „Abwicklung" dazwischen und macht alles kaputt. Sie ist

* Im Oktober 1985 mit dem damaligen Humboldt-Rektor Helmut Klein beim 175. Gründungsjubiläum der Universität.

das größte Hindernis für die Demokratisierung an dieser Hochschule.

SPIEGEL: Ihr Kollege, der Präsident der Freien Universität Dieter Heckelmann, behauptet, diejenigen Studenten, die jetzt mit Warnstreiks, Demonstrationen und Blockaden gegen die „Abwicklung" protestierten, ließen sich vor den „Karren der um ihre berufliche Existenz kämpfenden alten Kader spannen".

FINK: Nun frag' ich den *Wissenschaftler* Heckelmann, woher er das weiß. Was er behauptete, kommt einer Entmündigung der Studenten gleich, die deutlich erklärt haben, wir lassen uns nicht vor den Karren der alten Kader spannen, wir wollen eine Erneuerung der Universität. Laßt doch die Studenten mal selber denken.




Fink-Kritiker Riedmüller, Heckelmann
„Notwendige Härte"

SPIEGEL: Sie berufen sich bei Ihrem Protest gegen die „Abwicklung" mit einer für uns merkwürdigen Selbstverständlichkeit auf die „Autonomie der Wissenschaft". Bis zum Herbst 1989 war in der DDR davon nie die Rede. Nun ist die Autonomie grundsätzlich garantiert, sie wird von der „Abwicklung" nur vorübergehend eingeschränkt.

FINK: Also hören Sie mal: Das, was man schrittweise erreicht hat, nun sofort wieder aufzugeben . . .

SPIEGEL: . . . zeitweise auszusetzen . . .

FINK: . . . aufzugeben hieße doch kapitulieren. Aber ich kapituliere nicht.

SPIEGEL: Sie gehen vor Gericht.

FINK: Wir haben beim Berliner Verwaltungsgericht eine Klage eingereicht. Wir wollen geklärt haben, ob die „Abwicklung" Rechtens und mit dem sogenannten Mantelgesetz des Landes Berlin vereinbar ist oder nicht. Daß ich mich dabei des Instrumentariums des Rechtsstaates bedienen kann, sehe ich als eine unwahrscheinliche Befreiung an. Ich bin jetzt nicht mehr Untertan der Obrigkeit, und ich will wissen, ob die Obrigkeit recht hat.

SPIEGEL: Diese Obrigkeit, also konkret die Senatorin, behauptet, Sie selbst hätten ihr die Abwicklung der Bereiche Philosophie und Geschichte vorgeschlagen, weil hier alle Reformversuche gescheitert seien.

FINK: Da hat sie mich offenbar mißverstanden. Ich habe nur die Unsinnigkeit des ganzen Verfahrens kritisiert und gefragt: Weshalb wickeln Sie dieses ab und jenes nicht?

SPIEGEL: Sie stoßen sich schon an dem Wort Abwicklung.

FINK: Das ist für mich autoritäre Sprache. Ich habe ebenso Schwierigkeiten mit dem Wort „filetieren". Mir fällt schon einiges dazu ein, wenn ich in einem West-Papier lese, die besten Institute der Akademie der Wissenschaften der früheren DDR sollen „filetiert", die Filets erhalten bleiben. Ich habe mich intensiv nicht nur mit den Folgen des Faschismus, sondern auch mit der Sprache des Faschismus befaßt. Wir sollten solche Worte gerade im vereinigten Deutschland meiden.

SPIEGEL: Was das Amtsdeutsch angeht, so sind wir Ihrer Meinung, was die Sache angeht, nicht. Wir halten es für durchaus vernünftig, wenn jene Fachbereiche aufgelöst und neu gegründet werden, die seit Jahrzehnten dem Wissenschaftsdiktat der SED unterworfen waren und sich als Wissenschaftspropagandisten einer totalitären Ideologie erwiesen haben.

FINK: Sie kommen immer nur auf die Geisteswissenschaften zu sprechen. Interessiert es Sie denn nicht, was sich in den Naturwissenschaften, in der Medizin abgespielt hat?

SPIEGEL: Doch, doch.

FINK: Meinen Sie denn, daß nur die Ideologie das gesamte Bitterfeld, Leuna und Buna so zugerichtet hat? Ich bin ein Bauernkind. Ich hab' lange beobachtet, wie die Ökologie in unserem Dorf kaputtgemacht wurde. Jedesmal, wenn ich nach Hause kam, hatte meine Mutter deswegen Tränen in den Augen. Ich muß doch die Naturwissenschaftler genauso zur Verantwortung ziehen wie die Ideologen.

SPIEGEL: Die Abwicklung nimmt Ihnen also nur einen Teil der Arbeit ab.

FINK: Nein, eben nicht. Indem sie einen großen Teil dieser Universität zerstört, macht sie alle unsere Ansätze zu einer Reform der Hochschule von innen heraus zunichte.

SPIEGEL: Sie wollen mit der Vergangenheit demnach ganz allein fertig werden.

FINK: Sehen Sie mal, ich bin Praktischer Theologe und habe einiges begriffen von der Seelsorge. Ich habe eine psychoanalytische Ausbildung gehabt und weiß, daß Menschen, die ihre Traumata haben, allein davon nicht loskom-



Fink beim Amtsantritt*: „Treppenwitz der Weltgeschichte"

* Am 3. Mai 1990 im Ornat des Rektors.

men. Aber der Therapeut allein kann sie auch nicht befreien, sie müssen selber wollen und mitarbeiten.

SPIEGEL: Gesetzt den Fall, es würde nicht abgewickelt: Die Personalkommissionen der Universität müßten dann Hunderte, wenn nicht Tausende von Mitarbeitern überprüfen und womöglich entlassen. Schlimmer noch: Die Betroffenen würden wiederum die Hochschule mit einer Flut von Klagen überziehen.

FINK: Sie reden mir zu, mir die Arbeit einfach zu machen. Aber mit der Abwicklung werden Entscheidungen über viele menschliche Schicksale pauschal vorweggenommen – Entscheidungen, die ich wahrscheinlich in 20 Jahren bereuen werde. Noch einmal: Wir dürfen die Fehler der ersten Nachkriegsjahre nicht wiederholen.

SPIEGEL: Woher nehmen Sie die Gewißheit, daß in den Personalkommissionen nicht ebenfalls alte Kader vertreten sind, die dann ihresgleichen schützen werden? In der Kommission für das Fach Medizin ist ein solcher Fall ja schon aufgetreten.

FINK: Das ist richtig. Dieser Fall wurde in der letzten Senatssitzung öffentlich behandelt. Die Besetzung jeder Kommission muß deswegen immer öffentlich überprüfbar sein. Nur dann hat die personelle Erneuerung eine Chance.

SPIEGEL: Könnte es nicht sein, daß die von Ihnen angestrebte Erneuerung ähnliche Ergebnisse zeitigt wie die von Ihnen so vehement kritisierte Abwicklung?

FINK: Die Ergebnisse der Abwicklung sind grundsätzlich andere.

SPIEGEL: Inwiefern? Verlieren damit mehr SED-Kader ihre Lehrstühle?

FINK: Nein, weniger.

SPIEGEL: Können Sie uns das erklären? Es steht der Universität doch frei, auch in den nicht abgewickelten Fachbereichen gründlich Remedur zu schaffen.

FINK: Wie soll das funktionieren? Gerade war es uns gelungen, eine Reform der ganzen Hochschule auf den Weg zu bringen. Die Studenten entwickelten erstmals ein Identitätsgefühl mit dieser Universität. Und in diesem historischen Moment kommt der harte Schlag der Abwicklung: Ein großer Teil der Humboldt-Universität wird plötzlich nicht mehr erneuert, sondern rasiert.

Die Demokratisierung ist ein höchst sensibler Prozeß. Sie können nicht mal eben eine Hälfte der Hochschule nach Hause schicken und der anderen erklären: Fahrt fort mit eurem schönen Tun. Da läuft dann gar nichts mehr.

SPIEGEL: Herr Professor Fink, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Abtreibung

Memmingen im Computer

Im Süden und Südwesten Deutschlands wurden Fälle von Abtreibungsverdacht im Polizei-Computer erfaßt – bisweilen jahrzehntelang.

Ein Kapitel in ihrem jetzt vorgelegten 11. Tätigkeitsbericht überschreibt die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze lapidar mit den Worten: „Die Fristenspirale."

Die Datenschützerin meint damit eine fragwürdige Praxis der Landespolizei beim Sammeln von Daten für die sogenannte Personenauskunftsdatei: Die Löschfristen für einmal gespeicherte Delikte werden automatisch verlängert, sobald auch nur eine Bagatelle dazukommt.

„Die Fristenspirale", sagt Ruth Leuze, „ist ein Grundsatzproblem gewaltigen Ausmaßes" – mit haarsträubenden Folgen für die ohnehin umstrittene Datenerfassung in Abtreibungsfällen.

In vielen Fällen hat die Polizei die Löschtermine für Verstöße gegen den Paragraphen 218 schon wegen kleiner Ladendiebstähle verlängert. Bei der Freiburger Direktion bewirkte ein geklautes Päckchen Mandeln 15 Jahre, ein Schokoladen-Ei 17 Jahre Speicherzeit.

An der Fristenspirale drehte die Polizei mitunter aber auch schon, wenn nur ein Selbstmordversuch oder eine Vermißtenanzeige vorlag. Und keineswegs nur die Abtreibungsverdächtigen selber sind von der Speicherung betroffen.

So erwischte es auch mal eine wegen Paragraph 218 erfaßte Frau, die vor 15 Jahren ihre schwangere Schwester zum Abbruch begleitet haben soll, oder einen Heidelberger, der einer Schwangeren die Hälfte ihrer Abtreibungskosten bezahlt hatte. Eine Silvesterschlägerei trug ihm zehn Jahre Fristverlängerung ein.



Protest gegen Paragraph 218 in Memmingen: 17 Jahre für ein Schokoladen-Ei

Wie eine Tat noch kurz vor Ablauf einer zehnjährigen Speicherfrist abermals für lange Zeit im Polizei-Computer konserviert werden kann, zeigt die Datenschützerin anhand von grotesken Fällen auf. Beispiel:

> Eine Frau, die nach der Anzeige ihres ehemaligen Freundes im Oktober 1975 eine Schwangerschaft abgebrochen haben soll und deswegen seit 1975 gespeichert ist, zeigte im Juli 1984 einem Autofahrer, der sie rasant überholt hatte, den „Vogel". Flugs speicherte die Polizeidirektion Ulm in ihren Datensatz deshalb eine Beleidigung für 10 Jahre zu. Der Löschtermin für den angeblichen Schwangerschaftsabbruch rutschte dadurch auf August 1994 hoch.

Viele der von der Datenschützerin geprüften Vorgänge zeigen überdies die Absurditäten, zu denen der Aufbau polizeilicher Abtreibungs-Dateien führt.

In den Computer gerieten auch Tatverdächtige, die nie schwanger waren oder aber eine Fehlgeburt hatten, Ausländerinnen, die wegen eines angeblich manipulierten Aborts von Gutachtern ins Zwielicht gebracht worden waren, Jugendliche, die der eifersüchtige Ex-Freund angeschwärzt hatte, und immer wieder Frauen, bei denen die Ermittlungen mangels Tatverdachts oder wegen offenkundiger psychischer Bedrängnis eingestellt worden waren.

Die Heidelberger Polizei speicherte sogar eine Abtreibungsverdächtige, die

der von ihr verschmähte Liebhaber mit vagen Wahrnehmungen denunziert hatte: Er habe aus ihren „Beschimpfungen herausgehört“, daß sie von ihm schwanger sei, und sie später bei einem verdächtigen Telefonat belauscht und bei einem „Schüttelfrostanfall“ beobachtet. Zwar erwies sich, daß die Frau gar nicht schwanger war – gleichwohl blieb sie jahrelang in der Polizeiauskunftsdatei.

Angesichts der Fülle solcher Fälle zieht die Stuttgarter Grünen-Abgeordnete Birgitt Bender den Schluß: „Hier durchweht der Geist von Memmingen den Polizeicomputer.“ Das gilt auch für den benachbarten Freistaat Bayern, wo die heftig umstrittenen Memmingen-Prozesse stattfanden.

Bayerns Datenschutzbeauftragter Sebastian Oberhauser (CSU) rechtfertigte Anfang letzter Woche den in Bayern geführten Kriminalaktennachweis, in der auch Fälle von Abtreibungsverdacht erfaßt sind.

Oberhauser hielt es sogar für richtig, daß die personenbezogenen Daten auch dann weiter erfaßt werden, wenn Angeklagte mangels Beweises freigesprochen worden sind. Wegen des Fortbestehens eines Verdachts und einer denkbaren Wiederholungstat dürfe der Polizei, so Bayerns seltsamer Datenschützer, „das Hilfsmittel nicht aus der Hand genommen werden“.

Völlig unverhofft wurde Oberhauser indes wenig später von seinem Kurs abgebracht – ausgerechnet durch den bayerischen Innenminister Edmund Stoiber, 49. Offenbar aufgeschreckt von Ruth Leuzes Enthüllungen aus Baden-Württemberg, kündigte der CSU-Politiker überraschend eine Initiative für eine bundeseinheitliche Regelung an, nach der die Länderpolizeien künftig auf die Speicherung von Abtreibungsdaten generell verzichten und vorhandene Computer-Eingaben dieser Art tilgen sollten.

Stoiber hält nichts vom Argument „Gefahrenabwehr“, mit dem Verstöße gegen den Paragraphen 218 bislang allenthalben mit anderen Kriminaldelikten in einen Topf geworfen wurden. Die Annahme einer „Wiederholungsgefahr“, so seine plötzliche Erkenntnis, sei „polizeitaktisch sinnlos“.

Durch den jähen Kurswechsel des CSU-Politikers sah sich der regierungsfromme Datenschützer Oberhauser zu einer Radikalkorrektur veranlaßt – mit etwas verquerer Logik.

Nach der Stoiber-Verlautbarung, die Speicherung von Paragraph-218-Fällen sei „polizeitaktisch sinnlos“, müsse die Erfassung solcher Daten nunmehr als „nicht zulässig“ betrachtet werden, verlautbarte Wendehals Oberhauser letzte Woche. Daher fordere er nunmehr „den Innenminister auf, alle diese Speicherungen umgehend löschen zu lassen“.

Barschel-Affäre

Orden und Ehrenzeichen

Ein windiger Zeuge, der einst Uwe Barschel beispringen wollte, hat seine Aussagen widerrufen. Die Komplizen aus dem Kieler Sumpf sind bislang unbehelligt geblieben.

Nur mal so zum Klönschnack rief Günter Klaus Radue, Kneipenwirt und Ladenbesitzer im Nordsee-Kurort St. Peter-Ording, den Kieler Finanz-Staatssekretär Carl-Hermann Schleifer an. Von dessen Mutter, die „jeden Morgen bei mir Brötchen“ holte, wußte der Eiderstedter Kaufmann, daß der CDU-Politiker „sehr niedergedrückt“ war „wegen des Wahlergebnisses und der Affäre“ um den Ministerpräsidenten Uwe Barschel.



Vertraute Ahrendsen, Barschel 1987
Staatsanwälte in Deckung

Doch der Staatssekretär war, damals im September 1987, nicht zu sprechen. Statt dessen geriet Radue an den stellvertretenden Regierungssprecher Herwig Ahrendsen. Den habe er, so jedenfalls berichtete Radue später vor dem Barschel-Untersuchungsausschuß des Kieler Landtags, darüber aufgeklärt, daß Wahlkämpfe besser nicht im Sommer stattfinden sollten, da hätten christdemokratische Wirte wie er zuviel anderes zu tun.

Vier Tage nach dem angeblich zufälligen Telefonkontakt mit dem Barschel-Vertrauten Ahrendsen avancierte der redselige Kneipier, wie Springers *Bild am Sonntag* jubelte, zum „neuen Kronzeugen“ – gegen Barschels Medienreferenten Reiner Pfeiffer, der eine Woche zuvor die Machenschaften des Ministerpräsidenten im SPIEGEL enthüllt hatte.

Pfeiffer, wollte Radue wissen, sei keineswegs von Barschel beauftragt worden, Abhörwanzen zu beschaffen, die im Diensttelefon des Regierungschefs installiert und der damaligen SPD-Opposition untergejubelt werden sollten. Radue behauptete auch gegenüber der Staatsanwaltschaft, Pfeiffer habe bereits am 18. August 1987 bei ihm „drei bis vier Abhörgeräte“ bestellt – mithin „drei Wochen vor Barschels angeblichem Auftrag“.

Dem bedrängten Christdemokraten kam der Entlastungszeuge gerade recht. Pfeiffer, notierte Barschel in einem Schriftsatz gegen den SPIEGEL, habe keineswegs im Auftrag der CDU gegen den Spitzen-Sozi Björn Engholm intrigiert und ihn bespitzeln lassen. Vielmehr habe Pfeiffer beabsichtigt, „im Interesse einer hinter Pfeiffer steckenden Zeitung einen Führungswechsel in Schleswig-Holstein herbeizuführen“.

Auch andere windige Barschel-Fans strickten damals an der Legende, Pfeiffer habe seine Untergrundkampagnen mit Hilfe des SPIEGEL inszeniert, um der CDU zu schaden.

Ebenfalls in der Springer-Presse behauptete ein „W. Rochell, Inhaber der Firma Load“ in Castrop-Rauxel, er und „zwei weitere integere Zeugen“ hätten Pfeiffer zusammen mit dem damaligen SPIEGEL-Chefredakteur Erich Böhme „am 18. 8. 1987 in Neumünster in einem Hotel“ belauscht; in dem Gespräch sei es um eine Wanzenaktion gegen den „Landesfürsten“ gegangen.

Wilfried Rochell, den ein Dortmunder Richter ein Jahr zuvor in einem Betrugsprozeß als „Hochstapler hoch drei“ bezeichnet hatte, ist von seiner Version längst abgerückt. Radue hingegen rang sich erst jetzt dazu durch, seine Aussagen zu widerrufen: „Das hatte mein Gewissen ein bißchen belastet.“ Vor der Staatsanwaltschaft gab Radue nun zu, daß seine Erzählungen über Pfeiffers angebliche Wanzen-Order „freie Erfindung gewesen“ waren.


20. September 1987 1,50 DM

Bild am Sonntag

LOTTOZAHLEN LETZTE SEITE

München – Bremen 2:1 Nürnberg – Gladbach 3:0 Meppen – St. Pauli 1:1

2:2 HSV tobt: Betrug! Tore aberkannt!

Sport ab Seite 12

Neue sensationelle Enthüllung:

Pfeiffer wollte von mir Wanzen kaufen

„Ich bin von der Regierung in Kiel"

Neuer Kronzeuge: Das war schon am 18. August!

3 Wochen vor Barschels angeblichem Auftrag!

Pressebericht über Radue-Aussage
„Freie Erfindung"

Das späte Geständnis zeigt auch, daß die Vergangenheit in Kiel, gut drei Jahre nach Aufdeckung der Affäre, noch immer nicht aufgearbeitet ist. Die Staatsanwaltschaft, monierte vorige Woche der SPD-Abgeordnete Günter Neugebauer, habe das Spitzel-Opfer Engholm und den Affären-Aufdecker Pfeiffer verfolgt, aber „die wahren Täter geschont".

Radue scheint mit einem Strafbefehl davonzukommen, weil er einen öffentlichen Prozeß angeblich aus gesundheitlichen Gründen nicht durchstehen würde. Sozialdemokrat Neugebauer verlangte, daß die Krankengeschichte des phantasievollen Zeugen Radue „nach allen Regeln der Kunst überprüft" werde.

Ohne gerichtliche Aufklärung ist bislang auch Ahrendsens Rolle in der Barschel-Affäre. Das Landgericht Kiel hatte sich im April vorigen Jahres geweigert, das Hauptverfahren gegen den Barschel-Intimus zu eröffnen. Begründung: Pfeiffers Behauptungen, daß Ahrendsen an der anonymen Steueranzeige gegen Engholm mitgewirkt habe, seien von „hoher Belastungstendenz getragen" und „schon von daher fragwürdig".

Etwas voreilig triumphierte Springers *Welt*, „das ganze Gebäude von Tatsachenfeststellungen und Schlußfolgerungen des Kieler Untersuchungsausschusses" sei „in sich zusammengebrochen".

Auf Beschwerde der Kieler Staatsanwaltschaft hob das Oberlandesgericht Schleswig Ende vorigen Monats den Beschluß der Vorinstanz auf. „Irgendwann im Herbst", so ein Justizsprecher, soll vor dem Landgericht der Prozeß wegen des Verdachts falscher eidesstattlicher Versicherung beginnen.

Von dessen Ausgang hängt das Disziplinarverfahren gegen Ahrendsen ab, das vom Kieler Innenministerium wegen des „ganzen Bündels an Verfehlungen" aus der Zeit der schmutzigen Tricks mit dem Ziel angestrengt wurde, Ahrendsen aus dem Dienst zu entfernen – es ist ausgesetzt, „bis das Strafverfahren abgeschlossen ist". Käme dabei eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr heraus, würden sich disziplinarische Ermittlungen erübrigen: Der Regierungsdirektor, der in gleichem Rang und mit gleichem Gehalt vordem derzeit bei der Oberfinanzdirektion die Liegenschaften verwaltet, würde gefeuert.

Daß die Hoffnung auf juristische Vergangenheitsbewältigung trügerisch ist, belegt exemplarisch das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Staatskanzlei-Beamten Jürgen Lambrecht. Obschon Lambrecht nie verhehlt hatte, an einem Pamphlet („Betr. Engholm") als Autor mitgearbeitet zu haben, wurde er freigesprochen – „insbesondere wegen fehlenden Beweises, daß er die beanstandeten Passagen in der Broschüre zu verantworten hatte", wie ein Kieler Jurist erläuterte.

Das Disziplinargericht schonte Lambrecht, der jetzt im Sozialministerium für Aussiedlerfragen zuständig ist, weil seine Beiträge vor Drucklegung noch durch mehrere Hände gegangen seien und er sich nicht erinnern könne, ob Änderungen vorgenommen wurden. Immerhin, so ein Beamter aus dem Innenministerium, habe das Gericht Lambrecht „einen Denkzettel" verpaßt: Trotz Freispruch mußte er die Kosten des Verfahrens tragen.

Belastungszeuge Pfeiffer
Die wahren Täter wurden geschont

Glimpflich kam auch Ex-Regierungssprecher Gerd Behnke davon: Die Disziplinarkammer kürzte dem Ruheständler die Bezüge für zehn Monate um ein Zehntel. Dem einstigen Chef der Kieler Staatskanzlei, Hans-Günther Hebbeln, laut Pfeiffer die „graue Eminenz" hinter Barschel, passierte gar nichts. Zwar habe es, so ein hoher Kieler Beamter, „einige Hinweise" auf eine Verstrickung gegeben, aber man habe „die notwendigen Beweise nicht erbringen können". Hebbeln selbst, der in den Ruhestand gedrängt worden war, berief sich nach Aussage eines Beamten auf „unheimliche Gedächtnislücken".

Disziplinarrechtliche Ermittlungen gegen Claus Asmussen, damals Personalplanungsreferent in der Staatskanzlei, der bei der Vorbereitung für die anonyme Steueranzeige mitgeholfen hatte, wurden ergebnislos eingestellt. Der Ministerialrat ist nun im Innenressort zuständig für Organisation der Landesverwaltung, Wahlrecht, Orden und Ehrenzeichen.

Von der Justiz entlastet wurde auch der frühere Geschäftsführer der Kosmetik-Firma Schwarzkopf, Karl Josef Ballhaus. Ihm war vorgeworfen worden, die Bespitzelung Engholms durch eine Bremer Detektei aus der Firmenkasse bezahlt zu haben. Die Hamburger Staatsanwaltschaft sah indes den Verdacht der Untreue nicht belegt und stellte die Ermittlungen vergangenen Sommer ein.

Der SPD-Politiker Neugebauer beklagt die ungewöhnliche Nachsicht der Justiz. Der Normalbürger werde schon bei Bagatellen „mit schonungsloser Härte verfolgt". In der Barschel-Affäre, die eine beispiellose Parlamentskrise ausgelöst habe, „gehen alle Staatsanwälte in Deckung".

Neugebauer hofft, daß nach dem Geständnis Radues wenigstens noch darüber Klarheit geschaffen wird, ob die Wanzen-Story während des Telefonats mit Ahrendsen ausgeheckt worden ist. Immerhin hatte das Gespräch, das von Ahrendsens Apparat ausgegangen und vom Telefoncomputer in der Kieler Staatskanzlei registriert worden war, acht Minuten gedauert.

Radue hatte, auf Nachbohren des Untersuchungsausschusses, nicht ausgeschlossen, daß damals von „Wanzen" die Rede war. Ahrendsen beteuerte vorige Woche, er habe „mit Radue nichts zu tun". ◄

Wir sind er
wenn Si



Unser Beitrag zum Autofahren ist weniger Beitrag: Wir haben unsere Kfz-Haftpflichtprämie deutlich gesenkt.

Unser Service hingegen bleibt natürlich, wo er ist. Ganz oben. Denn wir wollen, daß Sie mit uns stets bestens beraten sind. So bekommen Sie jetzt für einen neuen, ausgesprochen günstigen Preis den gleichen, vorzüglichen Service rund ums Auto wie bisher auch.

st zufrieden,
e es sind.



Ihr Beitrag für weniger Beitrag wäre nun ein kurzer Anruf beim Colonia Betreuer in Ihrer Nähe. Er sagt Ihnen gerne mehr darüber, wie gut Sie mit uns und unserer neuen Prämie fahren. Auch unter der Nummer 0130/3330 sind wir jederzeit, selbst am Wochenende, zu sprechen. Zum Nulltarif.

Kriegsprämie für Aktionäre

Monatelang hatten Öl- und Aktienhändler dem Tag X entgegengefiebert, hatten sich auf einen schlimmen Kursverfall bei den Aktien und auf Preissprünge beim Öl eingestellt. Doch das Gegenteil trat ein, die Märkte hielten sich nicht an die Prognosen. Katastrophen-Spekulanten erlitten am ersten Tag des Krieges böse Verluste.

Eine Minute lang war es so still im riesigen Börsensaal der New York Stock Exchange, daß nur das Tikken der Uhren zu hören war. Schweigend gedachten die Aktienhändler nach dem Läuten der Eröffnungsglokke am Donnerstag der vergangenen Woche jener US-Soldaten, die seit wenigen Stunden am Golf im Krieg standen.

Dann – nach nochmaligem Glocken-Läuten – hallte der Raum an der Wall Street plötzlich von vieltausendstimmigem Brüllen, Johlen und Pfeifen wider. Mit dem Kriegsgeschrei machten die Börsianer ihrer Erregung über die Angriffe der alliierten Truppen auf den Irak Luft. Vor allem aber: Sie kauften, kauften, kauften.

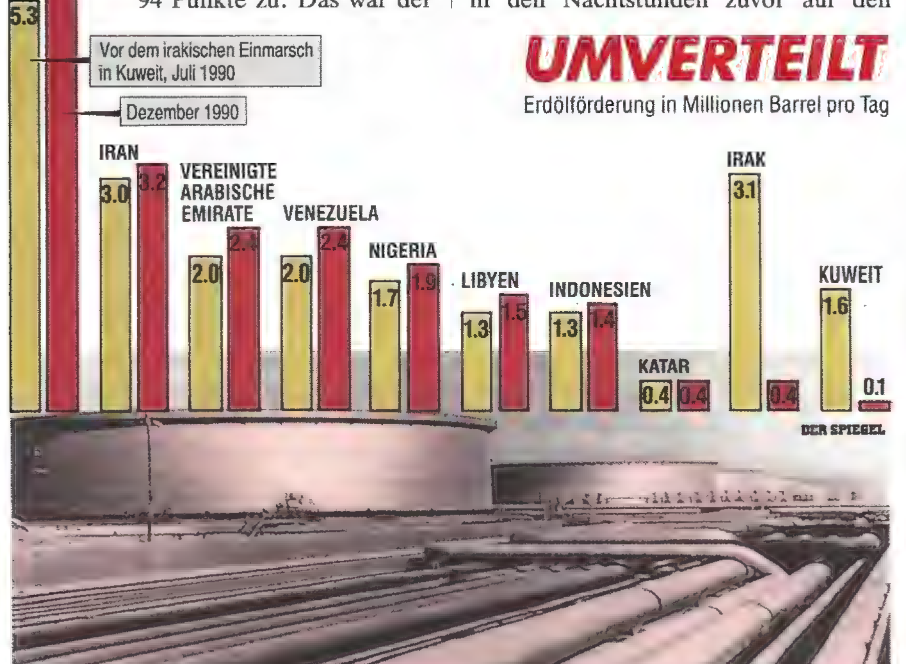
Binnen weniger Minuten zog der Dow Jones, der wichtigste Aktienindex der Wall Street, um 20 Punkte an. Bis zum Ende des Börsentags legte er um weitere 94 Punkte zu. Das war der zweithöchste Tagesgewinn, der jemals an der führenden Aktienbörse der Welt erzielt wurde.

Ähnlich turbulent war es zuvor an den Aktienmärkten in Fernost und in Europa zugegangen. In Tokio stiegen die Kurse um 4,5 Prozent. In Frankfurt und Paris jagten die Händler die Aktienpreise sogar um über sieben Prozent nach oben – so rasch wie noch nie zuvor in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg.

Selbstironisch kommentierte Jürgen Möllemann: „Kaum bin ich Wirtschaftsminister, brummt die Börse."

Fast alle Banker, Broker und Börsianer hatten sich für den Kriegsfall auf das Gegenteil eingestellt. In zahlreichen Krisensitzungen hatten die Experten vor Ablauf des Uno-Ultimatums schon einmal durchzuspielen versucht, wie am Tag X der allseits befürchtete Crash verhindert werden könnte.

Diese Pläne waren am Donnerstag morgen Makulatur. Die Bomben, die in den Nachtstunden zuvor auf den Irak gefallen waren, hatten zugleich ein prächtiges Kurs-Feuerwerk ausgelöst.



„Eine makabre Reaktion", befand Detlef Hemker von der Frankfurter DG Bank. „Die Jubel-Reaktion der Weltmärkte auf den Schrecken des Krieges läßt den Kapitalismus als völlig herzlos erscheinen", kommentierte die *Financial Times* die Börsenhausse.

Völlig anders, als seit Monaten immer wieder vorausgesagt worden war, reagierten auch die Gold-, Devisen- und Ölmärkte auf das Bombardement am Golf. Die schlichte Regel, daß in Kriegszeiten Anleger aus aller Welt mit ihrem Geld ins Gold oder in den Dollar flüchten, war scheinbar außer Kraft gesetzt.

Mit einem Fall von 30 Dollar je Unze sackte der Goldpreis um etwa sechs Prozent ab. Die Währung der Kriegsmacht USA sackte um fast vier Pfennige.

Besonders krasse Preisausschläge hatten für den Fall des Krieges die Ölhändler prophezeit. Der Ölmarkt werde außer Rand und Band geraten, wenn es in der Nähe der weltgrößten Erdölfelder krachen werde.

Tatsächlich kam es so: Der Rohölpreis veränderte sich von Mittwoch auf Donnerstag vergangener Woche um rund ein Drittel. Nur die angekündigte Richtung der Preisentwicklung stimmte nicht: Statt auf 40, 50 oder noch mehr Dollar je Barrel (159 Liter) hochzuschießen, schlaffte der Ölpreis von etwa 30 Dollar am Vortag auf rund 21 Dollar am Donnerstag ab.

Nach der Schlacht an den Märkten meldeten sich prompt die ersten Börsianer zu Wort, die alles so hatten kommen sehen. „Wenn der Markt ein Ereignis erwartet und es bewertet", dozierte Ian Spence, Chef-Händler der New Yorker Großbank Manufacturers Hanover Trust, „dann löst das tatsächliche Geschehen oft eine gegenläufige Entwicklung aus; das ist ein klassischer Fall, der immer wieder passiert."

In die Preise für Währungen und Wertpapiere, Gold und Öl waren in der Tat schon längst Zu- oder Abschläge für den Fall eines Golfkriegs eingebaut; die

Frankfurter Aktienkurse beispielsweise waren seit dem Einmarsch der Iraker in Kuweit um fast ein Drittel abgesackt.

Noch empfindlicher hatten die Ölpreise auf die von Saddam Hussein heraufbeschworene Kriegsgefahr reagiert. Obwohl der Totalausfall von kuweitischen und irakischen Ölexporten in den vergangenen Monaten durch zusätzliche Produktion in Saudi-Arabien, Venezuela und ein paar anderen Opec-Ländern wettgemacht worden war (siehe Grafik Seite 82), lag der Ölpreis unmittelbar vor dem Losschlagen der Amerikaner um über zehn Dollar höher als vor der Kuweit-Invasion des Irak im August. Als die ersten noch vagen Meldungen über „Operation Wüstensturm" eintrafen, waren nur die Märkte in Fernost geöffnet. Dort zogen die Ölpreise zunächst noch um ein paar Dollar an.



Im Vertrauen darauf, daß den Amerikanern schon in den ersten Stunden des Krieges ein „sauberer Schlag" (*International Herald Tribune*) gegen den Irak gelungen sei, kippte dann aber die Stimmung an den Märkten abrupt von Furcht in Euphorie. Plötzlich war alle Angst vor irakischen Raketenangriffen auf saudische Ölfelder oder vor Terrorakten gegen saudische Petro-Anlagen wie weggeblasen. Alle Händler wurden nun von einer ganz anderen Furcht gepackt – von dem Alptraum, auf zu teuren Ölkontrakten sitzenzubleiben. Bei weiterfließendem Saudi-Angebot, das war den Profis klar, ist die Versorgung mit Öl derzeit so reichlich, daß es mit den Preisen nur abwärtsgehen kann.

Die Verkaufswelle in Fernost verstärkte sich daher an der International Petroleum Exchange in London zu einer Flut von Verkaufsorders. Und als ein paar Stunden später der Börsenhandel mit Öl in New York beginnen sollte, war der Verkaufsdruck schon so stark, daß zunächst keine ordnungsgemäßen Geschäfte möglich waren. Der Handel an der New York Mercantile Exchange konnte erst mit einstündiger Verspätung begonnen werden.

Zur Hektik an den Ölmärkten trugen US-Präsident Bush, die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris und die EG-Kommission in Brüssel bei – wenn auch unabsichtlich. Im Glauben, sie müßten etwas gegen die allseits befürchtete Ölverteuerung und -verknappung unternehmen, kündigten sie Maßnahmen an, die den Preissturz noch verschärften. Unmittelbar nach Kriegsausbruch verkündete der US-Präsident, er werde etwa 1,1 Millionen Barrel Öl pro Tag aus den strategischen Reserven seines Landes freigeben. Die Energie-Agentur, für den Fall eines Ölnotstands geschaffen, tat kund, daß ihre Mitgliedsländer insgesamt zwei Millionen Faß Öl auf den Markt schleusen würden.

Die EG-Kommission machte sich Donnerstag mittag, als die Ölpreise schon rascher als jemals zuvor gefallen waren, sogar für eine Verbrauchseinschränkung stark. Die Kommission werde die EG-Mitglieder auffordern, ihre Öleinkäufe um sieben Prozent einzuschränken, ließ Energiekommissar Antonio Cardoso e Cunha bekanntgeben.

Wenig später räumte ein Brüsseler Beamter ein, derzeit sei noch nicht geplant, die EG-Mitglieder zu Sparanstrengungen zu verpflichten. Warum auch, seit Kriegsausbruch sinken die Benzinpreise. Welcher Autofahrer will da sparen?

Die Esso, die noch unmittelbar vor Kriegsbeginn ihre Benzinpreise erhöht hatte, trat einen Tag später den Rückzug an. Die Aral, die am Donnerstag morgen eine Preiserhöhung angekündigt hatte, widerrief am Nachmittag. Die DEA senkte ihre Preise am Freitag sogar noch unter den Stand der Konkurrenten.

Falls es dem Irak nicht gelingt, noch einen starken Schlag gegen saudische Ölanlagen zu führen, will auch die IEA ihre angekündigte Freigabe von Ölvorräten überprüfen. Bei weiterhin bequemer Versorgungslage wird das Öl voraussichtlich in den Lagern bleiben.

Die erste Amtshandlung des neuen Bundeswirtschaftsministers würde dann wohl auch bald wieder rückgängig gemacht. In Übereinstimmung mit der IEA ordnete Jürgen Möllemann am Freitag die nötigen Vorbereitungen für die Freigabe deutscher Ölvorräte an.

Einkommen

Ungewöhnlich schwierig

In den neuen Bundesländern sollen die Einkommen kräftig steigen – und in den alten auch. Arbeitgeber sehen Gefahren für die Konjunktur.

Der Arbeitsminister wollte sich zu gern in die Tarifpolitik einmischen. Die Arbeitnehmer in den neuen Ländern, dozierte Norbert Blüm bei den Koalitionsverhandlungen, hinkten mit 35 bis 50 Prozent der Westlöhne weit hinter ihren Kollegen her. In den alten Ländern aber verdienten die Unternehmen klotzig, müßten die Gewerkschaften dicke Zuschläge fordern.

Das sei eine einmalige Herausforderung, die könne man nur mit einem „Solidarpakt" aller deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bewältigen. Gefragt sei, so Blüm, eine Verzahnung von „Einkommenspolitik und Arbeitsmarktpolitik".

Die Koalitionsunterhändler, nach mehrfacher Belehrung durch Finanzminister Theo Waigel von der Ebbe in den öffentlichen Kassen überzeugt, nickten zustimmend. Doch das war's dann. Die Koalitionäre kümmerten sich wieder um Vorteile für ihre jeweilige Klientel und widmeten sich dem Geschäft der Postenverteilung.

Damit hat die rechtsliberale Regierung ihre letzte Chance vertan, vor Ausbruch des Verteilungsrituals die Weichen richtigzustellen. Die Regierung kann kaum noch verhindern, daß im Osten der Nachholbedarf der Arbeitnehmer dazu führt, daß die Arbeitslosigkeit dramatisch zunimmt und damit zur unkalkulierbaren Last für die Arbeitslosenkasse wird. Sie hat zudem das Risiko erhöht, daß durch kräftige Lohnzulagen die Preisstabilität im Westen gefährdet wird und die Konten von Bund, Länder und Gemeinden geplündert werden.

Erstmals seit vielen Jahren ist der Öffentliche Dienst Tarifführer. ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies hat ihre Müllmänner mit einer Zehn-Prozent-Forderung scharfgemacht, die Beamten legten noch ein halbes Prozent drauf. Was die Staatsdiener erkämpfen, das müssen Metaller und Bauleute ihren Patronen allemal abzwingen.

„Es wird ungewöhnlich schwierig", sagt der Verhandlungsführer der staatlichen Arbeitgeber, Innenminister Wolfgang Schäuble. Jedes denkbare Ergebnis, das eine Seite befriedigt, muß von der anderen Seite abgelehnt werden.

In der gespaltenen Lohnlandschaft der Bundesrepublik hat die bewährte



Streikende Postler in Potsdam: Der Westen hat andere Sorgen

Richtmarke des Produktivitätszuwachses, von den Gewerkschaften in der Vergangenheit stillschweigend akzeptiert, an Leuchtkraft verloren. Für das Ostgebiet taugt der Wegweiser überhaupt nicht.

Der Abschied vom Produktivitätszuwachs als Lohnmaß in den neuen Ländern war zwingend. Wenn die Produktivität in der ehemaligen DDR wie in den ersten Jahren der Bundesrepublik jährlich um sieben Prozent klettert, dann hätten die Ostarbeiter den Reallohn-Rückstand nach sieben Jahren erst zur Hälfte wettgemacht.

Das ist sozialpolitisch nicht haltbar und nicht einmal von den Arbeitgebern gewollt. In ihren Eckdaten für den Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung sich für den Osten realistischerweise auf einen Bruttolohnzuwachs pro Kopf von 17 Prozent ein.

Der Metallarbeitgeber-Funktionär Dieter Kirchner beschreibt das unausweichbare Dilemma der Tarifpolitik in den Ostländern: Fallen die Lohnerhöhungen zu niedrig aus, kündigen die besten Leute und suchen ihr Heil im boomenden Westen, fallen sie zu hoch aus, steigt die Arbeitslosigkeit drastisch, und ein Teil der Entlassenen macht sich auf zur Jobsuche in den alten Bundesländern.

Der Westen hat andere Sorgen. Seit 1982 stieg der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am Netto-Volkseinkommen von 33,6 Prozent auf 43,7 Prozent; entsprechend sank der Anteil der Arbeitnehmereinkommen von 66,3, Prozent auf 56,2 Prozent, den niedrigsten Wert seit Bestehen der Bundesrepublik. In mehrjährigen Tarifverträgen hatten sich die Gewerkschaften auf das Ziel der 35-Stunden-Woche fixiert und mit relativ niedrigen Einkommenszuwächsen zufriedengegeben.

Jetzt melden sie mit reinen Einkommensforderungen von zehn und mehr Prozent Nachholbedarf an. „Gemessen an den Diskussionen unserer Mitglieder, markiert die Zehn-Prozent-Forderung ohnehin nur die Untergrenze", sagt ÖTV-Chefin Wulf-Mathies.

Die Lohnauseinandersetzungen in Ost und West könnten angesichts der erstarrten Positionen leicht zu Arbeitskämpfen führen. Die Gewerkschaften verlangen für ihre Ostklientel eine Anhebung auf zwei Drittel des Westniveaus. Die Reichsbahner haben für dieses Ziel schon vor Wochen alle Räder stillgelegt, jetzt verlangen 130 000 Postler ein Extra-Gehalt als Ausgleich für höhere Lebenshaltungskosten.

Im Westen streiten die Staatsdiener um die Einkommen von 2,3 Millionen Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Parallel dazu geht es im Osten um das Salär von rund 1,8 Millionen Staatsbediensteten.

Setzen sich die Gewerkschaften nur halbwegs durch, klafft im Bundeshaushalt ein neues Milliardenloch. Die zehnprozentigen Lohnerhöhungen im Westen der Republik würden Bund, Länder und Gemeinden 28 Milliarden Mark kosten. Zusätzliche Milliarden würden fällig, wenn Ostbedienstete künftig zwei Drittel der erhöhten Westgehälter bekämen.

Jetzt liegt die Grenze bei 35 Prozent. Die neuen Länder haben bereits angemahnt, ihren Beschäftigten wenigstens 49 Prozent der Westeinkommen zu zahlen. Nicht nur Schäuble wehrt sich gegen solche Forderungen. Erkämpfen die Gewerkschaften für Krankenschwestern oder Hochschulangestellte üppige Lohnerhöhungen, geraten auch die privaten Arbeitgeber unter Zugzwang.

In den nächsten Wochen beginnen Tarifauseinandersetzungen für weitere rund zehn Millionen Beschäftigte in den alten Bundesländern, etwa in der Metallindustrie, der Baubranche und der Chemieindustrie. Auch hier ist der Osten im Kampf um höhere Löhne und Arbeitsplatzgarantien einbezogen.

Für die künftige Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland hätten allzu üppige Einkommensverbesserungen möglicherweise fatale Folgen. Holen die Gewerkschaften deutlich mehr als den Produktivitätszuwachs heraus, droht Inflationsgefahr.

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht kalkuliert die Bundesregierung mit einem Einkommensaufschlag im Westen von 5,2 Prozent. Das ist wahrscheinlich zu wenig, 6 Prozent sind sicher drin. Bei einem Produktivitätszuwachs von drei Prozent und Preissteigerungen in der gleichen Höhe, meint Sachverständigenratsmitglied Rüdiger Pohl, sei ein solcher Abschluß kein Unglück.

Die Gefahr liegt jedoch für den Ökonomie-Professor im Moment der „Beschleunigung". Das Minus bei den Auslandsorders und die rasch steigenden Lohnstückkosten signalisierten, so die Arbeitgeber, Einbußen beim Wettbewerbsvorsprung der deutschen Industrie: Die Wirtschaftsflaute in den USA und Großbritannien, steigende Rohstoffpreise, die hohe Mietlast im Westen und kletternde Lebenshaltungskosten im Osten, das alles deutet auf Geldentwertung. Hinzu kommt die Ungewißheit über die Wirkungen des Golfkrieges.

Die Gewerkschaften suchten bereits nach Auswegen aus dem Dilemma. Sie kamen auf die gleiche Idee wie Blüm, einen „Solidarpakt". Vordenker wie der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler oder der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink (CDU) regten an, einen Teil der erkämpften Lohnzuschläge in einen Fonds zu zahlen; die Unternehmer sollten einen entsprechenden Gewinnanteil drauflegen. Doch Steinkühler und Fink drangen in den Gewerkschaften sowenig durch wie Blüm in der Regierung. Die Arbeitgeber interessierten sich nicht für die Idee, sie waren ganz auf den gescheiterten FDP-Plan vom Niedrigsteuergebiet fixiert.

Bei einem nun wahrscheinlichen Lohnplus von sechs Prozent und dem Liften des Einkommensniveaus in den neuen Ländern weit über das jetzige Niveau hinaus müßten, meint der Wirtschaftssachverständige Pohl, im Osten zwingend die „realwirtschaftlichen Konsequenzen" gezogen, also unrentable Betriebe stillgelegt werden. Würden die Unternehmen mit Geld der Treuhand gepäppelt, könne sich keine „breite, wettbewerbsfähige unternehmerische Basis entfalten". Und was das bedeutet, hat der Sachverständigenrat schon erklärt: „Aus vorübergehender Arbeitslosigkeit wird Dauerarbeitslosigkeit."

„Wir kämpfen bisher vergeblich"

Umweltminister Klaus Töpfer über die Chancen zur Verhinderung der Klimakatastrophe

SPIEGEL: Herr Töpfer, nehmen Sie die These ernst, daß in 30 Jahren die Erde vier bis fünf Grad wärmer, die Klimakatastrophe mit all ihren schrecklichen Folgen Wirklichkeit sein wird?

TÖPFER: Das ist ein Alptraum, den ich sehr ernst nehme. Doch solche Prognosen werden ja nicht aufgestellt, damit sie Realität werden, sondern damit die Verantwortlichen nachhaltig gegensteuern.

SPIEGEL: Das ist ja gerade das Ärgerliche: Die Menschen sorgen sich, daß die Welt zum Teufel geht, und den Politikern fallen nur Bedenken gegen klare Entscheidungen ein.

TÖPFER: Wir sind bei dem weltweit abgestimmten Handeln längst noch nicht dort, wo wir nach jetzigen Kenntnissen sein müßten. Ich glaube aber schon, daß wir in der Bundesrepublik einen ganz erheblichen Schritt mit der Entscheidung des Bundeskabinetts gemacht haben, bis zum Jahr 2005 die für die drohende Klimakatastrophe entscheidende Emission von CO_2, also Kohlendioxid, um bis zu 30 Prozent zu mindern. Mit Produktion und Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW), einem weiteren Klima- und Ozonschädling, ist ab 1995 Schluß. Könnten wir dies weltweit harmonisieren, wäre das noch nicht die endgültige Rettung, aber wenigstens das, was jetzt erreicht werden muß.

SPIEGEL: Selbst wenn solche Beschlüsse weltweit durchzusetzen wären, ließen sich die Schäden der vergangenen Jahrzehnte, etwa die Schädigung der Ozon-Schicht, nicht mehr kurieren.

TÖPFER: In der Bundesrepublik haben wir mit der Luxusverwendung von FCKW schon früher Schluß gemacht, zum Beispiel bei Sprays geht der Verbrauch weiterhin entscheidend zurück. Ich wäre mehr als glücklich, wenn es uns gelänge, einen gleichen Zeitplan allein schon in der Europäischen Gemeinschaft, dann darüber hinaus mit den Vereinigten Staaten und mit Japan und dann weltweit durchzusetzen.

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Winfried Didzoleit und Bernd Kühnl.

SPIEGEL: Sie werden nicht bestreiten wollen, daß die Erkenntnis, wie gefährlich FCKW ist, auch in der Bundesrepublik erst nach Jahren Konsequenzen ausgelöst hat und die Einführung des Katalysators über fast ein Jahrzehnt hin blockiert und verzögert wurde.

Minister Töpfer: „Ich bin immer zwischen Stamm und Borke"

TÖPFER: Mir geht es gar nicht darum, irgend etwas zu verteidigen. Es ist bei der Umweltvorsorge vieles zu langsam gegangen. Wir sind das erste Industrieland weltweit, das nicht nur redet, sondern entschieden hat. Dennoch dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben, sondern müssen weiterhin alles daransetzen, die Verringerung des Kohlendioxids schneller voranzutreiben, mit moderner Technik, aber auch einer Veränderung der Lebensstile. Gleichzeitig müssen wir alles daransetzen, anderen in Europa und weltweit zu helfen, in die gleiche Richtung zu gehen. Beim Kohlendioxid kämpfen wir in der Europäischen Gemeinschaft bisher völlig vergeblich um die Verringerung von CO_2 um 25 Prozent. Im Augenblick geht es dort um die Stabilisierung des Ausstoßes – und selbst dabei machen etwa die Engländer noch nicht mit.

SPIEGEL: Die Aktivitäten der Politiker führen nach jetzigem Stand im günstigsten Fall also dazu, daß der Marsch in die Katastrophe sich nicht beschleunigt.

TÖPFER: In Deutschland eben nicht. Aber ich bin immer zwischen Stamm und Borke. Behaupte ich, wir haben entschieden und das reicht, dann werde ich – zu Recht – der Selbstgefälligkeit gescholten. Sage ich, wir haben entschieden, wollen aber noch mehr tun, dann heißt es: Er gibt ja zu, daß er zuwenig erreicht hat.

SPIEGEL: In der Energiepolitik, für die der Wirtschaftsminister zuständig ist, entscheidet sich, ob Sie den Ausstoß an Kohlendioxid wirklich um 30 Prozent verringern können. Was muß Ihr neuer Kollege Möllemann als erstes tun?

TÖPFER: Ich will keinem Kollegen Ratschläge erteilen, aber die Anforderungen an eine umweltverträgliche Energiepolitik sind klar. Wir müssen die angestrebten Energiedienstleistungen wie Heizung, Personen- und Gütertransport, Licht und Kühlung mit möglichst wenig Kohle, Braunkohle, Erdgas, Öl und Kernenergie bewältigen.

SPIEGEL: Das ist die technische Seite ...

TÖPFER: ... die ist aber wichtig. Wir leisten uns den Luxus, sehr viel Abfallenergie zu erzeugen. In einem Kohlekraftwerk heutiger Bauart werden nur 38 Prozent der in der Kohle enthaltenen Energie in Strom umgewandelt – in den Kraftwerken der neuen fünf Bundesländer sogar unter 30 Prozent; das muß und kann erheblich verbessert werden. Beim Auto ist der Wirkungsgrad noch erheblich niedriger.

SPIEGEL: Was soll über technische Verbesserungen hinaus getan werden?

TÖPFER: Wir müssen genau abwägen, mit welcher Primärenergie, mit welchem

Rohstoff wir die Energiedienstleistungen befriedigen. Erdgas stößt erheblich weniger Klimagift aus als Braunkohle.

SPIEGEL: Das ist keine besonders originelle Erkenntnis.

TÖPFER: Es muß noch ein Drittes hinzukommen. Wir müssen uns fragen, welche Energiedienstleistungen sind überflüssig? Das heißt im Verkehr auch: Welche „Mobilität" brauchen wir, welche Autofahrten sind „überflüssig?"

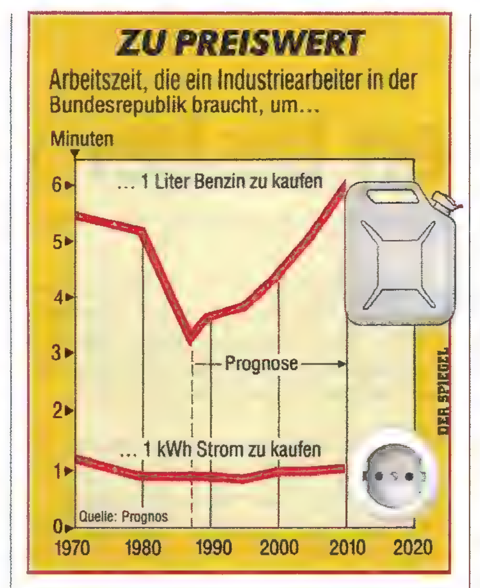
SPIEGEL: Energie wird nur dann effizienter verwendet, wenn die Investitionen in Wärmedämmung, sparsamere Motoren, bessere Kraftwerke sich lohnen. Vom jetzigen Energiepreis geht jedoch kaum ein Anreiz zum Sparen aus.

TÖPFER: Preiserhöhungen sind ein notwendiger und wichtiger Weg, um auch die ökologischen Kosten richtig zu erfassen und entsprechendes Handeln zu bewirken. Sie können aber auch den ordnungsrechtlichen Weg gehen, Grenzwerte für den Verbrauch von Energie oder Höchstmengen für Emissionen per Gesetz oder Verordnung vorschreiben. In der Großfeuerungsanlagenverordnung haben wir für Schwefeldioxid-Emissionen eine Obergrenze festgelegt und Milliardeninvestitionen zur Schadstoffminderung erzwungen und damit Energiepreise erhöht. Die Luft als Abfalleimer für Unmengen von Schwefeldioxid, das ist schlicht verboten beziehungsweise entscheidend eingeschränkt worden . . .

SPIEGEL: . . . in einem Jahre dauernden Kampf gegen irreführende Behauptungen der Industrie. Ist angesichts der drohenden Klimakatastrophe noch Zeit für solche Rituale?

TÖPFER: Das Ordnungsrecht wirkt viel schneller und sicherer als Preissteigerungen . . .

SPIEGEL: . . . wenn es erst mal im Gesetzbuch steht. Elektrogeräte könnten viel weniger Strom verbrauchen, wenn die Normen gesenkt würden.



TÖPFER: Bisher stand dies nicht im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsnotwendigkeit. Deswegen haben wir ja jetzt das Konzept für die Verringerung des Kohlendioxids vorgelegt. Darin sind exakt diese Maßnahmen fixiert.

SPIEGEL: Und es wird wieder Jahre dauern, weil die Geräte teurer werden, die Industrie dagegen Sturm läuft.

TÖPFER: Wenn ich heute eine Norm festschreibe für den Stromverbrauch eines Kühlschranks, kann ich das in einem Europa, das 1993 keine nationalen Grenzen mehr kennt, doch nicht tun, ohne eine europäische Zusammenarbeit zu suchen. Was sage ich einem italienischen Kühlschrankhersteller, der sein Produkt bei uns nicht absetzen darf, weil er die neue Norm nicht erfüllt? Dann sind die neuen Normen verbotene nichttarifäre Handelshemmnisse. Anders ist das etwa für die Wärmedämmung von Gebäuden.

SPIEGEL: Mal wollen die Italiener nicht, mal die Engländer. Haben Sie überhaupt Entscheidungsspielraum?

TÖPFER: Kohlendioxid ist nun mal ein weltweites Problem. Wir erreichen größere Einsparungen selbst bei schlechteren Grenzwerten, wenn wenigstens alle Europäer mitmachen. National machen wir ohnedies mehr.

SPIEGEL: Ziehen die anderen Regierungen nicht mit, werden alle Pläne verwässert. Setzen Sie im Alleingang die Preise hoch, werden Sie abgewählt.

TÖPFER: Jede These hat den Charme, daß in der Übersteigerung ein richtiger Kern sichtbar wird. Natürlich gibt es Verteilungsfragen jeder umweltpolitischen Maßnahme. Wenn Benzin teurer wird, wirkt dies auf Leute mit kleinen Einkommen wesentlich stärker – indirekte Steuern wirken stets regressiv. Die Bürger verlangen glaubwürdige Antworten auf die Umweltkrise, aber auch sozial ausgewogene Antworten. Wenn die Bürger den Umweltschutz so wichtig nehmen, dann bekommt eine gute Umweltpolitik eine Prämie bei den nächsten Wahlen.

SPIEGEL: Wenn es eine glaubwürdige Umweltpolitik gäbe, kostete der Sprit längst fünf Mark pro Liter . . .

TÖPFER: Sie sind auf Preiserhöhungen mit ihren unsozialen Folgen fixiert. Das ist aber nur ein Mittel, es gibt ja daneben noch andere – auf die richtige Mischung kommt es an.

SPIEGEL: Welche denn? Durch neue Heiztechnik, durch Isolierung könnten 20 oder gar 40 Prozent Energie gespart werden. Bei den niedrigen Energiepreisen lohnt das aber nicht.

TÖPFER: Deshalb geht das über Ordnungsrecht. Die Wärmedämmverordnung wird verschärft, dann müssen die Hausbesitzer investieren . . .

SPIEGEL: . . . dann hauen die Vermieter das auf die Miete.

TÖPFER: Das gilt für die drastische Preiserhöhung ebenso. Die Kosten müssen überwacht werden. Wir können ja



Energieerzeugung aus Braunkohle: „Wieviel elektrisches Licht am Tag müssen wir haben?"

Unterm Strich zählt Sicherheit

Eins ist sicher: die moderne Informationsverarbeitung kann heute auf den Personal Computer nicht mehr verzichten. Liegt es da nicht nahe, die kleinen Rechner auch für Aufgaben des betrieblichen Rechnungswesens zu nutzen?

Doch leider wird der Großteil der dafür angebotenen marktüblichen Software den großartigen Möglichkeiten der Hardware nicht gerecht. Und schon gar nicht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB), die der Gesetzgeber in den §§ 238 ff. HGB und 145 ff. AO als verbindlich vorschreibt: Belegbarkeit, Buchung, Kontrolle, Datensicherung, Dokumentation, Prüfbarkeit, Aufbewahrung 6 bis 10 Jahre, Wiedergabe.

Vom Datenschutz ganz zu schweigen. Die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit all dieser Aufgaben trägt voll und ganz der Unternehmer.

Da ist gut dran, wer sich der Kompetenz eines Steuerberaters sicher weiß. Dieser erstellt jederzeit fachmännisch, pünktlich und zuverlässig die Buchführung und Bilanz des Unternehmens. Dabei helfen ihm die Programme der DATEV. Sie werden regelmäßig von unabhängigen Institutionen geprüft und mit uneingeschränktem Testat versehen.

So kann der Steuerberater seinem Mandanten eine einzigartige organisatorische Gesamtlösung zur Verfügung stellen, die die Vorteile des PC sicher mit der Leistungsfähigkeit und dem Service des DATEV-Rechenzentrums verbindet. Und immer allen – auch den neuesten – gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

So muß der Betriebsprüfer die Verarbeitung anhand fachgerechter Programmdokumentationen kontrollieren können. Auch nach einem Wechsel der Hardware oder des Betriebssystems. Auch nach 6 oder 10 Jahren noch. Und alle Buchungsdaten müssen in dieser Zeit immer verfügbar sein und wiedergegeben werden können.

Mit den DATEV-Programmen zum Rechnungswesen kann der Steuerberater ein auf den Betrieb ausgerichtetes Informationssystem von der Offenen-Posten-Verwaltung über die Kostenrechnung bis zur Warenwirtschaft erstellen. Viele Leistungsmerkmale sind in jüngster Zeit hinzugekommen, weitere werden entwickelt – selbstverständlich nach den aktuellen gesetzlichen Vorschriften.

Wenn auch Sie vor Überraschungen sicher sein und mehr über die Leistungen des Steuerberaters zum Rechnungswesen sowie die DATEV-Programme wissen wollen: Fragen Sie Ihren Steuerberater. Oder fragen Sie uns.

Die DATEV-Programme zum Rechnungswesen sind eine einzigartige organisatorische Gesamtlösung, die die Vorteile des PC sicher mit der Leistungsfähigkeit und dem Service des DATEV-Rechenzentrums verbindet. Und allen gesetzlichen Bestimmungen entspricht.



Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes in der Bundesrepublik Deutschland eG
Paumgartnerstraße 6 – 14
8500 Nürnberg 80
Telefon: (0911) 276-0
Telefax: (0911) 276-3196

nicht sagen: Alle haben ein unglaubliches Umweltbewußtsein, aber wo es Geld kostet, ist das nicht machbar. Es kann doch nicht richtig sein, daß die Schweden für einen Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr 10 oder 12 Liter Heizöl brauchen, wir aber über 20 Liter. Mein Rezept: Ordnungsrecht plus Anreiz.

SPIEGEL: Atomreaktoren stoßen kein Kohlendioxid aus. Befürworten Sie deshalb den Ausbau der Kernenergie?

TÖPFER: Das CO_2-Konzept der Bundesregierung bleibt bei dem Anteil, den wir gegenwärtig mit etwa 40 Prozent haben. Wir wollen hier keine Ausweitung . . .

SPIEGEL: . . . aber in den neuen Bundesländern?

TÖPFER: Das heißt es nicht notwendigerweise. Wir schließen aber Neubauten in Ostdeutschland nicht aus. Was wir berechnet haben für unsere Strategie, erhöht nicht den Anteil der Kernenergie, sondern hält ihn auf gegenwärtiger Größe – verstärkt weiter die Anstrengungen für erneuerbare Energien. Ich halte einen solchen Energiemix für sehr viel sinnvoller als einen mit einem wesentlich höheren Anteil von Kernenergie.

SPIEGEL: Bislang behaupteten die Umweltpolitiker stets, eine Klimakatastrophe sei ohne Einbußen beim Lebensstandard abzuwenden. In Ihrem Sparkatalog taucht nun plötzlich das Wörtchen Verzicht als drittes Element auf. Worauf müssen die Bürger verzichten?

TÖPFER: Wir haben uns an einen Komfort gewöhnt, der zum Teil mit ganz erheblichem Energieverbrauch verbunden ist, auch im privaten Bereich, etwa beim Autofahren, in der Gestaltung unserer Freizeit. Die Renaissance des Fahrrads im innerstädtischen Bereich halte ich für sehr sinnvoll. Darüber hinaus aber müssen wir uns alle ein paar wichtige Fragen stellen: Wie stark müssen unsere Wohnungen beheizt sein, wieviel elektrisches Licht müssen wir am Tag haben? Wir müssen auch unsere Wohnungen, unsere Häuser anders bauen, die Siedlungsstrukturen ändern.



Umweltschädliche Lkw: „Den Straßentransport teurer machen"

SPIEGEL: Mit Appellen werden Sie kaum erreichen, daß weniger Strom gebraucht, weniger Auto gefahren wird. Das schaffen Sie nur über höhere Preise.

TÖPFER: Das ist Ihre Konsequenz. Verhaltensänderungen lassen sich aber auch durch Zuckerbrot und Peitsche, durch finanzielle Anreize und Verordnungen erreichen.

SPIEGEL: Die Leute sollen weniger Auto fahren.

TÖPFER: Selbstverständlich.

SPIEGEL: Das werden sie tun, wenn sie kein Geld für Benzin haben oder wenn auf den Autobahnen dank Ihres Ordnungsrechts Tempo 80 gilt. Beliebt machen werden Sie sich in keinem Fall.

TÖPFER: Wir werden durch Fakten auf den rechten Weg gezwungen. Was meinen Sie, wie attraktiv der öffentliche Personennahverkehr und das Fahrrad werden, wenn wir schlicht und einfach wegen der Immissionsbelastung mit Stickoxid in den Innenstädten zu Fahrverboten kommen.

SPIEGEL: Was meinen Sie, wie die Umwelt spürbar entlastet wird, wenn das Benzin drastisch teurer wird.

TÖPFER: Mein Allheilmittel ist das nicht, der Preis ist aber ein Instrument unter anderen. Ordnungsrechtliche Maßnahmen sind sozial verträglicher. Wenn ich alles nur über den Preis erreichen will, brausen die Wohlhabenden über leere Straßen, die Armen hocken zu Hause.

SPIEGEL: Vielleicht ist die Ungerechtigkeit hinnehmbar, wenn dadurch die Gefahr einer Klimakatastrophe verringert wird.

TÖPFER: Ich muß einen Weg suchen, der zu Einsparungen führt, ohne die Verteilungsgerechtigkeit völlig zu vernachlässigen.

SPIEGEL: In Gefahr und Not bringt der Mittelweg den Tod.



Umweltfreundliche Bahn: „Stärkung der Schiene"

TÖPFER: Eben nicht. Das Ordnungsrecht greift auch hier. Wir müssen Fahrzeuge haben, die weniger CO_2 ausstoßen. Den Herstellern wird vorgeschrieben, wieviel ihre Fahrzeuge höchstens verbrauchen dürfen, der Flächenverbrauch des Individualverkehrs durch höhere Lasten für den ruhenden Verkehr reduziert.

SPIEGEL: Das alles hätte ja schon längst geschehen können. Jetzt haben Sie nicht mehr viel Zeit, der Verkehr muß seinen Beitrag leisten . . .

TÖPFER: . . . für mich ist der Benzinpreis ja nicht sakrosankt. Wenn die Preise weiter sinken würden, wäre das ein falsches Signal, dann müßten wir handeln. Die jetzt in der Koalition beschlossene CO_2-Abgabe wird auch beim Auto auf Sparsamkeit hinwirken.

SPIEGEL: Diese Abgabe ersetzt doch nur die Kraftfahrzeugsteuer, sie ist viel zu niedrig, Autofahrer zum Nachdenken zu bewegen, ob sie wirklich jeden Kilometer im Wagen zurücklegen müssen.

TÖPFER: Warten Sie doch erst mal ab. Die emissionsbezogene Kfz-Steuer ist ein Element der CO_2-Abgabe beim Auto. Nachlegen kann man immer noch, wenn es nötig wird.

SPIEGEL: Das wird bitter nötig. Die fünf neuen Bundesländer haben ja einen hohen Nachholbedarf an Autos und Kilometerleistung. In wenigen Jahren wird dort die Bahn genauso hoffnungslos im Hintertreffen sein wie im Westen.

TÖPFER: Quantitativ ist dort das Schienennetz enorm, qualitativ ist es eine Katastrophe. Voraussetzung dafür, Verkehr auf der Schiene zu halten, ist natürlich, das Schienensystem zu verbessern. Die Reichsbahn muß Personen und Güter schnell befördern, sonst ist sie nicht wettbewerbsfähig.

SPIEGEL: Damit steht der Sieg der Straße schon jetzt fest. Investitionen bei der Eisenbahn wirken erst in einigen Jahren. Kein Politiker wird den Ostbürgern neue Straßen verweigern, weil sonst auch die wirtschaftliche Entwicklung behindert würde.

TÖPFER: In der Tat muß man in den neuen fünf Bundesländern auch im Straßenbau investieren.

SPIEGEL: Damit geben Sie den Traum von einer umweltfreundlichen Verkehrsaufteilung in der Ex-DDR auf.

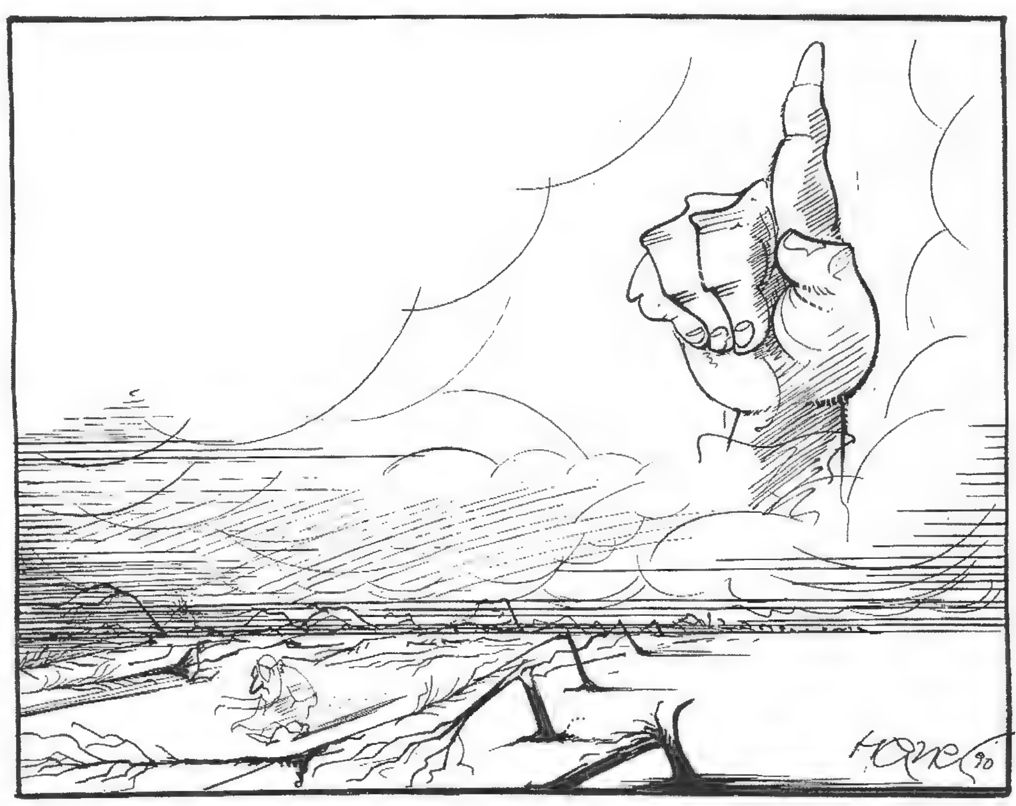
TÖPFER: Ich habe gesagt: auch. Aber wir haben die Chance, für mehr Ausgewogenheit zu sorgen. Wir haben in der alten Bundesrepublik Deutschland heute noch einen Anteil am Güterverkehr von 23 bis 25 Prozent auf der Schiene. In der alten DDR waren es 70 bis 75 Prozent. Es wird sicherlich ein Teil davon auf den Lkw abwandern.

SPIEGEL: Nahezu alles.

TÖPFER: O nein. Wir müssen den Straßentransport teurer machen. Eine Stärkung der Schiene ist ohne eine Verteuerung beim Lkw nicht möglich. Der Kollege Verkehrsminister bemüht sich ja, etwa mit einer Schwerverkehrsabgabe.

SPIEGEL: Nur wurde nichts daraus.

TÖPFER: Das ist leider wahr.



Frankfurter Allgemeine

SPIEGEL: Zudem sind die Bahnkapazitäten praktisch nicht vorhanden.

TÖPFER: Die Spielräume sind zur Zeit klein. Wenn acht Prozent des Güterverkehrs von den Straßen zur Schiene wandern, bedeutet das bei der Bahn eine Verdoppelung. Deshalb heißt Bahnpolitik auch das Schienennetz auszubauen, was manchen Umweltschützern auch wieder nicht paßt und was viel ökologische Rücksichtnahme erfordert.

SPIEGEL: Der europäische Einigungsprozeß wird den Güterverkehr in Europa um 40 Prozent steigern. Ist das eigentlich ein unabwendbares Schicksal?

TÖPFER: Keineswegs. Wenn mir Unternehmer erzählen, sie würden mit Vorprodukten erst dann beliefert, wenn der Produktionsablauf es erfordert, beruhigt mich das nicht. Die haben ihre Lagerhaltung auf die Straße verlegt. Es gibt Arbeitsteilung und damit verbundene Transporte in Europa – Kartoffeln von Bayern nach Italien zum Waschen und Schälen –, die sind nur möglich, weil der Lkw-Verkehr nicht seine vollen Kosten trägt. Wir können das nicht wie ein Gottesurteil hinnehmen.

SPIEGEL: Selbst wenn Sie alle Ihre wohlmeinenden Umweltpläne verwirklichen, stehen Sie doch vor einem Dilemma: Die Menschen in den Staaten Osteuropas etwa oder der Dritten Welt wollen leben wie die Bürger der westlichen Industriestaaten. Doch wenn alle soviel Rohstoff und Energie verbrauchen wie die Einwohner der USA, Frankreichs oder der Bundesrepublik, hält der Globus das nicht aus. Ist es sinnvoll, sich in einem Wohlstandsmodell behaglich einzurichten, das auf keinen Fall zum Maßstab aller anderen werden darf?

TÖPFER: Das ist die Frage: Besteht unser Modell, der European Way of Life, die Umweltverträglichkeitsprüfung als Weltmodell? Gegenwärtig ist unser Lebensstil kein „Exportartikel" für die Welt. Es macht in der Tat keinen Sinn, Einzelentscheidungen in einem Land nach Umweltverträglichkeit zu treffen, ohne das ganze System darauf auszurichten und die übrige Welt im Auge zu behalten.

SPIEGEL: Herr Töpfer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Wir bringen Sie
Fritz will auch in seiner Zukunft nicht im trüben fischen. Deshalb hat er sich gleich eine Kapital-Lebensversicherung von Wüstenrot an Land gezogen.
...die Versicherung.


dreimal weiter...
In Werners Appartement zog es immer wie Hechtsuppe. Jetzt nicht mehr. Denn er hat sich rechtzeitig einen Modernisierungskredit von Wüstenrot geangelt.
...und die Bausparkasse.
In Geldsachen gibt sich Holger nicht mit kleinen Fischen ab. Und mit dem Jugendlichen-Paket von Wüstenrot hat er einen wirklich guten Fang gemacht.
...und die Bank.
wüstenrot
Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Atommüll-Lager sollen privatisiert werden

Die Bundesregierung plant eine radikale Änderung ihrer nuklearen Entsorgungspolitik. Bisher galt es als staatliche Aufgabe, die Endlager für radioaktiven Abfall zu errichten und zu betreiben. Die Kosten sollte die Atomindustrie über Gebühren tragen. In den Koalitionsvereinbarungen wird nun als neues Ziel die „Privatisierung der Bau- und Errichtungsphase bei Endlagervorhaben“ genannt. Durch eine Änderung des Atomgesetzes soll die Atomindustrie gezwungen werden, die in Gorleben und im Schacht Konrad bei Salzgitter geplanten Endlager auf eigene Kosten zu errichten und nach der Zulassung auch zu betreiben. Die Behörden der Länder könnten sich dann auf ihre Genehmigungs- und Kontrollaufgaben beschränken. Die Aufgabe der Endlagerung war dem Staat zugeteilt worden, weil der hochgefährliche Strahlenmüll für Jahrtausende von der Lebenssphäre ferngehalten werden muß. Diese „säkulare“ Aufgabe erschien dem Gesetzgeber bei Firmen, die Konkurs machen können, nicht richtig angesiedelt. Heute argumentiert Töpfer, erst wenn die Lager verschlossen würden, müsse der Staat für die Bewachung die Verantwortung übernehmen. Die Errichtung und der Betrieb hingegen könnten auch Privatunternehmern übertragen werden. Die scheinbar so bequeme Lösung hat jedoch auch Haken. Wenn die Endlager privat betrieben werden, wird es nach EG-Recht nicht zu verhindern sein, daß die Lagerbetreiber auch Atommüll aus anderen EG-Ländern annehmen. Dann könnte, bei guten Angeboten, das Endlager im Salzstock von Gorleben rasch zur Atommüllkippe Europas werden.



Aero-Lloyd-Schalter

Staatshilfe für Aero Lloyd?

Die Bayerische Landesbank (BLB) will bei der Fluggesellschaft Aero Lloyd einsteigen. Die Hausbank des Frankfurter Unternehmens ist bereits bei der in finanzielle Bedrängnis geratenen Aero Lloyd stark engagiert, unter anderem mit einem Überbrückungskredit von 53 Millionen Mark. Nun sucht die Bank Partner, die sich über eine Kapitalaufstockung an Aero Lloyd beteiligen. Die Reiseveranstalter TUI und NUR winkten ab. Die Verhandlungen mit British Airways haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. BLB-Chef Hans Peter Linss hat sich daher entschieden, die Münchner Bank an Aero Lloyd zu beteiligen. Linss will das Management von Aero Lloyd erweitern und die Liniendienste der Gesellschaft einschränken. Der bayerische Finanzminister Georg von Waldenfels hat allerdings Bedenken gegen das Engagement der staatlichen Bank bei dem hochverschuldeten Luftfahrtunternehmen. Die Entscheidung soll am Dienstag dieser Woche fallen.

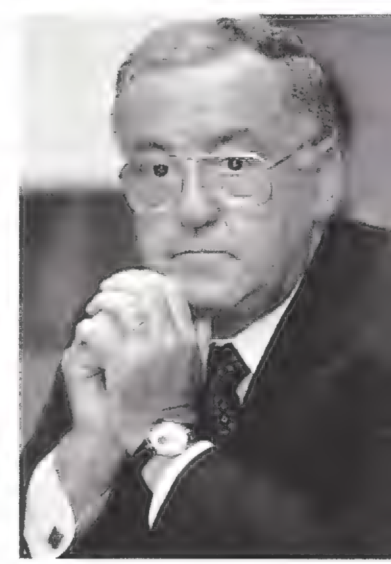

Yosemite-Park

Geldquelle im Nationalpark

In amerikanischen Nationalparks läßt sich offensichtlich viel Geld verdienen. Dies wurde jetzt bei der Übernahme des Unterhaltungskonzerns MCA durch den japanischen Elektronikgiganten Matsushita offenbar. MCA besitzt eine Tochtergesellschaft, die alle Hotels, Restaurants, Campingplätze und Läden im beliebten Yosemite Park (Kalifornien) betreibt. Die MCA-Tochter erzielt mit ihren Konzessionen einen Gewinn von etwa 15 Millionen Dollar jährlich, muß aber nur 635 000 Dollar Gebühren an den Staat abführen. Nach der heftigen Kritik an dem Einstieg der Japaner ins einträgliche Geschäft mit Amerikas Naturschönheiten hat Matsushita flugs angeboten, die Park-Konzessionen an eine US-Firma weiterzuverkaufen. Aber damit will sich das US-Innenministerium nicht zufriedengeben. Die Behörde drängt die Japaner vielmehr, die Yosemite-Firma dem Staat zu schenken oder an eine gemeinnützige Organisation abzugeben.

Daimler: Angst vor Führungskrise

Wie lange kann sich Werner Niefer, 62, noch als Vorstandsvorsitzender von Mercedes-Benz halten? Nachdem neue Einzelheiten über Niefers Busunfall in Rom und über die merkwürdigen Ermittlungsmethoden bekannt wurden (SPIEGEL 3/1991), wird über einen vorzeitigen Abgang des Schwaben spekuliert. Im Konzern drängt Niefer jedoch niemand – im Gegenteil. Konzern-Chef Edzard Reuter verläßt sich in kritischen Situationen auf ihn. Hilmar Kopper von der Deutschen Bank, der Aufsichtsratschef der Daimler-Benz AG, ist Niefer freundschaftlich-kollegial verbunden. Reuter wie Kopper fürchten zudem, daß Mercedes nach einem Abgang Niefers in eine Führungskrise geraten würde. Niefers Stellvertreter Helmut Werner, 54, würde den Posten übernehmen. Doch der kämpft gegen Mißgunst und Mißtrauen vieler Vorstandskollegen. Niefer war Ende vergangener Woche zum Bleiben entschlossen: „Ich werde kämpfen.“


Niefer



Neu! Und zwar so neu und frisch, daß er noch nach Druckerschwärze riecht. Wenn Sie einen haben möchten, können Sie ihn ab sofort anfordern. Und wenn Sie etwas Gewerbliches einzurichten haben, legen wir noch unseren ebenfalls nagelneuen Objektkatalog dazu. Altbewährt hingegen sind die Flötotto Fachberater, die Ihnen, wenn Sie wollen, gerne bei der Planung helfen. So, wie die fachkundigen Beraterinnen in unseren Läden, die sich wie immer auf Ihren Besuch freuen.

Flötotto Läden finden Sie in:

***Hamburg**, Neuer Wall 50, **München**, Joseph-Dollinger-Bogen 14, **Düsseldorf**, im Creativ-Center in der Hildebrandtstraße 24 D, **Gütersloh-Friedrichsdorf**, Senner Straße 32 und **Stuttgart**, im Feuerbach-Center in der Burgenlandstraße 44 D.*

FLÖTOTTO

(Flötotto Einrichtungssysteme, Postfach 6004, 4830 Gütersloh-Friedrichsdorf)



2/89
Marlboro. Der Geschmack
von Freiheit und Abenteuer.
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

„Die Figur ist undurchsichtig“

SPIEGEL-Redakteur Michael Schmidt-Klingenberg über eine ostdeutsche LPG und einen cleveren West-Bauern

Vierzig Jahre realer Sozialismus sind auch an der Kuh der DDR nicht spurlos vorübergegangen. Das sozialistische Einheitsvieh vom Typ SMR (Schwarzbuntes Milchrind) ist schmal und gedrungen. Das schlaffe Euter gibt wenig mehr als die halbe Milchmenge, mit der westliche Artgenossen den Bauern beglücken.

Mächtig und prall ist dagegen die Kuh des Kapitalismus. Neben dem großrahmigen Gestell der Kuh aus Friesland wirkt das SMR wie ein Trabi neben einem Mercedes. Nicht viel mehr haben die deutsch-deutschen Rindviecher noch gemeinsam als die Sprache : „Muh.“

Die großen Dicken aus dem Westen erfahren seit einigen Wochen am eigenen Leibe, was es hieß, unter Honekker Rindvieh zu sein. Gar nicht glücklich stehen einige Hundert in der MPA der LPG (T) „Neues Leben“ 1930 in Beeskow, unweit der polnischen Grenze bei Frankfurt/Oder.

Sie müssen noch viel lernen. MPA heißt Milchproduktionsanlage, LPG (T) Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Tierproduktion), und 1930 steht für die Zahl der Kühe, die einst in den drei Betonhallen zusammengepfercht waren. Aber was heißt da „Neues Leben“?

Die armen Viecher haben einen richtigen Schock erlitten. Die sensiblen Milchdrüsen reagierten erst mal mit Verweigerung. Unruhig scheuern die massigen Nakken in den eisernen Halskrausen, die noch nicht auf das westliche Format erweitert sind. Das Futter vom Fließband, gehäckselter Mais, sieht aus wie Brennholz. „Naja,“ sagt Peter Kemmer, der MPA-Leiter, „die müssen sich noch umstellen.“

Mit den Kühen kommt ein Bauer aus dem Westen. Auch er ist großrahmig – so nennt der Landwirt das wohlgenährte Vieh mit dem breiten Kreuz. Georg Nebauer, 39, ist ein stämmiger Niederbayer aus der Gegend von Dingolfing. 595 Kilometer von zu Hause beginnt auch für ihn in der LPG ein neues Leben.

Zusammen mit zwei kapitalkräftigen Partnern, einem Arzt und einem Juristen, hat Nebauer die LPG übernommen. Er will daraus ein Modell für die Erneuerung der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR machen. Als „absolutes DDR-Erstbeispiel“ preist auch der LPG-Vorsitzende Volker Noczinski-Behnke, 46, die Rettung des Pleite-Betriebs durch den Bayern.

Die MPA hat nichts vom Liebreiz bayerischer Gehöfte. Hier wird nicht gejodelt. Die miefigen Baracken der Verwaltung und die trostlosen Hallen der Ställe, der hohe Maschendrahtzaun und die Schranken an der Einfahrt lassen eher ein Arbeitslager für staatsfeindliche Vierbeiner erwarten. Die Betonplatten, mit denen die Futtersilage eingefaßt ist, scheinen aus derselben Produktion zu stammen wie die Berliner Mauer.

Der Bauer aus Bayern wohnt einsam und allein im Zimmer Nummer 30 des LPG-Lehrlingsheims. Auszubildende gibt es nicht mehr. Außer dem After Shave im Regal weist nichts darauf hin, daß hier eine Wende in der Geschichte der LPG stattgefunden hat.

Die Zimmereinrichtung ist noch immer stilechtes Plaste-Design. Im Gang vor der Tür hängt weiter die Heimordnung („Einordnung in die sozialistische Gemeinschaft“). Im Versammlungssaal blickt unerschüttert ein maßvoll abstrakter Marx von der Wand. „Mit dem habe ich keine Probleme“, sagt der Nebauer, „den kenne ich gar nicht.“

Der große Unbekannte muß nun mit ansehen, auf welch wundersamen Wegen aus der sozialistischen Genossenschaft eine „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ (GbR) wird. So nämlich, als „GbR Gut Birkholz“, soll die LPG fortan firmieren.

„Neues Leben“ gab Anfang Oktober als eine der ersten LPG den Geist auf. Der Fall ist nur ein Vorbote für „das große Sterben der Landwirtschaft im nächsten Halbjahr“, fürchtet der Beeskower Landrat Jürgen Schröter, 52. Der größte Wirtschaftszweig der DDR mit einst über 900 000 Beschäftigten ist nahezu geschlossen auf dem Weg in die Pleite. Für ländliche Kreise wie Beeskow, die überwiegend von der Landwirtschaft leben, wird das „tödlich“,



Landwirt Nebauer*: Die armen Viecher haben einen richtigen Schock erlitten

* Mit der DDR-Kuh SMR (l.) und West-Züchtung im Stall von Gut Birkholz.

WIR HABEN WORT GEHALTEN. Unser Baustoff-Programm für den Hochbau produzieren wir ausschließlich in asbestfreier Material-Technologie. Ein qualitativ hochwertiger, asbestfreier Faserzement ist die neue Basis für zeitgemäße, innovative Baustoffe für



Dach und Fassade. **WIR SETZEN ZEICHEN,** auch in Sachen Umweltschutz. In einem freiwilligen Abkommen mit der Bundesregierung hat unsere Branche 1982 und '84 vereinbart, Asbest in allen Hochbau-Produkten bis Ende 1990 zu ersetzen. Eternit als **PIONIER AUF DEM WEG AUS DEM ASBEST** hat Wort gehalten. Das Ziel wurde bereits Mitte 1990 erreicht.

sagt Schröter. Die LPG „Neues Leben" war der schwierigste Betrieb in der Gegend. Als letztes Kollektiv der DDR mußten die Beeskower auf Geheiß der Berliner Führung noch 1980 eine Großanlage für Milchvieh bauen. Die 20 Millionen Mark für Gebäude und Tiere konnte die Genossenschaft nur mit einem Kredit aufbringen. Die Zinsen drückten die LPG fortan jährlich in die Verlustzone.

Da es zum sozialistischen Musterbetrieb nun ohnehin nicht mehr reichte, bekamen die Genossen noch eine weitere Last aufgebürdet: „Neues Leben" wurde „Leukoseauffangbetrieb", ein Todeslager für Rinder, die vom Blutkrebs befallen sind. Die Leukose ist eine unter Tieren hochgradig ansteckende Blutkrankheit, die durch Viren übertragen wird. In der alten Bundesrepublik landeten Leukose-Rinder sofort beim Abdecker. In der DDR aber preßten die Genossen noch solange wie möglich die letzte Milch aus den todgeweihten Tieren. Das Fleisch wurde unverfroren in Verkehr gebracht.

Die einzige Vorbeugung gegen die Seuche war das Absondern der Tiere in den Auffangbetrieben. Etwa 40 Prozent der Rinder in der DDR, schätzt LPG-Chef Noczinski-Behnke, waren leukotisch. Zum Wohle der Planerfüllung setzten die Berliner Landesherren die Gesundheit ihrer Untertanen aufs Spiel. Denn möglicherweise ist die Seuche auf den Menschen übertragbar und führt zur Leukämie.

Nach dem Sturz Honeckers war für den LPG-Vorsitzenden klar, daß die Marktwirtschaft kommt, so oder so. Also gab es für ihn nur eins: „Du mußt dabei der erste sein." Als erstes stieß er die kranken Tiere ab. Das war für ihn keine Frage der Gesundheit, sondern der Gesundung des Betriebes: Die leukotischen Kühe geben weniger Milch als gesunde Tiere. Als Schlachtvieh würden sie bald nicht mehr verkäuflich sein, wenn erst die westdeutschen Gesetze gelten. Im Durcheinander nach der Wende kauften Viehhändler aus dem Westen die Leukose-Rinder noch unbesehen auf: „Denen war das schnurzpiepe."

Noczinski-Behnke, einst überzeugter SED-Mann, hatte seine Lektionen über den Klassenfeind gut gelernt. Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus fiel ihm nicht schwer. Den Erlös aus dem Verkauf der kranken Viecher legte er in West-Berlin auf einem Konto bei der Dresdner Bank an. Sein Plan war, nach der Währungsunion mit einer neu gegründeten Genossenschaft sogleich in die D-Mark-Gesellschaft durchzustarten. Gebäude und sonstiges Vermögen wollte er auf die Neugründung übertragen. Nur die Schulden sollten bei der alten LPG bleiben und per Konkurs beseitigt werden.



Nebauer-Gegner Schröter
Noch ein Hühnchen zu rupfen

Doch eines hatte der clevere Genosse vergessen. Während seiner Tätigkeit als Sozialist, als Kreistagsabgeordneter und stellvertretender Landrat, hatte er sich nicht viele Freunde gemacht. „Die Dinge, die ich nach unserem System für richtig hielt, habe ich ziemlich brutal durchgesetzt", berichtet Noczinski-Behnke freimütig.

Sein eigener Hauptbuchhalter verriet den Plan an die Genossenschaftsbank, die um ihren Kredit gebracht werden sollte. Einen Tag vor der Zweiteilung der LPG „Neues Leben" stellte die Bank Konkursantrag und bekam damit Zugriff auf das noch vorhandene Vermögen.

Ohne einen „Bundi" mit Kapital, erkannte der LPG-Vorsitzende, war die Genossenschaft nicht zu retten. Da traf es sich gut, daß seine Ehefrau Uschi, ehemals zweite Bürgermeisterin von Beeskow, den Systemwechsel auch schon erfolgreich vollzogen hatte. Sie war nun Immobilienmaklerin und Unternehmensberaterin, und sie kooperierte mit einem Kollegen in Bonn. Der wiederum hatte den Niederbayern und seine beiden Kompagnons an der Hand.

Bei der zweiten Flasche Cognac kamen der Nebauer und der SED-Bauer sich näher. „Ich helf' euch, zu dem Ding zu kommen", versprach Noczinski-Behnke, „und ihr sorgt für die Leute." Er brachte Bank und Konkursverwalter dazu, die LPG „in fließendem Übergang" an die Wessis zu verkaufen. Statt des Konkurses gab es einen Vergleich. Nebauer und Genossen zahlten rund 1,5 Millionen Mark und verpflichteten sich, 80 Leute mindestens ein Jahr lang zu beschäftigen.

Eine wunderliche Koalition hat sich da gebildet. Ein CSU-treuer Niederbayer, ein ehemaliger SED-Bauer – und ein neuer Sozialdemokrat ist auch noch dabei: Der Rechtsanwalt Rolf Henrich, 46, einst Regimekritiker mit Berufsverbot, Mitbegründer des „Neuen Forum" und nun SPD-Mitglied, leistet juristischen Beistand.

Die Form der „Gesellschaft bürgerlichen Rechts", in der Nebauer und seine beiden Geldgeber sich verbunden haben, ist schlau gewählt. Die GbR gilt – anders als die alte LPG oder eine gewerbliche GmbH – als landwirtschaftlicher Familienbetrieb und erfreut sich so aller EG-Subventionen.

Voller Tatendrang machte sich der Aussiedler aus Bayern ans Werk. Allein 30 Tonnen weiße Farbe ließ er im ersten Durchgang verspritzen und vermalen. Die Beschäftigten der „GbR Gut Birkholz" sind sofort an der weißen Sprühschicht auf Haut und Hosen zu erkennen. Einige schwarzbunte Rinder wurden bei der Materialschlacht auch gleich weiß umgespritzt.

Hurtig eilt der Nebauer von Kuh zu Kuh und zeigt den ehemaligen Genossen, was die starke Hand des West-Landwirts noch aus einem leeren Euter absaugen kann. Stripp, strapp, strull – holt er noch drei Liter heraus. Brav folgen die märkischen Melker seinem Beispiel. „Aber kaum wie ich



Nebauer-Berater Henrich, Noczinski-Behnke
„Eine Wolke von Neid, Mißgunst und Unverständnis"

wieder draußen bin", ahnt der Wessi-Bauer, „geht im Kuhstall wieder alles im alten sozialistischen Trott weiter."

Nach der ersten Begeisterung durchlebt Nebauer inzwischen „gewisse Zweifel und Enttäuschungen". Merkwürdige Dinge gehen im Dorf vor. Mal kommt der Tankwagen von der Molkerei nicht, weil der Weg dem Fahrer zu schlecht ist. Früher, vor der Wende, hatten ihn die Schlaglöcher nie gestört. Und plötzlich sind vier von fünf Melkern auf einmal krank.

Abends in der Kneipe wird so mancher angemacht, der beim Bayern im Stall steht: „Was, du arbeitest für den Kapitalisten ?"

Freilich, zum freien Bauerntum zieht es kaum einen ehemaligen LPG-Ökonomen. Ganze 20 Anträge auf Reprivatisierung kommen aus dem Landkreis. Kein ehemaliger Genosse verfügt über genügend eigenes Startkapital für einen Hof, und mit Kredit rechnet sich eine eigene Sache nicht, schon gar nicht beim gegenwärtigen Zinssatz. Kein Wunder, daß viele im Dorf den Nebauer scheel ansehen. Der holt am Zahltag die Banknoten einfach aus dem Aktenkoffer. Über den Millionen-Bauern aus Niederbayern erzählen sie sich dann am Stammtisch finstere Geschichten.

„Die Figur des Herrn Nebauer ist etwas undurchsichtig", munkelt auch Herr auf „Gut Birkholz". Aber nicht jede Geschäftsidee für die frühere LPG ist glücklich geraten. Im Keller des früheren Pferdehofes, der nun ein Hotel werden soll, möchte Nebauer eine „Bar mit Amüsierbetrieb" (Polizeistunde 4 Uhr früh) einrichten. Das hat unter den 9000 Einheimischen im verschlafenen Beeskow Furore gemacht – und nicht nur zugunsten des unternehmungslustigen bayerischen Junggesellen.

Der Herr Landrat, von Beruf Tierarzt, zögert mit der Genehmigung für solche Sauereien. Der Nebauer sei ihm irgendwie „nebulös". Klar ist nur, daß der Veterinär und Nebauers neuer Freund Noczinski-Behnke noch ein Hühnchen aus sozialistischen Zeiten miteinander zu rupfen haben.

Der LPG-Chef hatte dem Tierarzt in seiner brutalen Art immer zu verstehen geben, daß er die ganze Zunft „für faule Hunde" hielt. Der Kuharzt wiederum fand seit eh und jeh, daß der Genosse „schon immer viel von Marktwirtschaft verstanden hat, jedenfalls was ihn selber anging".

So ist für Unterhaltung gesorgt, wenn die frühe Nacht über Beeskows Biertresen einbricht. Der Komödienstadl Ost macht tierisch Stimmung. Mal haben Nebauers Feinde eine Runde gewonnen, die „Krankschreibeparole" wirkt. Ein paar Tage später triumphiert der Bayer. Im Lehrlingsgheim geben sie sich die Klinke in die Hand, weil Nebauer 20 Leute zusätzlich einstellt. Eigentlich waren 80 Mann schon zuviel für 720 Kühe. Aber der Landrat hat ganz schön alt ausgesehen, als die Überläufer beim Kapitalisten unterschrieben haben.



Renovierung auf Gut Birkholz: „Was, du arbeitest für den Kapitalisten?"

„Eine Wolke von Neid, Mißgunst und Unverständnis", sagt Anwalt Henrich, umgibt seinen Klienten. Viele in Beeskow halten den Mann aus Niederbayern „für einen richtigen Glückspilz, der fast alles geschenkt bekommt". Das ist verständlich. Allein der neue Viehbestand, den noch die alte LPG angeschafft hat, ist fast soviel wert wie der Kaufpreis. Noch mal fünf bis sieben Millionen Mark, beteuert Nebauer, muß er investieren, „sonst versickert alles im Sand von Beeskow".

Doch die alten Genossen der LPG, von Rechts wegen Miteigentümer, sehen das alles ganz anders. Sie fühlen sich um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Am Ende des Verfahrens bekommen sie wohl nichts mehr heraus, abgesehen vom Land, das sie einst eingebracht haben.

Landrat Schröter über den großrahmigen Neubürger. Der Beeskower Politiker vom „Bürgerforum" hat sich mit Hilfe einer westdeutschen Auskunftei über den Bayern kundig zu machen versucht und dabei seltsame Dinge über „Konkurse und Notverkäufe" erfahren, die ihm zu denken und zu reden geben.

Ein Schmarrn, sagt der Nebauer. Freilich, der biedere bayerische Bauer, mit seiner Scholle verwachsen, das ist der Nebauer sicher nicht. Auf seinem Hof im Westen hat er schon längst das mühsame Milchvieh abgeschafft. Er betreibt nur noch Ackerbau. Das ließ ihm Zeit genug für allerlei spekulative Geschäfte, bei denen auch mal ein Konkurs recht einträglich sein kann.

Ein bißchen was von einem Glücksritter braucht man wohl schon als neuer

So was gefällt dem Bayern in Beeskow. Schon fühlt er sich mit der MPA nicht mehr richtig ausgelastet. Er verhandelt mit der Berliner Treuhandanstalt wegen der Übernahme eines Volkseigenen Gutes für Schweinemast in Vorpommern. Es muß hoch hergegangen sein dabei. Bei der Rückkehr in den Beeskower Kuhstall hängt die Krawatte des stadtfeinen Anzugs locker verquer vom Kragen, das Hemd guckt aus der Hose.

Ja mei, meint der Niederbayer, hier könnte er heimisch werden: „Ich bin irgendwie schon begeistert von der Gegend." ◄

Banken

Geld zurück

Deutsche Banken gestehen ein, daß sie ihre Kunden schlecht beraten haben.

Peter Staab, Hausjurist der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, kommt sich seit einigen Wochen wie ein Telefonseelsorger vor: Er muß Anleger beruhigen, die sich bitter über die Banken beklagen.

Ein 80jähriger aus Hamburg sah sich um seine Ersparnisse gebracht, eine Bielefelder Ärztin bangte um die Aussteuer ihrer Kinder. Ein 58jähriger Kölner hatte gar Angst, die gesamte Erbschaft der Eltern habe sich in Nichts aufgelöst.

Sie alle hatten den Kundenberatern der Banken geglaubt, die ihnen vor gut zwei Jahren Schuldverschreibungen des australischen Unternehmers Alan Bond als sichere Anlage angeboten hatten. Bonds auf Pump zusammengekauftes Firmenimperium ist inzwischen wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Nie zuvor ist eine auf Mark lautende Auslandsanleihe notleidend geworden. Selten zuvor wurde Sparern so deutlich vorgeführt, wie wenig selbst Empfehlungen seriöser Geldhäuser wert sind.

Ob es die Deutsche Bank war oder die Hamburger Vereins- und Westbank, die Sparkasse Bielefeld oder die Raiffeisen- und Volksbank Mutterstadt – alle rieten sie 1988 zum Kauf der Bond-Papiere. Da müßten die Anleger, so warben viele Berater damals, nicht einmal die zehnprozentige Quellensteuer zahlen. Die Steuer gibt es nicht mehr, aber die versprochenen Zinsen auch nicht.

Von der Güte des Schuldners selbst war selten die Rede, höchstens von den sportlichen Erfolgen des begeisterten Hochsee-Seglers Bond. Der Brite hatte sich ein Firmensammelsurium zusammengekauft: Goldminen und Ölfelder, Brauereien, Wohnblöcke und Fernsehsender. Solange jedermann glaubte, der Australier sei ein erfolgreicher Unternehmer, flossen stets die nötigen Kredite.

Die australische Gruppe war schließlich mit über acht Milliarden australischen Dollar verschuldet, als Bonds Rivale Tiny Rowland, Chef der britischen Lonrho-Gruppe, den bunten Konzern für „technisch bankrott" erklärte. Plötzlich hielten sich die Banken mit Krediten zurück, Goldminen, Grundstücke und Häuser mußten verkauft werden. Im Oktober vergangenen Jahres schließlich meldete Bond Vergleich an.

Im Herbst 1988 hatte sich Bond, vermittelt von den Banken, noch einmal 175 Millionen Mark in der Bundesrepublik besorgt, nachdem er sich zuvor schon 150 Millionen in Deutschland geborgt hatte.

Auch bei dem zweiten Kredit war den Anlegern noch nicht klar, wie es um die australische Firmengruppe bestellt war. Bond war damals bereits von der Bewertungsagentur Australian Ratings als „zweifelhafter Schuldner" eingestuft worden.

Oft wurden die Anleger über die einfachsten Dinge nicht informiert. Ein Berater der Deutschen Bank in Bremen-Gröpelingen empfahl einer Rentnerin die Bond-Papiere, „unterließ es allerdings", wie die Hamburger Anwälte Kay Schnebbe und Dirk Wittkowski meinen, die Dame über die „australische Herkunft" der Anleihe zu informieren.

Daß sie ihre Kunden im Falle der Bond-Anleihen schlecht beraten habe, wollte zunächst keine der betroffenen Banken eingestehen. Die Deutsche Bank pflegte mit Vorliebe klarzustellen, der Niedergang des Alan Bond könne „nicht die Haftung unseres Hauses wegen fehlerhafter Anlageberatung begründen".

Im Dezember vergangenen Jahres aber, als die Rechtsanwälte der Bremerin mit einer Klage drohten, lenkte die Deutsche Bank plötzlich ein. Die alte Dame bekam ihr eingesetztes Geld „zuzüglich 5,5 Prozent Zinsen" wieder, alles in allem exakt 42 096,73 Mark.

Die Bremerin ist nicht die einzige, die inzwischen entschädigt wurde. Viele andere Bond-Gläubiger allerdings erhalten kein Geld, sondern Deutsche-Bank-Anleihen im Tausch.

Die inzwischen nahezu wertlosen Bond-Papiere wandern in den Bestand des Geldhauses. Zum Jahresende 1990 dürfte sich daraus ein Wertberichtigungsbedarf von zehn Millionen Mark ergeben haben, kalkuliert Richard Steinig, Leiter der Abteilung Vermögensanlage bei der Deutschen Bank. Für diesen Betrag, so sagt er, müßten die betroffenen Filialen geradestehen, „weil die Beratung in diesen Fällen nicht den Wünschen der Kunden entsprochen hat".

Auch andere Institute wie die Vereins- und Westbank sowie die Bayerische Vereinsbank haben mittlerweile nachgegeben. Manche aber sperren sich noch.

Die BHF-Bank in Frankfurt etwa, unter deren Federführung die beiden Anleihen gestreut wurden, scheut den Präzedenzfall. „Die Frage nach einem Ausgleich für die entstandenen Schäden", so BHF-Geschäftsführer Wolfgang Graebner, „kann erst gestellt werden, wenn die Schadenhöhe feststeht."

Sicher ist schon jetzt, daß der Ruf der Kundenberater in deutschen Banken durch die Bond-Affäre mehr geschädigt wurde, als die Institute selbst eingestehen möchten. Graebner selbst hält eine „vorübergehende Beeinträchtigung" für möglich. Peter Staab von der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz sieht das anders: Er hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Anlagebetrug eingeschaltet.



Anlegervertreter Wittkowski, Schnebbe: Die Bank lenkte ein

„Wir werden daran ersticken“

Woran die sowjetische Perestroika krankt (I): Schmarotzer-Sozialismus und kollektiver Neid / Von Hedrick Smith

Eines Samstag abends, als ich noch spät arbeitete, allein in einem Moskauer Büro, das ein amerikanischer Freund meinem Filmteam zur Verfügung gestellt hatte, hörte ich ein Klopfen an der Tür. Als ich öffnete, stand die „Deschurnaja“ vor mir, eine ältere russische Frau, die das Gebäude bewacht. „Sie haben lange gearbeitet“, sagte sie. „Sie müssen hungrig sein. Soll ich Ihnen eine Tasse Tee machen?“

Ich war verblüfft, nicht nur, weil wir einander völlig fremd waren, sondern auch, weil mir schon viele Deschurnajas begegnet sind, und die meisten haben die Mentalität eines Wachpostens – sie sind schroff, mißtrauisch gegenüber Fremden, bewachen argwöhnisch ihr Revier und sind daran gewöhnt, menschliche Kontakte auf die Inspektion von Papieren zu beschränken. Ich murmelte etwas wie: „Wirklich nicht nötig.“

Ich war wieder in meine Arbeit vertieft und hatte sie schon fast vergessen, als sie wiederkam: mit einer großen Tasse Tee, vier kleinen Brötchen mit Wurst und Gurkenscheiben sowie ein paar lekkeren polnischen Keksen. In deutlichem, aber ungeübtem Englisch sagte sie: „Ich habe etwas Erdbeergelee in den Tee getan. So machen wir es immer. Ist das richtig? Sagt man so, ‚Erdbeergelee‘?“

Mir war klar, daß sie einen Teil ihrer eigenen Nachtration für mich geopfert hatte, und ich bedankte mich, bat sie, Platz zu nehmen, und sagte, ihr Englisch sei sehr gut. Diese nächtliche Begegnung illustriert einen einnehmenden Charakterzug der Russen – ihre außerordentlich warmherzige Gastfreundschaft und ihre Vorliebe, sich gegenseitig und Menschen, mit denen sie sich angefreundet haben, vor allem Ausländern, Geschenke zu machen.

Im Laufe der Jahre habe ich die Russen im allgemeinen als gefühlsbetontes Volk kennengelernt, eher wie Iren oder Italiener, anders als die meisten Amerikaner. Ein Grund, warum viele Russen die Balten – Esten, Litauer und Letten – nicht besonders mögen, liegt darin, daß diese ihnen zu kühl und reserviert sind, zu distanziert, zu nordisch. Die Russen sind emotionaler, schließen tiefe Freundschaften, ihre Geselligkeit ist nicht so oberflächlich. Für die, die ihnen nahestehen, bringen sie große Opfer und erwarten dies auch im Gegenzug. Enge Beziehungen sind ein Teil vom Zauber Rußlands, aber auch von seiner Komplexität.

Das warmherzige Wesen der Russen und der meisten anderen sowjetischen Nationalitäten macht das Privatleben erträglich; es gibt allerdings auch andere, weniger positive und weniger großzügige Charaktereigenschaften der Russen, die das öffentliche Leben oft schwer kontrollierbar machen und Gorbatschows Streben nach Reformen große Steine in den Weg legen: ihr Eskapismus, ihre unpraktische Natur, ihre nachlässige Arbeitshaltung und ihr tiefsitzender Neid auf alle, die vorwärtskommen wollen.

Im Westen ist bekannt, daß eine starre Bürokratie von Partei- und Regierungsfunktionären – nach Gorbatschows Angaben 18 Millionen Menschen – viele Reformen blockiert und sabotiert und an Macht und Privilegien festhalten will. Weitaus weniger bekannt ist jedoch, daß die Denkstruktur der gewöhnlichen Menschen für die Reformen ein ebenso bedrohliches Hindernis darstellt.

Denn die Kehrseite der russischen Freizügigkeit und Gefühlsbetontheit ist die russische Verantwortungslosigkeit und die un-



Küche in einer Kommunalwohnung

Alltag in Gorbatschows Sowjetunion: „Wir Russen sind


Frauen in einem Dorfladen


Arbeiter auf einer Baustelle


vielleicht zu faul"


Alkoholfreunde beim Umtrunk

praktische Natur, besonders im Vergleich mit den Amerikanern, Deutschen und Japanern. „Die russische Mentalität basiert nicht auf dem gesunden Menschenverstand. Damit hat sie nichts zu tun“, sagte uns die Schriftstellerin Tatjana Tolstaja. „Es ist schwer, rational, clever, intelligent und so weiter zu sein. Gefühlsbetont zu sein, warm, liebenswert, vielleicht sogar vergeistigt in seiner ganzen Wortbedeutung – das ist gut.“

Ich erinnere mich an einen Regierungsökonomen, der mir vor Jahren beschrieb, wo die Arbeit in der russischen Werteskala rangiert. „Jemand kann durchaus ein guter Arbeiter sein, aber Arbeit ist nur ein Ding“, sagte er mir. „Wirklich wichtig ist sein Geist, seine Beziehung zu anderen.“

„Es ist die russische Seele“, erklärte mir der Dichter Andrej Wosnessenski. „Wir Russen lieben die Literatur, haben ein sogenanntes geistiges Leben. Wir können uns Tag und Nacht über alle möglichen Fragen unterhalten, über unsterbliche Fragen. Das ist die russische Denkweise.“

Und: „Ich möchte, daß unsere Wirtschaft genauso wird wie die im Westen. Ich möchte, daß unsere Menschen eine gute Lebensqualität haben, ein hohes Niveau, das gleiche wie in Amerika, und die gleiche Technologie wie in Japan und Amerika. Aber ich habe Angst davor, diesen russischen Teil unserer Seele zu verlieren, die Liebe zur Literatur und .. wie soll ich es ausdrücken ... unsere unpraktische Natur. Vielleicht sind wir zu faul, das ist sicherlich ein Minus, aber gleichzeitig auch ein Plus.“

Diese Ansicht, die ich oft gehört habe, fördert den Hang der Russen zum Eskapismus, sei es das „faule, träumerische“ Philosophieren der Intelligenzija, wie die Tolstaja es beschrieb, oder der brutale, zerstörerische und oft auch


REINE SCHURWOLLE


WINDSOR DAMEN- UND HERRENBEKLEIDUNG GMBH, 4800 BIELEFELD

selbstzerstörerische Massenalkoholismus der Arbeiter und Bauern. Die Entbehrungen der sowjetischen Ära, meinte die Tolstaja traurig, habe die Menschen grausam gemacht, „grausam zueinander, grausamer als ich es irgendwo sonst gesehen habe“.

Eines der bemerkenswertesten Charakteristika in der Sowjetunion ist die laxe Arbeitsmoral. Tatjana Tolstajas Bemerkung über die faule, träumerische Seite der russischen Seele ließ mich an Oblomow denken, die berühmte Hauptfigur des gleichnamigen Romans aus dem 19. Jahrhundert von Iwan Gontscharow. Oblomow ist ein Antiheld, er haßt die Arbeit, und für ihn sind Disziplin und Anstrengung unmöglich. Er braucht ein ganzes Kapitel, um aufzustehen. Er ist Symbol und Paradigma für jene Russen, die lieber träumen und planen als arbeiten und etwas unternehmen.

Obwohl dieser Roman ein literarisches Porträt des trägen Adels einer vergangenen Epoche ist, erkennen Russen in Oblomow auch heute noch, ein Jahrhundert später, die Verkörperung einer wichtigen Facette ihres Nationalcharakters. Angesichts der umfassenden sowjetischen Propaganda, die Arbeit und Disziplin als nationale Eigenschaften etablieren will, liegt darin eine tragische Ironie. Denn Fleiß, Disziplin, Effektivität – diese Begriffe werden unter den Sowjetbürgern nicht hoch gehandelt, seien sie Arbeiter, Bauern oder Bürokraten.

Jahrzehntelang hatte die Massenproduktion die Funktionsunfähigkeit des Systems kaschiert. Die stalinistische Kommandowirtschaft konnte enorme nationale Ressourcen auf Vorzeigeobjekte konzentrieren, riesige Dämme für Wasserkraftwerke, gigantische Stahlwerke, und alles wurde unter erheblichen Opfern der Bevölkerung bewerkstelligt.



Autor Smith in Moskau
„Die Russen sind wie die Iren“

Doch als Stalin weg war, sackte die sowjetische Arbeiterschaft in einen inzwischen berühmt-berüchtigten Sumpf von Trägheit, Schlendrian und Drückebergerei ab.

Der Soziologin Tatjana Saslawskaja zufolge hat die stalinistische Kommandowirtschaft die Arbeiter zu Robotern gemacht. „Die Menschen wurden nur als ‚Zahnräder‘ im Getriebe der Staatswirtschaft gesehen – und sie haben sich genauso gehorsam (und passiv) verhalten wie Maschinen und Material.“



★

Geschichten über das enorme Produktivitätsdefizit der sowjetischen Arbeiter gibt es zuhauf. Im Frühjahr 1988 lernte ich Wladimir Kabaidse kennen, seit langem einer der energischsten sowjetischen Industriemanager. Damals leitete er ein riesiges Maschinenbauwerk in Iwanowo, gut 300 Kilometer nordöstlich von Moskau. Kabaidse, ein dünner, drahtiger, cleverer, kettenrauchender Georgier, wurde mir von sowjetischen Parteifunktionären als mustergültiger sowjetischer Manager vorgestellt, als jemand, der deutlich mehr aus seinen Arbeitern herausholte als die meisten anderen.

In einer Rede auf der 19. Parteikonferenz im Juni 1988 berichtete er über seine Erfahrungen als Generaldirektor des Iwanowo-Pjöngjang-Maschinenbau-Projekts, eines sowjetisch-nordkoreanischen Joint-ventures. „Ich weiß“, so Kabaidse, „wie Anlagen in Nordkorea gebaut werden. Das Mauerwerk wird genauso wie bei uns hergestellt, und sie brauchen neun Monate, um ein 50 000 Quadratmeter großes Gebäude zu errichten. Neun Monate! Unser Bau dauert jetzt schon acht Jahre. Ich fürchte, man wird noch immer Materialbestellscheine ausfüllen, wenn ich bereits das Zeitliche gesegnet habe. Für uns ist es normal, daß der Bau einer Fabrik 15 bis 20 Jahre dauert.“

Die Parteidelegierten brachen in Gelächter aus, amüsiert darüber, daß jemand von Kabaidses Format unter den gleichen unerträglichen Verzögerungen zu leiden hatte, wie sie sie aus eigener Erfahrung kannten, und daß er es wagte, sich darüber auf einer vom Fernsehen übertragenen Parteikonferenz lustig zu machen.

„Apathie, Gleichgültigkeit, Diebstahl und ein Mangel an Respekt vor ehrlicher Arbeit greifen um sich“, meint der Reformökonom Nikolai Schmeljow, „wie auch aggressiver Neid gegenüber denen, die viel verdienen, auch wenn sie es auf ehrliche Weise verdienen. Es gibt Anzeichen für einen schon beinahe physischen Verfall eines Großteils der Bevölkerung aufgrund von Trunkenheit und Trägheit.“

Die beiden Parteichefs, die während des letzten Jahrzehnts Modernisierungen durchsetzen wollten, Jurij Andropow und Michail Gorbatschow, erkannten die laxe Arbeitsmoral als Achillesferse der UdSSR und packten das Problem sofort nach ihrer Amtsübernahme an. Beide begannen mit einer lautstarken Kampagne, um die Arbeitsdisziplin anzuheben und sowohl die Trägheit der sowjetischen Arbeiterklasse als auch de-



Romanheld Oblomow (Filmszene): „Lieber träumen und planen als arbeiten“

Warum sich auch die Umwelt freut, daß Lufthansa ein einzigartiges Qualitätskonzept hat.

Es ist wesentlicher Bestandteil des Lufthansa Qualitätskonzeptes, Jahr für Jahr Milliarden in unsere Flugzeugflotte zu investieren. Allein 1989 haben wir z. B. 20 neue Flugzeuge in Dienst gestellt, darunter 8 Airbus A310 und A320. Und das hat auch entscheidende Vorteile für unsere Umwelt: Denn im Vergleich zu älteren verursachen die neuen Flugzeuge oft nur einen Bruchteil der Lärm- und Abgasemission. Der Airbus A320 z. B. erzeugt beim Start einen Lärmteppich, der etwa 90% geringer ist als bei einem vergleichbaren Vorgängerflugzeug. Und beim Treibstoffverbrauch kommt die A320 mit 40% weniger aus. Ein anderes Beispiel dafür, wie Lufthansa anspruchsvolle Technologien zum Nutzen der Umwelt einsetzt: Als erste Fluggesellschaft der Welt haben wir ein Verfahren entwickelt, das den „Gesundheitszustand" von Triebwerken während des Fluges so gründlich und vorausschauend überwacht. Egal, wo beispielsweise eine Boeing 747-400 der Lufthansa fliegt, die Leistungsdaten ihrer Triebwerke werden kontinuierlich aufgezeichnet. Sofort nach der Datenübermittlung erfolgt in Frankfurt die Auswertung. Der verarbeitende Computer schlägt Alarm, sobald sich der kleinste Defekt auch nur ankündigt. Das dient nicht nur der Vorsorge, es trägt auch dazu bei, daß Lufthansa Triebwerke immer im optimalen Bereich arbeiten und damit sowenig wie möglich verbrauchen. Und das bedeutet eben auch ein Minimum an Schadstoffemission. Wenn Sie also bei Ihrem nächsten Flug wieder auf Lufthansa Qualität bestehen, unterstützen Sie zugleich etwas, das bekanntlich dringend Unterstützung braucht: unsere Umwelt.

SEA LH 22/90



ren Begleiterscheinung, den Massenalkoholismus, zu bekämpfen.

Andropow, der ehemalige KGB-Chef, schloß Spirituosenläden während der Arbeitszeit und ließ seine Polizeiagenten den Arbeitern sogar in die „Banjas“ nachspüren, in die kommunalen russischen Bäder, berüchtigt als Verstecke für Arbeiter, die krankfeiern. In diesen Banjas badet man nicht nur, man trinkt auch Bier und ißt gesalzenen Fisch, spielt Karten oder verbringt die Zeit einfach nur mit Gesprächen.

Trotz Andropows Feldzug und Gorbatschows noch ehrgeizigerem Kampf gegen das Wodkatrinken konnte keiner von beiden eine Veränderung der sowjetischen Produktivität bewirken, hauptsächlich deshalb, weil das Proletariat seine Arbeitseinstellung nicht grundlegend änderte. Unter sowjetischen Arbeitern kursiert ein ironischer Spruch, der ihren offenen Zynismus gegenüber dem sogenannten Arbeiterstaat wiedergibt: „Sie tun, als würden sie zahlen, und wir tun, als würden wir arbeiten.“

Der Zynismus ist verständlich. Der Staat hat seine Bevölkerung darauf konditioniert, wenig Leistung zu erbringen, da er ihr wenig Anreiz bietet, härter zu arbeiten. Vor den sowjetischen Arbeitern steht weder die Drohung einer Entlassung noch ein finanzieller Anreiz für bessere Arbeit. Also lassen sie sich treiben, sind abgesichert, sehen aber wenig oder gar keine Verbindung zwischen Leistung und Lohn. Das trifft für sämtliche Bereiche der Wirtschaft zu.

Dima Mamedow, einer der führenden jungen Fernsehproduzenten für Jugendprogramme in Moskau, machte mir gegenüber eines Abends seiner Frustration über sein jämmerliches Gehalt Luft. „Selbst wenn ich mich nicht besonders anstrenge, zahlen sie mir 170 Rubel im Monat“, schimpfte er, nach offiziellem Kurs 460 Mark*. „Wenn die Show schlecht und langweilig ist, zahlen sie mir 170 Rubel. Wenn ich mich anstrenge und mir alle Beine ausreiße und die Show gut ankommt, dann zahlen sie mir die gleichen mickrigen 170 Rubel. Ergibt das etwa Sinn?“

Viele Arbeiter gleichen einen derart niedrigen Lohn dadurch aus, daß sie den Staat bestehlen. Dafür gibt es ein Sprichwort: „Was jedem gehört, gehört keinem, also kann es genausogut mir gehören.“ Oftmals sind es nur kleine Diebstähle oder das kurzfristige „Ausleihen“ von Staatseigentum vom Arbeitsplatz.

An einer Holzmühle außerhalb von Nowgorod fuhr eines Nachmittags ein riesiger Industrielaster mit einem Kran in die schlammige Parkzone vor dem Tor. Niemand war in der Nähe. Aus dem Führerhaus kletterten ein Arbeiter, ein paar Kinder und eine Frau mit Einkaufsnetzen voller Picknickreste. Aus ihren Gesprächen, die wir mitbekamen, konnten wir schließen, daß sie sich den Laster der Holzmühle für ein Picknick ausgeliehen hatten.

Es wird allerdings auch in großem Stil gestohlen. Untergrundfirmen arbeiten mit gestohlenen Waren, die Millionen von Rubel wert sind: Textilien, ganze Lagerhallen von Konstruktionsmaterial, frisches Obst und Gemüse und ganze Wagenladungen von Fleisch. Der Diebstahl von staatlichem Eigentum hat so sehr um sich gegriffen, daß das Innenministerium dagegen eine spezielle Polizeieinheit aufstellte. Die Bevölkerung witzelt ganz offen darüber, wie die Kontrolleure an der Nase herumgeführt werden.

Eine meiner Lieblingsanekdoten handelt von einem Arbeiter, der nach der Schicht mit einer Schubkarre daherkommt, über die er ein Tuch gelegt hat. Die Wache am Fabriktor hebt das Tuch hoch, schaut hinein, stellt fest, daß die Schubkarre leer ist und winkt den Arbeiter durch. Am nächsten Tag kommt der Arbeiter wieder mit einer Schubkarre, die wieder mit einem Tuch bedeckt ist. Wieder nichts darunter, also läßt der Wachmann den Arbeiter durch. Am dritten Tag das gleiche – die Schubkarre ist leer.

Schließlich sagt ein Wachman frustriert: „Hör mal, Genosse, irgendwas mußt du doch stehlen. Sag mir, was es ist.“

„Schubkarren“, entgegnet der Arbeiter.

Alte Gewohnheiten sind schwer auszurotten, selbst unter den sogenannten reformorientierten Intellektuellen. Ich erinnere mich an einen Dienstag morgen, als ich Wladimir Jadow besuchte, den Direktor des Instituts für Soziologie, das als eines der aktivsten wissenschaftlichen Institute Moskaus gilt. Das Gebäude war fast ausgestorben, und während meines Gesprächs mit Jadow ließ ich eine Bemerkung über die Abwesenheit von Menschen an einem ganz normalen Arbeitstag fallen.

Mit seinem trockenen Humor meinte Jadow: „Mein Fahrer nennt so einen Tag ‚Badetag‘.“ Er grinste in der Annahme, daß ich wußte, wie sich die Leute vor der Arbeit im Bad verstecken. „Niemand außer dem Direktor ist im Institut“, fuhr er fort und zeigte auf sich, „und ein paar Assistenten. Alle anderen



Bau des Moskwa-Wolga-Kanals 1934: Menschen als Zahnräder im Getriebe der Staatswirtschaft

* Der Rubel-Kurs ist mehrfach gespalten. Offiziell gilt derzeit 1 Rubel = 2,70 Mark, für Handelsgeschäfte 1 Rubel = 0,90 Mark, für Touristen 1 Rubel = 0,27 Mark. Der Schwarzmarktkurs liegt derzeit bei sechs bis acht Pfennig je Rubel.


O&M TUB 16/89
WER DIE WELT KENNT, KENNT TUBORG.
TUBORG BEER
Tuborg
LUXUS GOLD
TUBORG
DE LUXE BEER
Gebraut nach dem deutschen Reinheitsgebot von 1516

sind weg. Keiner arbeitet. Theoretisch ist heute Bibliothekstag, alle sollten in der Bibliothek sein." Er zuckte mit den Schultern.

Gelegentlich traf ich auf Funktionäre und Intellektuelle, die meinten, die Wurzeln der laxen sowjetischen Arbeitshaltung könnten bereits in der Jugend liegen, besonders bei der oberen Mittelschicht, deren Kinder erst von den Eltern und später vom Staat abhängig sind. Ihrer Beobachtung nach wird gerade die soziale Schicht, die in westlichen Gesellschaften die meiste Verantwortung und Initiative übernimmt, nur sehr langsam selbständig.

Der Kontrast zu amerikanischen Jugendlichen ist so kraß, daß sowjetische Schriftsteller und Journalisten, die Amerika besuchen, oft detaillierte Beschreibungen der Jobs nach Hause schicken, die amerikanische College-Studenten während der Sommerferien annehmen. Die sowjetischen Eltern sind hin- und hergerissen, wenn sie lesen, daß junge Amerikaner der Mittelschicht als Kellner, Tankwart, Babysitter, Bauarbeiter und in Fast-Food-Restaurants arbeiten. Sie haben mir gesagt, sie seien entsetzt, daß betuchte amerikanische Eltern so hart sein können, ihre Kinder arbeiten zu lassen. Vielen Russen klingt das nach Kinderausbeutung. Und gleichzeitig seien sie davon beeindruckt, sagten sie mir, daß amerikanische Teenager soviel Initiative und Selbstbewußtsein an den Tag legten.

Die Russen verzärteln ihre Kinder, sie verwöhnen sie und versuchen, Schwierigkeiten von ihnen fernzuhalten; sie halten sie auch noch nach dem Studium zu Hause und unterstützen sie oft finanziell während dieser Jahre. Natürlich ist die völlige Abhängigkeit von den Eltern das Vorspiel zur Abhängigkeit vom Staat, die das sowjetische System fördert. Nach dem Universitätsabschluß werden den Studenten bestimmte Arbeiten zugeteilt: „Raspredelenije", wörtlich „Zuteilung"; auf diesem Weg müssen sie dem Staat die Kosten für ihre Ausbildung zurückerstatten. Sei es aus Trägheit oder aufgrund der begrenzten Möglichkeiten, sie bleiben jedenfalls häufig viele Jahre bei dieser zugeteilten Arbeit, manchmal für den Rest des Lebens.

Oft erhalten sie über den Arbeitgeber eine Wohnung, große Fabriken haben eigene Gesundheitszentren. Die Dörfer sind beherrscht von der Sowchose oder der Kolchose, wie früher bei uns in Amerika die von einem Unternehmen dominierten Städte. Der einzelne Mensch fügt sich in die gegebene Hierarchie ein, die ihn unterstützt und gleichzeitig seiner Initiative Einhalt gebietet. Abhängigkeit ist der Normalfall.

Die Abhängigkeit wird zudem durch Subventionen für das Lebensnotwendige aufrechterhalten – für Wohnung, Nahrung, Gesundheitsversorgung, Erziehung und Ausbildung. Im Vergleich zum westlichen Standard sind sowjetische Wohnungen spartanisch und eintönig, aber billig. Die Grundnahrungsmittel – Brot, Milch, Kartoffeln, Käse – werden allesamt vom Staat subventioniert. Jahrelang kostete ein kleiner, aber schmackhafter Laib sowjetischen Brots etwa 25 Kopeken. Der Staat kauft den Bauern Kartoffeln zum Kilopreis von 30 Kopeken ab und verkauft sie in den Städten für 20 Kopeken pro Kilo. Somit entsteht eine enorme Nahrungsmittelsubvention, die sich im Jahre 1990 auf etwa 96 Milliarden Rubel belief.



Russische Jugendliche
Verzärtelt und verwöhnt

Die Mehrheit der Arbeiter erhebt lautstarke Forderungen nach mehr Effizienz und mehr Konsumgütern, doch sie reagiert empört auf jeden Vorschlag, der davon ausgeht, daß eine umfassende wirtschaftliche Verbesserung freie Preise und das Ende der staatlichen Subventionierung von Grundverbrauchsgütern mit sich bringen muß.



Die Denkstrukturen der an den Subventionssozialismus gewöhnten Massen haben Gorbatschow fünf Jahre lang zurückgehalten bei dem Versuch, einen freien Markt durchzusetzen; jedes Mal ist er einen Schritt zurückgewichen oder hat seine Pläne verwässert. Seine Vorsicht steht in krassem Gegensatz zum Mut der polnischen Politiker, die sich kopfüber in die marktwirtschaftlichen Reformen stürzten und steigende Preise in Kauf nahmen.



US-Teenager beim Jobben
Selbstbewußtsein durch Initiative

„Die Polen haben lieber höhere Preise als leere Geschäfte", meinte Nikolai Petrakow, einer der Wirtschaftsberater Gorbatschows. „Hier zeigen alle Meinungsumfragen genau das Gegenteil. Die Menschen akzeptierten Bezugsscheine und Schlangestehen – besonders während der Arbeitszeit –, aber keine Preissteigerungen."

„Alle rufen wir unisono, inklusive derer, die ansonsten den Markt favorisieren: ‚Hände weg von den Preisen!'" bemerkte der Reform-Ökonom Otto Lazis. „So ein ‚Markt' schwebt uns vor: wie eine Rose ohne Dornen. Doch eine solche Blume gibt es in der Natur nicht. Der Markt ist eine Rose mit Dornen. Wir sind weltweit das einzige Land, in dem ein ‚Anti-Markt'-Gefühl vorherrscht."

Im Einklang mit dieser Haltung steht eine weitverbreitete Aversion gegen jegliches Risiko. Wirtschaftlich gesehen, sind die Sowjetbürger vorsichtig und konservativ. In einer Gesellschaft, die auf garantierten Arbeitsplätzen basiert, ist das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit furchterregend, und die sowjetische Gesellschaft hat kaum die Erfahrung und Infrastruktur, um damit umzugehen.

Offiziellen Schätzungen zufolge sind zwischen 1985 und 1989 etwa drei Millionen Menschen von Staatsministerien, Behörden und Unternehmen entlassen worden, und bis zur Jahrtausendwende werden es ungefähr noch einmal 15 Millionen werden. Natürlich werden in anderen Sektoren neue Arbeitsstellen geschaffen, so auch in Privatunternehmen, die sich hinter der euphemistischen Bezeichnung „Kooperative“ verbergen. Die wagemutigeren Arbeiter, vor allem junge Leute, lassen sich darauf ein, aber das ist noch eine kleine Minderheit.

Die meisten sowjetischen Arbeiter ziehen es vor, sich mit kärglichem Lohn und niedrigem Lebensstandard zu begnügen – und sich fortwährend darüber zu beklagen. Risiko und Ungewißheit meiden die meisten Russen wie die Pest.

Die Gewöhnung an die Abhängigkeit vom Staat und das Widerstreben, Risiken einzugehen, reichen weit über die Arbeiterklasse hinaus. Sie existieren auf allen Ebenen der sowjetischen Gesellschaft, betreffen Künstler, Wissenschaftler und Industriemanager gleichermaßen. Andrej Smirnow, der in den späten achtzigern zwei schwierige Umstellungsjahre lang Vorsitzender des Verbandes der Filmschaffenden war, beschrieb seinen Verband als einen Mikrokosmos der sowjetischen Reaktion auf größere wirtschaftliche Freiheit.

„Jeder war begeistert, das alte diktatorische System über Bord zu werfen“, sagte Smirnow zu mir, „aber unsere Regisseure und Produzenten haben Angst vor dem neuen Wettbewerbssystem. Wenn wir uns zwischen dem freien Markt und einem garantierten Gehalt entscheiden können, wird die Mehrheit für das garantierte Gehalt sein.

„Die, die auf dem Markt nicht mithalten können, sind nicht zufrieden, weil sie vielleicht arbeitslos werden können. Andere, Talentiertere, sind nicht zufrieden, weil sie glauben, die Produzenten suchen sich ihre Freunde aus und nicht die qualifizierten Leute; sie wollen, daß der Verband sie schützt und die Produzenten zur Rechenschaft zieht.

„Und die wirklich Guten, die in jeder Situation Leistung bringen, sind nicht zufrieden wegen unseres niedrigen technologischen Niveaus und wegen des schlechten Finanzierungssystems.“

Rair Simonjan, ein Berater des Ministerrats und Fachmann für Industriemanagement in Moskaus angesehenem Institut für Internationale Beziehungen und Weltwirtschaft, berichtete von ähnlichen Reaktionen: „Als Direktor der Abteilung Industrieökonomie hatte ich mit meinen eigenen Mitarbeitern Probleme. Alle sagten, wir brauchen radikale Reformen. Als erstes versuchte ich dann, die Mitarbeiterzahl herabzusetzen – 60 Forscher sind zu viele. Doch das brachte die Leute auf. Sie sagten zu mir: ‚Sie können diese Stellen nicht nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit sehen. Sie müssen doch Wirtschaftlichkeit und soziale Sicherheit gegeneinander abwägen.‘

„Selbst unsere Industriemanager, denen wir größere Freiheit einräumen wollen, damit sie selbständig über die Produktion entscheiden können – selbst die wollen das alte System, in dem ihre Materiallieferungen gewährleistet sind. Oft sagen sie zu uns: ‚Wir brauchen 100 Prozent Staatsaufträge, damit wir keine Probleme mit der Materialversorgung haben.‘“

Leonid Abalkin, einer der wichtigsten Wirtschaftsberater Gorbatschows, entdeckt sogar unter den Reformbefürwortern im Obersten Sowjet diese Widersprüche: zwischen der Forderung nach Freiheit von staatlicher Kontrolle und dem Wunsch, vom Staat beschützt und beliefert zu werden. Alle wollen sie „Druck auf die Regierung ausüben, Lieferungen von ihr erzwingen, Unterstützung und Ressourcen“, sagt Albakin. „Als wäre die Regierung der Kopf einer patriarchalischen Gemeinschaft – ein starker, guter und weiser Vater. Man braucht ihn nur zu bitten, und er macht einem ein großzügiges Geschenk.“

Alexander Jakowlew, ein noch radikalerer Anhänger von Reformen als Gorbatschow selbst, nennt diese Denkstruktur „Schmarotzer-Sozialismus“ und bezeichnet sie als das schwierigste Hindernis für Gorbatschows Reformprogramm. Nach Jakowlews Meinung bringt diese Mentalität nicht nur wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat mit sich, sondern eine umfassende psychologische Abhängigkeit von der staatlichen Bevormundung ganz allgemein – eine Massenträgheit, es sei denn, es kommen Befehle von oben.

„Die Gesellschaft hat sich ans Schmarotzertum gewöhnt, und das nicht nur im materiellen Sinn“, erklärte mir Jakowlew. „Man will sicher sein, daß man seinen Lohn bekommt, auch wenn man nicht arbeitet. Und auch in der Politik will man sichergehen, daß man Instruktionen bekommt, daß einem gezeigt und erklärt wird, was zu tun ist.

„Dies ist in allen Bereichen eine Gesellschaft des Schmarotzertums – des Schmarotzer-Sozialismus. Wenn wir das nicht durchbrechen, wenn die Menschen nicht ein bißchen innere Freiheit und Initiative und Verantwortung akzeptieren, wenn es keine Selbstverwaltung gibt, dann wird nichts geschehen.“



Diese passive Mentalität der Menschen, wie Jakowlew sie beschrieben hat, würgt den Motor der Reform ab;



Kohl-Ernte am Stadtrand von Moskau: Grundnahrungsmittel allesamt vom Staat subventioniert







DER NEUE TIPO 2.0 i.e.
GRANTURISMO.

SAUBERE 83 KW/113 PS
MIT 3-WEGE-KAT.

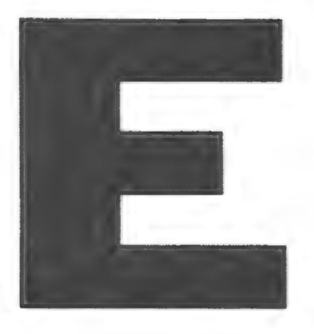
SERIENMÄSS
MIT ANTI-DIVE

MC&LB 1101 040/91

DER NEUE TIPO 2.0i.e. UNG

Abb.: Tipo 2.0 i.e. Granturismo. Elektronische Benzineinspritzung plus geregelter 3-Wege-Katalysator mit Lambda-

V



R

IG ABS
-SYSTEM.

23 M² VERZINKTES BLECH
MIT c_W = 0,31.

3700 LITER SPIELRAUM
MIT VOLLAUSSTATTUNG.

EWÖHNLICH AB WERK. FIAT

Sonde und Aktiv-Kohlefilter (KVRS). Scheinwerfer-Wisch-/Waschanlage und Leichtmetallfelgen Sonderausstattung.

doch dieses Denkmuster kommt natürlich nicht von ungefähr. Jahrzehntelang hatte der übermächtige Staat das Individuum verdrängt, in den Schatten gestellt, und den einfachen Menschen ein Gefühl der eigenen Bedeutungslosigkeit vermittelt.

Die sowjetische Ideologie erhebt das „Kollektiv" über den einzelnen. In den siebziger Jahren arbeiteten in unserem Moskauer *New York Times*-Büro zwei amerikanische und drei sowjetische Korrespondenten. Im Büro sprachen die Russen von der Arbeitsgruppe als



Reformer Abalkin
„Die Gesellschaft hat sich . . .

dem „Kollektiv", als sei das ein mystischer Begriff, der über die Bezeichnung der fünf Einzelwesen hinaus noch eine weitere Bedeutung habe.

Im russischen Leben vor der bolschewistischen Revolution, und ganz besonders in den ländlichen Gebieten, hatte die Bauernkommune eine überragende Bedeutung vor dem Individuum. Später prägte einer der Hohenpriester des sowjetischen Sozialismus, Wladimir Majakowski, den Begriff „Jediniza nul", zu übersetzen mit „Die einzelne Einheit ist Null" oder „Allein ist man nichts". In einem Gedicht schrieb er: „Was ist der einzelne? Wen geht er an? Sein Stimmchen ist dünn wie der Pfiff einer Maus." Denn: „Allein ist man töricht, allein ist man nichts."

Hotels und Restaurants sind darauf ausgerichtet, Gruppen zu bedienen, keine Einzelpersonen. In Moskau und Leningrad haben sich die besseren Touristenhotels mit dem Prinzip des Selbstbedienungsfrühstücks für Einzelpersonen angefreundet, doch eher typisch ist das Bergarbeiterhotel in Donezk in der Südukraine. Eines Morgens gingen Susan und ich in den Frühstücksraum, und eine Kellnerin sagte uns, es gebe kein Frühstück, obwohl sie dabei war, einen Tisch für 25 bis 30 Leute zu decken. Auf diesen Widerspruch wies ich sie hin.

„Ja, aber das ist für eine Gruppe", erklärte sie. „Sind Sie eine Gruppe?"

„Nun ja, wir sind drei Amerikaner", antwortete ich.

„Das ist doch keine Gruppe!" gab sie schnippisch zurück und ließ uns stehen.

Das Verhalten der Kellnerin verkörpert die Einstellung des sowjetischen Staates gegenüber Kunden ganz allgemein und auch das der sowjetischen Verkäufer gegenüber Käufern. Die sowjetische Wirtschaft ist eine Kommandowirtschaft, sie basiert nicht auf Nachfrage. Sie wird von und für Produzenten geleitet, nicht für Kunden.

Jahrzehntelang war der Maßstab für den Erfolg das Produktionsvolumen; Qualität oder Auswahl, die der Kunde vielleicht wünschen könnte, waren unerheblich. Millionen Tonnen Kartoffeln und anderes Gemüse verrotten auf



Reformer Jakowlew
. . . ans Schmarotzertum gewöhnt"

Feldern, in Waggons oder Lagerhallen, weil das sowjetische Verteilungssystem miserabel funktioniert und weil sich die Zentralpläne auf die Produktion beziehen und nicht auf die Lieferung an den Kunden. Millionen Paare Schuhe können produziert werden, doch sie bleiben in den Regalen liegen, weil die Qualität erbärmlich ist oder die Größen nicht passen. Auch hier rangiert das Interesse des Staates vor dem des Individuums.

Ausländer merken schnell, daß viele Kellner, Taxifahrer und Schalterbeamte in Intourist-Hotels desinteressierte, kleinliche Tyrannen sind. Meine eigenen Erfahrungen mit dieser Selbstherrlichkeit und Sturheit würden Bände füllen. Taxifahrer weigern sich, ein paar Häuserblocks von der normalen Route abzuweichen, nicht einmal für einen Aufschlag, wenn sie dazu keine Anweisung haben. Einmal, in Baku, ging ich zu einem Hotelschalter, weil ich dringend einen Zehnrubelschein wechseln mußte. „Ich wechsle kein Geld", gab der Hotelangestellte hochnäsig zurück.

Sowjetische Verkäufer behandeln ihre Kunden mit ähnlich arroganter Gleichgültigkeit. Es gibt einfach keine Dienstleistungskultur, keine Grußformel, mit der man den Kunden fragt: „Kann ich Ihnen behilflich sein", oder verabschiedet: „Vielen Dank, besuchen Sie uns wieder." Zum Teil entsteht diese Arroganz aus der Situation von Angebot und Nachfrage. Die chronische Warenknappheit macht die Sowjetunion zum Verkäufermarkt; der Käufer ist nichts als ein Bittsteller.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die Aversion der Kommunisten gegen Dienstleistungen. Vor dem Hintergrund der sozialen Gleichheit *bedient* man niemanden, denn damit wird der Bedienende auf eine niedrigere soziale Stufe gestellt. Das riecht zu sehr nach kapitalistischer Ausbeutung. Sowjetische Intellektuelle haben durchaus erkannt, wie scheinheilig diese Haltung in einem System ist, in dem staatliche Planer immer noch alle Entscheidungen an sich reißen und die Bürger in wirtschaftliche Knechtschaft abschieben. Der Witz, den ich in den siebziger Jahren hörte, kursiert immer noch: Was ist der Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus? – Kapitalismus ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Kommunismus ist das Gegenteil.



Wenn die Russen zu Recht für ihre Wärme innerhalb eines engen Freundeskreises und für ihre Großzügigkeit gegenüber Gästen bekannt sind, so zeigen sie doch oft einen aggressiven, grobschlächtigen Haß auf Menschen außerhalb dieses Kreises; den natürlichen Nährboden für diese Haltung liefert der chronische Ärger, den die mißlichen Umstände erzeugen. Das russische Volk hat lange Zeit gelitten und kann Schmerzen auch ertragen, solange allen klar ist, daß es den anderen genauso ergeht. Doch wenn es jemandem besser geht, und sei es durch ehrliche Arbeit, dann kann der kollektive Neid gewaltig werden.

Auf meinen Reisen kam ich zu der Auffassung, daß die große Masse der Sowjetbevölkerung Protagonisten des-

Den Laserdruckern seiner Klasse eine I.D. voraus.

Die NEC Silentwriter2 S60 und S60P mit der Intelligenten Druckersteuerung.

Das Gehirn eines Laserdruckers ist der Controller. Er ist wesentlich daran beteiligt, wie effizient Ihr Drucker arbeitet. Deshalb hat NEC jetzt einen ganz neuen Controller entwickelt: die Intelligente Druckersteuerung, kurz I.D. Sie läßt den S60 Erstaunliches leisten:

Mit 6 Seiten/min gehört er zu den Schnellsten seiner Klasse. Seine 8 eingebauten und mehr als 70 optionalen Fonts bieten unbegrenzte Gestaltungsfreiheit. Sein 1,5 MB-Speicher macht auch mit Ganzseitengrafik kurzen Prozeß. Ultrafine-Toning und Density Control produzieren höchste Qualität. Und mit seiner neuen Technik verarbeitet er Etiketten, Folien und Kuverts ebenso mühelos wie Umweltschutzpapier.

Welche Ideen wir im S60 noch realisiert haben, wie komfortabel und überraschend preisgünstig er ist und was sein Bruder – der PostScript-Drucker S60P – alles kann, zeigt Ihnen gerne Ihr NEC Händler.

Option: Face Up-Ablage

Weitere Informationen erhalten Sie von NEC Deutschland GmbH, Klausenburger Strasse 4, 8000 München 80, Tel.: 089/905009-33 oder Ihrer nächstgelegenen NEC Geschäftsstelle.

Sag ja zu NEC.

NEC Geschäftsstellen:
1000 Berlin 15, Tel.: 030/881031
2000 Hamburg 76, Tel.: 040/227124-0
3000 Hannover 51, Tel.: 0511/90195-0
4000 Düsseldorf 30, Tel.: 0211/4177-0
6000 Frankfurt 71, Tel.: 069/669012-0
7000 Stuttgart 80, Tel.: 0711/728730-0
8000 München 81, Tel.: 089/93092-252, 253



sen sind, was ich als die Kultur des Neides bezeichnen möchte. In dieser Kultur hat bereits unter den Zaren eine zerstörerische Feindseligkeit im tiefsitzenden Kollektivismus des russischen Lebens Wurzeln gefaßt, die dann durch die leninistische Ideologie noch verstärkt wurde. Jetzt ist sie unter der Unbill des täglichen Lebens ranzig geworden.

Mein Chauffeur, Wolodja Konoplanikow, war Reparaturarbeiter bei einer staatlichen Optikfabrik, die hochwertige optische Linsen für das sowjetische Weltraumprogramm herstellt. „Jeder weiß", schimpfte er eines Tages, „daß es nichts zu kaufen gibt. Ich will einen Trainingsanzug. Ich kriege einfach keinen. Ehrlich! Alles ist knapp, Zucker, Seife, Tee, Schuhe. So ein mächtiges Land, und man hat Mühe, Schuhe zu kaufen. Ist es wirklich wahr, daß wir, in diesem riesigen Land, nicht genug Leder haben für Schuhe? Es ist eine Schande."

Dann richtete Wolodja seinen Zorn gegen die Elite, die Oberen Zehntausend oder wie die Russen sagen, die „Werchuschka".

„Die Leute sehen doch, wie die Werchuschka lebt – nicht nur eine Datscha, nein, gleich zwei!" ereiferte er sich. „Alle möglichen Medikamente. Wir bekommen solche Medikamente nicht. Aber *die* kriegen sie aus dem Westen. Warum besorgen sie das nicht für alle? Meine Küche ist gerade mal zwei Quadratmeter groß. Wie ein Wandschrank. Wenn man zu zweit drin ist, kann man sich nicht mal umdrehen. Aber die – die kriegen Drei-, Vierzimmerwohnungen mit Küchen, die dreimal so groß sind wie meine."

Die herrschende Klasse in der Sowjetunion, mit ihren Limousinen, Luxusartikeln und Landhäusern ist eine natürliche Zielscheibe für den Haß des kleinen Mannes. Doch wirklich bedrohlich für Gorbatschows Reformen ist die Tatsache, daß diese Wut, dieser Neid der einfachen Menschen sich oft gegen jeden richtet, der sich über die Massen erhebt – gegen jeden, der härter arbeitet, vorankommt und besser dasteht, selbst wenn er es sich auf ehrliche Weise verdient hat.

Diese Feindseligkeit ist eine ernsthafte Gefahr für die neuen Unternehmer, die Gorbatschow heranzuziehen versucht. Sie verhindert selbst zaghafte Initiativen einzelner Arbeiter in der Fabrik oder auf dem Lande. Sie läßt die überwiegende Mehrheit in der Unbeweglichkeit, in der Konformität zur Gruppe, erstarren.

Von Walentin Bereschkow, einem ehemaligen sowjetischen Diplomaten, erfuhr ich von einem Bauern außerhalb von Moskau, dem benachbarte Bauern die Pferde und seine paar Kühe freigelassen und die Scheune in Brand gesetzt hatten, weil sie neidisch auf seinen bescheidenen Erfolg waren.

Die sowjetische Presse ist voller Geschichten von Übergriffen auf privat betriebene Restaurants und andere kleine Geschäfte, und zwar von Menschen, die es nicht mitansehen können, daß andere es zu etwas bringen.

Derartige Feindseligkeiten zeugen natürlich vom mächtigen Einfluß jahrzehntelanger leninistischer Indoktrination. Für die große Mehrheit der Sowjetbürger ist Kapitalismus nach wie vor ein schmutziges Wort, und die Tatsache, daß jemand mehr verdient, mehr bekommt, verletzt das egalitäre Ideal des Sozialismus. Millionen von Russen hegen tiefes Mißtrauen gegen den Markt, fürchten, betrogen und übervorteilt zu werden. Für sie ist das Streben nach Gewinn unmoralisch.

Schließlich hatte Lenin 1918 geschrieben: „Für uns ist das Land Allgemeineigentum. Doch wenn ich ein Stück für mich selbst nehme, doppelt soviel Getreide anbaue, wie ich brauche, und den Überfluß mit Gewinn verkaufe, verhalte ich mich dann wirklich wie ein Kommunist? Nein. Ich verhalte mich wie ein Ausbeuter, wie ein Eigentümer." Diese Denkstruktur ist tief verwurzelt.



Krokodil, Moskau

„Ihr habt doch gestern eure Prämie bekommen. Was ist denn noch?"

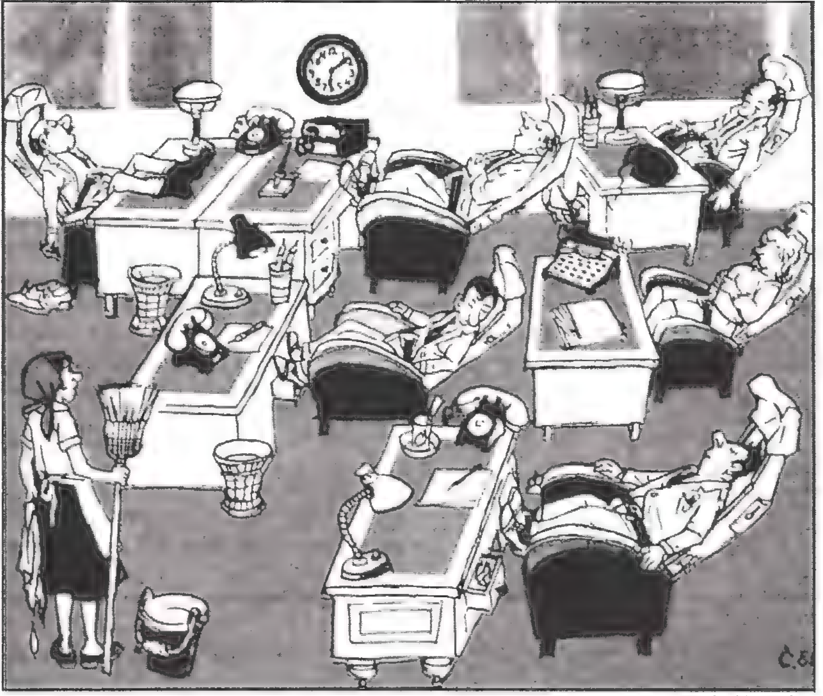
Doch es ist mehr als nur Ideologie im Spiel. Es sind kollektive und Klasseninstinkte, entstanden in den ländlichen Gebieten des vorrevolutionären Rußland, tief verwurzelt in der Psyche der Bauern und oft vom Bauernhof zur Fabrik getragen, als die Landarbeiter in die großen Städte zogen. Diese Feindseligkeit gegenüber denen, die sich über die Masse hinaus erheben, spiegelt die kollektive Ethik der „Obschtschina" wider, der Kommune der Dorfbewohner, die zur Zeit der Zaren in kleinen Hütten lebten, eng beieinander.

Als 1861 die Leibeigenschaft abgeschafft wurde, schlossen sich die Landarbeiter zusammen und bearbeiteten das Land gemeinsam. Die Bauernkommune teilte jeder Familie ein Stück Land zu, in verschiedenen Gebieten, manche direkt am Dorfrand, andere weiter weg beim Wald, und immer so verteilt, daß jede Familie ein Stück gutes Land hatte und ein Stück weniger gutes. Die Obschtschina setzte fest, wann gepflanzt und geerntet wurde, und oft auch, wie sie alle die Felder zu bearbeiten hatten. Die Dorfbewohner gewöhnten sich an ein gemeinsames Schicksal. Und sie reagierten mißtrauisch, wenn jemand versuchte, besser zu sein als die anderen.

Auf meinen Reisen habe ich immer wieder von den Dorfbewohnern gehört: Denk dran, der höchste Grashalm wird als erstes von der Sense niedergemäht. Also versuche nicht, dich über die Menge zu erheben, über das Kollektiv. Felicity Barringer, ehemalige *New York Times*-Korrespondentin in Moskau,

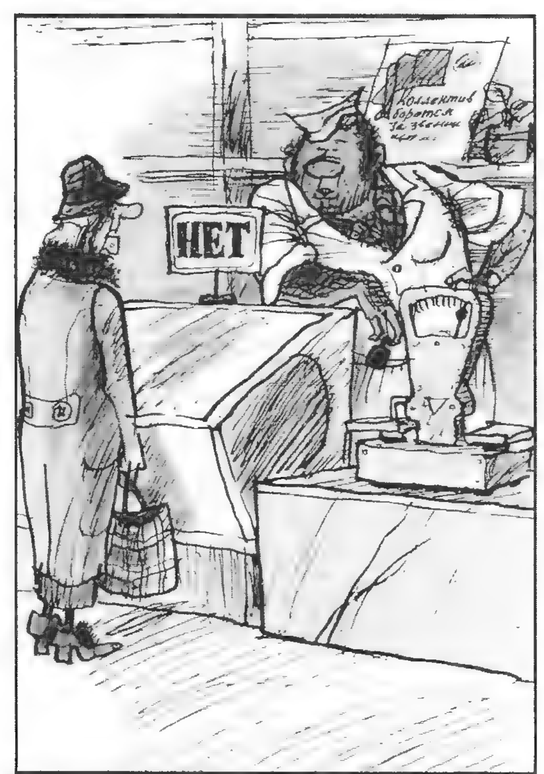
brachte dieses Gefühl auf den Punkt: „In Amerika ist es eine Sünde, wenn man zu den Verlierern zählt, doch wenn es eine Sünde in der Sowjetunion gibt, dann die, daß man ein Gewinner ist.“

Dmitrij Sacharow, Moderator der Freitags ausgestrahlten Fernsehshow „Wsgljad“, meinte: „Wenn ein Amerikaner im Westen jemanden mit einem blitzblanken neuen Auto im Fernsehen sieht, denkt er: ‚Oh, vielleicht hab' ich so etwas eines Tages auch mal.‘ Aber wenn ein Russe dasselbe sieht, denkt er: ‚Dieser Idiot mit seinem Auto. Ich könnt' ihn umbringen, weil es ihm bessergeht als mir.‘ Wenn Russen eine Kooperative sehen, in der die Leute viel Geld verdienen, fragen sie ärgerlich: ‚Warum machen diese Leute so viel Geld?‘ Anstatt sich zu bemühen, ihr eigenes Einkommen zu erhöhen, wollen sie lieber die Kooperative schließen.“



Krokodil, Moskau

„Werte Genossen, lösen Sie Ihre Sitzgurte und sitzen Sie aufrecht – der Arbeitstag ist zu Ende.“



Krokodil, Moskau

„Was gibt es denn nicht?“ – „Was gebraucht wird, gibt es nicht!“

Eine andere Version derselben Geschichte hörte ich von Anatolij Sobtschak, einem reformorientierten Abgeordneten des Obersten Sowjets, seit Mai 1990 Oberbürgermeister von Leningrad. „Unsere Menschen können nicht mitansehen, wenn jemand anderes mehr verdient als sie selbst“, sagte er. „Unsere Menschen wollen, daß das Geld gleichmäßig verteilt wird, egal, ob das nun Reichtum oder Armut bedeutet. Sie sind so neidisch auf andere Menschen, daß sie notfalls sogar wollen, daß es anderen schlechter geht, nur damit alles gleichbleibt.

„Es gibt eine Geschichte, die diesen Charakterzug beschreibt. Gott kommt eines Tages zu einem russischen Bauern und stellt ihm einen Wunsch frei. ‚Aber denk dran‘, sagt Gott, ‚was ich auch für dich tue – für deinen Nachbarn werde ich zweimal soviel tun wie für dich.‘ Der Bauer ist mit seiner Weisheit am Ende, denn er kann den Gedanken nicht ertragen, daß es seinem Nachbarn so viel besser gehen wird, egal wie gut es ihm selbst dann geht. Schließlich kommt ihm eine Idee, und er sagt zu Gott: ‚Reiß mir ein Auge raus.‘“

Ich war wie vor den Kopf geschlagen von der Tragweite dieser schrecklichen Geschichte, die ich später in verschiedenen Variationen von anderen hörte. „Und diese Haltung zu ändern ist der härteste Teil unserer Wirtschaftsreform“, resümierte Sobtschak. „Diese intolerante Haltung gegenüber anderen, die mehr Geld verdienen, egal warum, egal ob sie härter arbeiten, länger oder besser – diese Haltung blokkiert die Wirtschaftsreform in den Kolchosen und Sowchosen. Die Bauern zerstören tatsächlich die Maschinen und Scheunen von anderen Bauern, die ihr eigenes Land bearbeiten wollen, um ein besseres Einkommen zu haben.“

Dieses Streben danach, das Schicksal aller gleichzumachen, das Unglück zu teilen und lieber Kummer zu verbreiten, als jemanden vorwärtskommen zu lassen, nannte der radikale Reformökonom Nikolai Schmeljow das Syndrom der „gleichen Armut für alle“. Der „blinde, verzehrende Neid auf den Erfolg des Nachbarn habe sich zur stärksten Bremse der Perestroika entwikkelt“, sagte Schmeljow auf dem dritten Volksdeputiertenkongreß. „Wenn es uns nicht wenigstens gelingt, diesen Neid zu ersticken, wird der Erfolg der Perestroika immer in Gefahr sein.“

Kein Geringerer als Gorbatschow selbst griff dieses Thema auf. Im April 1990 reiste er durchs Land, versuchte, die Öffentlichkeit für eine neue Phase der Wirtschaftsreform zu gewinnen, tadelte die sowjetischen Arbeiter dafür, daß sie sich Lohnreformen widersetzten, die gute Arbeit honorieren. Ganz besonders warnte er davor, daß die Kultur des Neides jeden Funken Initiative und Wagemut ersticken und Hoffnungen auf echten wirtschaftlichen Fortschritt zunichte machen würde.

„Wenn wir dieses törichte System der Lohnnivellierung nicht durchbrechen“, erklärte er, „werden wir alles Leben in unserem Volk zerstören. Wir werden daran ersticken.“

Im nächsten Heft

Mißwirtschaft auf dem Lande – Milchkühe mit Haken – Die Angst der Bauern vor dem Eigentum

„Bis zum letzten Mann“

Tödliche Entscheidung am Golf: Den gewaltigsten konventionellen Luftangriff der Kriegsgeschichte beantwortete Bagdads Diktator Saddam Hussein mit einem Raketenschlag gegen Israel. Trotz imposanter Anfangserfolge war US-Präsident George Bush in Gefahr, den Frieden, für den er zu kämpfen vorgibt, zu verspielen.

Der Schlag, der den Durchhaltewillen des Gegners möglichst in den ersten Stunden des Kampfes brechen sollte, war von denen, die ihn planten, als „gewaltsamster Tag der Geschichte der Kriegführung“ angekündigt worden. Amerikanische Streitkräfte und ihre Allianzpartner sorgten dafür, daß aus der Prophezeiung Wirklichkeit wurde:

Am 17. Januar 1991 trugen Kampfflugzeuge und Lenkwaffen der Verbündeten bei 1300 Einsätzen binnen 20 Stunden 18 000 Tonnen Sprengstoff gegen vorherbestimmte Ziele im Reiche Saddam Husseins. Am 13. Februar 1945, dem ersten Tag des Feuersturms von Dresden, hatten 773 Flugzeuge der Royal Air Force die sächsische Stadt mit 2659 Tonnen Sprengstoff bombardiert. Am 18. Dezember 1972, dem Auftakt zu den schwersten Luftangriffen des Vietnamkriegs, hatten 500 amerikanische Bomber auf Befehl von Präsident Richard Nixon ihre Last von 3300 Tonnen über den Städten Hanoi und Haiphong abgeworfen.

„Die Befreiung Kuweits hat begonnen“, verkündete am Mittwoch abend voriger Woche Marlin Fitzwater, der Pressesprecher des Weißen Hauses. Mit ähnlich knappen Worten hatte 1944 der alliierte Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower am Tag der Landung seiner Invasionsarmee in der Normandie die „Befreiung Europas“ bekanntgemacht.

So gewaltig war der Bombenhagel, daß viele technikversessene Amerikaner die Schlacht um das Ölemirat schon nach der ersten Nacht entschieden wähnten. Aber Operation Desert Storm, der Krieg der High-Tech-Macht Amerika gegen den Dritte-Welt-Staat Irak, lief gerade einen halben Tag, da bereitete Präsident Bush die Nation, die im ersten Siegestaumel jubilierte, am frühen Donnerstag morgen auf bittere Neuigkeiten vor: Es werde „Rückschläge“ geben beim Kampf gegen den Despoten von Bagdad.



Flugabwehrfeuer, Leuchtspurgeschosse über Bagdad: „Die Befreiung Kuweits hat begonnen“


Amerikanische F-18 vor dem Start
„Hart und schnell"


Britisches Tornado-Geschwader: „Überraschung gelungen"


Amerikanischer Phantom-Pilot
„Kein zweites Vietnam"

Die Mahnungen sollten den überschäumenden Optimismus dämpfen, der sich nach den schier unglaublich klingenden Sondermeldungen der ersten zwölf Kriegsstunden überall im Land verbreitet hatte. David Hackworth, hochdekorierter Kriegsheld der Feldzüge in Korea und Vietnam, tönte bereits von einem neuen Rekord, dem „Sechs-Minuten-Krieg".

Auf die Begeisterung folgte jähe Ernüchterung. Fast exakt 24 Stunden nach dem ersten Angriff der Amerikaner und ihrer Verbündeten, während derer der Irak sich kaum zur Wehr gesetzt hatte, drohte der Konflikt eine fatale Wende zu nehmen: Die Schutzmasken in der Hand, berichteten TV-Reporter live aus Israel von schweren Explosionen, von landesweitem Chemiewaffen-Alarm.

Wenig später jagten auf dem ausgedehnten Luftwaffenstützpunkt Dhahran in der saudischen Wüste Abwehrraketen in den nachtschwarzen Himmel. Der Irak hatte, wie amerikanische Frühwarnsatelliten eindeutig bestätigten, die beiden wichtigsten US-Alliierten im Nahen Osten – Israel und Saudi-Arabien – mit einer Salve von Scud-Raketen angegriffen.

Das Wüsten-Königreich, von Washingtons modernstem Abwehrsystem „Patriot" geschützt, meldete keine Einschläge. In Israel aber gingen acht Scud-Raketen nieder – in Haifa, in Tel Aviv, aber auch im vorwiegend palästinensischen Ramallah.

Am Samstag morgen folgte ein zweiter Schlag der Iraker. Und obwohl auch diesmal die mächtigen Sprengköpfe Gebäude in Tel Aviv verwüsteten, wurden nur relativ wenige Menschen verletzt. In hektischen Telefonaten versuchte US-Außenminister James Baker, Israel von einem Vergeltungsschlag abzuhalten. Denn das mußte den Kriegsplan der Amerikaner von Grund auf verändern: Es ging dann nicht mehr um die Befreiung Kuweits, der Ausbruch des vierten israelisch-arabischen Krieges stand unmittelbar bevor.

Angesichts des geringen Schadens hatte Premier Jizchak Schamir zwar zunächst versprochen, Israel werde stillhalten, solange Bagdad seine Angriffe nicht wiederhole und dann womöglich doch noch C-Waffen einsetze.

Diese Gefahr war am Wochenende dramatisch gestiegen. Zwar hatten die Amerikaner unverzüglich Kampfflugzeuge auf die Jagd nach Saddams versteckten, mobilen Abschußrampen geschickt. Aber das Pentagon hielt das Raketenrisiko nicht für gebannt. Jerusalems Geheimdienst berichtete von weiteren Scud-Geschossen.

Der amerikanische Oberbefehlshaber Norman Schwarzkopf gestand ein, daß diese Raketen so schwer zu finden seien „wie die Nadel im Heuhaufen".

Gerade diese bedrohliche Zuspitzung, von Saddam Hussein als Rache für einen US-Angriff angedroht, hatten die Pentagon-Planer in der Nacht zum Donnerstag mit ihrem gigantischen Erstschlag verhindern wollen. „Uns scheint eine taktische Überraschung gelungen zu sein", freute sich Stunden nach Kriegsausbruch Stabschef Colin Powell, der strategische Kopf des amerikanischen Militäreinsatzes am Golf. Immer wieder hatten Pentagon-Sprecher nach den schweren Luftangriffen der ersten Kriegsnacht versichert, Bagdads Raketen seien weitgehend zerstört worden.

Bang hatte die amerikanische Öffentlichkeit und mit ihr die ganze Welt auf den Ausbruch des Kampfes gewartet, der nach dem Scheitern der Diplomatie und dem Auslaufen des Uno-Ultimatums am Dienstag vergangener Woche um Mitternacht New Yorker Zeit unvermeidlich schien.

Die Art, wie er ausbrach, war beispiellos in der jüngeren Geschichte. Ihm sei kein Fall bekannt, wunderte sich der Kongreßabgeordnete Les Aspin, in dem ein Krieg so lange im voraus mit einem festen Datum angekündigt worden sei. Fast ein halbes Jahr Vorwarnzeit hätte dem Aggressor reichen können, seine Gewalttat zu korrigieren; Zeit genug auch für die Weltkoalition, eine politische und moralische Debatte über die Rechtmäßigkeit des Kriegs um Kuweit zu füh-

Schlachtenlenker am Joystick

Elektronische Kriegführung am Golf

Das sei nicht sein Ding, sagt General Colin Powell, Generalstabschef der US-Streitkräfte, „nachts herumzusitzen und über die Lektionen aus dem Vietnamkrieg nachzugrübeln".

Der Dschungelkrieg in Vietnam mit seinen Bombenteppichen und Napalm-Schrecken – das war in den Augen der Golfkrieg-Strategen die letzte Schlacht, die noch nach den Spielregeln und mit den Waffensystemen des Zweiten Weltkriegs ausgefochten wurde. Was sich dagegen, Welle um Welle, am Nachthimmel über dem Irak abspielte, eröffnet eine neue Ära der Kriegführung, für die der Sammelbegriff schon gefunden ist: High-Tech-War.

Nicht mehr von Feuerwalzen und Flächenbombardements ist da die Rede, sondern von „chirurgischen Schnitten" und „intelligenten" Waffensystemen, die nach dem Prinzip „fire and forget" funktionieren; von „pinpoint accuracy" (punktgenauer Treffsicherheit) und „Schlachten-Management in Echtzeit" – Kradmelder und das Kurbeln am Feldtelefon sind so passé wie die Spezies der Meldehunde.

Zum elektronischen Rüstzeug dieser neuen Kriegsmaschinerie gehören Dutzende von erdumkreisenden Satelliten und eine beispiellose Ballung von Kommunikations- und Computertechnik, alles in den letzten vier Jahrzehnten entwickelt, um der zahlenmäßigen Übermacht des Ostblocks Paroli zu bieten. Dazu gehören die wie ungreifbare Schatten dahinhuschenden Stealth-Bomber, die kein Radarauge wahrnimmt.

Und in zwölf Kilometer Höhe über dem elektronischen Kriegsgetümmel ziehen die „fliegenden Feldherrenhügel", die Kommandostationen vom Typ E-3A „Awacs"; in ihnen sitzen Stabsoffiziere vor Dutzenden von Computer-Konsolen, um den Fortgang der Attacken aus der Luft zu steuern und zu koordinieren – „fast so, als ob sie eine Art tödliches Videospiel vollführen", wie die *International Herald Tribune* schrieb.

Fünf Monate lang hatten die alliierten Streitkräfte unter dem Oberbefehl der Amerikaner diesen hochtechnisierten Waffengang vorbereiten können. Mit Satellitenhilfe wurden Quadratmeter für Quadratmeter irakischer Zielgebiete kartografiert und für die automatischen Anflugsysteme in Marschflugkörpern und Jagdbombern aufbereitet. Mit Spähflugzeugen und Satelliten wurden Standorte und Radarfrequenzen der irakischen Luftabwehr erkundet. Als dann der Angriff rollte, ließen elektronische Verwirrspiele die irakische Luftabwehr erblinden.

Das Satelliten-Navigationssystem GPS der Amerikaner, gestützt auf die Funksignale von 15 Satelliten, machte die Angreifer von Bodensicht und Geländenavigation unabhängig: Bordcomputer steuerten die Flugzeugschwärme bei mondloser Nacht praktisch im Blindflug metergenau zu ihren Zielen. Aus 100 Kilometer Entfernung abgefeuerte „Harm"-Raketen schließlich drehten die Radarabwehr der Angegriffenen gleichsam gegen sich selbst: Auf dem zum Aufspüren anfliegender Feinde ausgesendeten Radarstrahl ritten die Harm-Projektile in die Strahlenquelle, die irakische Radarbatterie, und löschten sie aus.

Im Gegensatz zu den Irakern, die bei schlechten Sichtbedingungen und des Nachts wie gelähmt am Boden saßen, verfügen die Alliierten, zum Beispiel in ihren F-15E-Jagdbombern, über sogenannte Lantirn-Nachtanfluggeräte und hochauflösende Radars (APG-70), die es den Piloten erlauben, Ziele auf 20 Kilometer Entfernung bei Dunkelheit und durch Rauchwolken hindurch mit einer Genauigkeit von 15 bis 30 Metern anzupeilen.

Spezielle Nachtsichtgeräte („Katzenaugen") ermöglichen es, in klaren Nächten in einem Umkreis von zwölf Kilometern das Terrain wahrzunehmen, als sei lichter Tag; auf diese Weise konnten US-Piloten mit A-6-Erdkampfflugzeugen im nächtlichen Tiefflug Bodenziele ansteuern, von der irakischen Radarabwehr unbemerkt.

Auf einem Bildschirm im Cockpit sehen die F-15E-Piloten eine geographische Karte eingespielt, die ihnen den Weg der geringsten Gefährdung durch irakische Radar- und Flugabwehrstellungen weist. Die Informationen für die entsprechende Software („improved many on many programs", Imom) beschafften sich die Amerikaner auf Umwegen beim Feind: Bei den französischen, sowjetischen oder auch deutschen Lieferanten des irakischen Kriegsgeräts zogen sie Erkundigungen über die technischen Einzelheiten ein und fütterten diese, kombiniert mit den Standortangaben ihrer Luftaufklärung, in die Programme.

Fast antiquiert muteten da die achtstrahligen B-52-Bomber an, Veteranen aus dem Vietnamkrieg, auf Archivfotos meist als voluminöse Lastenträger zu sehen, aus deren Abwurfschächten jeweils Dutzende von zentnerschweren Sprengbomben zu Boden taumeln. Diesmal, am Golf, führten sie außer der traditionellen Bombenlast die jüngste Generation von, wie die Kriegstechniker sagen, „smarten" Raketen mit: „Have Nap"-Projektile (Pilotenjargon: „Popeye"), knapp fünf Meter lang, die wahlweise von Fernsehkameras oder Infrarotsensoren ins Ziel gesteuert werden.

Die eingebaute Kamera, in Verbindung mit einer Trägheitsnavigation, erlaubt es, bei Bedarf die Raketen auch von einem Steuerpult im Flugzeug ins Ziel zu lenken; die Waffenoffiziere an Bord der B-52-Bomber, die dieses Geschäft besorgen, finden nichts dabei, für den Steuerhebel die Bezeichnung „Joystick" zu verwenden. Viele der im Golfkrieg erstmals eingesetzten

„Tomahawk"-Marschflugkörper im Golfkrieg*
„Dollar gut investiert"

* Abschuß vom US-Schlachtschiff „Wisconsin".

Waffen waren zuvor noch kaum ausgetestet und deshalb von US-Strategen als mögliche Unsicherheitsfaktoren beargwöhnt worden.

Das galt vor allem für jenes Waffensystem, das im Irak die erste Angriffswelle bestritt: 106 Marschflugkörper („Cruise Missiles") vom Typ Tomahawk waren in der Nacht zum Donnerstag von Schlachtschiffen, Kreuzern und Flugzeugträgern gestartet und auf strategisch besonders wichtige Ziele im Irak gelenkt worden. Die Cruise Missiles, so das Resümee im Pentagon, „verursachten große Schäden, und das bei kleinem oder völlig ohne Risiko für amerikanische Soldaten". General Powell zeigte sich „höchst erfreut".

Die Marschflugkörper, elektronisch hochgezüchtete Nachfahren der deutschen Weltkrieg-II-Wunderwaffe „V-1", erwiesen sich als besonders wirkungsvolle Waffen im ferngesteuerten Krieg. Fünfeinhalb Meter lang, mit einem Höhen- und Seitenruder am hinteren Ende sowie einem zierlichen Turbofan-Triebwerk, das die Lenkwaffe im jetgleichen Flug antreibt, kann jede dieser Waffen mit einem einzigen konventionellen Sprengkopf von 450 Kilogramm ein Beton-Hochhaus zerstören.

Drei verschiedene Lenksysteme helfen den Cruise Missiles über eine Entfernung von rund 1000 Kilometern ins Ziel. Zuerst gibt ein Trägheitsnavigationssystem in Verbindung mit dem Bordcomputer, dem die Start- und Zielkoordinaten eingegeben wurden, die Flugrichtung an.

Sobald die Cruise Missiles das Festland erreichen, übernimmt das Radarsystem „Tercom" („terrain contour matching") die Mission: Es vergleicht das ständig wechselnde Relief der überflogenen Hügel und Täler mit einem vorher eingespeicherten Radarprofil der Marschflugroute.

Den Endanflug des Projektils, das in Baumwipfelhöhe dahinhuschen und zickzack fliegen kann, lenkt das sogenannte digitale Bilderkennungssystem DSMAC: Eine Kombination aus Kamera und Rechner vergleicht während dieser letzten Flugminuten die überflogene Umgebung mit vorher eingespeisten Bilddaten des Zielgebietes.

Rund 3000 solcher Marschflugkörper hat die U.S. Navy bisher angeschafft, einige hundert wurden letzte Woche in Richtung Irak verfeuert, das Stück zum Preis von einer Million Dollar. „Das kostet 'ne Menge Geld", meinte am Donnerstag letzter Woche der demokratische US-Senator Sam Nunn, Vorsitzender des amerikanischen Streitkräfte-Ausschusses. „Aber wenn man bedenkt, wie viele kostbare Menschenleben dadurch gerettet werden, sind die Dollar gut investiert."



Angriff auf Bagdad*: „Ziel erreicht"

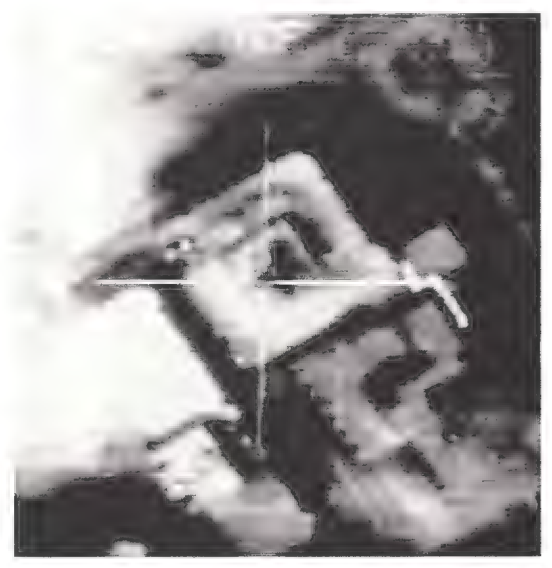
Doch mit dem zeitlichen Abstand zum Gewaltakt des Irakers wich die anfänglich weltweite Empörung einer zunehmenden Angst von den Kosten des Kriegs.

Militärstrategen alarmierten die Öffentlichkeit mit Planspielen und apokalyptischen Szenarien. US-Offiziere vertieften sich in das Studium von Rommels Afrika-Feldzug. Statistiker erstellten makabre Verlustberechnungen – von einigen hundert bis zu 50 000 gefallenen US-Soldaten reichten die Schätzungen.

Unvermeidlich schien, daß die über 690 000 Soldaten der internationalen Hilfstruppe, 450 000 von ihnen aus den USA, schon in den ersten Stunden einer Offensive schwere Verluste würden hinnehmen müssen. Tief gestaffelt hatten sich Bagdads Divisionen, viele von ihnen im acht Jahre langen Krieg gegen den Nachbarn Iran erprobt, an Kuweits Grenzen verschanzt. Zu Hunderten standen überall im besetzten Emirat wie im irakischen Kernland Saddams gefürchtete Luftabwehrraketen – angeblich bereit, der alliierten Offensive eine blutige Abfuhr zu erteilen.

Doch dann lief alles streng nach amerikanischem Drehbuch, fast ungehindert konnten die Kampfmaschinen in den feindlichen Luftraum eindringen.

Elektronische Störflugzeuge der Amerikaner hatten den Funkverkehr der Iraker nahezu vollständig gelähmt. Warnmeldungen erreichten die irakischen Jagdflieger-Geschwader und Abwehrbatterien nicht mehr, Einsatzbefehle gingen im elektromagnetischen Störfeuer verloren. Am Mittwoch vori-



Irakische Luftwaffenzentrale im Fadenkreuz*
„Positiv identifiziert"

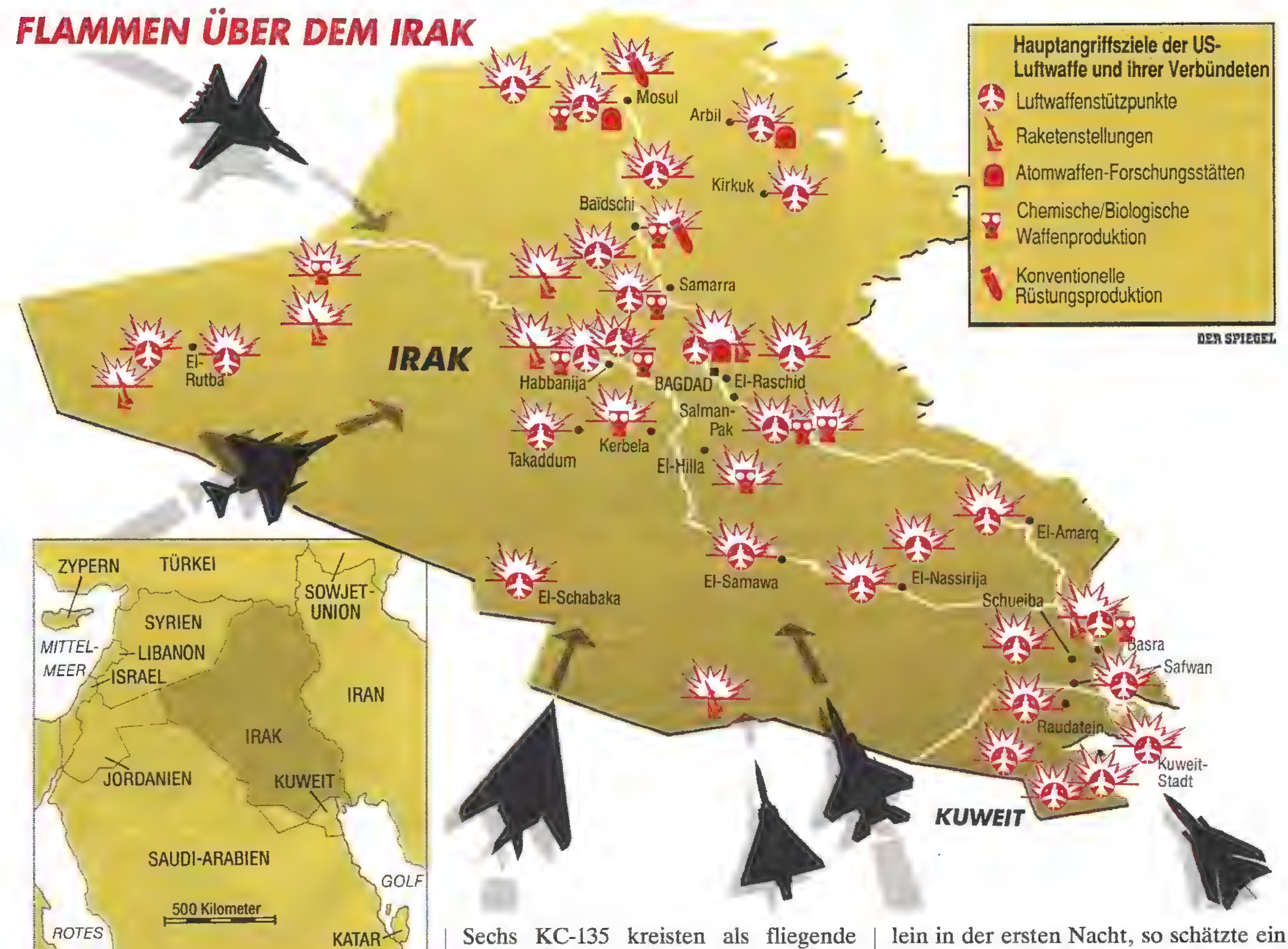
ren. Selten schien es bessere Gründe zu geben: hier ein unberechenbarer Diktator mit einem erschreckenden Arsenal an Massenvernichtungswaffen, der schon einmal, im Kampf gegen den Iran, seinen Drang nach größerem Lebensraum bewiesen hatte und – einmalig in der Geschichte der Vereinten Nationen – am 2. August 1990 ein souveränes Mitglied der Weltgemeinschaft auszulöschen versuchte; dort eine Koalition von 28 Staaten unter Führung der USA, die sich ein völkerrechtlich einwandfreies Mandat zur Befreiung des annektierten Kuweit hatten geben lassen.

Keine der Rechtfertigungen, mit denen Saddam Hussein seinen Überfall im nachhinein verteidigte, erwies sich als stichhaltig: Sein historischer Anspruch auf das „Kunstgebilde" Kuweit schien kaum besser begründet als etwa ein vergleichbarer Anspruch Frankreichs oder Deutschlands auf den Kleinstaat Luxemburg.

Seine Behauptung, Kuweit besetzt zu haben, um die Reichtümer des Emirats unter die Armen zu bringen, war eine zynische Lüge: Irak besitzt selber mehr Öl als Kuweit und wäre reich genug, wenn der Diktator nicht die Wirtschaftsressourcen in seine Kriegsmaschine gepumpt hätte.

Noch kühner war sein propagandistischer Coup, den Raub Kuweits als Beitrag zur Befreiung Palästinas auszugeben – die Idee fiel Saddam Hussein erst zehn Tage nach seiner Invasion ein, als er merkte, daß er die Reaktion der Weltgemeinschaft falsch eingeschätzt hatte.

* Videoaufnahmen aus dem Cockpit eines amerikanischen Stealth-Bombers.



ger Woche, genau acht Stunden nach Ablauf des Ultimatums, hatte Außenminister James Baker Saudi-Arabiens Botschafter in den USA, Prinz Bandar Ibn Sultan, im State Department eröffnet, Washington wolle binnen zehn Stunden angreifen. Noch in Bakers Amtszimmer gab der Botschafter telefonisch König Fahd das vereinbarte Stichwort durch. Mit dem festgelegten Antwort-Code billigte der Monarch den Befehl zur Offensive.

Erstmals kreuzten an diesem Tag gleich zwei amerikanische Flugzeugträger in dem für derartige Dickschiffe eher ungeeigneten Persischen Golf; vor Wochen hatten Navy-Offiziere einen solchen Aufmarsch als sicheres Anzeichen für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff genannt. Zugleich waren überschwere B-52-Bomber vom Diego-Garcia-Atoll im Indischen Ozean an den Golf verlegt worden.

Zehn Minuten vor ein Uhr hoben die ersten von 48 F-15E-Jagdbombern von einer Rollbahn in der saudiarabischen Wüste ab. Wenig später starteten fünf Awacs-Frühwarnflugzeuge und suchten Iraks Luftraum nach feindlichen Jets ab.

Sechs KC-135 kreisten als fliegende Tankstellen in mehreren tausend Metern Höhe. Von Radargeräten kaum zu entdeckende Stealth-Flugzeuge des Typs F-117A verließen geheimgehaltene Stützpunkte. Auf den Flugzeugträgern, vier weitere kreuzten im Roten Meer, erhielten A-6-Bomber und FA-18-Jagdbomber die Startfreigabe.

Etwa zu der gleichen Zeit zündeten auf den Weltkrieg-II-Schlachtschiffen „Wisconsin“ und „Missouri“ die Antriebsaggregate der ersten von insgesamt 106 „Tomahawk“-Cruise-Missiles, die im Tiefstflug besonders gut geschützte Ziele im Irak zerstören sollten, darunter Saddams Palast und das Verteidigungsministerium in Bagdad.

Gegen 1.30 Uhr verließen 60 Spezialflugzeuge zur Radarbekämpfung, F-4G „Wild Weasel“ und EF-111A „Raven“, ihre Einsatzflughäfen, um mit „Harm“-Antiradarraketen die Suchgeräte der irakischen Luftverteidigung auszuschalten. Eine halbe Stunde darauf schlossen sich 150 F-15C-Kampfflugzeuge und Tornado-Jagdbomber der Königlichen Luftwaffen Saudi-Arabiens und Großbritanniens der ersten Angriffsstaffel an.

Von da an trugen Bomber-Staffeln, Welle um Welle, ein ungeheures Vernichtungspotential gegen den Feind. Allein in der ersten Nacht, so schätzte ein pensionierter US-General, sei die anderthalbfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe über Kuweit und dem Irak abgeworfen worden.

Der britische Luftwaffen-Commodore Ian Macfadyen deklamierte nach den Bombardierungen feierlich Shakespeares Heinrich V.: „Und Edelleut in England, jetzt im Bett, verfluchen einst, daß sie nicht hiergewesen.“

Wie ein Wunder kam es selbst Stabsoffizieren vor, daß anscheinend fast ausschließlich die vorgesehenen Ziele getroffen wurden. Nur wenn diese „positiv identifiziert“ worden waren, so General Powell, durften die Piloten ihre Bomben ausklinken. Um arabische Ressentiments gegen den „brutalen Angriff auf einen arabischen Nachbarn“ (Jordaniens König Hussein) nicht zusätzlich anzustacheln, sollte die irakische Zivilbevölkerung so weit wie möglich geschont werden.

Nicht nur Raketenstellungen, Luftabwehrbatterien, Kommandobunker und Fernmeldeanlagen wurden von den ersten Staffeln mit Bomben belegt. Präsident Bush offenbarte, daß er von Anfang an aufs Ganze gehen wollte: „Wir sind entschlossen, Saddam Husseins Atombombenplänen einen Schlag zu versetzen. Wir werden auch seine C-

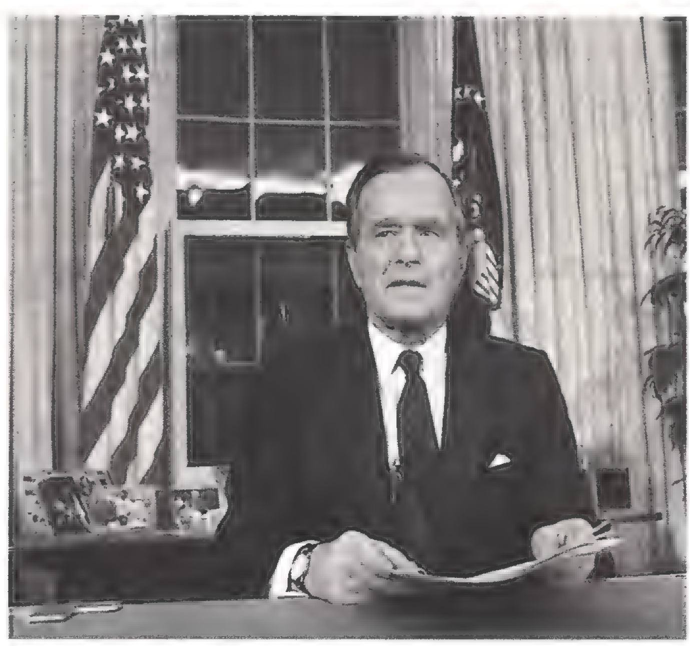
Waffen-Fabriken zerstören. Saddams Artillerie und Panzer werden zu einem großen Teil vernichtet werden."

Mit gebändigtem Stolz berichtete Stabschef Powell später, 80 Prozent dieser Ziele seien getroffen worden. Mehr als 90 Tomahawks seien mit tödlicher Genauigkeit eingeschlagen. Eine davon konnte zufällig der BBC-Korrespondent John Simpson bei einem Blick aus dem Hotelfenster in Bagdad beobachten: „Sie flog langsam und fast lautlos die Straße entlang und explodierte an deren Ende."

„Atemberaubend" nannte ein Rüstungsexperte die Videobilder, die Bordkameras angreifender F-111-Bomber und F-117A-Jäger der USA aufgenommen hatten: Rund 800 Kilometer schnell im Tiefflug heranrasend, trafen sie mit ihren Bomben Luftschächte von Bunkern und Rollbahnen von Flugplätzen.

Im Hauptquartier von Saddams Luftwaffe, einem Hochhaus in Bagdad, schlug ein Geschoß so zielgenau senkrecht von oben in der Mitte ein, daß die Fenster aus allen vier Gebäudewänden gleichzeitig herausgeblasen wurden. Verteidigungsminister Richard Cheney erklärte, daß der Luftkrieg ohne Unterbrechung fortgesetzt werde – über Tage und, wenn nötig, über Wochen, „bis wir unsere Ziele erreicht haben". General Powell schloß die Möglichkeit aus, irgendwann eine Pause einzulegen, um Saddam Hussein die Chance zur Besinnung zu geben. Die Streitkräfte unter dem Kommando des US-Generals Norman Schwarzkopf hätten den Auftrag, „die irakische Armee aus Kuweit zu vertreiben und bei der Wiedereinsetzung der legitimen Regierung Kuweits zu helfen. Und darauf ist unsere militärische Planung ausgerichtet".

Bedingungslose Kapitulation oder militärische Vernichtung, das war offensichtlich die Alternative, vor die Präsident Bush seinen Gegner stellte. Er könnte damit bewirken, daß der Krieg länger dauern und blutiger werden wird, als es nach den alliierten Anfangserfolgen zunächst den Anschein hatte.



Kriegsherr Bush*: „Die Welt konnte nicht länger warten"

Statt dem Kampf auszuweichen, hatte der US-Präsident ihn über Wochen zielstrebig angesteuert, ja manchmal geradezu herbeigewünscht, getrieben vom Gedanken an seinen Platz in der Geschichte, wie der Chefkorrespondent der *New York Times*, Thomas Friedman, vermutete. „Die Welt konnte nicht länger warten", begründete Bush in seiner Rede an die Nation den raschen Kriegsbeginn.

Wahrscheinlich hätte die Welt ganz gern noch ein wenig länger gewartet – es war George Bush, der es eilig hatte. Die Vermittlungsmission des Uno-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar in Bagdad hielt er für überflüssig, die Friedensinitiative, die der französische Staatspräsident François Mitterrand in letzter Minute gestartet hatte, schlichtweg für ärgerlich.

Mit seinem treuesten Verbündeten, dem Thatcher-Zögling und neuen Briten-Premier John Major, hatte Bush schon am 21. Dezember im Präsidenten-Refugium Camp David vereinbart, „hart und schnell" zuzuschlagen, falls Saddam Hussein das Ultimatum verstreichen lasse. Die beiden versprachen einander, notfalls auf wankelmütige Weichmänner wie Frankreichs Staatspräsident keine Rücksicht zu nehmen.

Noch vor Ablauf des Ultimatums unterschrieb Bush am Dienstag nachmittag voriger Woche den Angriffsbefehl. Nachdem er am nächsten Tag die wichtigsten Verbündeten und Kongreßführer über die bevorstehenden Kampfhandlungen informiert hatte, setzte er sich, wie Millionen seiner Landsleute auch, vor den Fernseher und schaltete wie sie den Nachrichtenkanal CNN ein, der live vom Kriegsausbruch aus Bagdad berichtete.

Von Gelassenheit war nicht mehr viel zu bemerken, als Bush zwei Stun-

* Oben: Bei seiner Fernsehansprache am 16. Januar; unten: beim Truppenbesuch in Kuweit am 16. Januar.





Kriegsherr Saddam*: „Wehe denen, die in die Bahn dieser Geschosse geraten"

„Orgie der Gewalt“

SPIEGEL-Interview mit dem ehemaligen US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über den Krieg am Golf

Brzezinski, 62, war von 1977 bis 1981 Nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter.

SPIEGEL: Mr. Brzezinski, nur 19 Stunden nach dem Ablauf des Uno-Ultimatums haben die US-Streitkräfte den Angriff gegen den Irak begonnen. Hätte dieser Krieg vermieden werden können?

BRZEZINSKI: Ein Krieg hätte verhindert werden können, wenn der Sicherheitsrat einen größeren Verhandlungsspielraum gelassen hätte, statt eine Serie relativ eng gefaßter Beschlüsse zu verabschieden. Es hätte auch anders ausgehen können, wenn die amerikanische Politik sich stärker um eine diplomatische Lösung bemüht hätte und weniger bestrebt gewesen wäre, einen Kompromiß zu verhindern. Und die Europäer hätten ebenfalls mehr Erfolg bei ihrer Suche nach einer gewaltlosen Lösung des Konflikts haben können, wenn sie nicht mit neuen Initiativen bis zum letzten Augenblick gewartet hätten.

SPIEGEL: Hatte sich die Regierung Bush schon gleich zu Beginn der Krise zu einseitig auf eine militärische Befreiung Kuweits festgelegt?

BRZEZINSKI: Mir scheint, daß Bush von Anfang an nur bereit war, ein Ergebnis zu akzeptieren, das einer bedingungslosen Kapitulation Saddam Husseins gleichkam.

SPIEGEL: Das Weiße Haus hat wiederholt behauptet, Saddam Hussein sei seinen eigenen Fehlurteilen erlegen. Aber gab es nicht auch in Washington falsche Einschätzungen?

BRZEZINSKI: Bush hat Saddam Hussein im wesentlichen richtig eingeschätzt. Der Iraker hat einen folgenschweren Fehler begangen, als er die Invasion Kuweits anordnete; das war der Auslöser dieser Krise. Andererseits täuschte sich die US-Regierung, wenn sie hoffte, Saddam Hussein öffentlich demütigen zu können, ohne dazu einen Krieg führen zu müssen.

SPIEGEL: Hatte Bush sich durch seine Unnachgiebigkeit genauso in die Ecke manövriert wie sein Gegner?

BRZEZINSKI: Ohne die Meinung der Regierung zu teilen, daß man schon jetzt militärische Mittel einsetzen mußte, glaube ich doch, daß das Weiße Haus den bestmöglichen Moment zum Losschlagen kalt und rational kalkuliert und die amerikanische Politik darauf abgestimmt hat.

SPIEGEL: Hätten Wirtschaftssanktionen allein den Irak wirklich in die Knie zwingen können?

BRZEZINSKI: Meiner Meinung nach hätte ein Embargo langfristig zum Erfolg geführt. Diese Behauptung läßt sich zwar jetzt nicht mehr beweisen. Ich glaube aber, daß Sanktionen sich besser mit einer neuen internationalen Weltordnung der Sicherheit und Zusammenarbeit vertragen hätten.

SPIEGEL: Welche Chance gibt es nach dem Ausbruch des Krieges noch für Diplomatie?



Ex-Sicherheitsberater Brzezinski
„Moralisch kompromittierend“

BRZEZINSKI: Wenn der Krieg nach einer anfänglichen Orgie der Gewalt nicht schnell zu einem schlüssigen Ende kommen wird, dann wäre auch ein Waffenstillstand denkbar – und damit verbunden eine Wiederaufnahme von Verhandlungen in einem breiteren Rahmen.

SPIEGEL: Viele Amerikaner wollten den Krieg nicht, die öffentliche Meinung war gespalten. Wie gefährlich ist diese Opposition für Bushs Präsidentschaft?

BRZEZINSKI: Das hängt weitgehend davon ab, ob die Luftangriffe wirklich kriegsentscheidend sind. Ein rascher Sieg würde die Präsidentschaft George Bushs ungemein stärken.

SPIEGEL: George Bush schwebt eine neue Weltordnung unter Führung der USA als der einzigen globalen Supermacht vor. Kann ein Triumph über den Irak dieses Ziel fördern, oder sind die Amerikaner der Rolle des Weltpolizisten überdrüssig?

BRZEZINSKI: Kommt das Ende schnell nach einem entscheidenden Sieg, wird es keinen neuen Isolationismus in Amerika geben – aber auch keine neue Weltordnung. Vielmehr hätten wir es im wesentlichen mit einem internationalen System zu tun, dem die Überlegenheit einer Supermacht zugrunde liegt. Außerdem werden sicherlich nachträgliche Überlegungen angestellt werden, die sich mit dem merkwürdigen Widerspruch zwischen der massiven Gewaltanwendung gegen die irakische Unterdrückung Kuweits einerseits und der sehr zurückhaltenden Reaktion auf die sowjetische Unterdrückung Litauens andererseits befassen werden.

SPIEGEL: Ist Washingtons schwache Reaktion auf die sowjetische Gewaltanwendung in den baltischen Staaten der Preis, den es für Moskaus Kooperation am Golf zahlen mußte?

BRZEZINSKI: Subjektiv sieht es nicht so aus, aber objektiv ist es so. Viele Menschen in Osteuropa vermuten hinter dem Vorgehen im Baltikum eine sowjetisch-amerikanische Geheimabsprache. Der zeitliche Zusammenfall beider Krisen ist moralisch kompromittierend.

SPIEGEL: Wie sollte eine neue Friedensordnung in Nahost aussehen?

BRZEZINSKI: Dieser Krieg sollte auf ein regionales Sicherheitssystem hinführen, das allen Staaten im Nahen Osten ein Gefühl gemeinsamer Sicherheit vermittelt und in dem kein Land militärisch übermächtig ist. Sogar das israelisch-palästinensische Problem könnte schließlich so aus der Welt geschafft werden. Ein Erfolg wird vor allem davon abhängen, wie der Krieg ausgeht. Fällt die Entscheidung schnell, werden wir diese Aufgaben leicht erfüllen können.

SPIEGEL: Könnten die Erschütterungen, die der Konflikt in der Region auslöst, am Ende nicht auch jene gemäßigten arabischen Regime gefährden, zu deren Schutz George Bush in den Kampf gezogen ist?

BRZEZINSKI: Dann wären die USA gezwungen, nicht als willkommener Beschützer, sondern als unwillkommener Polizist auf lange Zeit am Golf zu bleiben.

den später zur Nation redete. Den Kopf leicht nach links geneigt, den Mund nach rechts verzogen, zuweilen verlegen lächelnd, bot er keineswegs das Bild eines selbstsicheren Oberbefehlshabers, als er versprach: „Dies wird kein zweites Vietnam.“ Sein leidenschaftsloser, manchmal stockender Vortrag schien die Behauptung seiner Mitarbeiter Lügen zu strafen, er habe diese Rede – vielleicht die wichtigste seiner Präsidentschaft – wochenlang vorbereitet.



US-Kommandeur Schwarzkopf, König Fahd: Streng nach Drehbuch

Während dem US-Präsidenten die Anspannung deutlich anzumerken war, reagierte sein Gegner mit gespenstischer Gelassenheit, als habe er die ersten vernichtenden Schläge der amerikanischen Luftwaffe gar nicht zur Kenntnis genommen. Vergangenen Donnerstag ließ sich Saddam Hussein in einer Straße von Bagdad filmen und streichelte Kinderköpfe; ergebene Untertanen küßten ihm die Hände.

Noch im Bombenhagel verhöhnte er seinen Widersacher. Der gleiche Mann, dem der eigene Außenminister einen Bush-Brief wegen des angeblich rüden Tons nicht vorlegen mochte, ließ seinerseits über Radio ein Schreiben an „George Bush, den Feind Gottes und Verbündeten des Teufels“, verlesen, in dem er den amerikanischen Präsidenten mit prophetischer Wucht ansprach: „Verflucht seist du, und aussichtslos sind deine Absichten.“

Seinen Glauben an die Stärke der irakischen Armee konnten auch brennende Regierungsgebäude nicht erschüttern. Das Vertrauen auf seine Waffen hatte ihn schon in der Vergangenheit zu naiven Allmachtphantasien verleitet. Nach der Umrüstung einiger russischer Iljuschin-Transporter zum Aufklärungsflugzeug verkündete er großspurig: „In Zukunft kann mich niemand überraschen.“ Einen Teststart seiner geliebten Raketen ließ er sich selten entgehen. „Wehe denen“, brüstete sich Saddam bei solcher Gelegenheit, „die in die Bahn dieser Geschosse geraten. Sie werden zerschmettert werden.“

In den vergangenen Wochen waren einige Krisenmanager im Weißen Haus zu der Ansicht gekommen, Saddams Abstand zur Realität der Bedrohung trage bereits pathologische Züge. So hatte Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar nach der gescheiterten Friedensmission fassungslos berichtet, sein Gesprächspartner habe sich weniger für eine Lösung der Krise interessiert als dafür, ob dem New Yorker Gast auch hinreichend Tee und Kaffee serviert würde.

Der irakische Präsident, der es in den ersten Monaten des Golfkonflikts geschickt verstanden hatte, durch seinen Widerstand gegen die Amerikaner Sympathien in einer Reihe von arabischen Staaten zu erwerben, ohne den Ausbruch von Feindseligkeiten zu riskieren, schien nun dem Showdown geradezu selbstmörderisch entgegenzufiebern. Statt, wie von den USA befürchtet, von vielen anderen erhofft, durch Teilzugeständnisse in letzter Minute die Angriffspläne der Amerikaner zu vereiteln, ließ er das Ultimatum reaktionslos verstreichen.

Und so, als wolle er seine Mißachtung für die militärischen Fähigkeiten seiner angeblich „feigen“ Gegner unter Beweis stellen, fanden die amerikanischen Bomberpiloten bei ihrem Anflug auf die Hauptstadt ein hell erleuchtetes Bagdad vor. Das riesige Ausmaß der Zerstörung nahm der Regierungssender in stoischer Ruhe hin: „Die feindlichen Maschinen konnten nur solche Ziele treffen, die von Gott gewollt waren.“ Das hätte auch Bush nicht besser ausdrücken können, der in Washington zur gleichen Zeit zusammen mit dem Evangelisten Billy Graham betete.

Anzeichen für ein zunehmend bizarres Verhalten des Despoten hatte es seit einiger Zeit gegeben. Einen Frontbesuch im besetzten Kuweit gestaltete er zu einem melodramatischen Auftritt. Er schüttelte begeisterten Soldaten die Hand und fragte sie, ob sie Angst vor Bush hätten. „Wir schwören bei Gott, nein, o Herr. Wir werden gegen ihn kämpfen bis zum letzten Mann“, erwiderten sie. Auf dem Sitz einer Flugabwehrkanone schaute der Diktator durch die Zieloptik aufs Meer hinaus, dem unsichtbaren Feind entgegen, und lächelte. Einsam kniete der Führer dann auf einem Gebetsteppich, das Gesicht gegen Mekka gerichtet.



US-Panzer in der saudischen Wüste: Rommels Feldzug studiert

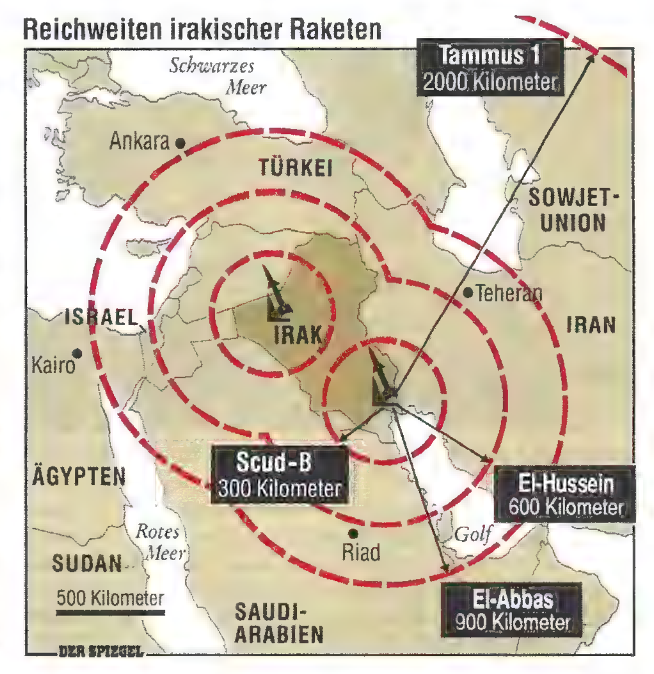
Seit seinem Einmarsch in Kuweit bemühte sich Saddam gezielt, die religiösen Gefühle der arabischen, aber auch der nichtarabischen Moslems für seinen Überlebenskampf gegen den Rest der Welt zu mobilisieren. Seine Rhetorik

Senfgas in den Ölfeldern?

Die Gefahren von Saddam Husseins angeblichen Wunderwaffen

Wir besitzen Waffen, die den Feind erschrecken und die Freunde jubilieren lassen", verkündete der Diktator Saddam Hussein, als er die USA und ihre Verbündeten vor einem Angriff auf den Irak warnte. Drakonische Strafen würden über sie hereinbrechen, „ihre Knochen zerschmettert", die Wüste in einen „Sumpf aus Blut" verwandelt.

Westliche Experten deuten die Rede des Tyrannen vom Tigris nicht nur als blutrünstige Propaganda. „Er will uns von einer Superwaffe überzeugen, die wir bei ihm nicht vermutet haben", meint Donald Kerr, Golf-Analytiker des Londoner Internationalen Instituts für Strategische Studien.



Von Saddam Hussein war indes noch Kryptischeres zu hören. Der Irak besitze „technische Mittel von taktischer und strategischer Natur, die man sich auf der Ebene der Streitkräfte nicht vorstellen kann".

Meinte er damit die Atombombe? Vorahnungen hatte sein Kontrahent George Bush. Jeden Tag komme Saddam dem Ziel näher, sich eine nukleare Kapazität zu verschaffen, sagte Bush vor amerikanischen Truppen, die er am 25. November in Saudi-Arabien besuchte. Wer davon ausgehe, daß es noch Jahre bis zur irakischen Bombe dauere, „unterschätzt womöglich die Wirklichkeit", erklärte Bush.

Zwar sind die Versuche des Irak seit Jahren bekannt, sich zum Beispiel Spezialstahl für den Bau von Uran-Anreicherungsanlagen zu beschaffen. Aber selbst US-Experten schließen aus, daß der Irak bereits eine Gaszentrifugen-Fabrik besitzt, in der genau justierte Schleudern waffenfähiges Uran-235 abtrennen müßten.

Polnische Arbeiter, die im November aus dem Irak ausreisen durften, hatten von einer anderen Fabrik berichtet. Dort werde natürliches Uran in den Bombenausgangsstoff Uran-Hexafluorid verwandelt. Roman Zelazny, der Chef der polnischen Atomenergiebehörde, wies die Behauptungen als ein Gerücht zurück.

Größer als die atomare Gefahr bewerteten Experten Ende letzter Woche das Risiko, Saddam Hussein könne sich aus seinem Giftgas-Arsenal bedienen.

Donald Kerr etwa befürchtet, daß die Iraker mit dem russischen Raketenwerfer BM-21 Senfgasraketen abschießen können. Auch der tödliche Nervenkampfstoff Sarin kann mit den Raketenwerfern abgefeuert werden, und womöglich auch Geschosse, die das Blutzellgift Blausäure enthalten.

Saddams Biologen haben ein sogenanntes Botulinus-Toxin gezüchtet. Es ist giftiger als der chemische Kampfstoff Sarin und besteht aus Stoffwechselprodukten von Bakterien, die sonst Lebensmittelvergiftungen hervorrufen. Waffenexperte Kerr will „fast mit Sicherheit" ausschließen, daß die bakteriologische Waffe ein Mittel der Wahl auf seiten der Iraker ist. Noch nie in der Kriegsgeschichte sei eine solche Bio-Waffe verwendet worden, sagt Kerr, „schon gar nicht auf der Spitze einer Rakete".

Auch der Einsatz chemischer Raketen-Sprengköpfe sei für die Iraker schwierig. Zur größtmöglichen Wirkung müßte ihr Inhalt als Aerosol ausgebracht werden. Kerr bezweifelt, daß die Iraker raffinierte Funkhöhenmesser oder barometrische Zünder für solche Sprengköpfe besitzen.

Kerr hat jahrelang das irakische Raketenbauprogramm beobachtet und setzt für die zweistufigen Raketen El-Hussein und El-Abbas „geringere operative Reichweiten" als jene ein, die von Bagdad behauptet werden. „Die Bedrohung existiert, aber man muß jeweils 200 Kilometer von ihr abziehen", meint Kerr.

Auch die von den Medien oft genannte Zahl von 1000 Scud-B-Raketen samt deren mehrstufigen Abkömmlingen erscheint Kerr fragwürdig: Annähernd 600 davon, schätzt er, wurden allein während des sogenannten Kriegs der Städte auf den Iran abgefeuert.

Es gibt allerdings noch weitere Schlagschatten des Grauens. Kerr ist besorgt, daß die Iraker bei einem Brand der kuweitischen Ölquellen Senfgasfässer oder -granaten zwischen den Bohrlöchern vergraben. Sie können per Fernzündung zur Explosion gebracht werden und das Erdreich so sehr mit dem aggressiven, sogar Stiefel durchdringenden Hautwirkstoff verseuchen, daß Löschtrupps nicht an die brennenden Geysire aus Öl herankämen.

Schließlich befinden sich im Arsenal des Irak auch sogenannte Aerosol- oder Gasschlagkampfmittel: verheerende Druck- und Brandkanister, die beim Aufprall auf den Boden auseinanderbrechen. Dabei steigt ein feiner Schleier aus Benzin empor.

Gezündet wird dieser Nebel beim Aufsteigen in die Luft – blitzartig entsteht ein Druck- und Feuerball. Zwei solcher Luftbenzin-Bomben wurden von den Gastgebern beim internationalen Waffensalon in Bagdad 1989 vorgestellt.

Aber diese „Atombombe des kleinen Mannes" könnte am Ende doch noch durch die totale Horrorwaffe ergänzt worden sein.

Die englische Wissenschaftszeitschrift *New Scientist* erinnert daran, daß der Irak 12,3 Kilogramm hochangereichertes und damit waffenfähiges Uranmetall besitzt, welches ihm von Frankreich und der Sowjetunion Anfang der achtziger Jahre zu Forschungszwecken überlassen wurde. Zusammen mit zehn Kilo Uranoxid, das von den großzügigen Spendern auf 80 Prozent angereichert wurde, könnte daraus eine primitive Saddam-Bombe gebaut werden.

glich immer mehr der seines verstorbenen Todfeindes, des Ajatollah Chomeini. Der kaltblütige Taktiker, der wie kein anderer im Nahen Osten Krieg und Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele einsetzte, entpuppte sich als „Mudschahid", als Kämpfer im heiligen Krieg „gegen die Amerikaner, die Zionisten und ihre Lakaien", um seinen Anspruch als panarabischer Führer zu festigen.

Die frommen Appelle verblüfften die islamische Welt. Denn Saddam Hussein, der seinem Volk eine laizistische Staatsdoktrin verordnet hatte, war bis dahin als eifriger Moslem kaum in Erscheinung getreten – regelmäßige Moschee-Besuche etwa waren nicht überliefert.

Seine Legitimation zur Ausrufung eines heiligen Kriegs, so schrieb er nach der Besetzung Kuweits dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak, leite sich aus seiner Abstammung her. „Im Gegensatz zu Dir, lieber Bruder Husni, kann ich beweisen, daß ich vom Propheten Mohammed abstamme. Mein Aufruf zum Dschihad ist daher kein politisches Instrument, sondern eine religiöse Mission im Dienste unserer islamischen Gläubigen."

Auch im Iran, dem langjährigen Kriegsgegner und kämpferischen Hort der schiitischen Glaubenslehre, stieß Saddam Husseins neue Frömmigkeit auf Befremden. Parlamentspräsident Mahdi Karrubi warnte seine Glaubensbrüder vor dem Nachbarn: „Hütet euch davor, dem Islam-Bekenntnis des Wortbrüchigen Glauben zu schenken. Er führt Allah nur dann im Munde, wenn er in Not gerät." Und Irans religiöser Führer Ali Chamenei verurteilte den großmäuligen Religionskämpfer: „Sein Glaube ist genauso heuchlerisch und verlogen wie der des Teufels Salman Rushdie."

Der „Hüter und Beschützer aller Moslems" fand vor allem dort Anklang, wo er ohnehin seine treuesten Anhänger hat: in den Palästinenser-Lagern der von Israel besetzten Gebiete, wo Saddam durch seine bloße Ankündigung, den verhaßten Judenstaat militärisch zu attackieren, zum umjubelten Volkshelden wurde.

Waren seine islamischen Parolen anfangs nur berechnete Schachzüge, so schien sich im Laufe der Golfkrise, bedingt wohl durch Isolation und Einkreisungsangst, Saddams Vision vom heiligen Krieg nach Ansicht amerikanischer Experten zur Wahnvorstellung zu steigern. Seine flammenden Tiraden würden weit über die unter arabischen Potentaten üblichen rhetorischen Pflichtübungen hinausgehen. Ein Besucher meinte gar, in Saddam „einen messianischen Glauben an ein Märtyrerschicksal" beobachtet zu haben. Seine Frömmigkeit sei nicht mehr gespielt; womöglich nehme er wirklich an, daß „ein gläubiger Kämpfer zehn ungläubige" aufwiege – und daß diese abstruse Rechnung auch, wie er behauptete, für Piloten und Flugzeuge gelte.

Am Morgen nach der ersten Bombennacht forderte er sein Volk in einer Fernsehansprache auf, den Mut nicht zu verlieren. „Der Islam ist unsere Stütze", sagte der entrückt wirkende Staatschef: „Allah ist auf unserer Seite, die Mächte des Bösen werden an unserem festen Glauben zerschellen."



Zerstörung nach Raketeneinschlägen in Tel Aviv: Jähe Ernüchterung



Irakische Scud-B-Raketen
Risiko nicht gebannt

Doch Allah, so jedenfalls schien es zunächst, schenkte das Kriegsglück den Ungläubigen. Kein Feuersturm ging durch die islamische Welt, der Aufstand der islamischen Massen, auf den Saddam gehofft haben mochte, blieb einstweilen aus.

Das Duell der Waffen kann der Herrscher von Bagdad kaum gewinnen, selbst dann nicht, wenn er es schaffen sollte, am Boden wochenlang einen zähen Abwehrkampf zu führen. Trotzdem könnte er George Bush um den Siegespreis bringen – indem er seine militärische Demütigung in eine politische Niederlage der Amerikaner verwandelt und noch in seinem Untergang dafür sorgt, daß auch ein „guter" Krieg nicht unbedingt in einem guten Frieden endet. Auch Saddams Vorbild, der Ägypter Gamal Abd el-Nasser, hatte es nach der Suez-Krise 1956 und dem Sechs-Tage-Krieg 1967 verstanden, militärische Katastrophen in politische Triumphe der arabischen Welt umzudeuten.

Monatelang hatten die US-Militärs Zeit, den Schlachtplan bis in die letzten Einzelheiten auszutüfteln. Die Diplo-



Fundamentalisten-Protest gegen US-Golfpolitik in Algier: „Allah ist auf unserer Seite"

maten im US-Außenministerium schienen dagegen nicht gefragt, sich über die Sicherung des Friedens nach dem Krieg ähnlich präzise Gedanken zu machen.

Die Gefahr ist groß, daß George Bush den Krieg gewinnt, aber den Frieden verspielt. „Sie mögen eine Schlacht gewinnen, aber Sie können die gesamte arabische Welt verlieren", hatte Jordaniens König Hussein vor dem Waffengang gewarnt. Der Monarch, jahrelang einer der loyalsten Verbündeten der Amerikaner in der arabischen Welt, fürchtete, daß der Krieg am Golf die Zukunft der Beziehungen zwischen dem Islam und dem Westen auf Jahrzehnte hinaus vergiften könnte.

Allein die Anwesenheit der amerikanischen Heerscharen auf arabischem Boden hatte von Pakistan bis Marokko eine anti-westliche Welle ausgelöst. „Wenn die Amerikaner kämpfen und töten", prophezeite der Soziologie-Professor Sari Nasir von der Universität von Jordanien, „wird kein westlicher Ausländer mehr auf arabischen Straßen sicher sein." Im algerischen Constantine griff eine aufgebrachte Menge das französische Konsulat an und beschimpfte die Diplomaten als „Mörder".

„Tief verwurzelte Ressentiments gegen westliche Vorherrschaft" könnten einen „militärischen US-Erfolg in einen Pyrrhus-Sieg verwandeln", befand der ehemalige amerikanische Botschafter in Kairo, Alfred Leroy Atherton. Und „ein Dschihad in der gesamten islamischen Welt", fürchtete der ehemalige britische Verteidigungsminister Denis Healey, „könnte die pro-westlichen arabischen Regime hinwegfegen, weil sie einen Angriff auf ein Bruderland unterstützten".

War es vertretbar, so fragten sich Araber auch in Ägypten und Saudi-Arabien, einen Krieg zu führen, um in der Kolonialzeit festgelegte Grenzen zu sichern, die Arabiens Ölreichtum Herrschern ohne demokratisches Mandat vorbehalten? Ist zu rechtfertigen, daß Uno-Entscheidungen gegen den Irak durchgesetzt, Beschlüsse gegen Israel aber vom Westen seit Jahren mißachtet werden?

Diesen Fragen will sich US-Präsident Bush erst nach einem militärischen Sieg über Saddam widmen. Der sendungsbewußte Mann im Weißen Haus, der den Krieg um Kuweit zum Testfall für die „neue Weltordnung" gemacht hat, möchte nach dem Kampf mithelfen, in der Krisenregion Nahost ein stabiles Sicherheitssystem zu errichten – um so doch noch den Krieg des Friedens wegen geführt zu haben.

Die Amerikaner fordern, daß sich Kuweit nach der Befreiung in eine konstitutionelle Monarchie umwandelt mit dem Oppositionspolitiker Ahmed el-Saadun als Premierminister. Den Makel, US-Soldaten für die Herrschaft eines Feudalclans in den Tod geschickt zu haben, wollte Bush nicht auf sich sitzenlassen. Der Emir, Scheich Dschabir el-Ahmed el-Sabbah, ist offenbar bereit, diesen politischen Preis für die Operation Wüstensturm zu zahlen.

Doch mit der Ausschaltung des irakischen Aggressors und der Wiederherstellung eines demokratisierten Kuweit, das wissen die Amerikaner, sind die anderen Schwelbrände in der Region noch nicht gelöscht.

Die historische Aufsplitterung der arabischen Welt, die Entwurzelung der Palästinenser als Folge der Gründung des Staates Israel, die Demütigung durch die vielen Niederlagen, der aus der Verbitterung genährte religiöse Fundamentalismus, der sich mit dem panarabischen Nationalismus zu einem explosiven Gemisch verbinden kann – alle diese Zeitbomben ticken weiter und werden den Nahen Osten auch in einer Ära nach Saddam Hussein nicht zur Ruhe kommen lassen.

Drei Probleme müßten mit Hilfe eines siegreichen Bush gelöst werden, wenn dieser Krieg einen politischen Zweck erfüllen sollte:

▷ die Verhinderung eines neuen Tyrannen, der gewaltsam nach der Vorherrschaft in der arabischen Welt greift;
▷ die Entschärfung sozialer Spannungen, die sich aus dem Gegensatz von Ölmilliardären und Fellachen ergeben;
▷ und, vor allem, die überfällige Lösung der Palästinenserfrage.

Schon fürchten viele Araber, daß nach einem Niederringen Saddam Husseins die Iraner zu unangefochtenen Herren am Golf aufsteigen könnten oder daß die Türkei Ansprüche auf die ölreichen Gebiete um Mosul und Kirkuk anmelden würde – nach dem Krieg könnte Streit um den Kadaver des Irak, den strategischen Vorposten am Nordostrand der arabischen Welt, die Machtbalance aufs neue gefährden.

Iraks Bedeutung für das Gleichgewicht der Kräfte hatten einst auch die westlichen Staaten erkannt: Sie unterstützten Bagdad im Krieg gegen den revolutionären Iran mit Waffenlieferungen und verhalfen damit Saddam Hussein zu seiner regionalen Vormachtstel-

lung. Jetzt müßten die USA dafür sorgen, daß das Land nach einer Niederlage nicht zerfällt, als Staat zwar geschwächt, aber nicht zerschmettert überlebt.

Das ist nicht einfach: Bis Ende voriger Woche war Iraks vergleichsweise moderne Infrastruktur durch den Bombenhagel schwer angeschlagen. Der Wiederaufbau wird riesige Summen kosten. Dazu werden Rückzahlungsforderungen von Auslandsschulden kommen, wahrscheinlich auch Wiedergutmachungsleistungen. Außerdem ist nicht abzusehen, wann das Land wieder Öl fördern und exportieren kann.

Den arabischen Alliierten der Amerikaner am Golf schweben derzeit unterschiedliche Sicherheitskonzepte vor, um den Aufstieg neuer Hegemonialmächte am Golf zu bremsen. Kuweiter und Saudi-Araber streben, im Rahmen einer Uno-Truppe, die ständige Präsenz der Amerikaner an – ein riskantes Unterfangen, da der Daueraufenthalt ungläubiger Soldaten im Geburtsland des Propheten auf lange Sicht die Herrschaft der saudischen Königsfamilie destabilisieren könnte.

Die selbstbewußteren Ägypter legten den Amerikanern deshalb schon jetzt nahe, sich möglichst rasch nach einem Sieg über Saddam aus dem Golfraum zurückzuziehen. Statt eines Sicherheitssystems, das der Region von den USA aufgepfropft würde, strebt Präsident Mubarak einen Pakt zwischen den Golfstaaten, dem Irak, Ägypten und Syrien an, dem die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich als Garantiemächte angegliedert wären.

Als zusätzliche Garantiemächte, so die Überlegungen in Kairo, könnten auch der Iran, die Türkei und Pakistan eingebunden werden, um eine Frontstellung des Iran gegen die Araberstaaten zu vermeiden.

Solche Bündnisse könnten die Arabische Liga (den Zusammenschluß von 20 Staaten und der PLO) ersetzen, die als politisch tot gilt. „Die hat noch nie jemandem geholfen“, urteilte ein arabischer Außenminister, nachdem die Organisation in der Golfkrise völlig versagt hatte.

Innerhalb der Allianz könnte nach dem Vorbild der EG ein regionaler Entwicklungsfonds eingerichtet werden, finanziert durch die überschüssigen Öleinnahmen der reichen Mitglieder.

So gestärkt, würden sich die Araberstaaten dann gemeinsam mit den USA der Lösung des brisantesten Problems zuwenden, des israelisch-palästinensischen Dauerkonflikts.

Der Verlierer dabei wäre PLO-Chef Jassir Arafat. Der hat bei den meisten seiner arabischen Brüder alle Glaubwürdigkeit verspielt, seit er voll für Saddam Hussein Partei ergriff und zum Kampf gegen die Araberstaaten der Anti-Irak-Koalition aufrief. Seine Beziehungen zu Saudi-Arabien und den Emiraten sind heillos geschädigt. Die Ägypter nehmen Arafat nicht mehr ernst: Sie glauben nicht, daß er jemals einen Palästinenserstaat regieren wird.

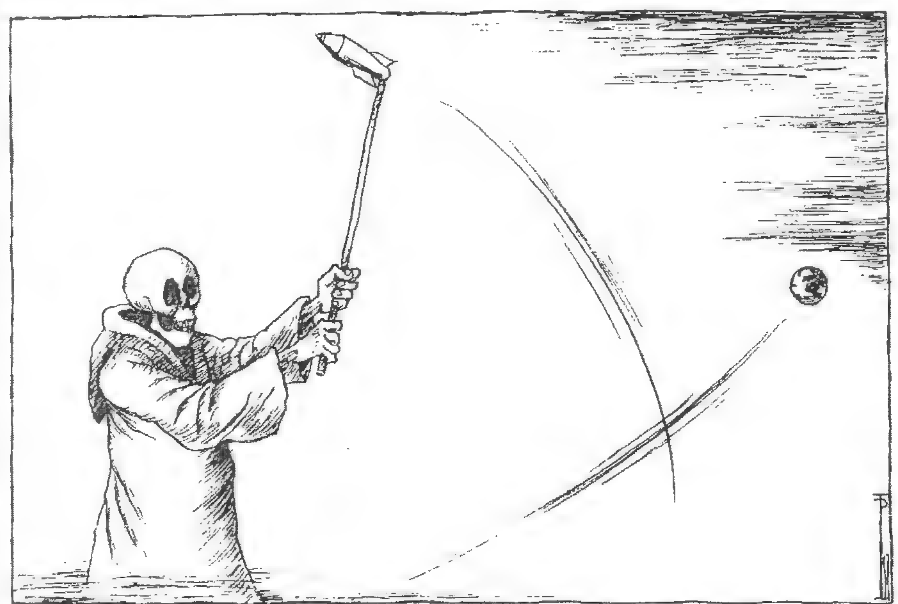
Ein solcher Staat könnte sich aus dem besetzten Westjordanland, dem Gazastreifen und Jordanien zusammensetzen. „Jordanien in seiner jetzigen Form kann verschwinden, die Rolle König Husseins hat sich erübrigt“, sagen Politiker der Anti-Saddam-Koalition. In den von Israel besetzten Gebieten könnten freie Wahlen stattfinden, mit der PLO als einer von mehreren Parteien.

Einem siegreichen US-Präsidenten Bush trauen die mit ihm verbündeten Araber genug politische Autorität zu, um die widerspenstigen Israelis zur Annahme eines Friedensplans zu zwingen. Die Nahost-Friedenskonferenz, die Bush ablehnen mußte, solange Saddam Hussein sie als Vorbedingung für einen Abzug aus Kuweit verlangte, gehört zu den Prioritäten des US-Präsidenten für die Zeit nach dem Krieg. Das hat er seinen arabischen Alliierten schon in Aussicht gestellt.

Das Vorbild dafür wäre die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die mit der Schlußakte von Helsinki 1975 den Weg zum Ende des Kalten Kriegs ebnete. An einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten sollen unter Uno-Schirmherrschaft alle Betroffenen aus der Region – auch Völker ohne Staat wie die Palästinenser und die Kurden – teilnehmen, dazu die ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats. Die Konferenz würde dann auch über Abrüstung und das Verbot von Massenvernichtungswaffen in der Region beraten.

Könnte der Iraker in der Niederlage also doch noch zum Auslöser für die Neuordnung der arabischen Welt werden? Arabische Intellektuelle, vor allem in Ägypten, begrüßten den Ausbruch des Kampfes gegen den Tyrannen jedenfalls als Beginn einer neuen Ära.

„Es ist die Tragödie eines großen Teils der Bevölkerung in der arabischen Welt“, schrieb der Leitartikler der Kairoer Zeitung *El Achbar*, „daß sie in einem Nebel lebt, in dem sich ihre Führer in Götter verwandelt haben und verlangen, von ihren Untergebenen angebetet zu werden.“ Mit einer Niederlage des despotischen Saddam aber ginge die Zeit der Schlagworte zum Lob von Diktatoren zu Ende, Demokratie und Meinungsfreiheit könnten auch in der arabischen Welt die anachronistischen Strukturen der Vergangenheit ablösen.



Golf Masters

Süddeutsche Zeitung

All diese verheißungsvoll schimmernden Zukunftsentwürfe drohten zu zerplatzen, als der Iraker das „giftige Hornissennest“ (Saddam) ohne Rücksicht auf eigene Verluste weiter zum Eintritt in den Krieg provozierte. Mit einem Vergeltungsschlag bekäme der Konflikt in den Augen der Araber eine völlig neue Dimension, die Verbindung zwischen Kuweit und Palästina, von Bush beharrlich verweigert, wäre militärisch durch Saddam Hussein erzwungen.

Während Bush und Baker den israelischen Premier beschworen, ja nicht die Nerven zu verlieren und damit die Chance eines schnellen Friedens zu verderben, warnte Außenminister David Levi mit alttestamentarischer Düsternis: „Israel hat das Recht und die Pflicht zurückzuschlagen.“ ◀

Putsch über Nacht

Gorbatschows erster gewaltsamer Versuch, unbotmäßige Republiken zurückzugewinnen

Walentin Pawlow, neuer Ministerpräsident der Sowjetunion von Gorbatschows Gnaden, nahm den Mund reichlich voll: Für „das Ende des Jahrhunderts" versprach er den Bürgern alle „Wohltaten eines zivilisierten Staates", der „von der Welt respektiert" und in dem „sich jeder frei fühlen" wird.

Von einer solchen Vision war die sowjetische Staatsmacht letzte Woche weiter entfernt denn je zuvor in den sechs von Wandel und Annäherung an den Westen gekennzeichneten Perestroika-Jahren.

In der litauischen Hauptstadt Vilnius (Wilna) kamen 15 Menschen ums Leben, wurden 167 verletzt, weil sie mit ihren Freiheitsvorstellungen jenen Panzern und Spezialeinheiten im Wege waren, die auf Moskauer Geheiß die bröckelnde Union mit Gewalt zusammenhalten sollen.

Die spektakuläre Strafaktion im unbotmäßigen Baltikum war bei weitem nicht die einzige Gewaltmanifestation in diesem „geschundenen Land", so ein Abgeordneter des Obersten Unions-Sowjet, „das an allen Ecken brennt und wo nun Fallschirmspringer die Flammen austreten sollen": In der Stadt Zchinwali bekriegen sich ossetische Autonomisten, georgische Nationalisten und Miliz-Spezialeinheiten mit Handgranaten und Maschinengewehren; in der Region Berg-Karabach, umstritten zwischen Aserbaidschanern und Armeniern, starben im alltäglichen, längst aus den Schlagzeilen verdrängten Bürgerkrieg allein in den letzten Tagen wieder 13 Menschen.

Am Ende jener großen Jahre der Perestroika, in denen Rußland zu den Sitten und Gebräuchen Europas zurückzukehren versuchte, fiel Präsident, Generalsekretär und Reserve-Oberst Michail Gorbatschow, 59, auf eine alte Methode zurück, die sich bei Strafaktionen gegen aufmüpfiges Volk noch immer bewährt hat:

Ein Fähnlein Kommunisten ernennt sich, diesmal in den drei Ostsee-Republiken, zu einem „Komitee zur nationalen Errettung". Es soll mit Streiks und Demonstrationen Unordnung schaffen, bei Widerstand die Garnison am Ort samt eingeschleuster Spezialtruppen um Unterstützung angehen, um dann schließlich die Macht zu übernehmen.



The Economist

Mit demselben Verfahren hatte Stalin einst das auseinandergefallene Russische Reich restauriert, waren in ganz Osteuropa nach 1945 Regierungen etabliert worden, die sich Moskau aus landeseigenen Kollaborateuren erwählt hatte; Chruschtschow und Breschnew zwangen auf diese Weise Ungarn, die Tschechoslowakei und Afghanistan wieder zurück in den eigenen Machtbereich.

Vom „Putsch über Nacht" sprach der sowjetische Ex-Innenminister Bakatin nach dem Blutbad im Baltikum. Den Rettungskomitees, laut Bakatin „kriminelle Vereinigungen", gelang es, die Pressezentren in Riga und Vilnius sowie den litauischen Fernsehsender zu besetzen – Massenmedien sind, wie sich einst in Prag zeigte, die gefährlichste Gegenmacht zur kommunistischen Partei. Doch die Putschisten verfehlten ihr Ziel, rasch die Parlamente zu besetzen: Tausende Einwohner schützten mit ihren Leibern die Gebäude, und die Soldaten scheuten nach dem ersten Massaker in Vilnius weitere Gewalttaten.

Einstweilen verzichtete Präsident Gorbatschow darauf, mit seiner diktatorialen Vormacht die Regierungen des Baltikums abzusetzen. Immerhin hatte die Mehrheit der Länderchefs im Föderationsrat, der obersten Bundesexekutive der Sowjetunion, den Staatsstreich nicht genehmigt. Vielmehr schickten sie Emissäre nach Litauen, welche die lokalen Militärbefehlshaber zur Ordnung riefen, zu Verhandlungen mit der legalen, freigewählten Regierung des Präsidenten Vytautas Landsbergis.

Der beriet sich mit dem untergrunderfahrenen Polen Adam Michnik über die Techniken des Widerstands. Gorbatschow ist in den Augen von Landsbergis unterdessen ein gewöhnlicher Faschist, ein „Mörder".

Im nachhinein billigte Gorbatschow ausdrücklich die Aktion der Litauer Genossen am frühen Morgen des 13. Januar. Und die Schuld daran gab er den Opfern, den baltischen Republiken.

Dennoch behauptete der Präsident, er habe den Einsatz nicht befohlen, habe überhaupt erst hinterher, am Sonntag morgen, davon erfahren. Dieselbe Ausrede hatte er nach dem Massaker von Tiflis benutzt, wo in den Morgenstunden des 9. April 1989 Fallschirmjä-

ger 19 friedliche Demonstranten mit dem Spaten erschlagen oder vergast hatten: Er sei erst am Abend zuvor von einer Auslandsreise zurückgekehrt und habe erst am nächsten Morgen von den Unruhen gehört.

Tatsächlich war Gorbatschow schon am 7. April bei seiner Ankunft auf dem Moskauer Flughafen vom geplanten Schlag unterrichtet worden.

Für die nun wieder vorgebrachte Version der Unwissenheit im Detail bei Zustimmung im Prinzip kam Beistand aus ganz unterschiedlichen Richtungen. Einer der neuen Genossen Gorbatschows, der Oberst Petruschenko, verkündete: „Man kann den Präsidenten für eines tadeln: Seine Politik der Nichteinmischung führte in die Krise.“ Sogar Gorbatschows Widersacher, der gewählte Präsident der Russischen Republik, Boris Jelzin, meinte zu wissen, Gorbatschow habe keinen Schießbefehl erteilt.

Auch Gorbatschows Propagandisten wurden nicht müde, ihrem Präsidenten besondere List nachzusagen: Gorbatschow habe mit dem Rettungs-Putsch bewußt die Reaktion der Litauer, der russischen Demokraten, des empörten Auslands herausfordern wollen.

„Je deutlicher die Parallele zu Prag 1968 wird, je lauter und geschlossener der Westen diese Erinnerung trotz allen Lärms um den Irak einklagt und dies auch unserer Bevölkerung vermittelt“, so beschwor ein Parteigänger des Präsidenten vorige Woche mehrere West-Diplomaten, um so größer sei Gorbatschows Chance, „die Zernierung durch die vereinigte Rechte doch noch zu durchbrechen“.

Davon kann einstweilen nicht die Rede sein. Der schlichte Volksfreund Boris Jelzin aus der Russischen Republik flog sofort nach Estland und schloß mit den baltischen Präsidenten völkerrechtliche Beistandsverträge (der im Parlament zu Vilnius verbarrikadierte Landsbergis unterschrieb per Telefax). Speziell für die Putschisten ist der Artikel 5 gedacht.

Danach muß jeder Vertragspartner „die Gründung von Organisationen und Gruppen verbieten, welche beabsichtigen, die Unabhängigkeit und Souveränität eines anderen Staates mit Gewalt zu eliminieren“.

Da sich auch in Rußland schon ein Rettungskomitee zum Sturz der gewählten Regierung gebildet habe, plädierte Jelzin flugs für eine eigene Armee Rußlands. Und er rief alle russischen Soldaten auf, einen Schießbefehl auf unbewaffnete Zivilisten nicht zu befolgen sowie den Einsatz gegen gewählte Volksvertretungen oder souveräne Republiken zu verweigern: Sonst würden sie zu „Werkzeugen in den Händen dunkler reaktionärer Kräfte“.

Ruft Rußlands Präsident zur Wehrdienstverweigerung, hat der kriegsunwillige Muschkote das beste Alibi. Truppen im litauischen Kaunas verweigerten den Befehl zur Okkupation des lokalen Fernsehsenders, der seinen Betrieb weiter aufrechterhält. Fallschirmjäger im belorussischen Witebsk meuterten gegen ihre Verlegung ins lettische Riga.

Besatzer-Oberstleutnant Wladimir Tarchanow verkündete bereits, er kämpfe nicht gegen „ein kleines Volk, dessen einziger Fehler darin besteht, daß es frei und unabhängig sein will“. Vorige Woche hatte er seine Mannschaften im Baltikum davon abgehalten zu kämpfen.

Die Verteidiger des Fernsehzentrums von Vilnius hätten auf die Eindringlinge zuerst geschossen und einen Leutnant getötet, verbreitete Innenminister Pugo, der Befehlshaber in Moskau. Dabei hatten schon am Tag zuvor, beim Sturm auf das Pressehaus, Soldaten wasserspritzende Wachen auf dem Dach unter Feuer genommen. Ein norwegischer TV-Korrespondent filmte einen Offizier, der außer sich geriet und seine Maschinenpistole auf die Menge richtete. Kameraden schlugen seine Waffe nieder.

Der Leutnant vom Fernsehzentrum starb an einem Schuß in den Rücken. Hinter ihm standen seine eigenen Leute.

„Gorbatschow würde stürzen“

Präsidentenberater Schachnasarow über die Gefahr einer Militärdiktatur



Schachnasarow (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Rückfall in den Stalinismus?“

SPIEGEL: Georgij Chosrojewitsch, der Präsident hat dem Westen nach dem blutigen Militäreinsatz in Litauen geraten, dazu eine „konstruktive Position“ einzunehmen. Wie sollte die aussehen?

SCHACHNASAROW: Zunächst muß man die wirklichen Zusammenhänge kennen. Wer nur nach den jüngsten Ereignissen urteilt, kommt zu falschen Schlußfolgerungen. Meiner Meinung nach war es verkehrt, diesem Rettungskomitee gleich Militär zum Überfall auf das Fernsehgebäude zur Verfügung zu stellen. Die Opfer, die es dabei gegeben hat, sind nicht zu rechtfertigen.

SPIEGEL: Wer hat denn den Befehl dazu erteilt?

Georgij Schachnasarow

ist einer der engsten Berater des sowjetischen Partei- und Staatschefs Michail Gorbatschow. Der 66jährige Armenier diente zusammen mit drei weiteren „Gehilfen“, wie die Grauen Eminenzen offiziell heißen, von Anfang an in Gorbatschows Küchen-Kabinett. Der habilitierte Jurist gehört dem Obersten Sowjet an und als korrespondierendes Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. In die Nähe der Macht war er allerdings schon vor Beginn der Perestroika gelangt: Schachnasarow verdiente sich einen Staatspreis und stand der Assoziation der Politischen Wissenschaften vor. In jüngster Zeit schreibt er nebenbei wissenschaftlich-phantastische Stücke. Eines der jüngsten heißt „Schach und Matt“.

* Mit Redakteur Jörg R. Mettke in Moskau.

SCHACHNASAROW: Das werden wir erst noch feststellen müssen. Der Präsident hat davon jedenfalls nichts gewußt.

SPIEGEL: Trotzdem hat er das Eingreifen insgesamt gerechtfertigt.

SCHACHNASAROW: Dafür gibt es auch Gründe. Bereits am 11. März vergangenen Jahres hat das litauische Parlament mit Landsbergis an der Spitze den Beschluß gefaßt, daß die Verfassung der UdSSR in Litauen nicht mehr gilt, ja, daß Litauen nie rechtmäßig zur Sowjetunion gehört hat.

SPIEGEL: Die Litauer haben sich dabei auf den völkerrechtswidrigen Pakt zwischen Hitler und Stalin aus dem Jahre 1939 berufen, mit dem die Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion verabredet wurde.

SCHACHNASAROW: Nehmen wir einmal an, die Litauer hätten recht. Aber dann erlauben Sie mir folgendes Beispiel: Ein Mann zwingt eine Frau, mit ihm zusammenzuleben. Nach einem halben Jahrhundert haben sie ein Haus, haben Kinder, gemeinsame Verwandte und Kontakte zu den Nachbarn ... Daraus folgen doch bestimmte Verpflichtungen, die nur auf dem Rechtswege abgelöst werden können.



Militäreinsatz in Litauen*: „Der Präsident hat nichts gewußt"

SPIEGEL: Aber Völker haben spätestens seit der Französischen Revolution ein Recht auf Selbstbestimmung.

SCHACHNASAROW: Richtig, und das hat den baltischen Nationen auch niemand verweigert. Man sagt ihnen: Wenn ihr austreten wollt, bitte sehr, dann führt ein Referendum durch. Danach kann alles Übrige geregelt werden – Fragen des Eigentums, der Sicherheit und nicht zuletzt Probleme jener Angehörigen von Minderheiten, die schließlich für die Fehler der Vergangenheit nicht verantwortlich sind.

SPIEGEL: Nun argumentieren Litauer, Letten und Esten, sie seien der Sowjetunion nie freiwillig beigetreten und brauchen auch kein gesondertes Referendum, weil sie ja mit großer Mehrheit demokratisch solche Kräfte ins Parlament gewählt haben, die sich die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ausdrücklich zum Ziel gesetzt haben.

SCHACHNASAROW: Verfassungsfragen, Schicksalsfragen einer Nation sollten nicht von den jeweiligen Parlamenten, sondern per Volksreferendum entschieden werden. Im übrigen gilt die Verfassung der UdSSR auch im Baltikum. Ich verstehe nicht, warum sie dort Angst vor einem Referendum haben. Man könnte sogar Uno-Beobachter einladen, um die Durchführung zu überwachen.

SPIEGEL: Abgesehen von aller Juristerei: War es denn politisch richtig, in Litauen so hart durchzugreifen?

SCHACHNASAROW: Der Beschluß zum Militäreinsatz ist ja nicht in der Zentrale gefaßt worden. Im Ergebnis der kurzsichtigen Politik der litauischen Führung ist dort die Bevölkerung inzwischen in zwei Gruppen gespalten. Es besteht die Gefahr des Bürgerkriegs ...

SPIEGEL: ... aber doch erst jetzt, nach dem Militäreinsatz.

* In Vilnius versuchen Demonstranten vergeblich, einen Gefährten vor dem Überrollen durch einen Panzer zu retten.

SCHACHNASAROW: Nein, bereits seit dem 7. Januar, als in Litauen große Preissteigerungen verordnet wurden. Und auch schon vorher war es im gesamten Baltikum zu groben Menschenrechtsverletzungen gekommen. Ein lettischer Freund von mir, Akademiemitglied, Rektor der Rigaer Universität, ist zusammen mit 130 anderen Mitgliedern der kommunistischen Partei aus der Akademie verjagt worden. Was ist das? Reiner Zufall?

SPIEGEL: In zivilisierten Staaten beschäftigen sich mit solchen Fällen Arbeits- und Verwaltungsgerichte, aber nicht Fallschirmjäger.

SCHACHNASAROW: Sie haben recht. Ich will doch die Militäraktion nicht rechtfertigen. Ich weise nur auf Maßnahmen hin, die darauf abzielen, Hunderttausende russischsprachiger Menschen zu Bürgern zweiter Klasse zu machen. Wenn Sie zum Beispiel Offizier der baltischen Flotte sind und Ihre Kinder nicht auf die Schule dürfen, wenn Sie keine Lebensmittelzuteilungen erhalten ...

SPIEGEL: ... dann organisiert man den Umsturz?

SCHACHNASAROW: Auf jeden Fall wollen es die Menschen dort nicht länger hinnehmen. Michail Gorbatschow hat doch wiederholt auf die Verfassungswidrigkeit litauischer Beschlüsse hingewiesen. Aber alles wurde ignoriert. Er ist sogar nach Litauen gefahren, um dort mit den Menschen zu sprechen, aber die Führer in Vilnius sind nicht zur Einsicht gekommen. Stellen Sie sich einmal vor, was geschehen würde, wenn ein deutsches Bundesland sich plötzlich nicht mehr an die Verfassung halten will.

SPIEGEL: Die wollen alle. Es sind sogar noch fünf weitere aus Ihrem ehemaligen Lager freiwillig dazugekommen. Im Falle Litauens dagegen haben die Moskauer Maßnahmen überall negative Reaktionen ausgelöst: Viele fürchten das Ende der Demokratisierung in der UdSSR, einen Rückfall in den Stalinismus.

SCHACHNASAROW: Wer so redet, versteht nichts von den Realitäten der Sowjetunion. Die Politik Gorbatschows hatte von Anfang an zwei Hauptziele:

Demokratisierung des Landes und seine Integration in die Weltgemeinschaft. Ließe derselbe Mann jetzt einen Zerfall der UdSSR zu, wozu ihn ja unsere Separatisten und neuen Demokraten geradezu drängen, dann wäre die Perestroika zu Ende und die internationale Entspannung auch.

SPIEGEL: Was würde dann geschehen?

SCHACHNASAROW: Dann würde Gorbatschow stürzen. Aber anschließend kämen diese Demokraten, das versichere ich Ihnen, nicht zur Macht. Die Kräfte, die einen Zusammenbruch nicht erlauben werden, sind einfach stärker. Dann käme es zur Militärdiktatur – ohne Parlamente, ohne demokratische Garantien und ohne das Recht publizistischer Kritik am Präsidenten. Die Außenwirkungen eines jähen, unkontrollierten Zerfalls der UdSSR wären katastrophal, fast wie eine Kernexplosion. Nehmen Sie nur unsere strategischen Waffen: In wessen Hände gerieten die dann? Wenn der Westen jetzt vorschnell verurteilt, sollte er vorher zweimal nachdenken.

SPIEGEL: Wird sich denn die Sowjetunion mit Moskauer Segen wenigstens allmählich und kontrolliert auflösen dürfen, wenn ihre Mitgliedstaaten dies wünschen?

SCHACHNASAROW: Die baltischen Länder können nach meiner festen Überzeugung auf verfassungsmäßigem Wege ohne weiteres austreten. Die kaukasischen Republiken werden es wahrscheinlich ebenso wie die asiatischen vorziehen, mit Rußland in einer engeren Verbindung zu bleiben. Wenn es uns gelingt, daß sich alle dabei frei fühlen, und wenn wir gleichzeitig unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern vermögen, dann wird die Anziehungskraft Rußlands als einer mächtigen, aussichtsreichen Region so groß werden, daß man sich ihr wieder nähern und sich nicht weiter von ihr absetzen wird.

SPIEGEL: Wie groß ist jedoch heute die Gefahr in den zum Ausstieg entschlossenen Republiken, daß dort die Entwicklung außer Kontrolle gerät?

SCHACHNASAROW: Sehr groß. Im Westen gibt es immer noch die Vorstellung, daß dort alles auf Befehl des Kreml geschehe. Das ist ein großer Irrtum. Als das georgische Parlament zum Beispiel unlängst die südossetische Autonomie liquidierte, hieß es sofort, da habe Moskau seine Hand im Spiel. Als ob Moskau da unten noch weitere Probleme nötig habe.

SPIEGEL: Ist nun als nächster Schritt die Einführung der direkten Präsidialherrschaft im Baltikum zu erwarten?



Erschossene Nationalisten*: „Opfer nicht zu rechtfertigen"

SCHACHNASAROW: Das wird weitgehend vom Verhalten der dortigen Regierungen abhängen. Wenn es ihnen gelingt, die gegeneinander aufgebrachten Menschen wieder zu versöhnen, wird alles gut.

SPIEGEL: Wie hätte man sich denn die direkte Machtausübung der Zentrale in unbotmäßigen Republiken vorzustellen: durch Militär, Sondereinheiten der Miliz und ethnisch-politische Minderheiten?

* Nach dem Überfall auf das Fernsehgebäude in Vilnius vorletzten Sonntag.

SCHACHNASAROW: Eine sehr schwierige Frage. Eigentlich haben wir noch gar kein Konzept dafür.

SPIEGEL: Sie schaffen sich ein Notstandsinstrument und wissen noch gar nicht, wie Sie damit umgehen wollen?

SCHACHNASAROW: Ehrlich gesagt, haben wir eine genaue Ausarbeitung bisher nicht geschafft. Aber wenn es soweit ist, wird der Präsident durch eine Anzahl von Erlassen ein Modell schaffen. Dabei geht es nicht etwa darum, Partei zu ergreifen, sondern bürgerkriegsähnliche Entwicklungen zu verhindern. Auch im Baltikum will der Präsident die weitere Stärkung von Souveränität nicht unterbinden.

SPIEGEL: Das sehen die Balten anders. Wollen und können Sie denn garantieren, daß sich militärische Übergriffe wie in Litauen nicht wiederholen?

SCHACHNASAROW: Keiner kann das heute. Gorbatschow hat völlig zu Recht davon gesprochen, daß es in jeder Minute zu einer Explosion kommen kann. Nur eines weiß ich ganz sicher: Gorbatschow wird niemals auf der Seite derjenigen sein, die Opfer, Tote oder Verletzte billigend in Kauf nehmen. Es ist töricht und absurd zu glauben, dieser Mann werde dafür sein Lebenswerk und sein Prestige in der Welt aufs Spiel setzen.

SPIEGEL: Nun wächst im Ausland wie in der Sowjetunion die Skepsis, ob Gorbatschow überhaupt noch Herr der Lage ist oder nicht vielmehr Kommandos ganz anderer Kräfte ausführen muß.

SCHACHNASAROW: Die absolute Freiheit eines Führers gibt es nicht. Die hatte nicht einmal Dschingis Khan. Und sicherlich lastet gerade auf Gorbatschow ein enormer Druck von rechts wie von links. Im Volk wächst der Wunsch nach Ordnung. Dadurch wird der Einfluß jener stärker, die diese Ordnung schaffen können. Wenn unsere Herren Demokraten zu Streiks und Unruhen aufrufen, müssen sie sich darüber im klaren sein, wem sie damit in die Hände spielen.

SPIEGEL: Also den entscheidenden Kräften jener Mitte-Rechts-Koalition,

auf die sich Gorbatschow gegenwärtig stützt.

SCHACHNASAROW: Ich würde solche Formulierungen vermeiden. Links, rechts – das sind heute zweideutige, ja strittige Begriffe. Wahr ist jedoch, daß wir die Exekutive stärken wollen, die erhebliche Schwächen zeigt. Das bedeutet aber keinen Abschied von der Perestroika. In der Geschichte gab es noch nie einen Fall, wo sich ein Reformator in den Unterdrücker seiner eigenen Reform verwandelt hätte.

SPIEGEL: Napoleon Bonaparte würden Sie als Gegenbeispiel nicht gelten lassen?

SCHACHNASAROW: Bonaparte war ein General im Dienste der Revolution, kein Revolutionär. Es wäre abwegig zu glauben, Gorbatschow würde sich selber verraten.

SPIEGEL: Boris Jelzin hat im Baltikum eingesetzte Offiziere und Soldaten aufgefordert, Befehle zum Waffengebrauch gegen Zivilisten zu verweigern, wenn sie nicht „zum Werkzeug dunkler reaktionärer Kräfte“ werden wollten. Müßte nicht Gorbatschow nach den strengen Maßstäben von Unionstreue, wie sie in Litauen angelegt worden sind, Jelzin als Aufrührer verhaften lassen?

SCHACHNASAROW: Das würde sich mit dem politischen Stil, mit dem Charakter Gorbatschows nicht vertragen. Der will seine politischen Gegner nicht physisch unter Druck setzen und hat solche Methoden stets entschieden abgelehnt. Aber politisch-juristisch erfüllt der Auftritt Jelzins schon den Tatbestand eines Aufrufs zum Ungehorsam.

SPIEGEL: Bleibt aber ungeahndet?

SCHACHNASAROW: Vergessen Sie nicht, auch auf dieser Seite gibt es viele kluge, ehrliche Leute, die der Perestroika zum Erfolg verhelfen wollen. Ich habe viele Freunde dort und wäre auch dafür, daß Gorbatschow häufiger mit ihnen zusammenkommt. Wir hatten ja vor einiger Zeit Pläne, eine linkszentristische Koalition zu schaffen. Nur leider haben Extremisten in letzter Zeit einen immer stärkeren Einfluß auf Jelzin gewonnen.

SPIEGEL: Aber sind Extremisten nicht die Hefe historischer Entwicklung – gerade in einem Land, das eine so lange Stagnation hinter sich hat?



Gorbatschow-Rivale Jelzin (Mitte), Zuhörer*: „Viele empfinden das als Verrat“

SCHACHNASAROW: Ich mag Extremisten und Fanatiker nicht. Politik ist die Kunst des Ausgleichs. Es ist viel schwieriger, im Zentrum zu bleiben. Die Revoluzzertradition, die es in Rußland immer gab, hat eine negative Rolle gespielt. In diesem Sinne bin ich mit Solschenizyn völlig einverstanden.

SPIEGEL: Aber ist es nicht Revoluzzerei von der ganz dummen Sorte und wird nicht die gesamte Vertrauenswerbung für das „Neue Denken“ in der UdSSR zunichte gemacht, wenn am Ende wieder obskure Rettungskomitees mit Militärhilfe demokratisch gewählte Regierungen zu stürzen versuchen?

SCHACHNASAROW: Wir sind uns über die negative Resonanz im klaren, und wir sind nicht froh darüber. Aber die öffentliche Meinung muß mit ihren Urteilen verantwortungsvoll umgehen. Wir müssen unsere Umgestaltung in Ruhe zum Abschluß bringen können. Eine instabile Sowjetunion zusätzlich zu allen anderen Krisen wäre das Schlimmste, was der Welt passieren könnte.

SPIEGEL: War der Zeitpunkt, im Windschatten der Golfkrise in Litauen die Zügel anzuziehen, bewußt gewählt?

SCHACHNASAROW: Das ist kein Zügel-Anziehen, sondern ein dramatisches Aufflammen von Gewalt. Die Ursachen dafür sind Verletzungen von Bürgerrechten eines Teils der Bevölkerung Litauens. Im Appell der baltischen Präsidenten und Jelzins an die Adresse der Uno wird über einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Litauen und denen im Nahen Osten spekuliert. Es gibt ihn nicht. Dadurch wollen sie neue Waräger ins Land holen. Viele Menschen bei uns empfinden das als Verrat.

SPIEGEL: Aber nach allen Meinungsumfragen ist der Verräter Jelzin populärer als Präsident Gorbatschow.

SCHACHNASAROW: Die öffentliche Meinung ist eine wetterwendische Sache und hängt vor allem mit unserer miserablen Wirtschaftssituation zusammen. Dafür wird natürlich der Unionsregierung und damit Gorbatschow selbst die Schuld gegeben.

SPIEGEL: Bleiben Gorbatschow politische Gestaltungsmöglichkeiten, bleibt die UdSSR innen- wie außenpolitisch berechenbar?

SCHACHNASAROW: Ich bin solchen Prognosen immer ausgewichen, doch nach meiner Einschätzung ist Gorbatschows Position im Moment stabil. Aber was weiter geschehen wird? Wir leben nicht mehr in Zeiten, wo alles vom Kreml abhing. Die Menschen sind in Bewegung geraten, die Konflikte unter sich polarisierenden politischen Kräften nehmen zu – und dazwischen steht die Armee. Entscheidend im Zusammenhang mit Ihrer Frage wird sein, wie das russische Volk in Zukunft leben will: in den Grenzen der Russischen Föderation oder aber in einer Union.

SPIEGEL: Gibt es im Jahr 2000 noch eine Sowjetunion?

SCHACHNASAROW: Ich weiß nicht, wie sie aussehen wird, aber es wird sie auf jeden Fall geben. Ich hoffe, es wird eine Union sein, in der Menschenrechte, Selbstbestimmung der Völker, Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit gewährleistet sind. Insofern sind heute unsere Vorstellungen von demokratischem Sozialismus denen der Sozialdemokraten sehr nahe.

SPIEGEL: Georgij Chosrojewitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Beim Besuch einer Kolchose.



Daschitschew beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wir wurden totgerüstet, aber aus eigener Schuld"

„Dann erhebt sich das Volk"

SPIEGEL-Gespräch mit dem Moskauer Politologen Wjatscheslaw Daschitschew über die Krise in der Sowjetunion

SPIEGEL: Herr Professor, Sie haben Ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow wiederholt entscheidende Ratschläge für eine Wende in der sowjetischen Politik unterbreitet, mit Erfolg. Was würden Sie ihm zu Litauen raten?

DASCHITSCHEW: Die Souveränität der Litauischen Republik anzuerkennen, sie zu respektieren und die sowjetischen Truppen abzuziehen.

SPIEGEL: Er schickt Fallschirmjäger.

DASCHITSCHEW: Das ist eine Fortsetzung der Politik Stalins, der 1940 das Baltikum okkupierte und sich auch gegenüber Finnland und Rumänien einer Aggression schuldig machte, ehe er die Expansion überhaupt nach Ost- und Zentraleuropa lenkte. Totalitäre Staaten neigen dazu, ihre inneren Zustände auf die Außenpolitik zu übertragen, wie Hitler, wie Saddam Hussein.

SPIEGEL: Und wie Gorbatschow?

DASCHITSCHEW: Er ist natürlich kein totalitärer Herrscher, aber der Truppeneinsatz bedeutet eine Bestätigung der Aggression Stalins. Wieso vermochte Lenin 1918 den baltischen Staaten sowie Finnland und Bessarabien die Freiheit zu geben, wir aber könnten das heute, 72 Jahre später, nicht tun?

SPIEGEL: Wenn Sie die Parallele zum Irak ziehen, denken Sie an einen entsprechenden Uno-Beschluß für die UdSSR, die Erwerbungen aus dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 preiszugeben?

DASCHITSCHEW: Der Volksdeputiertenkongreß hat die Ungültigkeit dieses Pakts festgestellt. Wir haben anerkannt, daß es der Stalinismus war, der diese Staaten verschluckt hat. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen, wie wir es in Ost- und Mitteleuropa getan haben.

SPIEGEL: Haben Sie dabei die öffentliche Meinung auf Ihrer Seite?

DASCHITSCHEW: In den betroffenen Ländern, und darum geht es, auf alle Fälle. Bedenken Sie die Aufstände gegen die Besatzungsmacht in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und gleichzeitig in Polen, als Chruschtschow mit einer Intervention drohte, den sowjetischen Truppenbestand in Polen von drei auf acht Divisionen erhöhte und den populären Gomulka mit Verhaftung bedrohte. Das ist eine aktuelle Analogie. Zwischen der Stalinschen Okkupationspolitik und der Aggression Saddam Husseins gibt es viele Ähnlichkeiten.

SPIEGEL: Sie, Professor Daschitschew, waren nach Andrej Sacharow die erste Stimme in der Sowjetunion, die gegen die Sowjetisierung Osteuropas öffentlich opponiert und eine völlig neue außenpolitische Konzeption Moskaus gefordert hat.

DASCHITSCHEW: Seit Mitte der siebziger Jahre fanden meine Gutachten in meinem Moskauer Forschungsinstitut, das sich mit dem „sozialistischen Weltsystem" befaßte, völligen Konsens und trugen das neue Denken an die Führung heran, das da hieß: Der Status quo der Nachkriegszeit widerspricht den Interessen unseres Landes.

SPIEGEL: Das war zur Zeit der KSZE-Konferenz von Helsinki.

DASCHITSCHEW: Damals unterschrieb Breschnew mit der einen Hand die Helsinki-Akte, mit der anderen dirigierte er einen Stellvertreterkrieg in Angola. Gleichzeitig mit dem Waffenstillstand in Europa wollte er die sowjetische Einflußsphäre in der Dritten Welt ausweiten. Das konnte die Entspannung nur untergraben: Der Friede ist unteilbar.

SPIEGEL: Sie plädierten für eine völlig neue Außenpolitik . . .

DASCHITSCHEW: . . . für den Verzicht auf jede Konfrontation, um endlich die Hochrüstung drosseln zu können, die für unser Land eine erstickende Bürde darstellt. 40 Jahre lang haben wir bis zu einem Viertel des Sozialprodukts in die Waffenproduktion gesteckt, die USA nur über sechs Prozent, die anderen Nato-Staaten drei bis vier Prozent. Das bedeutete den Ruin unserer Volkswirtschaft, die Verarmung der Bevölkerung. Auf die Dauer war das nicht durchzuhalten. Das Grundprinzip der Außenpolitik aber lautet, und auch Lenin hat es so gesagt: Die gesteckten Ziele müssen den realen Möglichkeiten ihrer Erfüllung entsprechen.

SPIEGEL: Die Militarisierung der Volkswirtschaft fesselte die Kräfte und ließ die UdSSR den technologischen Wettlauf der Systeme verlieren?

* Mit Redakteur Fritjof Meyer in Berlin.

DASCHITSCHEW: Und führte auch in die wirtschaftliche und geistige Rückständigkeit. Die Politik der Konfrontation verhinderte Reformen. Sie stärkte die zentralistischen Methoden nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik, sie bedingte Zensur und Isolation – ein selbstmörderisches Verhalten.

SPIEGEL: Demnach ist es dem Westen gelungen, auch mit seiner technischen und ökonomischen Überlegenheit im Rüstungswettlauf die Sowjetunion in die Knie zu zwingen?

DASCHITSCHEW: Wir wurden totgerüstet, aber aus eigener Schuld, weil wir uns darauf eingelassen haben. So wurden wir gezwungen, die Ursachen der Krise aufzudecken und sie zu ändern. 70 Prozent unseres Maschinenbaus dienten allein dem militärisch-industriellen Komplex! Mehr als 40 Jahre lebten wir unter diesem Druck – das widerspricht jedem gesunden Menschenverstand, und erst recht unseren eigenen Interessen.

SPIEGEL: Was waren die Gründe für das Festhalten am Primat der Rüstung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges?

DASCHITSCHEW: Ideologische, messianische Vorstellungen, der Großmachtwahn, die Beschränktheit der Machthaber, das jämmerliche Niveau unserer politischen Elite. Stalin, Chruschtschow, Breschnew, das waren doch alle ungebildete Menschen, die von der Welt nichts wußten und sich selbst von allen wahren Informationen abgeschnitten hatten. Das mußte sich auf unsere Außenpolitik auswirken. Erst Gorbatschow und Schewardnadse haben damit Schluß gemacht, sie haben uns von kolossalen Bürden befreit und ganz neue Perspektiven eröffnet – zum Zorn der Militärs, der Bürokraten und Generaldirektoren, die alles zurückdrehen möchten.

SPIEGEL: Die fühlten sich durch den Westen bedroht, und sie sehen das noch heute so.

DASCHITSCHEW: Das ist ein Vorwand, oder schlimmer noch, das sind Wahnideen. Gegen uns hatte sich tatsächlich fast die ganze Welt gestellt, der Westen, Japan, China, sogar Jugoslawien. Doch wenn sich eine Großmacht anschickt, ihren Herrschaftsbereich auf die anderen Länder auszudehnen, stößt sie auf den Widerstand der Außenwelt, die sich gegen den Aggressor zusammenschließt – wie gegen Deutschland 1939, so erging es der Sowjetunion nach 1945. Unser Streben nach Parität mit den Rüstungsanstrengungen aller anderen, womöglich Überlegenheit, führte zur Militarisierung der Gesellschaft und in die Wirtschaftskatastrophe – eine antinationale Politik, verderblich für das Land.

SPIEGEL: Diesen Standpunkt haben Sie zum ersten Mal im Mai 1988 mit einem Artikel in der *Literaturnaja gaseta* bekanntgemacht. Nie zuvor ist die sowjetische Außenpolitik derart einer Generalkritik unterzogen worden.

DASCHITSCHEW: Es handelte sich um einen wissenschaftlichen Bericht für unsere Führung über die Ursachen des Kalten Krieges und der Konfrontation, eine Auseinandersetzung mit der falschen Politik Stalins und seiner Nachfolger. Das Gutachten wurde in unserem Institut erörtert, gebilligt und zur Veröffentlichung empfohlen.

SPIEGEL: Vorausgegangen war eine Konferenz von hochkarätigen Diplomaten und Wissenschaftlern im November 1987, auf der Sie plötzlich die deutsche Frage aufgeworfen haben.

DASCHITSCHEW: Als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Außenministeriums hatte ich dargelegt, daß die Änderung unserer Position zum Nachkriegs-Status-quo eine Wende in unserer Einstellung zum geteilten Europa und zum geteilten Deutschland erfordert, eine neue Sicht der sowjetischen Dominanz in Osteuropa. Unsere Deutschlandpolitik entsprach nicht mehr der Realität. In der DDR wuchsen die Gefahren sozialer und nationaler Spannungen. Zur Lösung empfahl ich mehrere Varianten, darunter eine Konföderation der beiden deutschen Staaten wie auch eine Vereinigung.

SPIEGEL: Wer unterstützte Sie?

DASCHITSCHEW: Auf dieser Konferenz nur Professor Dawidow vom USA-Institut. Alle anderen stürzten sich auf mich, es kam zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Vertreter des Neo-Stalinismus erwiesen sich als Verderber unseres Landes, mit einem durch engstirnige Schulung geschrumpften Bewußtsein. Auch auf einer Sitzung in der Internationalen ZK-Abteilung Ende 1988, an der Vertreter der Regierungsgremien, der Akademie der Wissenschaften und Generäle teilnahmen, mochten die Anhänger des Status quo ihre Ansichten nicht ändern.

Ich stellte zwei Fragen: Ist der bestehende Zustand für uns von Vorteil? Und können wir ihn aufrechterhalten? Beides war zu verneinen: Das alte totalitäre stalinistische System, an dem die Sowjetunion in Ost- und Zentraleuropa festhielt, war einfach nicht effizient. Es barg die Gefahr der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Krise. Es konnte zur Erosion unser Vor-



Panzerwracks in Budapest 1956: „Aktuelle Analogie"

Rolf Blum, der ein dreijähriges Mädchen aus einem brennenden Haus rettete.




DU PONT



Parteichef Breschnew

machtstellung führen und die Grundlagen unserer Außenpolitik unterminieren.

SPIEGEL: Wer hat Sie da unterstützt?

DASCHITSCHEW: Niemand. Der Leiter der ZK-Abteilung, Walentin Falin, verließ empört den Saal.

SPIEGEL: Aber Sie haben den Außenminister Schewardnadse und den Präsidenten Gorbatschow für Ihre Konzeption gewonnen – ist es das gewesen, was Erich Honecker als eine Verschwörung gegen die DDR bezeichnete?

DASCHITSCHEW: Natürlich gab es keine Verschwörung. Dieses Regime brach wegen der politischen und wirtschaftlichen Irrwege der DDR selbst zusammen. Honecker hat von einer Verschwörung „einiger Autoren" gesprochen. In unserer Presse erschienen damals mitunter Gedanken über die Notwendigkeit einer Änderung unserer Deutschlandpolitik. Auf eigene Faust, sozusagen in persönlicher Diplomatie, habe ich einige Male in der Bundesrepublik zur Änderung der Zustände in der DDR, an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und der Berliner Mauer aufgerufen – und zwischen den Zeilen zur Überwindung der Trennung beider Teile der deutschen Nation.

SPIEGEL: Zum Beispiel im SPIEGEL*.

DASCHITSCHEW: Ich wurde da als Gorbatschows „Berater" vorgestellt, zugleich empfand man meine Gedanken als Widerspruch zu öffentlichen Ansichten, was Honecker vielleicht zu seiner Verschwörungstheorie den Anlaß gab.



Parteichef Stalin



Parteichef Chruschtschow

Sowjetische Machthaber
„Das waren ungebildete Menschen"

In meinen Äußerungen ging ich davon aus, daß die deutsche Spaltung als Quelle der Konfrontation verderblich sei für unsere nationalen Interessen, für die Deutschen, für die Zusammenarbeit in Europa.

SPIEGEL: Am 18. April 1989 legten Sie Ihre Denkschrift über die Honecker-DDR der Führungsspitze vor, und die professoralen Thesen gerannen zur offiziellen Politik der UdSSR – dank Gorbatschow.

DASCHITSCHEW: Das größte Verdienst Gorbatschows besteht darin, daß er Anfang 1989 die freie Wahl des Weges für jedes Land proklamiert hat, also das Selbstbestimmungsrecht, und das hieß Verzicht auf die Breschnew-Doktrin, auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei.

SPIEGEL: Und Deutschlands.

DASCHITSCHEW: Mit der Unabhängigkeit der Länder Osteuropas hatte die politisch-strategische Rolle der DDR an Wert verloren. Dieser Staat war nicht mehr zu halten. Ein militärisches Eingreifen aber hätte das Ende der Perestroika in jeder Hinsicht bedeutet.

SPIEGEL: Das mußte nicht gleich heißen, die DDR der Bundesrepublik zu schenken.

DASCHITSCHEW: Es war ein Geschenk vor allem an das russische Volk. Wir haben gewonnen, was wir bisher nicht hatten: Freunde, in beiden Teilen Deutschlands. So hat es Schewardnadse vor dem Obersten Sowjet begründet. Wir befinden uns auf dem Weg nach Europa, zu den politischen und moralischen Werten des alten Kontinents.

SPIEGEL: Dann muß die Freiheit der Wahl des eigenen Weges auch für die baltischen Staaten gelten.

DASCHITSCHEW: So sehe ich es. Gorbatschow hat sich den Verzicht auf den Klassenkampf in der internationalen Arena zu eigen gemacht, den Vorrang allgemein-menschlicher Werte. Die Preisgabe der alten Dogmen hatte Eduard Schewardnadse schon 1987 auf der theoretisch-praktischen Beratung im Außenministerium verlangt. An die Adresse der Militärs erhob er den Vorwurf, die herrschende Politik trage einen „verschwenderischen Charakter" für Land und Bevölkerung, sie sei kontraproduktiv und wir könnten uns die Militarisierung einfach nicht mehr leisten.

SPIEGEL: Jetzt soll der ausgewiesene Wehretat von 77 Milliarden Rubel aber kräftig gesteigert werden, auf 96,6 Milliarden . . .

DASCHITSCHEW: . . . obwohl uns niemand bedroht. Man kann sich schwer vorstellen, daß die Nato demnächst die Sowjetunion angreift.

SPIEGEL: Der Parteitag der KPdSU im Juli sah das anders. Er faßte eine Resolution, die „Bedrohung" halte an.

DASCHITSCHEW: Der konservative Ligatschow und der General Makaschow, Befehlshaber des Ural-Wolga-Wehrbezirks, haben in der Tat die Kriegsgefahr noch dramatisch beschwo-

* SPIEGEL 27/1988.





Esso Super Diesel. Die saubere Leistung.

Die Wirkstoff-Formel in Esso Super Diesel sorgt für saubere Leistung:

- Sie garantiert optimale Zündwilligkeit.
- Sie verhindert Ablagerungen an den Einspritzdüsen und baut eventuell vorhandene wieder ab.
- Das führt zu einer sauberen, kraftvollen Verbrennung.
- Und somit zu sparsamem Verbrauch.
- Es entsteht weniger Rauch und Ruß.
- Und beim Tanken gibt es kein lästiges Schäumen mehr.
- Dafür riecht es angenehm.
- Ab jetzt ist Esso Super Diesel außerdem garantiert frostsicher bis -22° C. Einfach sauber!

Esso Super Diesel. Wirtschaftlich weiterkommen.



ren. Mir bleibt rätselhaft, wie der Oberste Sowjet höheren Rüstungskosten zustimmen kann in dieser Situation, wo wir alles Geld zur Entlastung der Konsumenten und zur Steigerung von Leichtindustrie und Landwirtschaft brauchen. Das ist vollkommen wahnsinnig.

SPIEGEL: Der Übergang zur Präsidialdiktatur kann die Militärs in ihren Obsessionen bestärken – oder läßt sich so die Perestroika leichter voranbringen?

DASCHITSCHEW: Diktatorische Methoden können nur neue Schwierigkeiten schaffen und in den Bürgerkrieg führen. Der Kampf um die Perestroika verlagert sich jetzt vom Zentrum auf die einzelnen Republiken.

SPIEGEL: Ist die Perestroika auf der Unionsebene gescheitert?

DASCHITSCHEW: Der Oberste Sowjet in Moskau setzt sich überwiegend aus Vertretern der Nomenklatura zusammen, er ist dem Präsidenten hörig.

SPIEGEL: Dieses Parlament hat sich am Montag nach dem Litauen-Schlag nicht einmal nach den Intentionen Gorbatschows erkundigt.

DASCHITSCHEW: Ohne ein Mehrparteiensystem kann Demokratie nicht funktionieren; ohne das Korrektiv einer Opposition vermag sich eine Gesellschaft nicht gesund zu entwickeln. Das haben wir aus der Vergangenheit unseres Landes gelernt, aber bis heute ist es uns nicht gelungen, andere Parteien entstehen zu lassen, die imstande wären, anstelle der KPdSU die Macht zu übernehmen und die Regierung zu bilden. Das ist eines der vielen Versäumnisse der letzten Jahre. Noch herrscht Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, eine Tradition, die sehr schwer zu überwinden ist. Wir müssen es lernen.



Sowjet-Superrakete „Proton“ im Bau: „Erstickende Bürde“

SPIEGEL: Auch im Westen gibt es eine Stimmung, die Stabilität in der Sowjetunion um jeden Preis zu bewahren und lieber eine Diktatur als das Risiko bürgerkriegsartiger Entwicklungen in Kauf zu nehmen.

DASCHITSCHEW: Diktatur bringt keine Stabilität. Im Gegenteil, sie kann gerade in den Bürgerkrieg führen, wenn es an Konsens, Toleranz und einer Abstimmung der Interessen mangelt. Erhebt sich die litauische Bevölkerung gegen die Fallschirmjäger und übt sie selbst Gewalt, kann der Konflikt internationalen Charakter annehmen. Das läuft der politischen Stabilität zuwider und liegt auch nicht im Interesse des Westens.

SPIEGEL: Was soll Gorbatschow tun?

DASCHITSCHEW: Den baltischen Staaten das volle Selbstbestimmungsrecht gewähren, bis hin zum Recht auf Austritt aus der Union. Sie werden sich nicht völlig von uns zurückziehen, sondern neue, aber gleichberechtigte Beziehungen auf allen Ebenen suchen, aus Einsicht in den Nutzen für sie selbst. Gewalt bewirkt das Gegenteil – den militärischen Konflikt zwischen der Zentrale und den Nationalitäten.

SPIEGEL: Wenn aber die Union in ihre einzelnen Bestandteile auseinanderfällt und die Republiken nicht zu einem Staatenbund zusammenfinden?

DASCHITSCHEW: Unabhängig davon, welche Form eine neue Union annimmt, sollten die Republiken kraft ihrer Souveränität allen Institutionen einer kommenden gesamteuropäischen Konföderation beitreten, den Vereinigten Staaten von Europa mit einem obersten Parlament. Das Zeitalter der Imperien ist vorbei, eine Rückkehr in die Vergangenheit unmöglich, die Perestroika letzten Endes unumkehrbar.

SPIEGEL: Es sieht nicht danach aus.

DASCHITSCHEW: Die Konservativen bieten keine Alternative, sie haben kein Programm für die Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise. Die ökonomische Notwendigkeit der Marktwirtschaft zur Entfaltung der Initiative und des unternehmerischen, kreativen Geistes wird sich durchsetzen, es gibt keine andere Lösung.

SPIEGEL: Obwohl sich Gorbatschow soeben mit diesen konservativen Kräften verbündet hat? Fördert diese neue Allianz die Perestroika?

DASCHITSCHEW: Rückschläge, Abbremsen und sogar Umwege können die



Chef Gorbatschow, Kritiker Schewardnadse: „Diktatur bringt keine Stabilität"

Grundtendenz nicht ändern, denke ich. Gorbatschow hat vor allem versäumt, für seine Revolution von oben die Unterstützung von unten zu finden, eine Massenbasis für die Perestroika. Er hat es unterlassen, an die Stelle der Staatsleibeigenschaft in den Kolchosen und Sowchosen das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden zu setzen. Durch sein Nichtstun in der Landwirtschaft hat er zudem verpaßt, die eigentlichen Ursachen der ständigen Versorgungskrise auszuräumen. Daß dieses an Naturschätzen reichste Land dem Hunger entgegengeht, ist eine Schande.

SPIEGEL: Das kann sich jetzt noch weniger ändern als zuvor.

DASCHITSCHEW: Das sehe ich anders. Der Übergang zur Marktwirtschaft ist unausweichlich, und er ist unvereinbar mit dem Machtmonopol der alten Gewalten, ihren Posten und Privilegien. Deshalb üben sie Widerstand. Doch ohne Demokratie läßt sich die Wirtschaft nicht ankurbeln.

SPIEGEL: Hat sich jetzt erwiesen, daß sich die Reform nicht innerhalb des Systems erreichen läßt und deshalb das System gewechselt werden muß?

DASCHITSCHEW: So ist es. Diese Schicksalsfrage stellte sich im November 1987, als Boris Jelzin aus der Führung entfernt wurde und Gorbatschow sich für den bürokratischen, gegen den demokratischen Weg entschied. Das Fortbestehen der alten Machtstrukturen, die andauernde Einmischung des Apparats in wirtschaftliche Probleme, der Verzicht auf die Entpolitisierung von Armee und KGB – das alles führte zu den Halbheiten und dem gefährlichen Zaudern Gorbatschows.

SPIEGEL: Und damit wurde die Untauglichkeit des alten Systems offenbar?

DASCHITSCHEW: Jedenfalls hat sich in den drei Jahren seither ein revolutionärer Wandel im öffentlichen Bewußtsein vollzogen. Das alte System samt seiner Ideologie hat sich vollkommen diskreditiert. Das Volk hat kraft Glasnost erkennen können, daß die Führung der Kommunistischen Partei seit der Oktoberrevolution 1917 mit Hilfe des Staatsapparats ein widernatürliches System mit Gewalt durchsetzte, einen permanenten Krieg gegen die Bevölkerung führte, einen Genozid am eigenen Volk beging: Sie brachte Dutzende Millionen Menschen um, verzerrte alle menschlichen Werte wie Würde, Ehre und Barmherzigkeit. Sie verstümmelte die Volkswirtschaft. Zu diesen Verbrechen gibt es keine Rückkehr mehr, das läßt das Volk nicht zu.

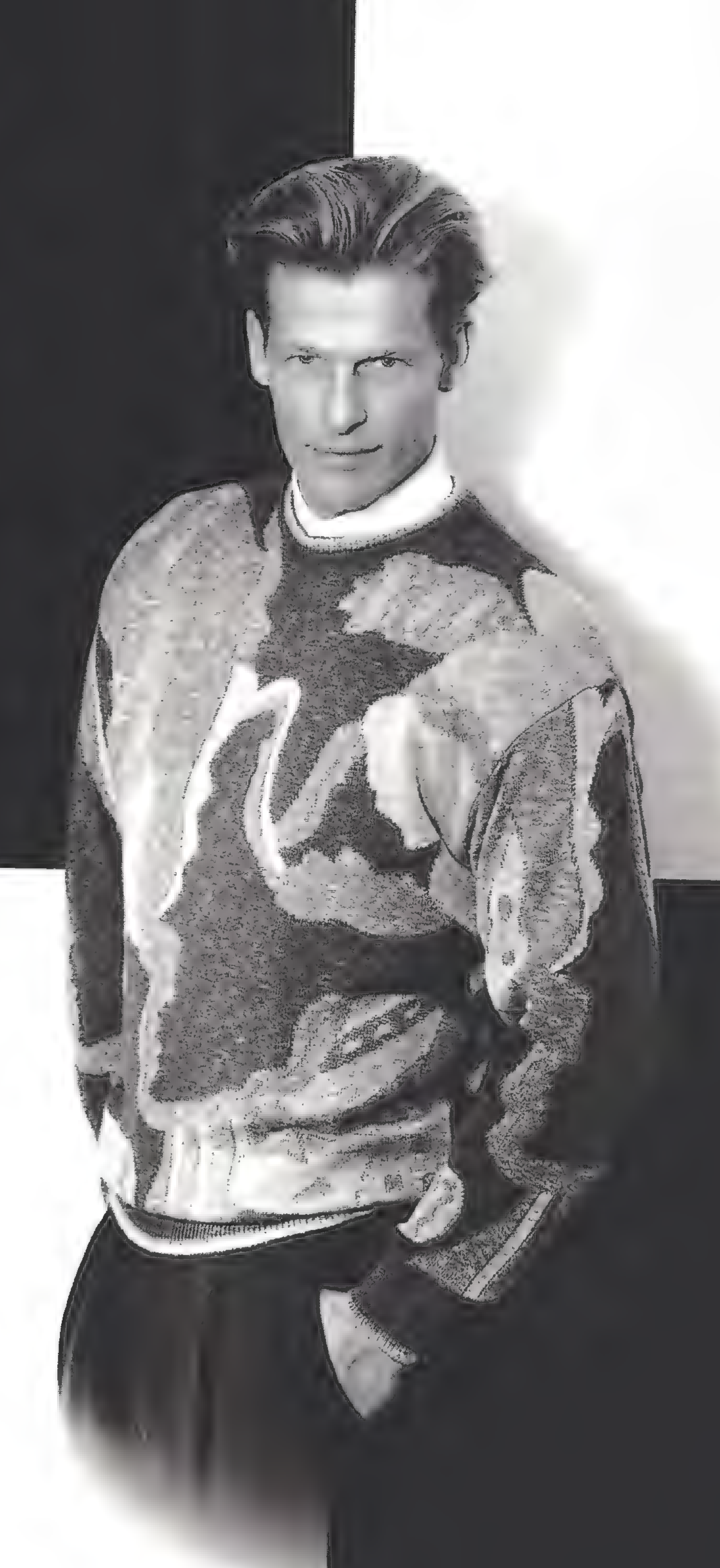
SPIEGEL: Und Gorbatschow?

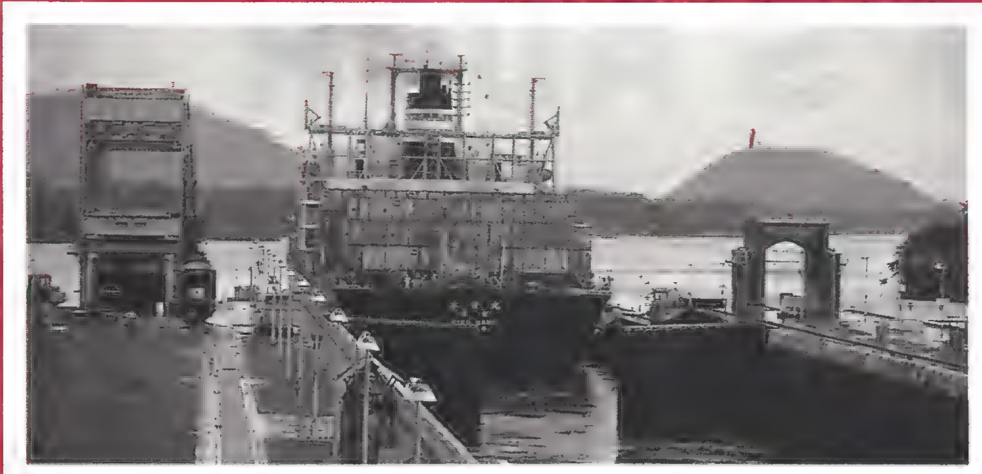
DASCHITSCHEW: Wenn er in den nächsten Monaten seine Vollmachten nutzt, kann er die begangenen Fehler noch korrigieren und wird nicht als Diktator, der aus Unentschlossenheit und Inkompetenz die Chance verpaßt hat, in die Geschichte eingehen, sondern als Begründer jener Perestroika, die unser Land in einen demokratischen Rechtsstaat mit einer blühenden Marktwirtschaft führt.

SPIEGEL: Wenn sich aber die Krise weiter zuspitzt, kommt es dann zu einer revolutionären Situation wie in den Bruderstaaten, als die Parteichefs des Übergangs scheiterten?

DASCHITSCHEW: Wird es noch schlimmer, dann erhebt sich das Volk, löst die alten Machtstrukturen ab und bringt neue, demokratische Kräfte an die Macht.

SPIEGEL: Herr Daschitschew, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.





Schleuse im Panamakanal

US-Militärs wollen Kanalverträge torpedieren

In Washingtons Verteidigungsministerium regt sich Widerstand gegen die Panamakanalverträge. Einige Strategen möchten die Wasserstraße nicht gänzlich verlieren. Nach den Abkommen, die US-Präsident Jimmy Carter und Panamas Omar Torrijos 1977 unterzeichnet hatten, muß der Kanal 1999 unter panamaische Oberhoheit gestellt werden. Bis dahin wird er von den Nordamerikanern mitverwaltet. Beamte des Pentagon würden die US-Kontrolle jedoch gern verlängern: Die in der Kanalzone stationierten US-Soldaten könnten die Wasserstraße besser schützen, argumentieren sie. Außerdem ließen sich von Panama aus Kuba und der lateinamerikanische Drogenhandel besser überwachen. Eine Verlängerung der US-Militärpräsenz in Panama bedarf der Zustimmung durch das panamaische Parlament – dort ist die Anwesenheit der US-Soldaten jedoch umstritten. Viele Panamaer vermuten, daß Washington nach den Erfahrungen mit dem Ex-Diktator Noriega die Regierung des Kanalstaats an der Kette halten will. Für solche Befürchtungen sprechen amerikanische und panamaische Presseberichte, wonach die CIA im vorigen Februar bereits 100 panamaische Mitarbeiter für einen neuen Geheimdienst rekrutiert hat, der die US-feindliche Opposition des Landes überwachen soll. Und das, obwohl sich die Regierung nach der US-Invasion im Dezember 1989 verpflichten mußte, den geheimen Sicherheitsapparat aufzulösen.



Premier Major

Besseres Image für Major

Politische Berater drängen den farblosen Britenpremier John Major zu popularitätsfördernden Korrekturen an Frisur, Brille und Stimme. Ihr Argument: Die ernsten Botschaften des Regierungschefs zum Golfkonflikt und zur heraufziehenden Wirtschaftsrezession kämen besser an, wenn er nicht aussähe „wie ein Provinzvikar“ und seine Stimme nicht so „quäkig“ wäre. Der Premier brauche „zumindest eine Pfeife“, witzelte Kulturprofessor Jeffrey Richards. Die Image-Consultants verweisen auf ein überzeugendes



Ungeschönte Thatcher

Vorbild in Downing Street: Majors politische Ziehmutter Margaret Thatcher wurde erst volkstümlich, nachdem sie auf Geheiß des TV-Produzenten Gordon Reece ihren Haarschnitt modernisiert, ihre schrille Stimme gedämpft und ihre Zähne begradigt hatte. Die geschönte Maggie erhob Reece aus Dank zum Sir Gordon – noch heute ein Ansporn für die Stylisten-Branche.

Blühender Seidentourismus

Peking wird zum Eldorado osteuropäischer Schwarzhändler. Jugoslawen, Polen und Russen, offiziell als Touristen eingereist, kaufen derzeit zu Scharen auf den privaten Kleidermärkten der chinesischen Hauptstadt vor allem preisgünstige Seidenwaren auf. Die Textilien, oft mit den Etiketten westeuropäischer Markenfirmen versehen, sind eigentlich für den staatlichen Export bestimmt, gelangen aber häufig wegen Mängeln in den privaten Handel. Möglicher Profit aus einer in der Regel einwöchigen Einkaufstour ins Reich der Mitte: rund 5000 Mark – in Osteuropa oft mehr als ein Jahreseinkommen.

Heiligkeit in Tüten

Für mehrere hundert Millionen gläubige Hindus in Indien und in aller Welt wird das Leben leichter: Das Wasser des heiligen Flusses Ganges gibt es jetzt in Tüten. Findige Kaufleute aus Neu-Delhi lassen es in der Nähe des Himalaja-Ortes Gangotri an der Quelle in 3046 Meter Höhe „100 Pro-

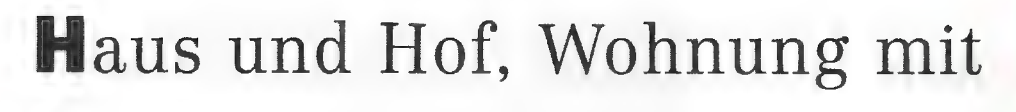


Beutel für Ganges-Wasser

zent bakterienfrei“ in 200 Milliliter-Plastikbeutel pumpen. Denn fromme Hindus benötigen das begehrte Naß, beliebtestes Mitbringsel von Pilgerfahrten an die Gestade des Stroms, von der Geburt bis zum Tod. Versprenkelt bringt es angeblich Segen ins Haus, getrunken rituelle Reinheit in den Leib und Heilung bei allerlei Gebrechen. Wer es sich leisten kann, läßt nach dem Tod seine Asche in die Fluten von „ganga mata“ (Mutter Ganges) streuen. Die eingetütete „Gabe Gottes“ (Firmenwerbung), für die bereits Anfragen aus den USA und Europa vorliegen, ist für 42 Pfennig pro Portion zu haben.

DARF'S AUCH ETWAS KLEINER SEIN?

36



Haus und Hof, Wohnung mit Balkon, Garten in Hanglage? **O**der doch etwas größer? **J**ugendstilhaus in der Stadt, Villa mit Pool? **T**rauminsel in der Sonne? **E**ntscheiden müssen Sie sich, schließlich ist es ja Ihr Geld. **A**uch wenn es von uns kommt.

Als große Hypothekenbank interessieren wir uns nicht nur für Ihre Pläne. Wir sorgen auch dafür, daß sie wahr werden. Ob Sie Ihr Darlehen mit einer Lebensversicherung verbinden, tilgungsfreie Jahre vereinbaren oder Ihren Bausparvertrag vorfinanzieren wollen – wir rechnen es Ihnen aus. Unverbindlich und computergenau.



Palästinenser

Zwischen zwei Feuern

PLO-Chef Jassir Arafat verlor mit seinem Stellvertreter den ärgsten Widersacher.

In der Dämmerstunde, bei einem gut gefüllten Glas Scotch, befiel Salah Chalaf, 57, gelegentlich Sarkasmus: „Vor meinen Feinden weiß ich mich wohl zu schützen. Aber schaffe ich es auch vor meinen Freunden?"

Wer seine Feinde waren, stand wenigstens fest: Israelische Behörden beschuldigten Chalaf, den zweiten Mann in der Palästinenserorganisation PLO, Drahtzieher des Münchner Olympia-Massakers gewesen zu sein, bei dem 1972 elf Israelis ums Leben gekommen waren. Der Arafat-Stellvertreter, bei den Palästinensern vor allem unter dem Kampfnamen Abu Ijad bekannt, hat diesen Vorwurf stets mit der Begründung zurückgewiesen: „Wenn das so wäre, dann hätten mich die Juden schon längst umgebracht."

Doch das wäre selbst für den legendären israelischen Geheimdienst Mossad nicht allzu einfach gewesen. Denn Abu Ijad umgab sich Tag und Nacht mit einem Dutzend Leibwächtern, die den fülligen PLO-Funktionär nie aus den Augen ließen.

Als Abu Ijad vergangenen Montag in der tunesischen Hauptstadt Tunis bei einem Attentat starb, kamen die tödlichen Schüsse aus der Kalaschnikow eines vermeintlichen Freundes. Denn das nächtliche Blutbad in einer Villa – das neben Abu Ijad auch das Leben des PLO-Sicherheits-Chefs Abu el-Haul (Vater des Schreckens) und eines weiteren Beraters kostete – hatte ein Bodyguard aus der Sicherheitstruppe von Abu el-Haul verübt.

Der Täter, ein junger Palästinenser namens Abu Seid, sei ein gedungener Mörder des Mossad gewesen, behauptete ein Sprecher des PLO-Hauptquartiers in Tunis unmittelbar nach dem Anschlag. Tags darauf zogen, trotz eilig ausgerufener Ausgangssperre, Scharen von aufgebrachten Palästinensern durch Flüchtlingslager in den von Israel besetzten Gebieten und beklagten den Tod des beliebten Politikers. Bei unausweichlichen Zusammenstößen mit der Armee starben mindestens zwei Palästinenser, über hundert wurden verletzt.

Die israelische Regierung, die sonst Attentatsvorwürfe grundsätzlich nicht kommentiert, beeilte sich mit einem ungewöhnlich schnellen Dementi. Verteidigungsminister Mosche Arens persönlich wies die Vorwürfe aus Tunis zurück.



PLO-Chefs **Abu Ijad, Arafat:** „Den besten Freund verloren"

Seine Regierung habe mit den tödlichen Schüssen „nichts, absolut nichts" zu schaffen.

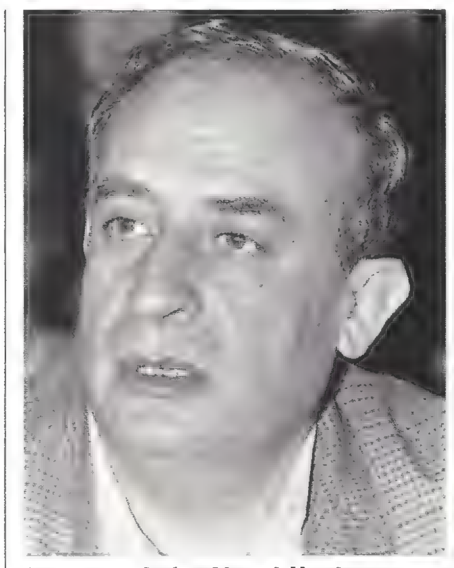
Auch wenn es die palästinensische Führung aus propagandistischen Gründen in der nervenzerreißenden Spannung um den Golfkrieg gern anders hätte: Arafat-Vize Abu Ijad starb nicht von israelischer Hand. Er wurde das Opfer einer schon lange schwelenden Bruderfehde innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung.

Der Drahtzieher der Bluttat, so sind sich Abu-Ijad-Vertraute nach den ersten Vernehmungen des Todesschützen sicher, ist der weltweit gefürchtete Palästinenser-Terrorist Sabri el-Banna, Nom de guerre Abu Nidal, dessen Organisation „Fatah – Revolutionärer Rat" in den letzten Jahren in Westeuropa und im Nahen Osten eine blutige Spur gezogen hatte.

Bereits 1974 hatte die PLO den ultraradikalen Abu Nidal aus ihren Reihen ausgeschlossen und zum Tode verurteilt. Seither richteten sich Abu Nidals Terrordrohungen nicht nur gegen den „zionistischen Erzfeind", sondern auch zunehmend gegen Angehörige des PLO-Establishments, vor allem gegen Abu Ijad.

Denn der hatte dem verfemten Terroristen dessen bislang bitterste Niederlage bereitet. 1988 – Abu Nidal und seine Freischärler genossen Gastfreundschaft und Schutz des libyschen Revolutionsführers Muammar el-Gaddafi – ließ er in seinem geheimen Wüstencamp 180 seiner Leute liquidieren: Sie waren von Abu Ijad im Laufe von Jahren eingeschleust worden und lieferten dem Arafat-Stellvertreter, der gleichzeitig auch Chef des PLO-Geheimdienstes war, wertvolle Informationen über die Pläne der Terroristen.

Die kaltblütige Säuberungsaktion sollte sich für Abu Nidal bitter rächen. Einer



Attentats-Opfer Abu el-Haul
Die Drahtzieher saßen in Bagdad

seiner engsten Mitarbeiter, der Abu-Nidal-Sprecher Atif Abu Bakr, wechselte nach dem Massaker die Fronten und packte in der PLO-Zentrale in Tunis sein komplettes Wissen über die Terrororganisation, deren Mitglieder und weltweite Unterschlüpfe aus. Abu Ijad gab viele dieser Topinformationen an nahöstliche und europäische Dienste sowie Polizeibehörden weiter – so auch an das Wiesbadener Bundeskriminalamt BKA. Die Folge: Abu Nidals Organisation war zerschlagen, er selbst setzte sich mit einer Handvoll Getreuen von Libyen in den Irak ab, wo ihm Saddam Hussein, Schutzherr aller Terroristen, seither Unterschlupf gewährte.

Führende PLO-Politiker in Tunis waren sich deshalb vergangene Woche „ziemlich sicher", daß auch der Diktator aus Bagdad beim Attentat auf Abu Ijad „seine Finger mit im Spiel" hatte. Denn



Terrorist Abu Nidal (1975)
Rache an den PLO-Granden

der Zeitpunkt des Mordes – nur wenige Stunden vor Ablauf des Uno-Ultimatums – sei „alles, bloß nicht zufällig“ gewesen: Neue Unruhen und Demonstrationen gegen die verhaßten israelischen Besatzer, ausgelöst durch die Schüsse von Tunis, hätten perfekt in die Strategie Saddam Husseins gepaßt, der den Landraub von Kuweit ebenso geschickt wie ungerechtfertigt mit dem Schicksal des palästinensischen Volkes verknüpft hatte.

Genau gegen diese Verbindung des weltweit geächteten Diktators mit seinem Volk hatte Abu Ijad zuletzt Vorbehalte gehabt. Offen stellte er sich in den vergangenen Wochen deshalb gegen PLO-Führer Arafat, der sich eindeutig auf die Seite des irakischen Präsidenten geschlagen hatte. Dieser Schulterschluß, so Abu Ijad, habe „unser Volk zwischen zwei Feuern gefangen“ und könne für die Palästinenser fatale Folgen haben: „Ich möchte nicht, daß unsere Sache mit der Zerstörung Arabiens in Zusammenhang gebracht wird“, fürchtete er in seinem letzten Interview, wenige Stunden vor seinem Tod.

Das Verhältnis zwischen Arafat und seinem Stellvertreter, die 1957 gemeinsam die Fatah-Organisation, die größte und einflußreichste Gruppe innerhalb der PLO, gegründet hatten, war schon seit längerer Zeit empfindlich gestört. In internen, lautstark geführten Treffen kritisierte Abu Ijad die Entscheidungen Arafats, vor allem dessen Anlehnung an Saddam Hussein: „Wenn wir die israelische Besetzung in unserer Heimat bekämpfen und verurteilen, dann können wir die Besetzung Kuweits durch die Iraker nicht gutheißen. Der Irak hat einen großen Fehler gemacht, er muß raus aus Kuweit.“

Diese Kritik an Arafats strammem Pro-Irak-Kurs, welcher die PLO nicht nur im arabischen Lager zu isolieren droht, sondern auch im Westen auf wachsendes Unverständnis stößt, brachte Abu Ijad die Sympathien zahlreicher einflußreicher PLO-Granden. Zuletzt galt er als sicherer Anwärter auf die Nachfolge des Palästinenserchefs, dessen Position innerhalb der Dachorganisation gefährdet ist wie nie.

Hauptvorwurf der prominenten Kritiker in der PLO: Als Folge seiner Pro-Saddam-Politik mußten Hunderttausende Palästinenser, die bis zum Ausbruch der Golfkrise in den reichen Öl-Emiraten arbeiteten und lebten, ihre Gastländer verlassen – Rache der Potentaten für die Hinwendung zum gemeinsamen Feind.

Der Exodus hat fast schlagartig die ohnehin schlimme wirtschaftliche Situation der 1,5 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten weiter verschlechtert.

Denn im Westjordanland und im Gazastreifen gibt es kaum eine Familie, die nicht auf regelmäßige Zuwendungen von Verwandten in der Golf-Region angewiesen war. Dieses Geld blieb nun aus. Und die abgeschobenen Palästinenser kehrten in ihre Dörfer und Städte in den besetzten Gebieten zurück, wo sie das ohnehin riesige Heer von Arbeitslosen noch weiter verstärkten.

Jassir Arafat beklagte den Tod seines Widersachers mit pathetischer Stilisierung: „Die Palästinenser und ich haben unseren besten Freund verloren.“



Südafrika

Ohnmächtig wie Vieh

Anhaltende Unruhen in den Wohngebieten der Schwarzen gefährden den Reformprozeß.

Der neunjährige Vusi Nkabinde hat schon eine verschmorte Leiche gesehen. Sein dreijähriger Bruder Thabiso weiß das Prasseln von Feuer in der Nachbarschaft zu deuten. „Die Zulus kommen“, schreit der Knirps, wenn in Katlehong, einem Township in der Nähe von Johannesburg, wieder einmal Brandbomben durch die Fenster fliegen.

Die beiden Kinder sind die Jüngsten in der zwölfköpfigen Familie des Johannesburger *Sunday Times*-Journalisten Doc Bikitsha. Der schildert seine „wahnsinnige Angst“ vor den Überraschungsangriffen unbekannter Killer, vor dem Tod ohne Motiv: „Wir sind ohnmächtig wie Schlachtvieh.“

Schemenhaft wie die Mörder blieben beispielsweise die Gründe für ein Massaker am vorletzten Samstag in Sebokeng. Mindestens 35 von 300 Trauergästen starben während einer Zeremonie, bei der die ganze Nacht über Klagelieder und fromme Hymnen gesungen wurden. Fünf Mörder, in Weiß gekleidet, eröffneten vor Morgengrauen das Feuer.

Waren die Täter Mitglieder der „Fünf-Sterne-Bande“, einem der unzähligen Gangstersyndikate in den Townships? Oder waren es „Zulus“, somit politische Attentäter, die der Inka-



Mordopfer im Township Sebokeng: „Wahnsinnige Angst“

EPSON Laserdrucker:

Einmalig: De

zw

Laserdrucker von EPSON zeigen sich im besten Licht. Das ist ganz einleuchtend, wenn man bedenkt, wie schnell, leise, vielseitig, präzise und zuverlässig sie arbeiten. Neu ist, daß es jetzt einen Laserdrucker von EPSON gibt, der sogar für zwei arbeitet: Der EPL-7100 Mega 2. Den können zwei Computer gleichzeitig benutzen. Sogar in vier unterschiedlichen Betriebsarten. Was in dieser Klasse einzigartig ist. Und was ihn noch alles zu einer großartigen Investition macht, können Sie nebenan im Kleingedruckten sehen. Ganz präzise bis ins Detail.

Daten & Details

- *Drucksystem*
  Auflösung: 300 x 300 Punkte pro Zoll
- *Druckgeschwindigkeit*
  Kopiermodus: bis 6 Seiten/Min. (A4, Letter)
- *Multi-User*
  Printer/Memory Sharing: 2 PCs direkt anschließbar (1 parallel, 1 seriell)
- *Speicherkapazität*
  EPL-7100 Mega 2: 2 MB RAM
  EPL-7100 Mega 2 Plus: 2 MB RAM
  Option: 6 MB RAM (max.)
- *Software-Modi*
  Standard:
  EPSON Page Printer Mode
  ESC/P 9-Nadel Emulation (FX-800)
  ESC/P 24-Nadel Emulation (LQ-2500)
  HP LaserJet II Emulation

r arbeitet für

ei.

EPSON

Technologie, die Zeichen setzt.

- *Papierzuführung*
  Standard: Automatischer Einzug vom Stapel
  EPL-7100 Mega 2: max. 250 Blatt
  EPL-7100 Mega 2 Plus: max. 500 Blatt
  Option: EPL-7100 Mega 2: Zusatzmagazin für 250 Blatt
- *Schnittstellen*
  Standard: Centronics, RS-232C/RS-422
  Eingangsspeicher: je Schnittstelle von 1 bis 99 KB einstellbar
- *Schriften*
  13 Outline-Schriften: Courier, EPSON Roman T, EPSON Sans Serif H, Symbolic Set (von 1 bis 960 Punkt darstellbar)
- *Geräuschpegel*
  Stand-by: 40 dBA oder weniger
  Betrieb: 50 dBA oder weniger



EPSON Deutschland GmbH · Zülpicher Straße 6 · 4000 Düsseldorf 11 · Direkt-Beratung: 02 11/56 03-110



ANC-Führer Mandela, Anhänger*: Probleme mit den „jungen Löwen"

tha-Bewegung des Zuluhäuptlings Mangosuthu Buthelezi nahestehen? Der Verstorbene in Sebokeng war führender Aktivist des gegnerischen ANC gewesen.

Von Jugendlichen, die anschließend durch die monotonen Township-Straßen rannten und Dutzende von Häusern ansteckten, waren beide Versionen zu hören. Erst mit der Verhängung einer nächtlichen Ausgangssperre und der Entsendung von Truppen kehrte wieder knisternde Ruhe in Sebokeng ein.

Offenkundig ist, daß die landesweiten Unruhen in den Townships von der ANC-Führung allein nicht mehr eingedämmt werden können. Die Befreiungsorganisation, die einst die „Unregierbarkeit" in den schwarzen Wohngebieten zum Programm erhoben hatte, ist ratlos. Seit Präsident Frederik Willem de Klerk vor nahezu einem Jahr die Abschaffung der Apartheid und Verhandlungen mit der schwarzen Opposition ankündigte, starben Tausende.

Gleichzeitig verslumten die immer schon öden Wohngebiete der Schwarzen. In den gewalttätigsten Townships – wie Katlehong oder Sebokeng – gibt es nur selten Strom, ist die Kanalisation wegen Wassermangels zusammengebrochen. Die Getto-Bewohner verweigern die Zahlungen für städtische Dienste. Nun türmen sich überall die Abfallberge. Die Mehrheit der Jugendlichen ist ohne Arbeit und hat kaum eine Chance, einen Job zu finden. Die Kriminalitätsrate nimmt beängstigend zu.

Die Motive für die Bruderkämpfe der Schwarzen lassen sich nur zum Teil mit Tribalismus erklären. Zulus wie Xhosas gehören zu den Nguni-sprechenden Völkern und haben sich besonders in den städtischen Generationen häufig vermischt. Seit sich vor einem Jahr die Kämpfe zwischen der von Zulus dominierten Inkatha-Bewegung und dem von Xhosas geführten ANC aus Natal ausweiteten, hat sich die Gewalt durch zahlreiche „war lords" im ganzen Land verselbständigt. Politische, soziale oder auch rein kriminelle Gründe für das Morden vermischen sich.

Da vermummte Weiße in den Killertrupps gesichtet wurden, sind die verschreckten Schwarzen überzeugt, daß hartgesottene Rassisten – womöglich sogar aus Polizei und Militär – Todesschwadronen gegründet haben. So behauptete unlängst ANC-Führer Nelson Mandela gegenüber dem US-Schriftsteller Arthur Miller: „Die Regierung von Präsident de Klerk hat entweder die Kontrolle über bestimmte Elemente der Sicherheitskräfte verloren, oder diese Elemente tun genau das, was die Regierung verlangt: Sie wollen mit einem geschwächten ANC verhandeln."

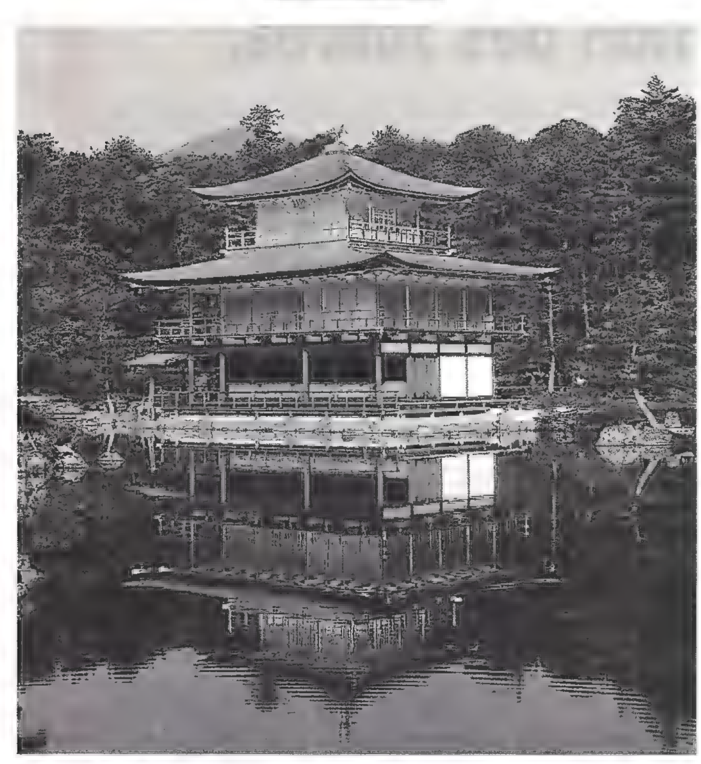
Schon möglich. Doch offenbar haben auch die von einigen Apartheid-Gesetzen befreiten Schwarzen ihre Schwierigkeiten mit dem auf Arbeitseifer und Disziplin erpichten ANC. Nach mehr als 40jähriger Unterdrückung verstehen es viele nicht, die Chancen der Reform zu nutzen.

Bei der kürzlichen Bekanntgabe der Schulabschlüsse für Schwarze waren rund zwei Drittel aller Prüflinge durchgefallen. Seit seiner Haftentlassung im vergangenen Februar hat Mandela die Rückkehr in die Klassenzimmer gefordert. Doch die „jungen Löwen", wie sie sich selbst nennen, halten sich noch immer an die Devise, die bis vor kurzem auch Mandelas Frau Winnie unterstützte: „Erst Freiheit, dann Erziehung". ◀

* Am 12. Januar im Township Sebokeng.



Europas Kamera-Innovation des Jahres.
Canon
Die Canon Epoca wurde mit dem Europäischen Innovationspreis '90/'91 ausgezeichnet.
Diese avantgardistische Sucherkamera ist ohne Beispiel. Sie verbindet in außergewöhnlicher Form attraktives Design, exzellente Technik und perfektes Handling. Sie ist rund um ein Hochleistungs-objektiv mit Dreifach-Motor-Zoom 35–105 mm aufgebaut. Integriert sind ein automa-tisches Zoom-Blitzgerät und „intelligente“ Autofokus- und Belichtungssteuerung, die gleichzeitig hohen Bedienungs-komfort und kreativen Spielraum sichern.
AMATEUR PHOTOGRAPHER/GB FOCUS/NL
KAMERALEHTI/SF FOTO OBJEKTIV/A FOTOGRAFIA/GR
TUTTI FOTOGRAFI/I FOTOGRAFI/N FOTOMAGAZIN/D
FOTO PROFESIONAL/E PHOTO MAGAZINE/F FOTO/S
FOTO/DK PHOTO VIDÉO EXPERT/CH FOCALE/B
EUROPEAN INNO
'90 '91 AWARD
Komplett-Set DM 649,–*
epoca
Die Canon Epoca gibt es im Fachhandel. Weitere Informationen erhalten Sie auch von der Canon Euro-Photo GmbH, Siemensring 90–92, D-4156 Willich 1.
* Unverbindliche Preisempfehlung der Canon Euro-Photo GmbH für die Canon Epoca mit Original-Canon-Garantiekarte.





Tempelanlage „Goldener Pavillon", Uferpromenade am Kamo-Fluß: „Nur die ganz Reichen haben genügend Einfluß, sich

Japan

Verwundete Seele

Die fast 1200jährige Kaiserstadt Kyoto ist in Gefahr: Bodenspekulanten und Baulöwen zerstören ein unersetzliches Kulturerbe.

Wer Kyoto beschreibt, gerät leicht ins Schwärmen. „Menschen besuchen Kyoto, um inneren Frieden zu finden", meint etwa der buddhistische Mönch Zenyu Asano, „sie suchen keinen Beton-Dschungel."

Tatsächlich hat sich bislang keine andere Millionenstadt der Welt als Hort einer traditionellen Kultur so pur präsentiert wie die altehrwürdige japanische Kaiserstadt Kyoto mit ihren rund 2000 Schrein- und Tempelanlagen. Hunderte Landschafts-, Stein- und Sandgärten, etliche von Kennern als höchste Vollendung meditativer Naturarchitektur gerühmt, schufen eine unverwechselbare Idylle mit Schlössern und Palästen.

In Kyoto hat das alte Japan die Zeiten überdauert. „Kyoto ist die Seele Nippons", schrieb vor 30 Jahren der melancholische Poet Yasunari Kawabata, Japans bislang einziger Literaturnobelpreisträger.

Fast 40 Millionen Touristen begeben sich jährlich auf Seelensuche in die Kaiserstadt. Vor allem für traditionsbewußte ältere Japaner gleicht der Kyoto-Trip einer Pilgerfahrt, ähnlich einer Besteigung des heiligen Berges Fuji. Den Jüngeren ist Kyoto Ziel einer unerläßlichen Bildungsreise.

Kaum ein japanischer Schüler im ganzen Land, der nicht mindestens einmal Kyoto im Kollektiv besuchte. In schier endloser Prozession drängen sich tagtäglich Schulklassen durch die schummerigen Gänge des „Nijojo", des alten Schlosses der Shogune, stellen sich in immer neuer Formation zum Gruppenfoto vor dem märchenhaft anmutenden „Heian"-Schrein auf, durchwandern die Gärten des „Goldenen Pavillon", sammeln sich auf der Aussichtsplattform vor dem gewaltigen „Kiyomizu-dera", dem „Tempel des klaren Wassers".

Für Kawabata war es der Inbegriff inneren Friedens, vom Kiyomizu aus die Abenddämmerung über Kyoto zu sehen. Doch der Blick vom Kiyomizu über die Stadt verführt heute kaum noch zur Meditation. Baukräne überragen Pagoden, mehrgeschossige Betonklötze erdrücken in ihrer gesichtslosen Häßlichkeit Tempel und Paläste. „Die schlimmste Bedrohung, der wir uns je gegenübergesehen haben", sagt der Mönch Asano, „und sie vollzieht sich überall."

Am Fuße des Otowa-Berges, entlang den winkligen, kopfsteingepflasterten Gassen, die zum Kiyomizu hinaufführen, ist Alt-Kyoto noch weitgehend intakt: Dicht aneinander drängen sich die zierlichen Holzhäuser alteingesessener Porzellan- und Tuchhändler, mit papierbespannten Schiebetüren, Reisstrohmatten auf dem Fußboden, leistenvergitterten Oberfenstern und einem Bambuszaun als Abschluß zur Straße.

Doch diese stimmungsvollen „machiya" (Stadthäuser) halten selten länger als eine Generation. Altem Brauch gemäß werden sie nach etwa 25 Jahren abgerissen und an gleicher Stelle in gleicher Art wiederaufgebaut – eine teure Reverenz an die Überlieferung.

Nun aber kapitulieren mehr und mehr Hausbesitzer vor den Kosten einer stilgerechten Restaurierung ihrer Anwesen. Überdies: In Leichtbeton eilig hochgezogene Apartmenttürme sind billiger und bringen bessere Rendite.

Am „Teekannen-Weg" etwa kämpften die Mönche des Kiyomizu 15 Jahre lang um ein Grundstück, auf dem ein geplanter Stahlbetonneubau das historische Ensemble zu verschandeln drohte. Im Bund mit empörten Nachbarn brachten die Mönche immer wieder zugesicherte Baugenehmigungen zu Fall – bis der jeweilige Besitzer entnervt aufgab. Anfang letzten Jahres schließlich konnte der Tempel die Parzelle für eine Milliarde Yen (11,5 Millionen Mark) für sich erstehen.

Aber „nur die ganz Großen wie der Kiyomizu haben genügend Geld und Einfluß", resigniert der Anwalt Akira Nakajima, „sich ihre Idylle zu bewahren". Die anderen gehen unter.

Die alte Kaiserstadt Kyoto nämlich ist zu einer Boom-town geworden, ist laut Makler Takeo Chigusa „Japans er-



ihre Idylle zu bewahren"

ste Adresse für Häusergeschäfte“, denn sie hat „ein traumhaftes Image, weil jedermann die alte Geschichte in der Schule lernt“.

Viele Menschen in Kyoto sind verbittert, weil „dieser Boom vorrangig von Kapital aus Tokio oder Osaka gespeist“ wird *(The Japan Times)*. Seit die Bodenpreise dort schwindelerregende Höhen erreichten, sehen sich Bauinvestoren im Inneren des Landes um.

Nun ist Kyoto dran. In den vergangenen vier Jahren stiegen die Preise für gewerbliche Nutzflächen um 360 Prozent, für private Wohnungen um 280 Prozent.

Winzige Ein-Zimmer-Apartments in guter Lage kosten schon fast 400 000 Mark, familienfreundliche Wohnungen gehen für das Zehnfache weg. Gleichwohl braucht nur einen Tag, wer seine Eigentumswohnungen in Sichtweite des Chion-Tempels losschlagen will. Noch ein Jahr später sind die meisten freilich unbewohnt – reine Spekulationsobjekte. In Kyoto wurden unlängst 70 000 leerstehende Wohnungen gezählt, mehr als ein Drittel davon Neubauten – sie sind zu teuer, als daß sie bewohnt werden könnten.

Ganze Stadtviertel fallen inzwischen den Bulldozern zum Opfer: „Lebendige Gemeinschaften werden zerstört“, klagt Kikuo Shimada aus dem Stadtteil Gion, der Hochburg traditioneller Geisha-Kultur.

Unweit des Gion verkommt eine der vormals schönsten Stellen Kyotos, die Uferpromenade am Kamo-Fluß. Wo vor wenigen Jahren noch romantische Restaurants an lauen Sommerabenden Gäste zu Tausenden auf die Flußterrasse lockten, steht jetzt ein fensterloser, giftgrün getünchter Betonklotz mit 13 Bars auf fünf Etagen.

Hinter den wenigen noch verbliebenen Teehäusern türmen sich Bürogebäude, die neue City frißt das alte Zentrum. Die Kaiserstadt wird gnadenlos zubetoniert.

„Ich habe Angst, daß Kyoto schon zu seiner 1200-Jahr-Feier 1994 keine Attraktionen mehr zu bieten hat“, klagt der angesehene Architektur-Historiker Uzo Nishiyama.

Noch keiner japanischen Stadt ist es gelungen, eine vernünftige Balance zu finden zwischen Bewahrung der traditionellen Bausubstanz und zukunftsgerichteter Stadtentwicklung. „Fast immer siegte im Zweifel der Kommerz über moralische Bedenken“, meint Kazo Hayakawa von der Universität Kobe.

Man könne die Hauseigentümer schließlich nicht zwingen, ihre Privathäuser in einem bestimmten Stil zu rekonstruieren, rechtfertigt sich der Chef der Stadtentwicklungsbehörde, Senichi Oyama. Städtische Hilfe gibt es dafür ohnehin kaum, auch günstige Kredite können nicht vermittelt werden, selbst wenn das Projekt im öffentlichen Interesse liegt. Der Beitrag der Stadt zur Erhaltung historischer Bauten ist laut Oyama „beschämend gering“.

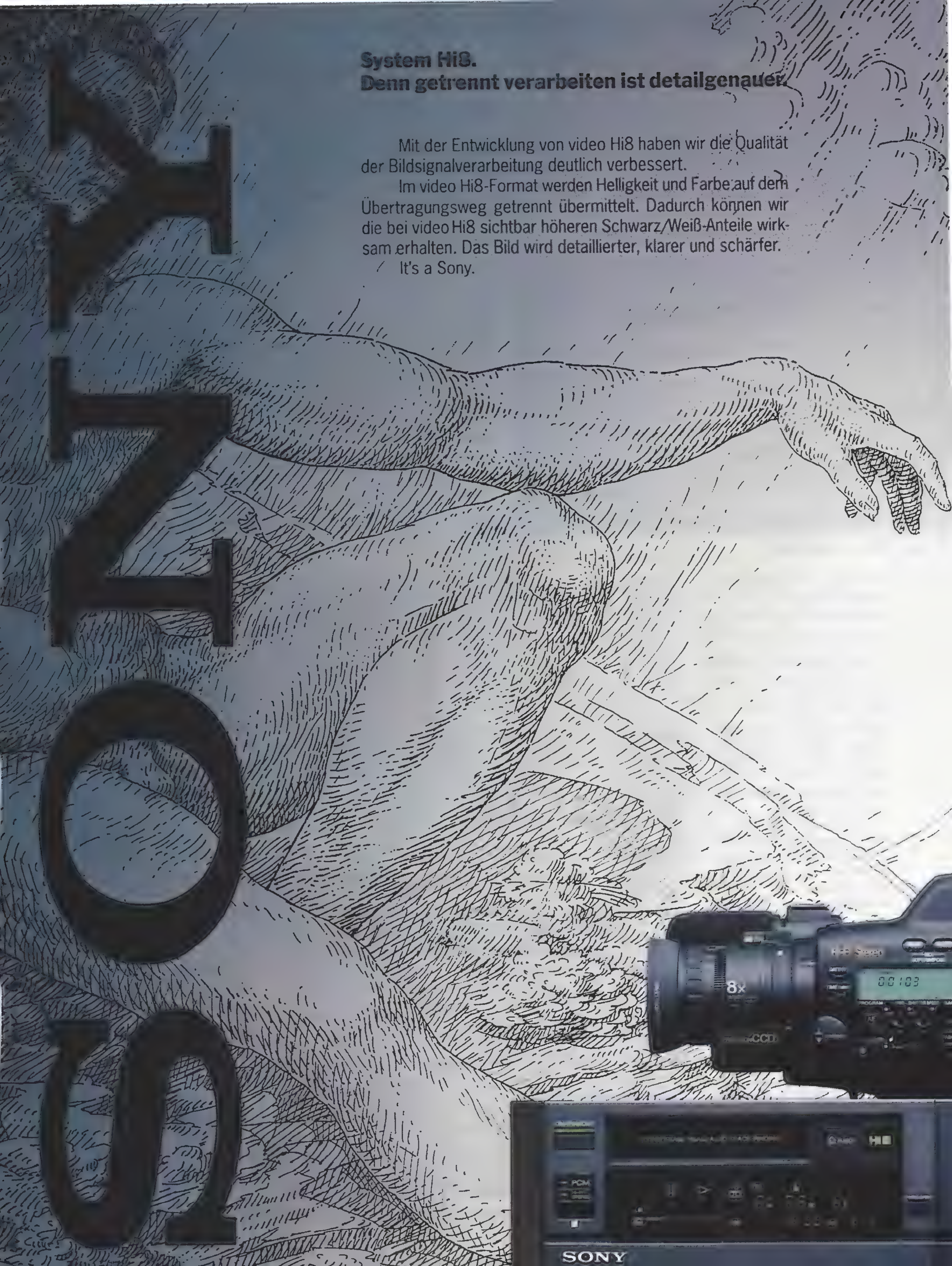
Bis 1988 war Kyoto die einzige Stadt Japans mit einer amtlichen Bauhöhenbegrenzung – je nach Stadtviertel und Straßenbreite zwischen 9 und 45 Meter. Denn als Maß aller Dinge galt die 54 Meter hohe Pagode des Toji-Tempels, des höchsten Sakralbaus in Japan, mitten in der Altstadt – nichts durfte sie überragen, sichtbar sollte sie bleiben von überall.

Doch dann wurde das erste Hochhaus genehmigt. Gerade beginnen die auf zwei Jahre veranschlagten Bauarbeiten des „Kyoto“-Hotels – mit 60 Metern doppelt so hoch wie sein Vorgänger. Das dürfte Präzedenzfall und Durchbruch sein: Schon liegen mehr als ein Dutzend Bauanträge für Vorhaben ähnlicher Größenordnung im Rathaus.

Mit Blick auf das unvergleichliche Kulturerbe Kyoto verschonten die amerikanischen Bomberstrategen im Zweiten Weltkrieg die Kaiserstadt. Jetzt, klagt Denkmalschützer Mayumi Okada, falle Kyoto „einer Kraft zum Opfer, die mächtiger scheint als alle Bomben: Japans Spekulanten“. ◀



Pagode in Kyotos Altstadt: Maß aller Dinge



System Hi8.
Denn getrennt verarbeiten ist detailgenauer.
Mit der Entwicklung von video Hi8 haben wir die Qualität der Bildsignalverarbeitung deutlich verbessert.
Im video Hi8-Format werden Helligkeit und Farbe auf dem Übertragungsweg getrennt übermittelt. Dadurch können wir die bei video Hi8 sichtbar höheren Schwarz/Weiß-Anteile wirksam erhalten. Das Bild wird detaillierter, klarer und schärfer.
It's a Sony.
SONY
8x
CCD
SONY



System Hi8.
Denn getrennt verarbeiten ist farbgenauer.
Wenn Helligkeit und Farbe zusammengefügt übertragen werden, stören sie sich gegenseitig. Bei fein strukturierten Mustern werden störende Farbschlieren im Bild sichtbar.
video Hi8 hält die beiden Signale voneinander getrennt und überläßt es dem Fernseher, sie zusammenzusetzen. Der kann das völlig störungsfrei. Und die Farben wirken wie gemalt: ruhig, kräftig und leuchtend.
It's a Sony.
SONY
Handycam
Hi8-Camcorder CCD-V 700 E
video Hi8
SONY
Hi8

„Schmetterlinge im Bauch“

Die norwegischen Skifahrer sind die Geheimfavoriten bei der Weltmeisterschaft in Saalbach

Die Kaminecke des Kitzbüheler Hotels Tiefenbrunner ist zum Fernsehstudio zweckentfremdet. Großgewachsene, blonde Jungmänner mit blauen Augen und roten Wangen, die eher wie schüchterne Chorknaben denn wie wilde Draufgänger wirken, beschreiben ihre Empfindungen, wenn sie mit 130 Stundenkilometern vereiste Steilhänge hinabstürzen.

Fasziniert beobachtet der amerikanische TV-Reporter, wie Atle Skaardal, 24, diese Mutprobe lächelnd herunterspielt. Angst kenne er nicht, versichert der Star der Abfahrtscrew lächelnd, die Schußfahrt auf zwei Brettern versetze ihn eher in einen Rauschzustand, so als habe er „Schmetterlinge im Bauch“.

In der Skibranche, die den Verlust attraktiver Persönlichkeiten beklagt, haben die Medien auf der Suche nach frischen Helden einen neuen Typus entdeckt: Er ist fleißig und mutig, willensstark und introvertiert, und er hat etwas Exotisches: Er ist in Norwegen geboren, dort, wo ambitionierte Skisportler bislang nur in Loipen oder auf Sprungschanzen Karriere machten.

Die Norweger sind der Hit des Winters. Zwar verfügen sie gerade mal über Abfahrtspisten im Mittelgebirgsformat. Doch bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften, die am heutigen Montag im österreichischen Saalbach beginnen, fürchten die Gastgeber, die ihre kollektiven Glücksgefühle vor allem aus den Leistungen ihrer Ski-Heroen beziehen, keine Mannschaft so wie die der jungen Herren vom Polarkreis.

Norwegen lag vergangene Woche in den Weltcup-Punktelisten knapp hinter der selbsternannten alpinen Supermacht Österreich – traditionelle Ski-Nationen wie die Schweiz oder Frankreich wurden von den Nordeuropäern locker abgehängt. In der Einzelwertung rangieren mit Skaardal, Ole-Christian Furuseth, dem besten Slalomfahrer des Winters, und Lasse Kjus drei Skandinavier unter den Top ten.

Wann immer die Aufsteiger der Saison nach ihrem Erfolgsgeheimnis befragt werden, antworten sie selbstbewußt grinsend: „Wir haben den besten Trainer.“ Am liebsten erteilen sie diese Auskunft österreichischen Journalisten. Denn ihr Coach, Dieter Bartsch, 43, stammt aus der Steiermark und war von 1985 bis 1987 Cheftrainer des Herrenteams der Alpenrepublik, ehe er – wie in Österreich so üblich – mit Schimpf, Schande und Schmäh aus dem Job gejagt wurde, weil er Schweizer WM-Siege mit einem „Wunderwachs“ erklärte.

Um so mehr schmerzt die Österreicher jetzt, wie der ehemalige „Buhmann der Nation“ (*Die Presse*) in dem skifahrerischen Entwicklungsland zusammen mit dem Norge Skiforbund beste Voraussetzungen geschaffen hat.

So unterstützt eine der größten Reedereien des Landes allein das Herrenteam mit drei Millionen Kronen (umgerechnet 750 000 Mark). Diesen „weltweit besten Sponsorvertrag in der Ski-Branche“, so bestätigen norwegische Verbandsleute, sahen die Schiffsmanager anfangs als „rein karitative Geste“. Erfreut vom Imagegewinn werden sie ihr Engagement bis zum Olympiajahr 1992 auf über eine Million Mark erhöhen. Im Vergleich der Verbandsetats liegen die Norweger (2,5 Millionen Mark) so pro Kopf deutlich vor dem personell weit größeren Team Österreichs (3,4 Millionen Mark).

Während sich die Alpenkonkurrenz im Herbst auf vereisten Gletschern abmüht, präparieren die Skandinavier – kalt genug ist es dort schon – ihre heimischen Trainingspisten mit Kunstschnee, der zudem einen technisch exakten Fahrstil fördert. So kommen die Skiläufer in Topform zu den ersten Rennen, die frühen Erfolge geben Selbstvertrauen.

Während der Saison von Dezember bis März sind die Bartsch-Schützlinge dann kaum noch daheim. Für die Tage zwischen den Rennen haben sie in einem Appartement-Haus „eine zweite Heimat“ gefunden. Die 15 A- und B-Kader-Athleten nutzen das abgeschiedene Camp in Mutters bei Innsbruck „als Ladestation für unsere Batterien“.



Trainer Bartsch (M.), Schützlinge*: „Pünktlichkeit und gepflegtes Auftreten“

Fern der Heimat haben die Norweger eine mannschaftliche Geschlossenheit entwickelt, die in diesem Individualsport selbst Experten verblüfft. Der ehemalige Weltcupsieger Andreas Wenzel, hat in dieser „Gemeinschaft ohne Mißgunst“ die wohl „beste Stimmung aller Teams“ ausgemacht. Während sich etwa im österreichischen Abfahrtsteam zehn Fahrer – nur vier konnten sich für Saalbach qualifizieren – argwöhnisch belauern, ist den Norwegern, wie Jan-Einar Thorsen versichert,

* Atle Skaardal, Jan-Einar Thorsen, Lasse Arnesen, Ole-Christian Furuseth in einem Hotel in Alta Badia (Südtirol).





Norwegische Ski-Stars Skaardal, Furuseth: „Starke Persönlichkeiten mit der Fähigkeit, ihre Umgebung auszublenden"

„Konkurrenzdruck" fremd: „Das hält den Kopf frei."

Alle günstigen Begleitumstände, so deuten es fachkundige Beobachter, würden freilich nichts nutzen, wenn nicht ein Faktor noch hinzukäme: die nordische Seele. Mehr als andere, schwärmt Harti Weirather, Österreichs letzter Abfahrtsweltmeister 1982, seien die Norweger „starke Persönlichkeiten mit der Fähigkeit, ihre Umgebung auszublenden".

Eine Probe dieser Nervenstärke gaben sie nach dem Unfall ihres Freundes Lasse Arnesen, der auf der Kitzbüheler Streif schwer gestürzt war und mit Kreuzbandriß, Daumenbruch und einem Blutgerinnsel im Auge ins Krankenhaus geflogen wurde. Scheinbar ungerührt rasten Minuten später Skaardal und Thorsen an der Unfallstelle vorbei.

Streng wacht Bartsch, der auf „Pünktlichkeit und gepflegtes Auftreten" großen Wert legt, daß diese kleine, effizient arbeitende Gruppe nicht durch Claqueure und Betreuer aufgebläht wird: „Zu viele Leute bringen nur Unruhe."

Nicht zum ersten Mal muß einer wie Bartsch ins Ausland gehen, um Erfolg zu haben. Deshalb droht den Österreichern ausgerechnet bei der Weltmeisterschaft im eigenem Land, von den Veranstaltern zum „Jahrhundert-Spektakel" hochstilisiert, die stärkste Konkurrenz aus den eigenen Reihen. Als Skaardals härteste Gegner um den Abfahrtstitel gelten Franz Heinzer und Daniel Mahrer – zwei Schweizer, die vom Österreicher Karl Frehsner trainiert werden. In den technischen Disziplinen zählt der Vorarlberger Marc Girardelli, der für Luxemburg antritt, zu den Sieganwärtern, in der Damenabfahrt hat die Tirolerin Katrin Gutensohn, nach Verbandskrach und Vermählung mit einem Münchner Arzt für Deutschland am Start, beste Chancen.

Zur Ironie des österreichischen Schicksals zählt auch, daß der Innsbrucker Trainer Kurt Hoch in Norwegen Vorgänger von Bartsch war, ehe er als Abfahrtstrainer in seine Heimat zurückkehrte. Dort sind die Erfolge seiner Athleten in der ehemaligen Paradedisziplin der Alpenrepublik eher spärlich. Hochs Analyse: „Die Norweger haben das günstigere Umfeld."

Dieses leistungsfördernde Arbeitsklima sieht Bartsch jedoch in Gefahr. Mit Sorge beobachtet er den Boom des alpinen Skisports in Norwegen. Das Fernsehen überträgt sämtliche Rennen live, ein Dutzend Zeitungsreporter begleiten den Weltcuptroß, Furuseth (1989) und Skaardal (1990) wurden hintereinander zum „Sportler des Jahres" gewählt. Um „den Rummel fernzuhalten", limitiert Bartsch die Interview-Wünsche der Reporter („Fünf Minuten reichen"), die Dependance bei Innsbruck hat er gar zum Sperrgebiet für Journalisten erklärt. Denn der Workaholic, der Revanchegelüste bestreitet, gleichwohl aber die wiedergekehrten Schulterklopfer unter seinen Landsleuten „zum Kotzen" findet, glaubt zu wissen, was in Österreich schiefläuft.

In der ruhigen Atmosphäre der norwegischen Equipe würde er, behauptet Bartsch vollmundig, „mindestens drei der österreichischen Talente in die Weltklasse führen". In ihrer Heimat jedoch hätten die Jungs durch den hohen Erwartungsdruck der Öffentlichkeit „schon am Start die Hosen voll".

Talentförderung

Großer Knall

Westliche Schüler drängen in die Kinder- und Jugendsportschulen der ehemaligen DDR. Doch den Talentschmieden droht das Aus.

Als Patricia Baehr, 13, mit ihrem Trainer Streit bekam, sah die Berliner Turnerin nur einen Ausweg: Sie meldete sich an der Kinder- und Jugendsportschule (KJS) „Ernst Grube" im Ostteil der Stadt an. Dort trainierte bereits die gleichaltrige Kam y-ing Mans. Die West-Berliner Sportgymnastin, deren Mutter aus Malaysia stammt, war von der ehemaligen DDR-Verbandstrainerin Barbara Rothenburg an die Grube-Schule geholt worden.

Seit einigen Monaten locken die Ost-Berliner Sportschulen jugendliche Talente aus dem Westteil der Stadt an. Um optimal betreut zu werden, wechselten etwa auch die Turnerin Brigitte Welke, 12, und der Radfahrer Sven Schäfer, 14, auf die KJS Ernst Grube.

Erstmals, so meldet Lothar Hanisch von der Berliner KJS „Heinrich Rau", sei „die Kapazität voll ausgenutzt". Auch Hans-Joachim Röder von der KJS „Rudolf Friedrich" in Leipzig berichtet, daß die Nachfrage das Angebot an Plätzen „bei weitem übersteigt".

Bis zur Wende galten die 25 ostdeutschen Kinder- und Jugendsportschulen mit ihrer zentralistischen Kommando-Pädagogik im Westen als Symbol für die Medaillensucht der DDR. An die Stelle des Staates sind jetzt nicht minder ehrgeizige Eltern getreten, die glauben,

daß alles, was im Sozialismus einer Athletenkarriere dienlich war, auch den Söhnen und Töchtern des Kapitalismus nicht schaden kann.

Und die Brutstätten des Sports haben alles getan, um das Image aufzupolieren und neue Kundenkreise zu erschließen. Sie heißen jetzt „Spezialschule Sport", und mit der Aufnahme von unter dem SED-Diktat diskriminierten Disziplinen werden auch für künftige Profis interessante und lukrative Sportarten angeboten. „Wenn sich ein Tennisspieler meldet", sagt der Leipziger Hans Nitschke, „weisen wir ihn heute nicht mehr ab. Plätze hätten wir."

Die Neulinge aus dem Westen genießen bereits die leistungsfördernde Einheit von Schule und Trainingshalle. „Hier ist alles viel ruhiger", beschreibt Patricia Baehr, die früher ständig zwischen Elternhaus, Schule und Sportstätte gependelt war, den Vorteil ihrer neuen Schule, die Kam sogar „zum Lernen gut" findet.

Doch für die meisten Sportschulen kommt dieser Ansturm wohl zu spät. Bei weitgehend leeren Kassen haben die Kultusministerien in den neuen Bundesländern für die einstigen Kaderschmieden des DDR-Sports nicht viel übrig. Den meisten droht in diesem Jahr das Ende, sie werden, ungeachtet aller Reformen, als Altlast zu den Akten gelegt.

Wer zu DDR-Zeiten in eine KJS aufgenommen werden wollte, durfte „keine Westverwandtschaft oder Westkontakte" haben. „Erich Honecker mit seiner Schwester im Saarland hätte keine KJS besuchen dürfen", spottet heute der Leipziger Ringer-Cheftrainer Horst Rothert. Jeder Nachwuchssportler mußte außerdem „gesellschaftliche Aktivitäten" für den Staat nachweisen können. Die Mitgliedschaft in der FDJ war für alle Schülerinnen und Schüler Pflicht.

Die ideologische Indoktrination der Schüler sollte dafür sorgen, daß aus den Sporttalenten linientreue Diplomaten im Trainingsanzug würden. Die Eltern verstanden es dennoch als Privileg, wenn ihre Sprößlinge das Einheitliche System der Sichtung und Auslese (ESA) erfolgreich überstanden, das die zukünftigen Medaillengewinner herausselektierte.

Schon in der ersten Klasse der Regelschule filterten die Sportwissenschaftler aus dem Talente-Pool Turner, Eiskunstläufer und Schwimmer heraus. In der dritten Klasse wurden die künftigen Leichtathleten und Ballspieler aussortiert. „Wir bekamen angehende Ruderer", sagt Peter Goldstein von der KJS „Paul Gesche" in Köpenick, „die noch nie in einem Boot gesessen hatten."



Sportgymnastin Mans
„Wie ein erwachsener Schwerarbeiter"

Der gesellschaftliche Auftrag der ausgelesenen Jugendlichen bestand fortan darin, sportliche Höchstleistungen zu produzieren. Die schulische Ausbildung wurde in den Trainingsplan der Leistungssportler integriert. 30 Schul- und 20 Trainingsstunden in der Woche „forderten die Kinder wie einen erwachsenen Schwerarbeiter", erklärt die Leipziger Sportärztin Ulrike Rothenburg das Erfolgsrezept der Sportschulen.

Das strenge Regime war einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die DDR Weltmeister und Olympiasieger am Fließband produzierte. Allein die Berliner KJS „Werner Seelenbinder" mit ihren rund 600 Schülerinnen und Schülern steuerte so zum Ruhme der Republik 22 Olympiasieger bei, dazu 124 Europa- und 66 Weltrekorde. Auch Fußball-Neu-Nationalspieler Andreas Thom machte dort mit 21 Jahren sein Abitur.

Doch nach der Wende gab es in der KJS Werner Seelenbinder „den großen Knall", sagt Schulleiterin Beate Winkler. Der Direktor wurde zum Rücktritt gezwungen – wie fast alle anderen KJS-Leiter und deren Vertreter in der untergehenden Republik. In Erfurt blieben von 40 SED-Lehrern nur 4 übrig. Von den insgesamt 12 000 KJS-Schülern werden heute noch 8000 sportlich speziell gefördert.

In den Zimmern der Internatsschüler pappen nun statt Parteiparolen Poster von Tina Turner und Michael Jackson, trotzig auch ein vereinzeltes Wahlplakat der PDS. Kopfschüttelnd um Fassung ringend, nehmen Erzieher Wandschmuck



Leipziger KJS-Schüler, Lehrer: „Olympiasieger bald mit der Lupe suchen"

mit einem kopulierenden Paar in Augenschein.

Die einst gehätschelten Schulen sind auch gezwungen, sich nach neuen Einnahmequellen umzuschauen. Nach Schulschluß vermieten die einstigen Kaderschulen deshalb etwa Räume an Firmen und Organisationen.

In der Seelenbinder-Schule wurden bereits Zuschüsse zum Fahrgeld, für Trainingskleidung und Lehrmittel gestrichen. Die Bibliothek hat schon lange kein neues Buch mehr anschaffen können. Trotzdem fehlten unterm Strich im letzten Jahr noch 17 000 Mark.

Die Talentschulen sind, nach Berechnungen der gemeinsamen Einrichtung Sport in den neuen Bundesländern in Berlin, selbst bei einem höheren Elternanteil für die Internatskosten noch rund zehn Prozent teurer als die Normalschulen.

Und solche Mehrkosten können sich die maroden Ostländer als neue Geldgeber kaum noch leisten. Nach der Schließung der DHfK in Leipzig droht so ein weiterer Pfeiler des einstigen Medaillenlandes DDR Opfer der Wende zu werden. Hans-Joachim Röder aus der Schulleitung der Leipziger KJS „Rudolf Friedrich“ glaubt: „Bald müssen wir Olympiasieger mit der Lupe suchen.“

Die ehemaligen Kinder- und Jugendsportschulen hoffen bisher vergebens auf die Hilfe der westlichen Sportfunktionäre. Zwar loben alle, wie der Präsident des Deutschen Sportbundes, Hans Hansen, vollmundig die „hervorragende Talentförderung der DDR“. Und die Verbandspräsidenten, besorgt um die zukünftigen Medaillenproduzenten aus dem Osten, wünschen sich, wie der Leichtathletik-Präsident Helmut Meyer, „wenigstens eine KJS in jedem Bundesland“.

Doch an eigenen Konzepten und der Bereitschaft, den gewünschten Erhalt der Spezialschulen mitzufinanzieren, lassen es die westdeutschen Sportverwalter fehlen. Bisher hat aus dem Westen nur das Christliche Jugenddorfwerk Pläne vorgelegt, wie die KJS unter Führung privater Trägerschaften weiterexistieren könnten.

Auch die Bundestagsabgeordneten weigern sich, den Sportfunktionären weiteres Geld zur Finanzierung der Sport-Einheit zu gewähren. Um das „zirzensische Vergnügen Hochleistungssport“ zu erhalten, sagt etwa der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Willfried Penner, „brauchen wir solche Kaderschmieden wie die KJS nicht“.

Die Botschaft wurde im Osten schon verstanden. In einem Klassenzimmer der KJS Paul Gesche hängt wie ein Relikt noch eine DDR-Fahne. Ein Schüler schrieb mit Filzstift darauf: „Das war's wohl.“ ◄



RTS RIEGERTEAM

Ein Schneemann bleibt auch im Sommer cool

Nur wenige Schneemänner können dem Sommer gelassen entgegensehen. Dieser hier steht das ganze Jahr hindurch in Saarbrücken, direkt vor dem Heizkraftwerk Römerbrücke. Geschaffen wurde die stromgekühlte Eisplastik als Symbol für eine umweltverträgliche Energieerzeugung und eine menschenfreundliche Architektur. Denn das Kraftwerk Römerbrücke liefert den Saarbrückern nicht nur sauberen Strom und Fernwärme, es belegt auch, wie man lebensnotwendige technische Einrichtungen harmonisch in ein modernes Stadtbild integrieren kann. ABB hat hier mit seinen Partnern einen wichtigen Beitrag geleistet. Durch den Einsatz modernster Feuerungstechnik wird im Kraftwerk die Kohle besonders effektiv und umweltschonend verbrannt. Gleichzeitig werden mit dem bei der Stromerzeugung anfallenden Dampf rund 12 000 Wohnungen beheizt. So läßt sich die eingesetzte Kohle gleich doppelt nutzen.

ABB lieferte das komplette Kraftwerk schlüsselfertig. Und die Saarbrücker erhielten für die Gesamtkonzeption des Heizkraftwerkes Römerbrücke einen Preis für das umweltfreundlichste Kraftwerk Europas. Doch das läßt den Schneemann cool.

Als ein weltweit führendes Unternehmen der Elektrotechnik , Umwelt- und Verkehrstechnik arbeitet ABB mit Nachdruck daran, neue und bessere Wege zu finden, um Energie umweltfreundlicher gewinnen und nutzen zu können. Allein in Deutschland beschäftigt ABB 35 000 Mitarbeiter. Hier produzieren wir an rund 50 Standorten alles vom umweltfreundlichen Kraftwerk bis zur Steckdose.

Asea Brown Boveri AG, Marketing-Kommunikation, Postfach 10 01 64, 6800 Mannheim 1.



„Er ist ein Meister, nicht wahr“

SPIEGEL-Redakteur Rainer Traub über den russischen Dichter Ossip Mandelstam

Niemand weiß genau, wo Ossip Mandelstam begraben liegt. Es muß ein Massengrab im äußersten Sibirien sein. Man pflegte die Gruben mit Leichen zu füllen, denen als persönliches Kennzeichen ein Brettchen mit der Häftlingsnummer um den Knöchel gebunden wurde.

Wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, war der Dichter im Oktober 1938 mit einem Sammeltransport im Durchgangslager „Wtoraja Retschka“ bei Wladiwostok angekommen: in viel zu dünner Kleidung, zerlumpt und ausgezehrt – allem Anschein nach ein hinfälliger alter Mann, obwohl er gerade 47 Jahre alt war.

Die kurze Frist, die ihm noch blieb, ist von einem schwer entwirrbaren Geflecht von Gerüchten und Legenden umrankt. Einige wollten wissen, Mandelstam sei im Lager erst geisteskrank geworden und dann von Kriminellen umgebracht worden. Andere behaupteten, noch kurz vor seinem Tod habe er am Feuer Petrarca-Sonette rezitiert oder eigene, im Lager entstandene, Gedichte vorgetragen.

Davongekommene Lagerinsassen stimmen darin überein, daß Ossip Mandelstam unter der panischen Angst litt, er solle im Auftrag der Kommandantur vergiftet werden – als hätte es dieses besonderen Anschlages auf sein Leben noch bedurft. Er weigerte sich, seine Brotration und die dünnen Rübensuppen aus der Häftlingsküche zu essen, und setzte alles daran, auf andere Weise an Nahrung zu kommen. Den zerschlissenen Ledermantel, sein letztes halbwegs warmes Kleidungsstück, tauschte er gegen etwas Zucker ein. Einer seiner Leidensgefährten hat die gespenstische Szene geschildert, wie Ossip Mandelstam in einem Berg von Abfällen nach Eßbarem suchte.

Gewißheit über das Datum seines Todes brachte Mandelstams Strafakte, die 1989 aus den Archiven der sowjetischen Geheimpolizei ans Licht kam. Sie enthält neben dem Urteil des Moskauer Sondertribunals und den beiden letzten Fotografien des „Staatsfeindes“ – sie zeigen den Häftling einmal im Profil und einmal von vorn, wie in Verbrecherkarteien üblich – auch die Sterbeurkunde. Diesem Dokument zufolge, das ein Lagerarzt namens Kressanow unterzeichnet hat, starb Ossip Mandelstam am 27. Dezember 1938 um 12.30 Uhr infolge von „Herzversagen und Arteriosklerose“.

Der größte russische Dichter des Jahrhunderts war zu Lebzeiten auch der vielleicht einsamste. Die Einzigartigkeit Ossip Mandelstams erklärt sich zum einen, wie der russische Nobelpreisträger Joseph Brodsky in einem großen Essay über sein Vorbild betont hat, mit seiner „ungeheuren lyrischen Intensität, die ihn von seinen Zeitgenossen absonderte und ihn zu einer Waise seiner Epoche machte“. Zum anderen aber zeichnete sich der Lyriker Mandelstam durch ein seismographisch genaues, fast übersinnlich feines Organ für die geschichtliche Katastrophe aus, deren Zeuge und deren Opfer er wurde. Er hat den Schrekken seines Zeitalters einen reinen Ausdruck verliehen.

Er hatte seine Gedichte, die er in ruhelosem Gehen verfaßte, fertig im Ohr, bevor er sie niederschrieb. In der mündlichen Überlieferung, in der geflüsterten Weitergabe seiner Verse triumphierte der Dichter Mandelstam auch in den finstersten Zeiten einer Diktatur, die ihn aus dem Gedächtnis der Menschen löschen wollte. „Ossip hat gesiegt. Auf die Kunst Gutenbergs ist er nicht angewiesen“, sagte Mandelstams poetische Weggefährtin Anna Achmatowa über den toten Freund – zu einem Zeitpunkt, wo seine Werke in Rußland noch immer verboten waren und außerhalb seiner Heimat kaum jemand Mandelstams Namen kannte.

Seine Lyrik schien, wie die Musik Mozarts in einer ganz anderen Sphäre, von einer inneren Stimme diktiert. Sie verlieh ihm eine höhere Unabhängigkeit





Mandelstam (1896, 1914): „Ganz allein in Rußland arbeite ich nach der Stimme“

York, Washington und Paris herausgaben, beschränkte sich, schon aus sprachlichen Gründen, auf einen winzigen Kreis von Emigranten und Slawisten.

In Deutschland hat Paul Celan, selber ein Poet von Rang und ein polyglotter Wahlverwandter des Russen, mit einem schmalen Bändchen von Nachdichtungen den Lyriker Mandelstam als erster vor dem völligen Vergessen bewahrt. Seither, in den vergangenen 30 Jahren, wurden zwar einige verstreute Einzelübersetzungen zugänglich, aber der größte Teil von Ossip Mandelstams weitgespanntem Werk – neben der Lyrik stehen Kinderbücher, neben den autobiographischen Schriften hellsichtige Essays – blieb im deutschen Sprachraum unbekannt.



Autor Pasternak (1933)
Als Spezialist von Stalin angerufen

Seit ein kleiner Zürcher Verlag das kommerzielle Wagnis eingegangen ist, eine vorzüglich ausgestattete und sachkundig erläuterte deutsche Mandelstam-Gesamtausgabe in Angriff zu nehmen, beginnt sich dies endlich zu ändern. Mit Ralph Dutli, einem in Paris lebenden Slawisten, hat der Verleger Egon Ammann einen gleichgesinnten Literatur-Enthusiasten als Übersetzer und Herausgeber gewonnen; für einen Mandelstam-Essay wurde Dutli 1988 in Klagenfurt mit dem „Internationalen Publizistik-Preis“ ausgezeichnet.

Nach den beiden Lyrikbänden und der Prosasammlung, die im Rahmen der Ammann-Edition bereits vorliegen, folgt nun, zum 100. Geburtstag des Dichters in diesem Monat, eine zweibändige Ausgabe seiner Essays*. Der Herausgeber steuert zum gleichen Anlaß eine ebenso kenntnisreiche wie erfrischend unakademische Einladung zur Mandelstam-Lektüre bei**.

In nichts gleicht das Bild Ossip Mandelstams, das für den deutschen Leser seiner Werke allmählich Konturen annimmt, dem Klischee vom realitätsblinden Dichter. Früher und klarer als die meisten sah er das Unheil kommen, aber mit herausforderndem Stolz lehnte er es ab, sich von seiner Epoche und vom Schicksal seiner Nation trennen zu lassen. Nirgends war dieser gejagte, oft buchstäblich obdachlose Poet, der nicht nur Dante und Puschkin, sondern auch den lebenslustigen Galgenvogel François Villon zu seinen literarischen Ahnen zählte, weniger zu Hause als in einem Turm aus Elfenbein.

Geboren 1891 in Warschau, kam Mandelstam als Kind mit den Eltern nach Petersburg. Dort wuchs er auf, in der pulsierenden Hauptstadt an der Newa – aus den Sümpfen gestampft auf Befehl Peters des Großen, entworfen und mit Prachtbauten übersät von den besten Baumeistern Europas, durchzogen von einem Netz spiegelnder Kanäle, beherrscht vom legendären Newski-Prospekt. Petersburgs Glanz hatte sich mit der modernen Zivilisation verbunden. Petersburg, das war Rußlands weithin leuchtendes Fenster nach Europa.

Sowjetpolitiker Bucharin
Schirmherr des Dichters

Aber es war auch eine Stadt wie eine Fata Morgana, berühmt für das unwirklich scheinende, in Sommernächten kaum je verblassende Licht des Nordens. „Die abstrakteste und erfundenste Stadt“ nannte sie Dostojewski, dessen kleine Leute ebenso von Petersburg geprägt sind wie die Helden Puschkins und Gogols. Petersburg war der Kopf Rußlands und das Herz seiner Literatur. Das klassische Maß und die geheimnisvolle Schönheit dieser Stadt, ihre selbstbewußte Tradition und ihr sinnenfrohes Weltbürgertum, ihr rebellischer Geist und ihre Melancholie sind der Poesie Ossip Mandelstams tief eingeschrieben.

Mandelstams Vater war von Beruf Lederkaufmann. Autodidaktisch gebildet, las er die deutschen Klassiker im Original. Im Hause der Großeltern in Riga nahm Mandelstam zuerst die Sinneseindrücke eines unverwechselbar jüdischen Lebens wahr. „Wie ein einziger Krümel Moschus ein ganzes Haus mit seinem Duft erfüllt, so überflutet der kleinste Einfluß des Judaismus ein ganzes Leben“, lesen wir in seiner Autobiographie. Sie trägt den charakteristischen Titel „Das Rauschen der Zeit“, enthält einige der schönsten Seiten russischer Prosa und verrät dabei in jedem Satz den Lyriker im Autor.

Das jüdische Erbe nahm Mandelstam, ohne sich im orthodoxen Sinn als Jude zu fühlen, ebenso selbstverständlich in sich auf wie die christliche Kultur, die ihn umgab. Als sich der Lyriker längst durchgesetzt hatte, erwiderte er einmal auf die Frage nach seinem poetischen Credo lakonisch: „Sehnsucht nach Weltkultur.“

Erst als Mandelstam erleben mußte, daß sich in die Hetze gegen ihn auch noch antisemitische Obertöne mischten („Wie mit der stählernen Lochzange des Schaffners bin ich gänzlich durchlöchert und abgestempelt von meinem eigenen Familiennamen“), bekannte er sich 1928 ausdrücklich zum „ehrenvollen Titel eines Juden, auf den ich stolz bin“.

Er besuchte das berühmte Petersburger Tenischew-Gymnasium, das einige Jahre nach Mandelstam auch den Großbürgersohn und künftigen Meistererzähler Vladimir Nabokov aufnahm. Aber anders als der im Geist eines komfortablen Liberalismus erzogene Nabokov, der von einem livrierten Chauffeur zur Schule gefahren wurde, wuchs der junge Mandelstam in einem umstürzlerisch gesinnten Mi-

* Ossip Mandelstam: „Über den Gesprächspartner. Gesammelte Essays 1, 1913-1924“. – „Gespräch über Dante. Gesammelte Essays 2, 1925-1935“. Aus dem Russischen übertragen und herausgegeben von Ralph Dutli. Ammann-Verlag, Zürich; jeweils 320 Seiten; insgesamt 100 Mark.

** Ralph Dutli: „Ein Fest mit Mandelstam. Über Kaviar, Brot und Poesie“. Ammann-Verlag, Zürich; 136 Seiten; 29,80 Mark.

ganzen Partei" (Lenin), endete später vor dem Erschießungspeloton.

Als Herausgeber der *Iswestija* beschwor Bucharin den Poeten, ihm Gedichte zum Abdruck zu geben: „Es ist wichtig, daß man sieht: Sie sind auf unserer Seite!" Tatsächlich erlebte ein Mandelstam-Gedicht seine Erstveröffentlichung 1922 im Faksimile seiner Handschrift in der bolschewistischen Regierungszeitung.

Zu den verblüffendsten Seiten in Mandelstams Werk gehört die Aufzeichnung seiner Begegnung mit dem jungen vietnamesischen Revolutionär Nguyen Ai Quoc, der unter dem Namen Ho Tschi-minh seine Spuren in der Geschichte des Jahrhunderts hinterlassen hat. Ein Interview des Gelegenheitsjournalisten Mandelstam, das von großer Achtung vor seinem Gesprächspartner zeugt („Angeborenen Takt und Sensibilität atmete die ganze Erscheinung Nguyen Ai Quocs"), findet sich im ersten Essay-Band der Ammann-Ausgabe.

Als die Diktatur noch in den Kinderstiefeln steckte, sah Mandelstam die Ära von Zwangskollektivierung und Massenterror kommen, eine Epoche, in der die Menschen nur noch das Rohmaterial für gnadenlose Baumeister abgäben und das Individuum nicht mehr wert sein würde als ein Sandkorn. „Jedermann fühlt die Monumentalität der herannahenden gesellschaftlichen Architektur", schrieb er 1923 im Essay „Humanismus und Gegenwart". „Der Berg ist noch nicht sichtbar, doch wirft er bereits seinen Schatten auf uns, und wir wissen nicht, ob es der Flügel der anbrechenden Nacht oder der Schatten der Heimatstadt ist, in die wir eintreten müssen." Noch hoffte er darauf, daß „die Goldwährung" des europäischen humanistischen Erbes sich gegen das wertlose Papiergeld der „provisorischen Ideen" durchsetzen werde.

Auf eine Zeitungsfrage zum Thema „Sowjetschriftsteller" antwortete er 1928 verschlüsselt: „Ich fühle mich als Schuldner der Revolution, bringe ihr jedoch Gaben dar, die sie vorläufig noch nicht benötigt."

Immer beschwörender klingt aus Mandelstams Lyrik der innere Kampf von Todesahnung und Lebenswillen, wie im Gedicht „Leningrad" (1930):

> Meine Stadt find' ich wieder,
> Mir zum Weinen vertraut
> Wie ein kindliches Fieber,
> wie ein Äderchen, Haut
> . . . Petersburg! Nein ich will noch nicht sterben, noch nicht!
> . . . Ganze Nächte lang wart' ich auf Gäste bei mir,
> Zerr die eisernen Ketten da weg von der Tür.

Bei einer Lesung im ungeliebten, asiatisch fremden, „buddhistischen" Moskau fasziniert und erschreckt Mandelstam die Zuhörer mit der Kühnheit seiner Verse, die den ideologischen Vorschriften der gleichgeschalteten Sowjetliteratur hohnsprechen. Einem befreundeten Kritiker erscheint der 41jährige Poet wie ein „graubärtiger Patriarch", der sein Publikum als „Schamane" in den Bann schlägt und bei der anschließenden Diskussion die provokativen Fragen der Barden des Regimes „mit dem Stolz eines gefangenen Kai-

Bestseller

BELLETRISTIK

	Titel	
1	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(2)
2	**Simmel: Im Frühling singt zum letztenmal die Lerche** Droemer; 44 Mark	(1)
3	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(3)
4	**Danella: Meine Freundin Elaine** Knaus; 39,80 Mark	(5)
5	**King: Langoliers** Heyne; 24,80 Mark	(8)
6	**Kundera: Die Unsterblichkeit** Hanser; 45 Mark	(4)
7	**Lenz: Die Klangprobe** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(9)
8	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(13)
9	**Irving: Owen Meany** Diogenes; 44 Mark	(11)
10	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 39,80 Mark	(10)
11	**Brösel/Platt: Werner Beinhart!** Semmel; 29,80 Mark	(6)
12	**Kirchhoff: Infanta** Suhrkamp; 39,80 Mark	(12)
13	**Allende: Geschichten der Eva Luna** Suhrkamp; 38 Mark	(7)
14	**Konsalik: Das Regenwald-Komplott** Hestia; 39,80 Mark	(14)
15	**Süskind: Das Parfüm** Diogenes; 29,80 Mark	(15)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich

würde ich alles tun, um ihm zu helfen ... Er ist doch ein Meister, nicht wahr, ein Meister?" Darum gehe es nicht, antwortet Pasternak und bittet um ein Gespräch „über Leben und Tod". Abrupt legt Stalin auf.

Der ungebildete Emporkömmling Stalin hegte, im Gegensatz zum nüchternen Intellektuellen Lenin, einen abergläubischen Respekt vor der Macht der Literatur. Dieser Respekt verband sich aber bei ihm mit einer plumpen technokratischen Vorstellung von literarischem Spezialistentum, die auch in seiner denkwürdigen Formel vom Schriftsteller als dem „Ingenieur der menschlichen Seele" zum Ausdruck kommt. Pasternak sollte ihm nun bestätigen, daß Mandelstam ein unersetzlicher Spezialist war: ein „Meister" des Wortes, der mit seiner außerordentlichen Qualifikation dem ewigen Ruhm Stalins dienen konnte. Man durfte ihn nicht gedankenlos und routinemäßig liquidieren: Man mußte ihm die Gelegenheit geben, Oden auf Stalin anstelle von Schmähgedichten zu ersinnen.

„Isolieren, aber erhalten!" lautete darum Stalins Befehl. Dem revidierten Urteil zufolge konnte sich Mandelstam seinen Verbannungsort aus einem beschränkten Kreis von Städten selber aussuchen, seine Frau durfte ihn begleiten. Das Ehepaar wählte Woronesch am Don. Vier Jahre dauerte, was Mandelstam sein „zweites Leben" nannte. Unter unerträglichen materiellen Bedingungen, von Atemnot und Angstattakken gepeinigt, füllte Mandelstam in dieser Zeit die „Woronescher Hefte" mit seinem letzten Gedichtzyklus. Um die Gedichte vor der Vernichtung zu bewahren, lernte Nadeschda sie auswendig. Eine Auswahl von Gedichten und Notizen aus Mandelstams letztem Lebensabschnitt erscheint im nächsten Monat in einer neuen Übersetzung*.

Im Rundfunk hörten die Mandelstams von den ersten Moskauer Schauprozessen, der Massenterror hatte begonnen. An einen Freund schreibt Mandelstam: „Man hat mir alles genommen: das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf ärztliche Behandlung. Ich bin in die Lage eines Hundes, eines Köters versetzt ... Ich bin ein Schatten. Mich gibt es nicht. Meine Frau und mich will man in den Selbstmord treiben." Er quält sich, ein verzweifeltes Aufflackern des Lebenswillens, doch noch eine Ode auf Stalin ab. Vergebens. Im Mai 1938 wird Mandelstam zum zweiten Mal verhaftet. Die Todesnachricht für die Witwe, auf einem als unzustellbar aus Sibirien zurückgeschickten Päckchen, besteht aus zwei Worten: „Adressat verstorben".

* Ossip Mandelstam: „Das zweite Leben". Aus dem Russischen von Felix Philipp Ingold. Hanser-Verlag, München; 144 Seiten; 26 Mark.

Kopf in den Wolken

SPIEGEL-Redakteurin Annette Meyhöfer über Gérard Depardieu und „Cyrano de Bergerac"

An diesem Abend im Hôtel de Bourgogne, wenn die Lichter im Zuschauerraum erloschen sind und auf der Bühne das Spiel beginnt, wartet ein kleiner Junge noch immer auf seinen Helden. Den dicken Montfleury, größten Star seiner Zeit, hat Cyrano de Bergerac diesmal herausgefordert, hat ihm das Spielen untersagt, lächerlich will er ihn machen. Dann endlich erscheint er, aus dem Dunkel ganz oben auf der höchsten Galerie tritt er hervor, die Treppe hinab ins Parkett, der Mann, den sie alle, die Herzöge und die preziösen Damen, die schöne Roxane und der kleine Junge, herbeigefürchtet und herbeigesehnt haben, der Mann, der mit Worten so gut ficht wie mit dem Degen, der Musketier und Dichter mit dem kühnen Geist und der großen Nase. „,Cyrano'", sagt Gérard Depardieu, „ist eine Geschichte über das Erwachsenwerden."

Depardieu hat keine Zeit, auf Fragen kann er nicht warten, aufs Stichwort redet er los: über die Schwierigkeiten, Edmond Rostands Theaterstück für das Kino zu adaptieren, „dieses zu lange Stück, diese Oper"; über die Idee, „Cyrano" in Versen zu belassen, die Arbeit des Drehbuchautors Jean-Claude Carrière, der das Original umschrieb. Die Rolle ist Depardieu leichtgefallen; vielleicht wäre das früher, vor fünf oder sechs Jahren, anders gewesen: „Mit 40 hat man mehr Distanz zu einer solchen Rolle."

„Cyrano", das war in Frankreich mehr als nur einer der größten Kinoerfolge, es war auch das Duell zweier Stars, Gérard Depardieu und Jean-Paul Belmondo. Denn während der eine, Depardieu, sich in Jean-Paul Rappeneaus Film einen Leinwand-Triumph erfocht, schlug sich der andere, Belmondo, nicht minder erfolgreich auf der Bühne des Théâtre Marigny. Doch hat Depardieu, wenigstens nach Meinung der Kritiker, im Krieg der Nasen gewonnen.

Vielleicht weil er diesen Cyrano endlich befreite von seinem Operettenheldentum, der ganzen biederen Pappnasigkeit. Und weil der Regisseur Jean-Paul Rappeneau einen Film inszeniert hat, der es an Ausstattungspracht mit Milos Formans „Amadeus" aufnehmen kann und an Tempo und Bewegung mit den Klassikern im Mantel-und-Degen-Genre, der aber darüber hinaus das Panorama einer Epoche und eine Geschichte von Gewalt und Leidenschaft ist, die Tragödie eines ganz und gar nicht lächerlichen Mannes. Dieser Cyrano ist ein Rebell, und er liebt die Wirklichkeit nicht. Ein Visionär ist er, der von Reisen zum Mond und von gefährlichen Liebschaften träumt. Und immer wieder sieht ihm dabei, bei seinen Kämpfen und seinen scheinbaren Triumphen, der kleine Junge zu.



Depardieu als Cyrano: „Ich schlafe mit der Poesie"

„Cyrano ist nie erwachsen geworden", erklärt Depardieu, „er hat sich nie aus der Phase der Pubertät befreien können, dieser schwierigsten Phase von allen, einem Zustand der Erwartung und der Liebe, der unglücklichen Liebe. Weil man in dieser Zeit gar nicht glauben kann, daß man überhaupt liebenswert ist." Es drängt den 42jährigen mit der sanften Stimme, mit dem Kindergesicht, den weichen Lippen, den ein wenig schiefstehenden hellen Augen und der knolligen Nase, grundsätzlich zu werden. Über Moral, über Romantik, die Liebe überhaupt will er sprechen. „Man muß möglichst nah an der Realität sein." Vor kurzem hat Depardieu, der Besessene, der Arbeitswütige, der scheinbar so massig, so träge wirkende Mann, der ständig mit seinem Gewicht zu kämpfen hat, sich Weinberge gekauft und ist auch noch Winzer geworden.

Er hat Priester und Transvestiten gespielt, Kriminelle, Revolutionäre, Bauern und Liebeskranke, um die 70 Filme in 20 Jahren. In Bernardo Bertoluccis „1900", Andrzej Wajdas „Danton", François Truffauts „Letzter Metro" und in Alain Resnais' „Mein Onkel aus Amerika" hat er gespielt, in den Komödien Francis Vebers und den düsteren Dramen Maurice Pialats.

Seine Geschichte, die Geschichte seiner Kindheit und Jugend, ist in Frankreich fast ein Mythos. In Châteauroux, in der tiefsten Provinz, ist er geboren, der Vater war Metallarbeiter, ein Trinker, die Mutter dauernd schwanger. Der Sohn haut mit zwölf Jahren von zu Hause ab, an der Côte d'Azur verleiht er Liegestühle, schlägt sich in Jugendbanden durch, vagabundiert, kehrt zurück nach Châteauroux, bis ihm, mit 15 Jahren, ein Freund eine Fahrkarte nach Paris kauft. Er nimmt Schauspielunterricht, lernt Elisabeth Guignot kennen, die, fast acht Jahre älter als er, einen Doktortitel in Psychologie hat, Schauspielerin, Sängerin, Komponistin ist. 20 Jahre ist er jetzt mit ihr verheiratet, die Kinder, Guillaume und Julie, sind beinah erwachsen.

1973 engagierte ihn Bertrand Blier, seit damals sein Freund und Lieblingsregisseur, für die „Ausgebufften", einen Film über das Lebensgefühl seiner Generation, über Revolte und Scheitern. Mit diesem Film wird Depardieu berühmt. Und anders als Stars wie Delon und Belmondo, die in allen Rollen den gleichen Typ verkörpern, ändert er ständig den Stil, den Ausdruck seines so unverwechselbar erscheinenden Gesichts, die Bewegungen des mächtigen Körpers. Er ist besessen von dem Wunsch, sich zu verändern, von den Doppelgän-

Unterhaltung

Kampf der Leiber

Eine Hure, ihr schwachsinniger Sohn und ein brutaler Zuhälter – das ZDF bringt ein eindrucksvolles Stück vom Schicksal einer Prostituierten.

Hurenglück" kommt in Männerphantasien oder Filmmärchen wie „Pretty Woman" vor. In Wirklichkeit haben Huren Glück, wenn sie nicht untergehen im Freier- und Ludenterror und das Leben retten, wenn ihr Körper nicht mehr nachgefragt wird.

„Hurenglück" heißt Eva und Horst Kummeths Fernsehfilm (Sendetermin: Sonntag, 20.15 Uhr, ZDF). Die Hauptfigur Eva stammt nicht aus dem Reich der Illusionen, sie ist eine Überlebende aus den Sümpfen der Prostitution. Vor Jahren, als sie schwanger wurde und den sicheren Abstieg im Gewerbe vor Augen hatte, ist es ihr irgendwie gelungen, dem Zuhälter den ihr zustehenden Lohn aus dem Tresor zu stehlen und unter falschem Namen in eine oberbayerische Idylle zu fliehen. Dort lebt sie bescheiden, aber geachtet, und betreut ihren geistig behinderten Sohn.

Die Hure mit vaterlosem Kind, eine Konstellation wie aus Büchners Woyzeck, nur daß der Mann, der sich in dem Dorf um Eva kümmert, kein dumpf getriebener Soldat, sondern ein Chorleiter ist. Aber gegenüber dem Schicksal Evas ist er genauso hilflos wie Büchners Antiheld.

Das Schicksal heißt Hager, war einst Evas Zuhälter – und ist plötzlich da, um ihr, von deren Fleisch er gut gelebt hat, das Geld wieder abzujagen. Der Film zeigt keinen Racheengel in düsterem Glanz, sondern einen abgewrackten Stenz, das ekelhafte Goldkettchen über den schwarz wuchernden Orang-Utang-Brusthaaren. In keiner Phase macht Hilmar Thate aus der Rolle eine Charge. Sein Hager ist hinter dem vordergründigen Potenzgehabe („Ich besorg's dir wie früher") ein eiskalter Raffzahn, ein Lude mit steinernem Herz.

Was nun beginnt, ist ein Kammerspiel der Gewalt. Hager mißhandelt das behinderte Kind, um das Geld zurückzuerpressen. Eva ist entschlossen, ihr bißchen Hurenglück mit allen Mitteln zu verteidigen.

Regisseur Detlef Rönfeldt (Kamera: Henning Zick) setzt das Duell Hure gegen Lude ohne Scheu vor Effekten ins Bild: ein Kampf der Leiber, wenn Hager von Eva Sex erpreßt, ein Kampf mit List und Tücke, wenn Eva dem schlafenden Erpresser entfliehen will, der aber wie ein Zyklop den Weg verstellt.

Mit dem rigorosen Ausspielen des Gewalttheaters wandelt der Film oft gefährlich nahe am Abgrund zur düster-kitschigen Macho-Schnulze, wäre da nicht Angelica Domröse, die Darstellerin der Eva.

Ihr Gesicht, auch wenn sie, um Hager einzulullen, das alte Hurenrouge aufgelegt hat, läßt keine Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen, es dem Mann mit gleicher Münze zurückzugeben.

Als sie sich, zu einer todbringenden Manipulation der Steuerung, unter Hagers schäbiges Ludenauto legt, fährt die Kamera auf ihre herausgestreckten, nackten Schenkel zu – und das Bild trifft wie die Faust aufs Auge des Voyeurs, so brutal ist das Hurenglück.

* Marco Hofschneider, Angelica Domröse, Hilmar Thate.



„Hurenglück"-Darsteller*: Lude mit steinernem Herz

Kampf um Schlüpfer

„Scheidung à la carte" – die ARD präsentiert eine Komödie aus dem Beziehungsdschungel.

Ehen mögen im Himmel geschlossen werden, zu Ende aber gehen sie in der Waschmaschine. Denn in den Niederungen jenseits der Liebe, wo die Fallen des Scheidungsrechts die Akteure mißtrauisch machen, kann es entscheidend sein, ob er seine Unterhosen mit ihren Schlüpfern in eine Waschtrommel steckt.

Die Vorschriften für das „räumliche Nebeneinander bei getrennter geistiger Gemeinschaft" sind streng, die Folgen leichtfertigen Gemeinschaftswaschens für die erstrebte Auflösung einer Ehe fatal.

Einen solchen „Rosenkrieg" aus der vertrackten Welt des deutschen Scheidungsrechts zeigt der Südwestfunk an diesem Mittwoch (20.15 Uhr) im ARD-Programm. Anders als in Danny DeVitos Erfolgsfilm choreographieren Regisseur Konrad Sabrautzky und Drehbuchautorin Dorothee Dhan keinen grotesken Pas de deux zur Gewalt entschlossener Ehekrieger. Doch auch in der TV-Komödie „Scheidung à la carte" regiert der Wahnsinn, der ganz normale der Juristen.

Paul Sonntag, ein erschlaffter Kantinenkoch, trottet zufrieden unterm Ehejoch. Kikkie, seine schöne Frau, ist seit 16 Ehejahren sein eigen, der Lebenstraum, das eigene Lokal in Frankreich, hängt als Bild überm Sofa im Wohnzimmer. Was soll passieren?

Es passiert. Per Einschreiben teilt ihm seine Frau aus heiterem Himmel mit: „Wir leben ab heute getrennt." Paul reagiert erst ungläubig, dann schockiert, schließlich zornig. Die Begründung der Frau ist knapp: Sie wolle ein anderes Leben, teilt sie dem Koch mit.

Nach dieser Exposition ist die Komödie bei ihrem Thema: Wie sich sub specie legis Normales in Anomales, Ungerechtigkeit in Recht verwandelt.

Zum Beispiel Pauls Frühstück. Beim morgendlichen Routinegriff in den Kühlschrank setzt es die erste eiskalte Überraschung: Eier und Aufschnitt tragen Namensetiketten, auch der Kaffee ist säu-

„Diebstahl zahlt sich aus“

Der Quedlinburger Stiftsschatz kehrt heim. Was ein US-Soldat 1945 aus einem deutschen Depot stahl, ist teils auf dunklen Kunstmarkt-Kanälen, teils durch kriminalistische Recherchen zurückgewonnen. Aber die allgemeine Freude darüber hat einen unguten Beigeschmack: Die Erben des Diebes und ihre Handlanger profitieren.

Als die amerikanischen Truppen 1944 in Frankreich landeten und ins Zentrum des Deutschen Reichs vorstießen, war Joe Thomas Meador, 28jähriger Oberleutnant vom 87. Artillerie-Bataillon, immer ganz vorn dabei.

Doch sein Augenmerk galt keineswegs nur dem Feind – der studierte Kunstgeschichtler sammelte für eigene Rechnung historische Wertgegenstände, wo er sie gerade fand.

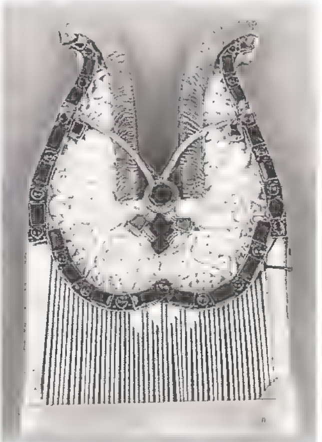
Kriegsgefährten erinnern sich, wie Kamerad Meador einmal in der Normandie einen Altar abschmückte, gelegentlich Ölgemälde mit dem Jagdmesser aus dem Rahmen schnitt und im Stoffsack verpackte oder wie er in der beschlagnahmten Biarritzer Villa der Marquise von Saint Carlos per gestohlenem Schlüssel ans Silber und Porzellan ging.

Vorgesetzte rügten Meador („kümmert sich zu oft um Angelegenheiten nichtmilitärischer Natur“) und brachten ihn wegen seiner Beutezüge sogar vors Kriegsgericht.

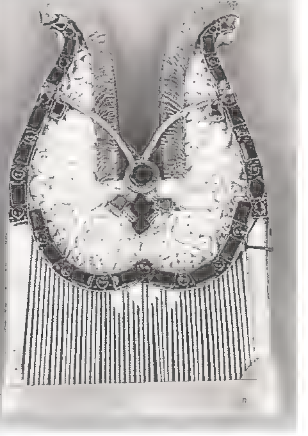
Doch daheim in Whitewright (Texas) freuten sie sich an Joes Paketen aus Germany, die in Packpapier herrliche Werte übermittelten. Begeistert feierte Mutter Meador, Kennerin wie ihr Sohn, eine Zustellung vom 2. August 1945, die in das Kaff an der Oklahoma-Grenze förmlich den „Geist des Mittelalters“ brächte. Offenbar aus Vorsorge gegen unbefugte Feldpost-Leser umschrieb sie die Sendung als „box with bibles“.

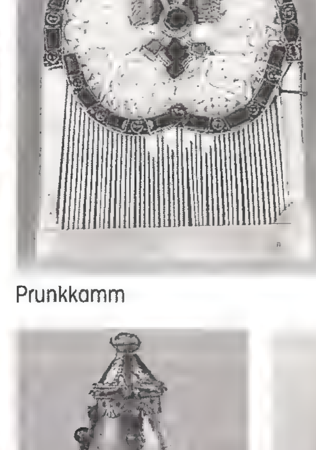
Der Geist, den Mabel Meador verspürte, spukt jetzt, bald elf Jahre nach dem Tod des Sohnes, irritierend in aller Öffentlichkeit. Denn was der GI da paketweise nach Hause schickte, stellte gängige Soldatenbeute weit in den Schatten. Während der allerletzten Kriegsphase war Meador in Quedlinburg an einen Bergstollen geraten, der einen Feindeshort von außergewöhnlichem künstlerischen, historischen und auch materiellen Wert barg: den dort ausgelagerten Schatz der einstigen Stiftskirche am Ort.



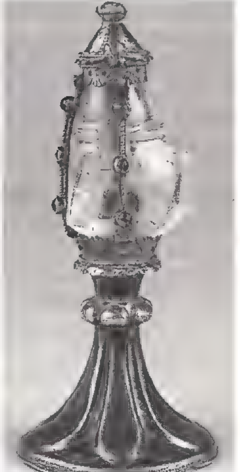


Prunkkamm





Reliquienkasten („Heinrichs I.“)





Meador

Reliquiare aus Bergkristall (rechts: fehlendes Stück)

Kunstsammler, Beutegut: Der Geist des Mittelalters im Feldpostpaket

Meador die Kostbarkeit „nach akribischer Recherche in der Stricherszene von Dallas“ (Korte) wieder abjagen. Doch während er krebskrank im Pflegeheim lag, verschwand das Gefäß von neuem aus dem Apartment und tauchte nicht wieder auf. Auch ein aufklappbares Kruzifix, das Zeugen bei Meador gesehen haben wollen, fehlt bis heute.



Samuhel-Evangeliar: Verkaufsgespräche unter Vorbehalt

Mit dem stillen Vergnügen an den Preziosen war es vorbei, als nach Meadors Tod die verschuldeten Erben, Schwester Jane Cook und Bruder Jack Meador, die Hand auf die Sammlung legten. Bald begannen sie den Markt zu testen – behutsam; denn der Erblasser hatte in seinem letzten Willen jeden Hinweis auf den Kunstschatz vermieden. Und die Erben hatten verabsäumt, diesen bei den Finanzbehörden zu deklarieren.

John Collins, Kunstexperte in Dallas, bekam die besten Stücke aus dem Schatz 1983 als mutmaßlich erster Außenstehender zu Gesicht. Bruder und Schwester „knallten“ ihm die Handschriften auf den Tisch „wie alte Telefonbücher“, entsetzt sich Collins: „Ich mußte die erst mal ermahnen.“

Auf den Hinweis, die Bücher seien sicherlich ihre zwei Millionen wert, aber offensichtlich aus europäischem Besitz und mithin ohne Eigentumsnachweis praktisch unverkäuflich, sagt Collins, „sahen sie mich nur wortlos an“.

Von hier an läßt sich aus gerichtlichen Befragungen und aus Dokumenten, die Korte im Verein mit Anwälten ans Licht zerrte, eine dubiose Kunstmarkt-Szenerie rekonstruieren, ein Ritual von diskreten Fühlungnahmen und Verkaufsgesprächen unter Vorbehalt.

1986 legte sich die Whitewrighter Bank ins Zeug, bei der die Meadors Kredit aufgenommen und Quedlinburger Schätze als Sicherheit hinterlegt hatten. An der Zahlungsfähigkeit seiner Kunden interessiert, kontaktierte der Bankpräsident das New Yorker Antiquariat H. P. Kraus, den internationalen Branchenführer: Zwecks Begutachtung und eventueller Vermarktung übersandte er Dias der beiden „Bibeln“.

Ein Experte von der Pierpont Morgan Library in New York wurde eingeschaltet, ein Anfangsverdacht auf Diebesgut verdichtete sich rasch, aber die Sache endete ergebnislos. Die Originale waren im texanischen Safe geblieben.

Ende des Jahres ließ Kraus-Geschäftsführer Roland Folter im Londoner Auktionshaus Sotheby's dessen Handschriftenkenner Christopher de Hamel die Samuhel-Dias sehen. Zufälliger Zeuge: der deutsche Antiquar Heribert Tenschert.



Kunstfahnder Korte
Fund im Banksafe

De Hamel vergewisserte sich gleich, woher das Buch stammte, spekulierte aber noch lange danach, über Geschäfte, die damit zu machen wären: „Wir möchten die Handschrift von allen Quedlinburger Ansprüchen befreit und mit einem internationalen Paß ausgestattet.“ Dann könnte sie zehn Millionen Pfund bringen, geheim verkauft hingegen nur eine Million. Dem Erwerber wäre in diesem Fall zu raten, „sehr teuren Rechtsbeistand“ zu nehmen oder aber das Wertstück zum Nutzen später Nachfahren für 100 Jahre wegzuschließen.

Auch bei der Sotheby's-Konkurrenz Christie's, die im August 1987 von einem Anwalt wegen eines „vermutlich sehr wertvollen Manuskripts“ im Besitz eines „Klienten in Austin“ eingeschaltet wurde, konnte der anrüchige Hintergrund nicht lange fraglich sein.

Nur hatte der Jurist ja von Beginn an auf „vollständiger Vertraulichkeit“ bestanden und sogar einen Vertrag mit ausdrücklichen „Nondisclosure Agreements“ vorgelegt, die über alle Gespräche hinaus Gültigkeit behalten sollten. Und so artig er sich immer wieder für Christie's-Dienste bedankte, so hartnäckig wies er auf Diskretion als Verhandlungsbasis hin.

Bei Christie's kamen, für 6,1 Millionen Dollar versichert, auch beide Bücher tatsächlich auf den Tisch. Als Gutachter wurde ein emeritierter Princeton-Professor zugezogen – Vertraulichkeit natürlich immer vorausgesetzt.

Er befragte die Fachliteratur, informierte sich später auch bei einer Münchner Kollegin, daß die Handschriften tatsächlich in Quedlinburg gestohlen waren, und besprach bei Christie's die Notwendigkeit, die anonymen Bücher-Besitzer zu einer „Rückführung zu ermutigen“. Die wollte auch der Anwalt seinen Klienten empfehlen, erfuhr aber, sie sähen „keinen Grund für hastige Entscheidungen“. Die Wertstücke wurden wieder abgeholt.

Dafür bot im Herbst 1988 der Londoner Antiquar Samuel Fogg das Samuhel-Evangeliar bei der – nicht zuständigen – Stiftung Preußischer Kulturbesitz für acht Millionen Dollar an. Das davon benachrichtigte DDR-Kulturministerium zeigte sich desinteressiert.

Im Frühjahr 1990 dann, als beim Verdealen des Schatzes an die Kulturstiftung der Länder die heiße Phase begann, taten sich vier Hauptakteure hervor:

▷ John Torigian, Rechtsanwalt aus Houston, der die Quedlinburger Hand-

cher war freilich zu dem Zeitpunkt nicht mehr so einfach. Immerhin hatten sich die Mittelsmänner durch ihr Angebot offenbart. Zudem: Im Mai waren durch Schatzsucher Willi Korte die bis dahin verborgenen Auftraggeber der Quedlinburger Verkaufsaktion aufgespürt und der kriminelle Hintergrund des bevorstehenden Deals enthüllt worden.

Und der zähe Verlauf der Sondierungen schwächte die Position der Meador-Erben, zumal ihnen das FBI und die Steuerfahndung wegen des falsch deklarierten Erbes und des strafbaren Kulturexports auf der Spur waren. Auch lag beim Distriktgericht in Dallas seit Juni eine Klage, die Preziosen an die Quedlinburger Stiftskirche herauszugeben. Damit entfiel für die deutschen Stellen der Zeitdruck, das Spiel der Erben war von Rechts wegen eigentlich verloren.

Weil das aber doch nicht hundertprozentig zu garantieren war und auch noch viel Zeit und Geld gekostet hätte, entschlossen die Deutschen sich, lieber von der gesparten Rate für das Evangeliar ein gut Teil draufzuzahlen – nach Angaben von US-Juristen eine Dollar-Million, laut Maurice „weniger“. Dafür versprechen die Meadors die Herausgabe der acht Stücke in Dallas und Hilfe (aber wie?) bei der Suche nach den noch fehlenden.

Das „große Vergnügen“, mit dem Schatzrückführer Maurice vor dem Verhandlungssaal das Resultat verkündete, ist nur bedingt nachvollziehbar. Eher erschloß sich schon, daß die Meador-Geschwister Jack und Jane am gleichen Ort bekundeten, nun seien sie „happy“.

Mit langem Gesicht begleitet dagegen Historiker Korte die Siegesfeiern nach dem Schlußakt von London. Korte, der zwar den amtlichen Rückbeschaffern die Show gestohlen, ihnen aber auch die Chance geboten hat, 1,25 Millionen Dollar einzusparen, wartet noch auf den zugesagten Ersatz seiner Auslagen. Der Münchner erbittert: „Man erbe gestohlene Ware und stelle sich nur lange genug stur – dann fließt Geld aus Bonn.“

Maurice seinerseits erhofft sich von der Lösegeldzahlung eine „Köder“-Wirkung: Er fände es „phantastisch“, wenn daraufhin noch vermißte Museumsgüter wie der legendäre „Schatz des Priamos“ angeboten würden. Entscheiden könne man – „Jeder Fall ist anders“ – dann immer noch.

Weniger euphorisch als die gelinkten Kulturträger in Deutschland sehen amerikanische Branchenkenner den „anrüchigen Vergleich“ *(The New York Times)*.

„Diebstahl zahlt sich aus“, kritisiert Robert T. Buck, Direktor des Brooklyn Museum, und beschwört spöttisch eine zeitgemäße Nutzanwendung für jeden GI: „Drüben im Irak gibt's eine Menge Kunst zu holen.“

Rave

Auferstanden aus Ruinen

Ein Mißverständnis der Zeitgeistpresse: Ein Partytrend aus Manchester wird als neue Jugendkultur gefeiert.

Ein Gespenst geht um in Britanniens Ruinen, und ein Gerücht erobert die westliche Welt. Manchester, die verrottete Industriemetropole im Norden Englands, sei Zentrum einer neuen Jugendbewegung, so diktiert es der Zeitgeist den Zeitungsmenschen, und die schreiben eifrig mit: Die frischen Klänge einer nie gehörten Musik erschütterten die rußgeschwärzten Mauern alter viktorianischer Werkhallen, die Kinder der Stadt feierten nächtelange Orgien und huldigten dem Frieden, der Liebe und der Toleranz, die als Urgewalten über sie gekommen seien. Eine neue Kultur, ein neues Wort: „Rave“.

Nach den Londoner Popjournalisten kamen die amerikanischen, die italienischen, die französischen, die deutschen Reporter, um zu gucken. Touristen blätterten im Wörterbuch, entdeckten, daß „to rave“ soviel wie „phantasieren, rasen, toben“ bedeutet, und begaben sich auf die Suche nach dem „bunten Trend aus Manchester“.

Völker der Welt seht auf diese Stadt! Schwarzgraue Wolken lasten auf düsteren Backsteinbauten. Aus einem tiefen Himmel ergießt sich ein kalter Sprühregen über die 470 000 Einwohner, fast eine halbe Million „Mancunians“ sind in den letzten Jahrzehnten abgewandert, ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos. Und die Klubs schließen bereits um zwei Uhr morgens.

„So um '87 fanden die ersten Raves statt“, sagt Diskjockey Jon Dasilva. „Die Leute organisierten ihre eigenen Feiern – zuerst in Schlafzimmern, dann draußen in Zelten oder verlassenen Fabrikgebäuden.“ In den Klubs und später auf den Partys spielten sie „House“, den schnellen Technobeat aus Chicago und Detroit, und mixten den neuen Rhythmus mit den Songs lokaler Popgruppen.

Was die Diskjockeys da zusammenmischten, wollten die Musiker nicht wieder trennen – im Gegenteil: Sie gaben neue Abmischungen alter Aufnahmen in Auftrag, ließen ihren eher konventionellen Gitarrenrock elektronisch veredeln: Bei der Erfindung der Rave-Musik war nicht die Muse, sondern das Mischpult im Spiel – der neue Trend ist, im puren Wortsinn, synthetisch entstanden.



Rave-Party in Manchester: Orgien der Liebe und des Friedens

Bei den größten Raves tanzten sich Tausende in Trance. Schicke Kleidung war unwichtig im armen Manchester; egal, ob einer verbeulte Hosen trug oder ein selbstbemaltes T-Shirt – Hauptsache, es war bequem. Das Geld für den Friseur sparten die Jungs und ließen sich die Haare wachsen, bis jeder Mancunian unter 30 einen Topfschnitt hatte.

Wenn das überhaupt eine Bewegung war, dann war es eine Fluchtbewegung: Die Jugend von Manchester entdeckte die chemische Droge Ecstasy, die den, der sie schluckt, sehr sinnlich und friedlich stimmt und alle Gedanken an Ar-

Radon

Ritzen verstopft

Wissenschaftler warnen vor dem Edelgas Radon, der „Radioaktivität aus dem Untergrund" – einer vernachlässigten Gefahr.

Der Hausbesitzer beging einen verhängnisvollen Fehler: Erst hackte er, um seinen Wohnraum zu vergrößern, den Kellerboden heraus. Dann grub sich der Eigenheim-Werker aus dem rheinland-pfälzischen Ellweiler um 70 Zentimeter tiefer in den Untergrund. Ziemlich unfachmännisch zog er am Ende eine neue Betondecke ein.

Der Pfusch am Bau hatte Folgen. Aus dem Erdreich kroch auf einmal, durch Fugen und Ritzen im Beton, in hoher Konzentration das radioaktive Edelgas Radon in die gute Stube. Im Keller betrug die Aktivität der unsichtbaren Strahlung 34 000 Becquerel pro Kubikmeter Luft, im Wohnzimmer immerhin noch 6000 Becquerel – selbst die eher zur Verharmlosung neigende bundesdeutsche Strahlenschutzkommission rät bereits zu „Sanierungsmaßnahmen", wenn der Mittelwert der Radonkonzentration „im Aufenthaltsbereich des Hauses oberhalb von 250 Becquerel" liegt.

Glück im Unglück: Umweltminister Klaus Töpfer entschloß sich, an dem Ellweiler-Haus die Entgiftung radonkontaminierter Gebäude zu erproben; die Kosten übernahm also der Steuerzahler.

Doch nicht nur in diesem Extremfall zählt die „Radioaktivität aus dem Untergrund" – so der kritische Info-Dienst *Strahlentelex* – zu den bisher vernachlässigten Umweltgefahren: Bis zu 6000 Lungenkrebstote pro Jahr, schätzt Professor Wolfgang Jacobi vom Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg bei München, gehen allein in den alten Bundesländern auf das Konto von Radon – und zwar schon bei einer mittleren Belastung von 50 Becquerel, die von den Experten der Strahlenschutzkommission durchaus noch für vertretbar gehalten wird.

Bei höheren Werten nimmt die Krebsgefahr rapide zu. „Je 100 Becquerel Radon pro Kubikmeter Raumluft", rechnete *Strahlentelex* vor, „erhöht sich das Lungenkrebsrisiko um etwa 17 Prozent." Medizinprofessor Edmund Lengfelder von der Universität München warnt deshalb: Aus ärztlicher Sicht müsse die „dringende Empfehlung" ausgesprochen werden, „die Konzentration von Radon in der Raumluft zu reduzieren". Allerdings sei die Bedrohung durch Zigarettenrauchen „um Größenordnungen schlimmer", findet Lengfelder. „Wer täglich zwei Zigaretten qualmt, verdoppelt das von Radon ausgehende Karzinom-Risiko."



Radonverseuchter Keller in Ellweiler: Nach Bauarbeiten am Fundament . . .



. . . 6000 Becquerel im Wohnzimmer: **Sanierer Keller**

Die brisanten Prognosen, so Wolfgang Jacobi, basierten auf Auswertung der Lungenkrebssterblichkeit bei tschechischen und amerikanischen Bergarbeitern, die mit Radon häufig in Berührung kamen. Jacobi, ehemals Vorsitzender einer Arbeitsgruppe der Internationalen Strahlenschutzkommission: „Wir liegen mit unserer Schätzung sicher nicht völlig daneben." Zudem könne „keine exakte Grenze zwischen gefährlich und ungefährlich" gezogen werden, betont Klaus Martignoni vom Bundesamt für Strahlenschutz.

Wahrscheinlich 200 000 Wohnungen liegen nach Auskunft des Bonner Umweltministeriums allein in Westdeutschland über dem Richtwert der Strahlenschutzkommission. „Ein schwieriges Problem", räumt Hans-Henning Landfermann ein, im Ministerium zuständig für Grundsatzfragen des Strahlenschutzes. Die typischen Werte lägen in den betroffenen Gebäuden zwischen 250 und 600 Becquerel.

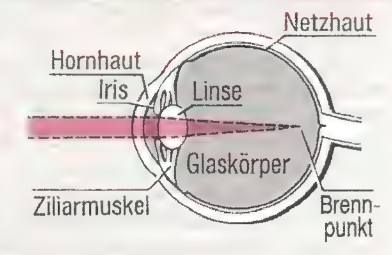
Das farblose und geruchsneutrale Edelgas – es gefriert erst bei minus 71 Grad Celsius zu einer gelblich schimmernden Masse – ist ein Zwischenprodukt der Uran-Zerfallsreihe, an deren Ende die Schwermetalle Blei und Thallium stehen; deshalb entweicht Radon-222 speziell in uranerzhaltigen Gegenden aus dem Erdreich. Dennoch reicht es nicht aus, die belasteten Regionen ausfindig zu machen. Wolfgang Jacobi: „Entscheidend ist immer die Durchlässigkeit des jeweiligen Fundaments." In jedem einzelnen gefährdeten Haus müsse deshalb der Radon-Gehalt gemessen werden.

Die wirkliche Gefahr für die Gesundheit indes geht von den ebenfalls radioaktiven „Töchtern" des nur kurzlebigen Radons (Halbwertszeit: 3,8 Tage) aus: Polonium-218 oder Wismut-214 – sie lagern sich an Staubpartikeln in der Luft an und werden von diesen, gleichsam

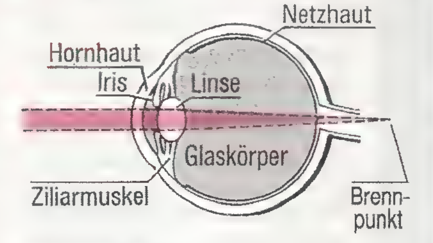
MESSER IM AUGE

Operationen gegen Fehlsichtigkeit (schematische Darstellungen)

Hornhaut-Korrektur mit Laserstrahlen



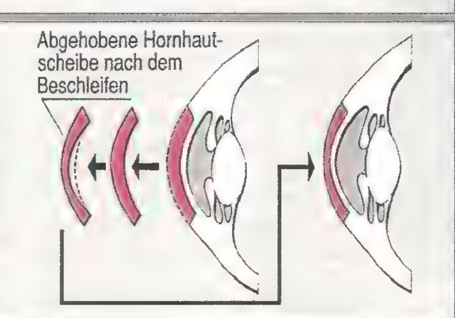
Bei Kurzsichtigkeit
wird die zu stark nach außen gewölbte Hornhaut durch den Laserstrahl des Chirurgen abgeflacht. Der Schnittpunkt der Lichtstrahlen liegt nach dem Eingriff nicht mehr vor, sondern wie beim Normalsichtigen auf der Netzhaut.



Bei Weitsichtigkeit
wird mit dem Laser ein kreisrunder Ring in die Hornhaut geschliffen, um die Krümmung des lichtaufnehmenden Segments zu verstärken. Der Brennpunkt befindet sich dann gleichfalls wieder auf der Netzhaut, nicht dahinter.

Beschleifung der Hornhaut („Keratomileusis")

Ein Scheibchen der vor der Augenlinse liegenden Hornhaut wird abgetragen, tiefgefroren und geschliffen. Mit neuem Krümmungswinkel wird das Hornhautstück wieder aufgenäht und dient gleichsam als fest mit dem Auge verbundene Brille.



Sowjetische Operationsmethode („radiäre Keratotomie")

Die Hornhaut wird rings um die Pupille etwa 16mal eingekerbt. Auf diese Weise soll die Brechkraft des Auges korrigiert und die Fehlsichtigkeit behoben werden.

DER SPIEGEL

1974 hat Fjodorow 25 000 Augenpaare mit dem Skalpell korrigiert: Mit 16 Kerben, die er strahlenförmig um die Pupille legt, macht er aus Brillenträgern angeblich „Menschen mit gutem Augenlicht" – ein Kunststück, das inzwischen von amerikanischen Operateuren nachgeahmt wird, bei der Mehrheit der Ophthalmologen aber höchst umstritten ist (SPIEGEL 16/1989).

In den USA hat eine Gruppe von Wissenschaftlern jetzt eine Langzeitstudie vorgelegt, die aufs neue Zweifel am Nutzen der Fjodorow-Methode („radiäre Keratotomie") schürt. Wie die Autoren bei der Nachuntersuchung von Hornhautoperierten ermittelt haben, weist das Verfahren, trotz unbestrittener Wirksamkeit, erhebliche Mängel auf:

▷ So läßt sich im Einzelfall ein dauerhafter Erfolg des Eingriffs nur schlecht vorhersagen;

▷ je kurzsichtiger ein Patient ist, desto weniger wirkt die Operation – bei einer Kurzsichtigkeit von minus vier bis minus acht Dioptrien werden nur 39 Prozent der Operierten wieder (eingeschränkt) normalsichtig;

▷ fast immer liegt das Operationsergebnis unterhalb der Sehschärfe, die mit Hilfe einer Brille oder mit Kontaktlinsen zu erreichen wäre;

▷ oft schwankt die Sehschärfe der Operierten im Tagesverlauf, hinzu kommen manchmal störende Blendungserscheinungen, die sich nicht beheben lassen.

Weitgehend unerforscht, so notieren die Kritiker, seien mögliche Spätschäden an der malträtierten Hornhaut, auf der das Skalpell der Augenärzte im Durchschnitt ein Dutzend Narben hinterläßt; die US-Studie umfaßt nur einen Zeitraum von vier Jahren.

Sehr viel schonender ist nach Ansicht von Experten ein Laserverfahren, das deutsche Augenärzte in den letzten Jahren entwickelt haben. Mit einem sogenannten Excimer-Laser werden dabei bis vier Hundertstel Millimeter der obersten Hornhautschicht „kalt verdampft". Das Ergebnis ist eine flachere Hornhaut, wie sie auch durch Fjodorows Skalpellschnitte erreicht wird (siehe Grafik).

In ultrakurzer Zeit löst der Laserstrahl mit seiner extrem hohen Energiedichte das Hornhautgewebe auf, ohne daß an den Rändern nennenswerte Hitzeschäden entstehen. Narben, die Spätschäden nach sich ziehen könnten, verursacht der Laserblitz kaum.

Als Routineeingriff gilt die Laserprozedur bislang noch nicht, angewandt wird sie vorerst nur bei Personen, die mit Brillen oder Kontaktlinsen ihren Beruf nicht ausüben könnten – etwa Köche oder Piloten. Für medizinisch geboten halten die Ärzte das Verfahren bei Patienten mit stark unterschiedlicher Kurzsichtigkeit beider Augen.

Mehr als 300 Fehlsichtige hat Professor Theo Seiler vom Klinikum Berlin-Charlottenburg, einer der Erfinder der Lasermethode, in den letzten Jahren behandelt. Gute Erfolge mit der Laserblitzkur verzeichnete er bei Patienten mit einer „Ausgangskurzsichtigkeit" von minus zwei bis minus sieben Dioptrien – rund 90 Prozent der Behandelten, so Seiler, „liegen nach einem Jahr im Bereich der Normalsichtigkeit".

In Berlin wird der Eingriff ambulant vorgenommen, das betroffene Auge nur örtlich betäubt. Nach einer Voruntersuchung werden die Patienten-Daten in das Lasergerät eingetippt; ein Mikrochip errechnet dann Zahl und Dauer der erforderlichen Laserimpulse.

Bei starker Kurzsichtigkeit, räumt Seiler ein, gebe es „häufiger Rückfälle, ein allmähliches Nachlassen des Erfolges". Eine zweite Gruppe deutscher Augenärzte, die in Amberg mit einem anderen Lasergerät arbeitet, ist in Fällen schwerster Kurzsichtigkeit erfolgreicher als Seiler. Doch Professor Dieter Dausch, Chef des Amberger Teams, kennt auch die Grenzen der Hornhautchirurgie.

Man könne, sagt Dausch, die „Hornhaut nicht unbegrenzt ausdünnen". „Mehr als ein Fünftel der Gesamtdicke", so Dausch, werde in keinem Fall mit dem Laser verdampft – auf Fjodorows Fließbändern werden 90 Prozent der Hornhaut durchtrennt.

Ernsthafte Folgeschäden haben die Laseroperateure bei den Behandelten bislang nicht feststellen können. Zwar trüben bei 50 Prozent der Patienten sogenannte Halos den Blick – milchige Strahlenkränze, die sich, vor allem bei Dämmerlicht, um jede Lichtquelle legen. Doch nur zwei Prozent der Laseroperierten zeigen sich von dem Lichtspiel irritiert: Das Gehirn, erläutert Seiler, lerne schnell, die geisterhafte Bildstörung auszuschalten.

Urknall

Blick in den Nebel

Neue Erkenntnisse lassen die Himmelsforscher an der Urknall-Theorie zweifeln. Das Universum erscheint ihnen rätselhafter denn je.

Tragisch nannte es der amerikanische Physiker und Nobelpreisträger Steven Weinberg, daß der Mensch im Bauplan des Universums nicht „irgendwie von Anfang an vorgesehen" war. Das „menschliche Leben", schwante dem Kosmos-Denker, sei wohl „bloß eine Farce", geboren „aus einer Kette von Zufällen", die dem Urknall folgten.

Kunstvoll hatte der Teilchenphysiker 1977 die Erkenntnisse seiner Disziplin mit den Forschungsergebnissen der Astrowissenschaften zum Schöpfungsbild des Urknall-Kosmos zusammengesetzt – und dann ein niederschmetterndes Resümee gezogen: „Je begreiflicher uns das Universum wird", so Weinberg, „desto sinnloser erscheint es auch."

Nun darf der Weltengrübler wieder Trost in Schöpfungsmythen suchen, in „Storys über Götter und Riesen" (Weinberg): Eine umfassende Studie über Galaxien, die das britische Wissenschaftsmagazin *Nature* jüngst veröffentlichte, hat das scheinbar so festgefügte Modell vom Big Bang mit der Wucht einer Abrißbirne zerschmettert.

Das Universum, urteilen Astrophysiker über die „sensationelle" Untersuchung britischer und kanadischer Forscher, erscheine nun wieder rätselhafter denn je. Es sehe so aus, erklären die Experten, als habe die Himmelsforschung buchstäblich nichts vom wahren Aufbau des Universums begriffen.

Sechs Jahre vertiefte sich der britische Astrophysiker Will Saunders von der Oxford University gemeinsam mit neun Kollegen in einen Wust von Daten, die 1983 vom Satelliten „Iras" (Infrared Astronomy Satellite) zur Erde gefunkt worden waren. Mit seinen Infrarot-Sensoren hatte Iras insgesamt 15 000 Galaxien vermessen.

Aus dem Galaxien-Katalog wählte das Team von Briten und Kanadiern eine Zufallsprobe von 2163 Sterneninseln und bestimmte deren Ort in den Tiefen des Alls. Zwei Jahre waren nötig, um mit drei Teleskopen die komplizierten Lichtmessungen durchzuführen, die Rückschlüsse auf die Entfernung von Galaxien zur Erde erlauben.

Dabei gelang es den Astrophysikern, einen einzigartigen kosmischen Globus zu simulieren: Im Zentrum der Galaxienkugel rotiert die Milchstraße; Äquator und Polregionen des Himmelsglobus wölben sich Hunderte von Millionen Lichtjahre entfernt über dem Sonnenbegleiter Erde.

Die galaktische Weltenkugel enthüllt, was Astrowissenschaftler seit langem argwöhnten, aber bislang nicht beweisen konnten: Sternensysteme wie die Milchstraße ballen sich überall im Universum zu „Haufen", „Superhaufen" oder noch gigantischeren Sternansammlungen – Hypergebilden wie der „Großen Mauer" etwa, deren Dimensionen jedes Vorstellungsvermögen sprengen.

Den Kosmos-Theoretikern, notiert Himmelskartograph Saunders, sei beim Anblick des neuen Sternenglobus „buchstäblich der Himmel auf den Kopf" gefallen. „Es gibt auch nicht eine einzige Theorie", erläutert der britische Astrophysiker, „mit der die Galaxien-Strukturen zu erklären wären."



Astrophysiker Saunders
Schlag mit der Abrißbirne

Seit gut einem Jahrzehnt glaubten Astroforscher, mit der Lehre von der „dunklen Materie" sei das Rätsel der Galaxien ein für allemal gelöst. Nun aber, so orakelte der US-Wissenschaftler Jeremiah Ostriker von der Princeton University, läute der „Cold dark matter"-Theorie (CDM) „das Totenglöckchen".

Was, so hatten die Physiker gefragt, bewahrt die 100 Milliarden Sonnen einer rasend rotierenden Sterneninsel wie der Milchstraße eigentlich davor, gleich ungesicherten Fahrgästen aus ihrem galaktischen Karussell zu fliegen? Die Masse der sichtbaren Materie und die ihr zugehörige Schwerkraft reichen bei weitem nicht aus, die Gestirne in den Galaxien festzuhalten. Eine für irdische Instrumente unsichtbare („dunkle") Materie, so die CDM-These, müsse die Galaxien gleichsam zusammenkitten.

Kriegsberichte

Piep-Show aus Kairo

Der Krieg am Golf – ein heilloses Chaos auf dem deutschen Bildschirm.



TV-Moderatoren Scharlau, Pleitgen: „Hören Sie mich?"

Der Überraschungsschlag gelang perfekt. Die einen (ZDF) erwischte es im Schlafe; die anderen (RTL plus) hatten sich, wie die Iraker, erst auf die nächste Nacht eingerichtet; die dritten (ARD) traf es 41 Minuten nach Mitternacht.

Da lief, kurz vor der letzten „Tagesschau" und während der Serie „Detektiv Rockford: Anruf genügt", bei ARD aktuell die Bomben-Meldung ein. Chefredakteur Röhl mobilisierte seinen Notdienst, warf die Harzige von den „Tagesthemen", Sabine Christiansen, ins Bild, und siehe: Anruf genügt nicht.

„Hallo, Peter", rief Sabine, doch Peter Staisch in Washington, wuchtig in Schale, wollte nicht hören. Dann war er auch mal nicht zu sehen, und so hob eine historische Nacht an, in der Sabine Christiansen der Altersgrenze sichtbar näher rückte. Die Korrespondenten, wenn sie zu Worte kamen, wurden immer wieder befragt: „Wie ist die Stimmung bei Ihnen?" So geschah es, daß diese bald auf Null sank.

Gerettet war, wer sich an die amerikanische Strippe hängte, an CNN (siehe Kasten) – neben den mittlerweile aufgewachten Sendern Sat 1 und RTL plus vor allem Tele 5. Ein quickes Dreier-Team kommentierte und komplettierte da die live laufenden CNN-Nachrichten, und die verschlugen den Atem. Cool reportierten drei CNN-Männer direkt aus der Höhle des schnauzbärtigen Löwen, aus dem Hotel El-Raschid in Bagdad. Während Bomben fielen und das Abwehrfeuer prasselte, berichteten die drei, per Satelliten-Telefon, vom Zauber am Himmel („Sieht aus wie das Feuerwerk am 4. Juli") und gaben Hörproben.

Knapp und nahtlos schaltete CNN zu Bildberichten aus der ganzen Welt; ein präziser Stafettenlauf ohne dämliche Fragen und hilfloses Telefongefummle, mit Profis, die ihrem Namen Ehre machten. „Der Krieg zeigt sich so", schrieb die *FAZ*, „wie er von jedem Kind in jeder Spielhalle dieser Welt erlernt werden kann: als Computersimulation." Die Kriegsspiele der Deutschen glichen im weiteren Verlauf weitgehend dem Versuch, Butternudeln in eine Betonwand zu rammen.

Im Brennpunkt der hauseigenen Golfkrise stand am vergangenen Donnerstag die ARD-Sendung „Der Krieg", geschwätzig moderiert von den Herren Winfried Scharlau und Fritz Pleitgen. Es wurde ein tragikomischer Kampf mit den Tücken der Nachrichtentechnik. „Gibt es eine Telefonverbindung nach Washington?" erkundigte sich beispielsweise Pleitgen bei der Regie nach dem gescheiterten Versuch, eine Bildleitung zum transatlantischen Korrespondenten Wolf von Lojewski herzustellen. Es gab sie, und auch wieder nicht. „Wolf von Lojewski, hören Sie mich?" quakte Pleitgen in die Muschel. „Nein", sagte Lojewski, „ich höre nur etwas sehr Verzerrtes, das Telefon ist ein sehr kompliziertes Gerät."

„Jetzt wartet Kairo", verhieß Pleitgen, „Herr Becker, können Sie uns hören?" Auf dem Bildschirm erschien verdattert der Redakteur Rainald Becker und fingerte freudlos an seinem Hörgerät. „Herr Becker", insistierte Pleitgen, „wir sehen Sie." In Kairo schüttelte traurig der Gesandte

Mit CNN live dabei im Krieg

Die ersten Takte von Beethovens Fünfter waren das Erkennungszeichen der BBC während des Zweiten Weltkriegs. Nun signalisieren die Töne wieder Berichte vom Krieg: Der amerikanische Fernsehsender CNN (Cable News Network) hat damit das Signet „War in the Gulf" unterlegt, das seine Sendungen aus dem Nahen Osten einleitet.

In Deutschland kann das 24-Stunden-Informationsprogramm, das über Satelliten weltweit ausgestrahlt wird, allerdings nur von wenigen Zuschauern empfangen werden. Die Bundespost weigert sich, das Programm in ihr Kabelangebot aufzunehmen, obwohl verschiedene Landesmedienzentralen dies immer wieder gefordert haben. Die Post möchte von CNN Einspeisungsgebühren, während CNN von der Post einen Teil der von den Zuschauern zu entrichtenden Kabelgebühren für sich reklamiert. Lediglich in Berlin ist CNN nach einer Pause im Herbst vergangenen Jahres wieder im Kabelangebot.

Mit einer Reihe von Großhotels in Deutschland hat CNN Vereinbarungen getroffen, gegen eine Gebühr das Programm mit Hilfe von Parabolantennen direkt in ihren Hauskanal einzuspeisen. Auch Firmen oder Privatpersonen können sich das Programm über eigene Antennen ins Haus holen. Die Post verlangt dafür jedoch eine Antennengebühr.

Da der CNN-Satellit eine eigene Orbit-Position hat und nur mit niedriger Leistung strahlt, ist eine Antenne von mindestens 1,5 Meter Durchmesser nötig, um das Signal auch bei ungünstigen Wetterbedingungen störungsfrei zu erhalten. Andere Satellitenprogramme sind damit nicht zu empfangen. Eine solche Anlage kostet zwischen 6000 und 10 000 Mark.

‚Tagesschau' mit uns verbunden ist". Doch der Bildschirm blieb lange beklagenswert finster und tonlos, die folgenden Meldungen hatte das geplagte Publikum schon in der 20-Uhr-Ausgabe vernommen.

Um 22.34 Uhr schließlich verabschiedeten sich die apokalyptischen Wellen-Reiter. Fritz, der Pleitier, ächzte erschöpft „Guten Abend" und äußerte einen Wunsch, dem alle von Herzen beipflichteten: daß „dieser Krieg schnell zu Ende geht und uns möglichst bald Sondersendungen dieser Art erspart bleiben".

Musikmarkt

Wieherndes Pferd

Marquis de Sade und Gregorianik – ist der Hit „Sadeness" ein „dreister Akt von Produktpiraterie"?

Der Notruf kommt aus der Tiefe weiblicher Begierde. „Sade, befiehl mir", lechzt ein Wesen auf französisch, und: „Sade, gib's mir." Dem folgt, unterlegt mit peitschenden Disco-Rhythmen, gregorianischer Mönchs-Gesang; naheliegend aus der Karfreitags-Liturgie.

Ein mysteriöses Stück Musik hockt seit Wochen eisern in der ersten Reihe der Pop-Single-Charts, dudelt beim Friseur wie aus den Kanälen volksfürsorglicher Sender und bedrängt zunehmend das befreundete Ausland. Als „Sadeness Part I" wird es angekündigt, die Verantwortung übernimmt eine Produktion namens „Enigma" (Geheimnis).

Vergangene Woche kam der Urheber der sado-mönchischen Mixgeburt, Michael Cretu, 33, zumindest ins Zwielicht. Denn ein Münchner Anwalt geißelte das Unternehmen als „nahezu beispiellos dreisten Akt von Produktpiraterie" und kündigte, das Urheberrecht unterm Arm, im Namen seiner Mandanten „gerichtliche Schritte" an.

Den eindrucksvollen Mönchs-Gesang („Hosanna in excelsis") nämlich habe Cretu ohne jegliches Plazet von einer Schallplatte übernommen, die in Discos bislang keine Rille gespielt hatte: vom „Pasquale Mysterium" der auf Gregorianik spezialisierten „Capella Antiqua" aus München, einer preisgekrönten „Choralschola".

Schon bei den „ersten zwei Noten" des Cretu-Opus war dem „Capella"-Leiter Konrad Ruhland aufgegangen: „Das sind ja wir." Und weil er sein gottgefälliges Werk nun schaudernd mit Sado-Disco-Sound „verquickt" sah, sorgte er sich auch um seine Persönlichkeitsrechte.



Sängerin Sandra, Ehegatte Cretu
„Sade, befiehl mir"

Der Rechtsanwalt: Mit dem „Ansehen unserer Mandanten", darunter der Produzent, werde „Schindluder getrieben".

Doch die Gottesanbeter sind nur in eine Szene getreten, der offenbar nichts heilig ist. „Sampling" heißt das längst umstrittene Verfahren, betrieben wird es von Heimhandwerkern und Mischpult-Musikanten, und die Technik erinnert stark ans Würstestopfen: Aus Musik-Schnipseln von anderen Platten entstehen neue Platten, tönende Collagen, Synthesizer-Opern.

Cretu, rumänisch-österreichischer Herkunft, gilt in Kennerkreisen als heimischer King der Sampler; weiteren Kreisen vertraut ist er als Gatte und Professor Higgins der Popsängerin Sandra. Die lechzt auf der „Enigma"-Platte nach dem Göttlichen Marquis, atmet gelegentlich schwer und lustvoll, und auf der „Enigma"-Langfassung begleitet sie ein wieherndes Pferd.

Vor drei Jahren hatte das Künstler-Ehepaar, nach München, eine Heimstatt samt Werkstatt auf Ibiza gefunden. Sieben Monate lang, sagt Cretu, habe er an der Sade-Sinfonie „herumgewurschtelt", keinesfalls ohne gedankliche Höhenflüge.

Sade und gregorianischer Gesang – die Kombination soll den „plagenden Zwiespalt zwischen der Kirche und Sexualität" darstellen und zu diesem „Thema Denkanstöße geben". Den Manen des Marquis war er angesichts einer französischen TV-Diskussion begegnet; er schätzt ihn, wie den Killer Jack the Ripper, als eine „umstrittene, zerrissene Persönlichkeit".

In dem vor fünf Jahren gern gehörten Hit „Maria Magdalena", den Cretu seiner Sandra auf den Leib schrieb, hatte sich eine Neigung für Zerrissenes schon angekündigt. „Schärfe deine Sinne und dreh das Messer um", sang die Tochter des Saarlands damals, „verletze mich und du wirst verstehen." Und *Bravo* enthüllte sie: „Ich lege viel Wert aufs Kartenlegen."

Mit der enigmatischen „Sadeness" (Kombination aus Sade und englisch „sadness", Traurigkeit) stößt Cretu nun voll hinein in die esoterische Zeitgeistlosigkeit, ins Faible für Schwarze Messen und düstere Mönche mit Gier unter der Kutte, in das dämonisch-okkulte Land Pipifax. Konnte nichts schiefgehen. Nur eben der Fehltritt mit dem Mönchs-Gesang. Er habe „in gutem Glauben" und „aus völliger Unwissenheit" gehandelt, versichert Cretu; die einmontierte Gregorianik entstamme Tonbändern, die ihm ein Schulfreund aus Rumänien herbeigeschafft hatte. Draculas letzter Streich?

Eher juristisch als sadistisch: Bis zum „31. Januar 1991, 14 Uhr" erwartet der „Capella"-Rechtsanwalt „Verpflichtungserklärungen", andernfalls erfolge „rasche Einleitung gerichtlicher Schritte".

Doch vermutlich wird ein Vergleich heranhinken, denn, Pikanterie am Rande: „Enigma" wie „Capella" werden vom selben Hause vertrieben, von Bertelsmanns „Ariola".

Computerspiele

Vierer am Rand

Drei junge Ost-Berliner schicken sich an, mit einem ausgefallenen Computerspiel den Markt zu erobern.

Die bunten Bällchen auf dem Bildschirm, mit kleinen Ärmchen ausgestattet und schwer zu bändigen, begeistern selbst abgebrühte Computerfreaks. Er hätte nicht gedacht, lobte Martin Gaksch, Spieletester des Fachblattes *Power Play*, „daß Chemie so viel Spaß machen kann".

Mit Computern, Elektronenmikroskopen und optischen Lasern wollen sie das Getose im Sektglas ergründen, um die Blasenbildung der moussierenden Weine zu optimieren. Gleich drei Forschergruppen haben sich dem prickelnden Problem verschrieben:

- ▷ Mit rund sieben Millionen Mark unterstützt die Europäische Gemeinschaft ein Eureka-Blasenprogramm der Getränkeindustrie. Maßgeblich beteiligt an dem Forschungsvorhaben sind das größte französische Champagnerhaus Moët & Chandon und die holländische Bierbrauerei Heineken.
- ▷ Experten am Weintechnologischen Labor in Epernay (Champagne) experimentieren mit einem Schaumsimulator, dem Mosalux.
- ▷ Forscher von der Landes-Lehr- und Versuchsanstalt (LLVA) in Trier haben über zwei Jahre lang Sektbläschen gezählt und die Schaumbildung von knapp 500 moussierenden Weinsorten vermessen.

Um das Phänomen zu ordnen, unterteilen die Gelehrten das Mousseux genannte Strudeln und Blubbern in drei Abschnitte: Gleichsam als Initialschaum entsteht beim Eingießen ein großporiger Blasenwurf, der fulminant aufbraust und chemischen Reinigungen ein regelmäßiges Einkommen sichert. Sodann bildet sich an den Wänden des Glases ein perlender Ring aus feinen Bläschen, die Korona. Schließlich zählt zum Mousseux die Perlfähigkeit des Getränks, sein Vermögen, immer neue Blasen zu bilden, die wie kleine Fesselballons an die Oberfläche steigen. Als Treibsatz für die Sprudelkaskaden dient das im Wein gelöste Kohlendioxid (CO_2). Anders als stiller Wein wird Schaumwein nach der Erstgärung mit Hefe und Rohrzucker geimpft und einem zweiten Gärprozeß ausgesetzt. Diese Fülldosage verwandelt sich im Laufe der Lagerung in Alkohol und CO_2.

Während deutscher Sekt meist in großen Tanks gärt, wird der Champagner auf Flaschen gezogen, verkorkt und drei bis fünf Jahre im Hefesatz zur Reife gebracht. Am Ende der Lagerung gleichen die dickwandigen Flaschen kleinen Sprengsätzen. Bei gutem Champagner sind in jeder Flasche etwa vier Liter Kohlensäure gebunden.

„8000 bis 12 000 Bläschen“, so die Schaumforscher aus Trier, steigen innerhalb der ersten Stunde, meist in Säulen, aus dem Sektglas. Auch den Durchmesser der Gaskügelchen konnten die Wissenschaftler mit Hilfe eines sogenannten Phasen-Doppler-Anemometers ermitteln. Er liegt zwischen 0,28 und 0,96 Millimeter.

Ohne „Moussierpunkt“ – einer rauhen und deshalb luftspeichernden Stelle am tiefsten Punkt im Sektglas – kommt der Perlprozeß allerdings nicht in Gang. „Wenn Sie das Glas mit Spüli waschen“, sagt LLVA-Forscher Hans-Peter Bach, „sprudelt überhaupt nichts.“



Champagner-Fan Adenauer (1966)
„Gleich vergnügter“

Besonders zugeknöpft bei ihren Experimenten geben sich die Fachleute von Moët & Chandon. „Das Blasentestprogramm ist geheim“, wehrt Forschungsdirektor Bruno Deteurtre Neugierige ab. Bekannt ist nur, daß die französischen Experten ein Spezialgerät entwickelt haben, das die CO_2-Strudel von oben und von der Seite filmt und die entstehenden Turbulenzen mit Hilfe von Computern analysiert. Kein Außenstehender hat den Testapparat bisher gesehen.

Der Mythos, Champagner und trokkene Sektmarken würden besonders lang und schön zischen, wurde von den deutschen Forschern zerstört. „Je mehr Zucker im Getränk“, doziert Blasenzähler Bach, „desto zähflüssiger wird der Wein.“ Das aber erschwere den „Blasenabriß“ und das Emporsteigen der Gaskugeln. Die besten Ergebnisse beim Langzeit-Sprudeln erzielten die Asti-Spumante-Weine. Sie haben einen so hohen Zuckeranteil, daß die CO_2-Bläschen durch das zäh wogende Gesöff nur schwer zur Oberfläche gelangen.

Positiv beeinflußt wird das Moussieren aber auch von den Gärstoffen. Hier liegt der Schwerpunkt der französischen Geheimforschung. Die Hefe erzeugt während der Lagerung Polypeptide und Nukleinsäuren, die auf die Perlfähigkeit günstig einwirken. Zudem setzt die Dosage eine bisher kaum erforschte Menge von Lipiden und Fettsäuren im Wein frei. Diese Substanzen legen sich wie Schutzhüllen um die Sektbläschen und schützen sie vor schnellem Platzen.

Russische Experten fanden heraus, daß Harz aus Pfirsichbäumen die CO_2-Abgabe verzögert. Auch traditionelle Weinzusätze forcieren das Prickeln. Champagner wird mit Ton und Holzkohle von Pappeln angereichert. Die Kohle bleicht die roten Champagner-Trauben und verleiht dem Getränk seine vornehme Blässe.

Am meisten wird das Schäumen jedoch vom Verbraucher beeinflußt. Wer aus Schalen trinkt oder zu fulminant einkippt, meint Bach, entfacht ein gewaltiges, aber kurzlebiges Blasenwerk. „Bis zu 40 Prozent“ des Treibgases entweichen beim Sturzgießen, entsprechend schnell werde das Labsal schal.

Noch vernichtender ist die Wirkung des Sektquirls, den sittenstrenge Geister vorsorglich gegen ungebührliches Rülpsen einsetzen. Blasentheoretiker Bach: „Das vergewaltigt den Sekt und führt unsere Arbeit ad absurdum.“ ◀



Champagner-Abfüllung: „Woher kömmt der Schaum?“

PERSONALIEN

Michael Müller, 42, SPD-Bundestagsabgeordneter, wurde Gefangener seiner Friedensliebe. Der Sozialdemokrat hatte die Panoramascheiben seines Abgeordnetenbüros im 16. Stock des Bundeshauses mit riesigen „NEIN“-Plakaten beklebt. Überrascht wurde Müller, als am Morgen nach dem Beginn des Golfkriegs zwei Bundestags-Bedienstete im Abgeordnetenbüro auftraten: „Machen Sie diese NEIN ab, andernfalls müssen wir sie auf Anweisung des Direktors des Bundestages entfernen.“ Der perplexe Parlamentarier ließ die Büttel ohne Gegenwehr gewähren: „Ich kann ja nicht friedlich demonstrieren, um dann unfriedlich zu reagieren.“ Jetzt beklagt Müller das „zweifelhafte Demokratieverständnis“ im Bundestag, wenn „die Abgeordneten in ihren Räumen nicht einmal ihre Meinung zu derart grundsätzlichen Fragen bekunden können“.

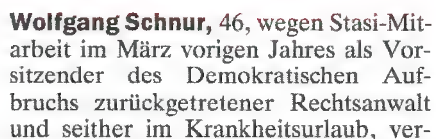
Hans-Dietrich Genscher, 63, Bundesaußenminister mit ausgeprägtem Gespür für Public Relations in eigener Sache, ist jetzt seinen Fans stets hautnah. Nachdem beamtete Öffentlichkeitsarbeiter seines Hauses bereits vor anderthalb Jahren Kinder-T-Shirts mit lustigem Konterfei des Ministers am „Tag der offenen Tür“ kostenlos verteilt hatten, kam nun der Sindelfinger Unternehmer und Parteifreund **Bernd Picker,** 41, auf die Idee,



Baumwollhemden in den Erwachsenengrößen XL und XXL mit seriösen Genscher-Porträts samt Aufschrift „Let's go East and West with our Genschman“ für rund neun Mark unters Volk zu bringen. Bei der Vorführung der T-Shirts im Privathaus der Genschers (Foto) orderte der größte Fan des Außenpolitikers für sich gleich selbst ein Hemd „der Größe XL“. Doch Ehefrau Barbara korrigierte den Minister lächelnd: „Mein Dickerle, du brauchst XXL.“

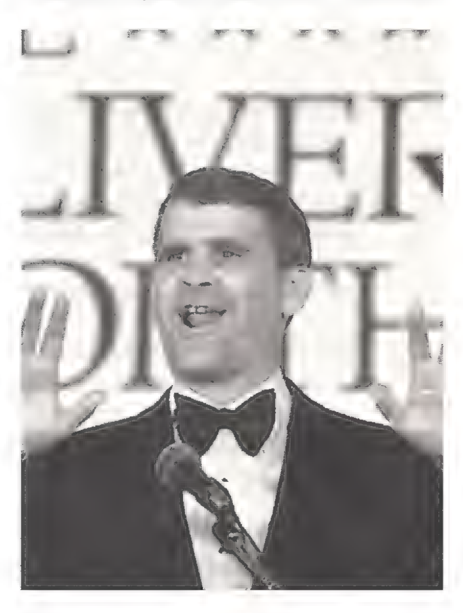
Hans Dichand, 69, österreichischer Pressezar *(Neue Kronen-Zeitung)* und Herausgeber der *Hamburger Morgenpost*, gab sich jetzt als Freund der Weiblichkeit zu erkennen. Für das Nackedei-Buch „Hautnah“ (Foto) des Wiener *Playboy*-Fotografen Peter Baumann verfaßte Dichand, der sonst unter dem Pseudonym „Cato“ staatstragende Kommentare in seinem Blatt publiziert, ein schwärmerisches Vorwort: „Natürlich lädt Baumann den Betrachter ein, das Auge wohlgefällig über die Körper schweifen zu lassen.“ Auch was vor der Kamera passiert, ist dem Medienfürsten bekannt: Da „verwandeln sich die Mädchen in neue Wesen. Da ist auch viel Unterbewußtsein im Spiel, nicht nur Ästhetik, Wünsche zum Beispiel“. Schließlich sei „Erotik“ eine „geheimnisvolle Ausstrahlung, manchmal nur ein Blick, die Sekunde einer Bewegung, Lippen, die sich halb öffnen.“ Baumann findet den Kommentar des Zeitungsmanns „witzig“: „Er hat den Kern getroffen.“





Wolfgang Schnur, 46, wegen Stasi-Mitarbeit im März vorigen Jahres als Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs zurückgetretener Rechtsanwalt und seither im Krankheitsurlaub, versucht einen neuen Karrierestart mit kleinen Mogeleien. Nachdem der Rostocker öffentlich angekündigt hatte, er sei in eine West-Berliner Anwaltskanzlei eingetreten, distanzierten sich die angeblichen Partner von dem selbsternannten Sozius: Der Ost-Kollege sei „nur Untermieter“. Die Justizverwaltung ließ zudem verlauten, wann Schnur seine Zulassung als Anwalt erhalte, sei ungewiß. Der gelernte Rechtsanwalt gibt sich nun unbedarft und behauptet, er habe den Unterschied zwischen Sozietät und Bürogemeinschaft nicht gekannt. Außerdem werde er bald wieder als Anwalt tätig werden dürfen: Nach dem Einigungsvertrag habe er einen Anspruch darauf, weil seine Stasi-Tätigkeit als standesrechtliche Verfehlung nach einem Jahr verjährt sei.

Oliver North, 47 (Foto), vor vier Jahren wegen der Iran-Contra-Waffenschieber-Affäre gefeuerter Mitarbeiter des US-Sicherheitsrates, macht derzeit glänzende Geschäfte. Auf seinen zahlreichen Vortragsreisen bei seinen rechten Freunden berechnet der ehemalige Oberstleutnant der Marineinfanterie pro Rede nicht unter 25 000 Dollar. Über 280 Radiostationen verbreitet North täglich seine „Freedom Report“-Kommentare. Außerdem verdient er gut an der Vermarktung einer neuentwickelten kugelsicheren Weste, die für rund 500 Dollar zu haben ist. Doch auch



den amerikanischen Politikbereich bedient der clevere Ex-Soldat. Als Präsident der 130 000 Mitglieder starken „Freedom Alliance“ wettert er über Abtreibungsgesetze und Abstriche im Rü-

GESTORBEN

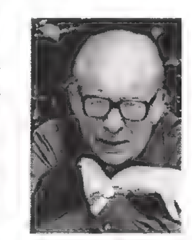
Olav V., 87, König von Norwegen. Er residierte ohne schützende Hecken und Zäune inmitten eines Volksparks und bezeichnete sich gern als den einzigen gewählten König der Neuzeit. Der selbst bei eingefleischten Sozialisten beliebte Monarch, der sich mit einem Hofstaat von kaum mehr als einem Dutzend Personen begnügte, wurde 1903 als Prinz Alexander Edward Christian Frederik von Dänemark in England geboren. Das heutige Staatsgebiet Norwegens gehörte damals noch zu Schweden, als die Norwe-



ger beschlossen, eine konstitutionelle Monarchie zu errichten und seinen Vater, den dänischen Prinzen Carl, zu ihrem König auszurufen. Im Juni 1905 entschieden sich bei einer Volksabstimmung 250 000 gegen 70 000 Norweger für diesen Plan, und Prinz Carl bestieg als König Haakon VII. den Thron. Der künftige Thronfolger besuchte nunmehr als Kronprinz Olav in Norwegen eine öffentliche Schule, dann die Militärakademie, um schließlich in Oxford Volkswirtschaft und Staatsrecht zu studieren. Als leidenschaftlicher Sportler gewann der 25jährige Kronprinz zusammen mit der norwegischen Olympiamannschaft eine Goldmedaille im Segeln. Während der Besetzung Norwegens durch Hitlers Truppen ging er zusammen mit seinem Vater ins Exil nach England, unterstützte von dort aus die Untergrundbewegung gegen das nationalsozialistische Deutschland und kehrte im Mai 1945 nach Norwegen zurück. 1957, nach dem Tod des Vaters, übernahm Olav V. die Staatsgeschäfte. Der König von Norwegen starb am vergangenen Donnerstag in Oslo an Herzversagen.

◆

Miles Copeland, 77. Das Leben des robusten CIA-Agenten war die Welt der Mächtigen und der geheimnisumwitterten Figuren mit Namen wie „Das Wiesel" oder „Der Pfeifer". „Major Lincoln" lautete sein eigener Deckname während des Zweiten Weltkrieges. Der in Alabama geborene Sohn eines Arztes und einer Lehrerin büffelte nur kurz an der Universität von Alabama, spielte statt dessen lieber Trompete in verschiedenen Jazzbands von Ray Noble bis Glenn Miller. Auch in der US-Armee wollte er eigentlich zusammen mit Glenn Miller Tanzmusik machen. Ein Militär-IQ-Test bescheinigte ihm eine außergewöhnliche Intelligenz, und Miles Copeland fand sich in Geheimdienstkreisen in Washington und bald darauf beim „Office of Strategic Services" wieder. Eine steile Karriere als späterer CIA-Mann begann, mit Stationen zunächst in London (1941), dann, nach dem D-Day 1944, in Paris, um mit den Deutschen in Kontakt zu kommen. Zwischen 1953 und 1955 knüpfte



Copeland, nachdem er der CIA aus finanziellen Gründen gekündigt hatte, als Mitarbeiter einer amerikanischen Manager-Consulting-Firma erste Kontakte zu Nasser und arbeitete schließlich als Verbindungsmann zwischen dem ägyptischen und amerikanischen Geheimdienst. In seiner Autobiographie „The Game Player" erklärte der Augen- und Ohrenzeuge der amerikanischen Agentenwelt seine Lebensphilosophie, das Prinzip „liebe deinen Nächsten wie dich selbst", als eine „angeborene Unzulänglichkeit". Diese mache es ihm unmöglich, irgend jemanden zu hassen. Miles Copeland starb am vergangenen Montag in Aston Rowant Oxford in Großbritannien.

◆

Heli Finkenzeller, 76. Ihr Typ war bei der Ufa gefragt: Charme mit Distanz, Eleganz ohne jede Verruchtheit, große Welt eben, aber im kleinkarierten großdeutschen Maßstab. Die Filme, die Heli Finkenzeller seit Mitte der dreißiger Jahre zum Kinostar machten, waren leichte Unterhaltungskost: „Der Ehestreik", „Königswalzer", „Der Mustergatte". Gelernt hatte die Münchnerin ihr Handwerk in ihrer Heimatstadt bei Otto Falckenberg; Gustaf Gründgens engagierte



sie ans Berliner Staatliche Schauspielhaus. Nach dem Krieg folgten Filme wie „Briefträger Müller", „Suchkind 312", verschiedene Theaterengagements und Auftritte im Fernsehen. In der Beliebtheit wurde die Mutter jedoch zuletzt von der typgleichen Tochter überflügelt. Gaby Dohm (aus der Finkenzeller-Ehe mit dem Schauspieler Will Dohm) reüssierte in der TV-„Schwarzwaldklinik" von „Schwester Christa" zur Frau Dr. Brinkmann. Heli Finkenzeller starb am vergangenen Montag in München an Krebs.

MONTAG

21.05 – 21.45 Uhr. ZDF.

WISO

Themen: Energieversorgung – Sicherheit nur auf dem Papier?; Börse – Barometer der Angst; brennende Ölquellen – programmierte Klimakatastrophe; gegen Gesetz und Moral – die Verantwortung deutscher Waffenexporteure.

22.30 – 0.15 Uhr. West III.

Drei vor Mitternacht

Thema: Ist der Krieg ein Mittel der Politik? Eingeladen: Theologe Norbert Greinacher; Konfliktforscher Ernst-Otto Czempiel; Autor Dieter Wellershoff; Heidemarie Wieczorek-Zeul.

22.45 – 0.25 Uhr. ZDF.

Mondzirkus

Die ungarischen Filmemacher Imre Gyöngyössi, Katalin Petényi und Barna Kabay beherrschen die schwierige Gratwanderung der „inszenierten Dokumentation" und schafften so 1984 sogar eine Oscar-Nominierung für ihren Film „Hiobs Revolte". In diesem Film mit



Darsteller Karunaratne, Elsner

Hannelore Elsner als Wanderzirkus-Chefin erzählen sie die Geschichte eines asiatischen Mischlingsjungen, der aus seiner Heimat fliehen muß.

23.20 – 0.05 Uhr. Nord III.

Freistil

Das Avantgarde-Magazin von Thomas Schmitt, das der WDR ermöglicht hatte, läuft nun auch in der Nordschiene. So können die Zuschauer Jürgen Peter Boock über den „Krieg der Hardware gegen die Software" oder Holger Bulls „Flugzeugmythen seiner Kinderzeit" sehen und hören oder auch Ernst Jandls „Krieg der Worte" lauschen.

DIENSTAG

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Report

Aus München geplant: Deutsche Firmen und Saddams Bakterienwaffen; die Wirtschaft in den neuen Bundesländern; Kriminalität im größeren Deutschland.

22.25 – 23.15 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Thema: Reporter des Todes – CNN, der Fernsehsender, der den Krieg ins Wohnzimmer bringt.

22.40 – 0.20 Uhr. Eins Plus.

Vollmondnächte

„Wer zwei Frauen hat, verliert seine Seele, wer zwei Häuser hat, verliert seinen Verstand": Louise (Pascale Ogier)



Fädenzieherin Ogier

nimmt das Motto, das Eric Rohmer 1984 seinem Film aus der Reihe „Komödien und Sprichwörter" vorangestellt hat, nicht ernst. Doch sie täuscht sich, wenn sie glaubt, die Fäden alle in der Hand zu behalten. Die *Zeit* zählte den damals 65jährigen Rohmer mit diesem Film „zur jungen Generation".

22.50 – 0.05 Uhr. Pro 7.

Ich folgte einem Zombie

Jacques Tourneur inszenierte diesen Horrorfilm (USA 1943) ganz ohne grobe Effekte: Seine dunklen Bilder zeigen nichts und lassen doch das Schlimmste vermuten; seine Erzählung deutet das Furchtbare nur an, und seine Schauspieler nähren den Verdacht, daß auch Zombies nur Menschen sind – und umgekehrt.

22.55 – 23.20 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Thema: Milizstation Moskau – Polizisten im Kampf gegen Trunksucht, Betrug und Korruption.

22.55 – 23.55 Uhr. ZDF.

Menschen, Jahre, Leben

Es war eines der größten Massaker der Menschheitsgeschichte, und doch ist heute weitgehend verdrängt, wie die Türken 1915 den Genozid am armenischen Volk verübten. Yervant Gianikian und Angela Ricci Lucchi rekonstruieren aus bisher unerschlossenem Archivmaterial das Schicksal des armenischen Volkes. Die Redaktion „Das Kleine Fernsehspiel" bot dafür den Sendeplatz.

MITTWOCH

19.30 – 21.45 Uhr. 3Sat.

So kann man nicht leben

Sowjetischer Abend im Satelliten-Kulturprogramm: Stanislaw Goworuchin hat den Versuch unternommen, den sowjetischen Alltag der letzten 70 Jahre im Bild zu zeigen. Nach dem Film (gegen 21.00 Uhr) stellt sich der Filmemacher einer Diskussion.

20.15 – 21.44 Uhr. ARD.

Scheidung à la carte

(Siehe Seite 178.)

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Studio 1

Geplante Themen: Zur Lage am Golf; Frontstellung – die Rolle der PLO; Ziele – Terroristen in der Bundesrepublik; Bruch des Embargos – deutsche Waffen im Irak.

22.50 – 0.55 Uhr. ZDF.

Die Ehre der Prizzis

Die Mafia ist nur ein schlechter Witz, der Mafioso bloß als Clown oder Kasper darstellbar: John Huston weigerte sich, das organisierte Verbrechen ernst zu



Mafiosi Turner, Nicholson

nehmen, er verwandelte den Krimi in eine schwarze Komödie (USA 1985).

23.05 – 0.00 Uhr. ARD.

Veranda

„Talkshows – die gehen nicht im deutschen Fernsehen", hieß einst eine wohlbegründete These des BR-Chefreporters Dagobert Lindlau, nachdem er für Bremens „III nach neun" in die Arena gestiegen war. Nun hat er die zweite Chance beim Bayerischen Fernsehen. Doch ein unumstrittenes Verdienst hat er schon vor der ersten Folge: Seine Sendung löst Joachim Fuchsbergers Dauer-Langweiler „Heut abend" nach der 300. Ausgabe ab.

DONNERSTAG

20.15 – 20.59 Uhr. ARD.

Beziehungskiste

Um „Lebensabschnittspartner" besonderer Art geht es in dieser Reportage. Lucas Maria Böhmer, der nach eigener Aussage Tiere nicht so besonders mag, begab sich auf die Spuren all der Waldis, Lumpis, Pussis und Hassos, die den Alltag von zehn Millionen Menschen verschönern, weil sie eben keine Menschen sind.

20.25 – 22.15 Uhr. Nord III.

Mimi – in seiner Ehre gekränkt

17 Jahre brauchte der 1972 von Lina Wertmüller gedrehte Film, bis er in die deutschen Kinos kam. Nicht ganz verständlich für die Münchner *Abendzeitung*, die die Geschichte um einen Strizzi, der sich erst mit der Mafia anlegt, dann sich aber mit ihr arrangiert, als „berauschend, melodramatisch, witzig und entwaffnend vulgär" bezeichnete.



Liebende Fiore, Giannini

21.03 – 21.45 Uhr. ARD.

Scheibenwischer

Dieter Hildebrandt auf dem Weg nach Osten. Nicht mehr in der Kulisse eines West-Berliner Funkhauses, sondern in der imaginären Halle eines miesen Hotels in einem der neuen Bundesländer versammeln sich Schieber, Spekulanten und Aufkäufer, um sich vom Kabarettisten weitere Anleitungen geben zu lassen. Mit dabei: Hildebrandts alter Lach- & Schieß-Kollege Hans-Jürgen Diedrich.

22.45 – 0.20 Uhr. Eins Plus.

Poeten küßt man nicht

Sie küßten ihn und schlugen sich um ihn: Die Damen des Literaturzirkels im kleinen amerikanischen Städtchen Woodsmoke preisen sich glücklich, einen richtigen Dichter in ihrer Mitte zu haben. Tom Conti konnte als verkrachter Bohemien in diesem Film von Robert Ellis Miller aus dem Jahr 1983 viel Lob einstreichen.

23.15 – 0.45 Uhr. ARD.

Der VW-Komplex

Es läuft und läuft und läuft: das Geschäft des größten deutschen Autokonzerns. Hartmut Bitomsky, der schon die Geschichte der deutschen Autobahn aus den Archiven holte, beschreibt nicht nur das heutige Leben in der Autofabrik, sondern gräbt auch in der Geschichte. Und dank der Anerkennung, die Ferdinand Porsche schon bei Hitler genoß, entdeckte Bitomsky genug filmisches Dokumentarmaterial.

FREITAG

22.00 – 23.00 Uhr. Hessen III.

Zeil um Zehn

Eingeladen: Peter Scholl-Latour; Felicia Langer (Trägerin des alternativen Nobelpreises); Ulrich Gottstein („Ärzte gegen Atomkrieg") und Joschka Fischer.

22.00 – 0.00 Uhr. Nord III.

BerlinMitte

Geplantes Thema: Schlaraffenland Deutschland? Eingeladen: Nikolai Portugalow; Michael Stürmer; Fatima Hartmann (Vorsitzende der Roma in Köln); Anetta Kahane (Ost-Berliner Ausländerbeauftragte); Herbert Schnoor (SPD); Johannes Gerster (CDU).

23.05 – 1.00 Uhr. DFF.

Der letzte Tycoon – der Gigant von Hollywood

Der Aufstieg und Fall eines Filmproduzenten: aufgeschrieben von F. Scott Fitzgerald, der in Hollywood immer als Versager galt, und verfilmt von Elia Kazan (USA 1975), der die Größe und den Niedergang Hollywoods selbst miterlebt und mit erlitten hat. In der Titelrolle, überlebensgroß: Robert De Niro. In weiteren Rollen: Robert Mitchum, Jeanne Moreau, Jack Nicholson, Theresa Russel, Anjelica Huston, Tony Curtis, John Carradine, Dana Andrews.



Szene aus „Der letzte Tycoon"

SAMSTAG

20.00 – 21.45 Uhr. Sat 1.

Eine Frau, die alles kennt

. . . spielt hier Katherine Hepburn, wobei vor allem Film- und Ehepartner Spencer Tracy gemeint sein dürfte. Das ideale Paar Hollywoods, das sich insgesamt durch neun Filme stritt, muß sich schon in diesem 1957 gedrehten Spielfilm mit der Einführung des Computers im Büro auseinandersetzen. Die Denkmaschine bleibt der Gewinner, denn sie beantwortet die entscheidende Frage richtig: Die beiden passen zusammen.



Streitpaar Tracy, Hepburn

23.50 – 1.35 Uhr. ARD.

Cutter's Way

Die Verletzungen des Vietnamkrieges in den Seelen der Betroffenen, das war das Thema von Ivan Passers Psychodrama aus dem Jahr 1981. Mit John Heard und Jeff Bridges.

SONNTAG

19.30 – 20.15 Uhr. 3Sat.

Inter-City

Das „Metropolen-Magazin" des Satellitenprogramms wirft einen amüsanten und amüsierten Blick auf die „Kaffeehaus-Kultur" in Wien, Zürich und Berlin. Mit von der Partie: Lotti Huber, 78, die Unzerstörbare. Der sonst eher kontemplative Alpensender 3Sat hat seinen „Inter-City" renoviert. Redakteur Jürgen Miermeister soll die flotte Fuhre nun jeden Monat unter Dampf setzen.

20.15 – 22.00 Uhr. ZDF.

Hurenglück

(siehe Seite 178)

22.00 – 22.30 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV

Geplant: Aktuelle Berichte und Reportagen zum Golfkrieg.

HOHLSPIEGEL

Aus einem *taz*-Interview mit dem New Yorker Psychohistoriker Lloyd de Mause zur Psychologie des Golfkriegs: „Da kommen Intrusionen in unserer Psyche zum Tragen, die auf die schrecklichen Traumatisierungen unserer Kindheit zurückzuführen sind. George Bush spricht in der Sprache, in der sein Vater zu ihm sprach: Der trat ihn in den Arsch. Und hört man auf Hussein, dann spricht der über sein Trauma, das er im Alter von sieben Jahren durch eine blutige Beschneidungszeremonie erfuhr. Das war eine so blutige Angelegenheit, daß er jetzt von Soldaten spricht, die er ausbluten lassen will. Gleichzeitig spricht er von Kuweit als einem Abkömmling, als einem Teil, das er zurückhaben will – es ist seine Vorhaut, die er zurückhaben will."

◆



Ministerpräsident Späth verkündet mit zusammengepreßten Lippen seinen Rücktritt

Aus der *Bild*-Zeitung

◆

dieter horn

– Internationaler Wohnbedarf –

Unsere Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen Ministerpräsident Lothar Späth.
Einfach lächerlich.
Wer so viel fürs Ländle getan hat, darf so nicht angegriffen werden.

Wir würden ihm gerne ein Möbelstück nach seiner Wahl schenken.
Es wäre eine Ehre für uns.

Mit freundlichem Gruß
Ihr

Anzeige aus der *Pforzheimer Zeitung*

◆

Überschrift einer dpa-Meldung: „Pressefreiheit weiter auf Vormarsch – 43 Journalisten ermordet."

◆

Aus der Fachzeitschrift *Neue Apotheken Illustrierte*: „Aus der Fülle der Möglichkeiten, sich der Gesundheit zuliebe sportlich zu betätigen, möchte ich an erster Stelle das Schwimmen empfehlen. Das Beste daran ist, daß es im Wasser stattfindet. Es darf nur nicht zu kalt sein."

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die *Zeit* über die Auswirkung der SPIEGEL-Berichterstattung (3/1991) zur Affäre Späth auf die Entscheidung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, zurückzutreten:

Den ganzen Samstag lang hatte Späth mit seinen Beratern nach Überlebensstrategien gesucht. Aber die Vorveröffentlichung der jüngsten SPIEGEL-Ausgabe und einige Nachfragen bei Journalisten – „Was ist denn da noch alles im Busch?" – hatten ihm klargemacht, daß es nur noch eine Lösung gab. Zu spät erkannte er seinen letzten taktischen Fehler: Er hatte die Bedeutung der Affäre lange Zeit maßlos unterschätzt und immer nur zugegeben, was ohnehin schon bekannt war.

Die *Frankfurter Rundschau* zum selben Thema:

Auch das FDP-Vorstandsmitglied Hildegard Hamm-Brücher hatte Späth zum Rücktritt aufgefordert. Möglicherweise ausschlaggebend waren für Späth kaum verhüllte Andeutungen des SPIEGEL über einen Hotelaufenthalt Späths auf der malaiischen Insel Penang ... „Der hohe Gast hielt sich die meiste Zeit in seinen Räumlichkeiten auf und ließ sich verwöhnen", schreibt das Nachrichtenmagazin und teilte mit, daß der deutsche Manager dieses Luxushotels (Späths Tagesmiete lag bei 2000 Mark) „jederzeit zur Aussage bereit" sei. Im Februar wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Landtags seine Arbeit aufnehmen, der auch die Reisen des Regierungschefs behandeln soll.

◆

Der *Hör zu*-Gründer und ehemalige Chefredakteur Eduard Rhein in seiner Autobiographie „Der Jahrhundertmann" über SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein:

Hör zu, das *Hamburger Abendblatt*, die *Welt*, die *Welt am Sonntag* und das von Anfang an heftig umstrittene Boulevardblatt *Bild* hatten Springer mit ihren gigantischen Auflagen zu einem der größten Zeitungsverleger Europas gemacht und ihm damit bei den Politikern zu hohem Ansehen verholfen. Sie versuchten, ihn für ihre Ziele zu interessieren, ohne in ihm selbst – trotz all seiner redlichen Bemühungen – einen „Politiker" zu sehen. Dazu fehlte es ihm – im Gegensatz zu dem wissenschaftlich vorgebildeten und politisch hochbegabten Vollblutjournalisten Rudolf Augstein – an allem. Er war zwar einer der mächtigsten Zeitungsverleger Europas, aber man wußte auch, daß er auf das größte, überall hoch angesehene Objekt seines Hauses praktisch keinen Einfluß hatte.

DER SEKT DES CHAMPAGNERHAUSES BRICOUT.



BRICOUT EXTRA TROCKEN. ÉLABORÉ PAR BRICOUT S.A.

HDM-EGGERT